

PROTOKOLL

ITF-KONGRESS

BERN 1960

MIT BERICHTEN

FÜR DIE JAHRE

1958 UND 1959



ITF

LONDON
INTERNATIONALE TRANSPORT-
ARBEITER-FÖDERATION

X 2267

64.0

11

11

Inhaltsverzeichnis

	Seite		Seite
Todesfälle	5	Finanzbericht für die Jahre 1958 und 1959	133
Einleitung	7	Die Aufgabe der ITF in den Ent- wicklungsländern	142
I. Leitende Gremien und interne Organisation der ITF	9	Die Arbeitszeitverkürzung in der modernen Industriegewirtschaft	153
Kongreß	9	Tagesordnung	163
Generalrat	11	Anträge	164
Exekutivkomitee	14	Protokoll	175
Geschäftsführender Ausschuß	15	Eröffnung des Kongresses	175
Regionalausschuß	16	Ansprache des Präsidenten	178
Präsident und Vizepräsident	16	Berichte über Sektionskonferenzen und Ausschusssitzungen	267
Rechnungsprüfer	16	Bericht des Mandatsprüfungsaus- schusses	267
Veröffentlichungen	17	Erster Bericht des Resolutionsaus- schusses	268
Das Sekretariat	17	Sektionskonferenz der Arbeiter im Straßenverkehr	271
Vertretungen der ITF auf Kongressen und sonstigen Tagungen	18	Konferenz der Sektion des Luft- verkehrs	274
II. Mitgliederbestand	21	Konferenz der Hafendarbeitersek- tion	278
Neueintritte	22	Gemeinsame Konferenz der Sek- tionen der Seeleute und Hafendar- beiter	283
Liste der Mitgliedsverbände	23	Zweiter Bericht des Resolutions- ausschusses	285
III. Beziehungen zu angeschlos- senen Organisationen	37	Konferenz der Sektion der Hoch- seefischer	286
IV. Arbeitskonflikte und gewerk- schaftspolitische Kampfmaß- nahmen	40	Gemeinsame Konferenz der Sek- tionen des Binnenverkehrs	288
V. Regionale Tätigkeit	48	Sektionskonferenz der Eisenbah- ner	292
VI. Tätigkeit der Sektionen	62	Konferenz der Seeleutesektion	296
Seeleutesektion	62	Konferenz der Sektion Binnen- schiffahrt	300
Sondersektion der Seeleute	67	Delegiertenliste	303
Hafendarbeitersektion	71	Gäste	310
Sektion der Eisenbahner	76		
Sektion Straßenverkehr	86		
Sektion Luftverkehr	93		
Sektion der Hochseefischer	98		
Sektion der Binnenschiffer	109		
Gemeinsame Tätigkeit der Sektionen	112		
VII. Beziehungen zu internationa- len Gewerkschaftsorganisa- tionen	115		
VIII. Beziehungen zu offiziellen in- ternationalen Organisationen Internationale Arbeitsorgani- sation	119		
Weitere zwischenstaatliche Regierungsorganisationen	129		
IX. Verschiedenes	130		

TEIL II

PROTOKOLL

Tagesordnung

1. Eröffnungs- und Begrüßungsansprachen.
2. Ansprache des Präsidenten.
3. a) Wahl des Mandatsprüfungsausschusses;
b) Wahl des Resolutionsausschusses.
4. Geschäftsordnung.
5. Tätigkeitsbericht für die Jahre 1958 und 1959.
6. Finanzbericht für die Jahre 1958 und 1959.
7. Änderungen der Satzungen der ITF.
8. Der Aufgabenbereich der ITF in den Entwicklungsländern.
9. Die Verkürzung der Arbeitszeit.
10. Eingereichte Entschlüsse und Anträge.
11. Mitgliederbeiträge.
12. Wahlen:
 - a) Generalrat;
 - b) Exekutivkomitee;
 - c) Geschäftsführender Ausschuß;
 - d) Ausschuß der Rechnungsprüfer;
 - e) Generalsekretär.
13. Sitz der ITF.
14. Termin und Ort des nächsten Kongresses.

Anträge

I. Änderungen der Satzungen der ITF

1. Änderung von Art. VI, § 2, der Satzungen der ITF Dreijähriger Zeitabstand zwischen Ordentlichen Kongressen

Art. VI, § 2, der Satzungen ist wie folgt zu ändern:

«Der Ordentliche Kongreß findet alle drei Jahre zu einem vom Exekutivkomitee festzusetzenden Zeitpunkt statt.»

Antragsteller:

Föderation der amerikanischen Eisenbahnerverbände (RLEA)
Norwegischer Seeleuteverband
Norwegischer Transportarbeiterverband
Schwedischer Seeleuteverband

2. Änderung von Art. VIII

Wahl von zwei Vertretern eines Landes oder Weltteils in das Exekutivkomitee unter gewissen Umständen

a) § 4 von Art. VIII ist durch die folgenden Worte zu ergänzen:

«... wobei jedoch zwei Vertreter von Mitgliedsverbänden in Nordamerika (USA und Kanada) in das Exekutivkomitee gewählt werden können.»

Alternativvorschlag

b) § 4 von Art. VIII ist durch die folgenden Worte zu ergänzen:

«... wobei jedoch zwei Vertreter von Mitgliedsverbänden eines Landes in das Exekutivkomitee gewählt werden können, vorausgesetzt, daß diese Organisationen mehr als 500 000 Mitglieder bei der ITF angemeldet haben und für sie die vollen Mitgliederbeiträge entrichten.»

Antragsteller:

Föderation der amerikanischen Eisenbahnerverbände (RLEA)

Kommentar der antragstellenden Organisation

Gegenwärtig gehören dem Exekutivkomitee zwei Mitglieder aus den Vereinigten Staaten von Amerika an. Eines dieser Mitglieder wurde auf dem Kongreß 1958 auf normale Weise gewählt, und das zweite Mitglied wurde im Einklang mit § 5 von Artikel VIII von den gewählten Mitgliedern kooptiert, um eine zusätzliche und den Gegebenheiten entsprechende Vertretung des Weltteiles Nordamerika zu ermöglichen.

Die Amerikanische Föderation der Eisenbahnerverbände (RLEA) befürwortet die Zugehörigkeit von zwei Vertretern Nordamerikas zum Exekutivkomitee, ist jedoch unbedingt dafür, daß beide auf dem Kongreß gewählt werden sollten. Wir befürworten die Bemühungen der nordamerikanischen Organisa-

tionen der Seeleute und das Bestreben des Exekutivkomitees der ITF, die Vertretung derartiger Gewerkschaften durch einen Delegierten im Exekutivkomitee zu ermöglichen. Dieser Delegierte sollte jedoch unseres Erachtens ein gewähltes vollberechtigtes Mitglied des Exekutivkomitees sein und nicht ein kooptiertes.

Die Bestimmungen des § 5 von Artikel VIII, durch die die gewählten Mitglieder des Exekutivkomitees ermächtigt werden, zusätzliche Mitglieder zu kooptieren (oder zu ernennen), wurden auf dem Wiener Kongreß 1956 angenommen, um eine praktisch durchführbare und faire Vertretung von Mitgliedsverbänden in Asien, Afrika und Lateinamerika zu ermöglichen, wo sich die Gewerkschaftsbewegung noch nicht so weit entwickelt hat, daß derartige Organisationen finanziell in der Lage wären, die ihrer Stärke entsprechende Zahl von Delegierten zum Kongreß zu entsenden. Derartige Umstände gelten offenkundig nicht für Nordamerika. Wir möchten daher auf die folgenden Ausführungen des Generalsekretärs auf dem Wiener Kongreß verweisen, aus denen ganz eindeutig die Gründe für den Antrag auf Kooptierung zusätzlicher Mitglieder ersichtlich sind:

Der Generalsekretär: «Das Exekutivkomitee beschäftigt sich seit längerer Zeit mit der Frage der Erhöhung der Zahl seiner Mitglieder, aus dem sehr einfachen, aber wichtigen Grunde, daß das Exekutivkomitee aus Vertretern aller Weltteile bestehen sollte, in denen die ITF Mitgliederorganisationen aufweist. Der derzeit geltende, einschlägige Wortlaut der Satzungen ist der gleiche wie vor dem Kriege, das heißt zu einer Zeit, wo die ITF überwiegend aus europäischen Organisationen bestand. In Anbetracht der überaus raschen Entwicklung unserer Internationale nach dem Kriege und des Umstandes, daß aus ihr eine wirklich weltweite Organisation geworden ist, vertritt das Exekutivkomitee jedoch sehr nachdrücklich die Auffassung, daß ihm auch Kollegen aus diesen übrigen Weltteilen angehören sollten.

Nachdem Übereinstimmung über diesen Grundsatz erzielt worden war, mußten die Möglichkeiten einer Verwirklichung dieses Gedankens erwogen werden. Das war keineswegs einfach. Selbst die Lösung, die nunmehr vorgeschlagen wird, ist in gewissem Umfange nur eine provisorische. Der Grund dafür ist in der Tatsache zu suchen, daß das Exekutivkomitee es nicht für möglich erachtet, den Mitgliedsorganisationen in den verschiedenen Ländern zu gestatten, sich selber zu nominieren oder dem Kongreß Namen vorzuschlagen. Wie Ihr festgestellt haben werdet, sind nur sehr wenige Organisationen aus drei Weltteilen, nämlich Asien, Afrika und Lateinamerika, finanziell in der Lage, Delegierte zu den Kongressen zu entsenden, und es wäre nach Ansicht des Exekutivkomitees nicht angezeigt, Nominierungen dem Ermessen der wenigen Vertreter dieser Weltteile zu überlassen, denen es von Zeit zu Zeit möglich ist, dem Kongreß beizuwohnen.

Diese Schwierigkeiten würden auch nicht auftreten, wenn die regionalen Organisationen ihre Tätigkeit bereits aufgenommen hätten, da sie im eigenen Rahmen noch vor dem Kongreß ihre Vertretung im Exekutivkomitee besprechen und in gewissem Umfange die erforderlichen Nominierungen vornehmen könnten, die der Kongreß sodann zu prüfen hätte. Wie Ihr wißt, kann von einem einwandfreien Funktionieren unserer regionalen Organisationen jedoch keineswegs die Rede sein und es wird noch beträchtliche Zeit dauern, bis dieses Stadium erreicht ist. Das Exekutivkomitee war jedoch der Auffassung, daß wir mit einer Vertretung dieser übrigen Weltteile im Exekutivkomitee nicht länger warten sollten. Aus diesem Grunde konnte das Exekutivkomitee keinen anderen Vorschlag machen, als Kollegen aus diesen Weltteilen in das Exekutivkomitee zu kooptieren, wobei diese Kooptierung durch

die auf dem Kongreß gewählten Mitglieder des Exekutivkomitees zu erfolgen hätte.

Der Vorschlag besteht daher darin, daß die Zahl der Mitglieder des Exekutivkomitees um höchstens vier Mitglieder erhöht werden sollte. Die Zahl wurde gewählt, um der Zahl der Weltteile Rechnung zu tragen, die bisher noch nicht im Exekutivkomitee vertreten sind.

Möglicherweise wird das Exekutivkomitee zu der Schlußfolgerung gelangen, daß drei genügen würden, aber wir möchten trotzdem die Zahl auf vier erhöhen. Was die neugewählten Mitglieder des Exekutivkomitees von der beantragten Vorgangsweise des Kooptierens halten werden, läßt sich noch nicht voraussagen. Das gegenwärtige Exekutivkomitee schlägt jedoch vor, daß diese Mitglieder nur im Einvernehmen mit den Mitgliedsverbänden in den betreffenden Weltteilen kooptiert werden sollten. Mit anderen Worten, ihre Auswahl sollte nicht zur Gänze dem Gutdünken des Exekutivkomitees überlassen bleiben. Die Mitgliedsverbände in den betreffenden Ländern sollten dabei sehr viel mitzureden haben.»

Wir haben den Alternativantrag b für den Fall unterbreitet, daß der Kongreß den Wunsch nach der Wahl von zwei Mitgliedern des Exekutivkomitees aus Ländern mit hohen Mitgliederzahlen, wie Großbritannien und Deutschland, zum Ausdruck bringt. Die Annahme dieses Vorschlags an Stelle von Antrag a würde gleichzeitig unserem Wunsche Rechnung tragen, daß zwei Personen aus Nordamerika gewählt werden an Stelle eines gewählten und eines kooptierten Mitgliedes des Exekutivkomitees.

3. Änderung von Artikel VIII im Hinblick auf die Ernennung von Stellvertretern von Mitgliedern des Exekutivkomitees

Art. VIII der Satzungen ist wie folgt zu ändern:

«Ein gewähltes Mitglied des Exekutivkomitees, das auf der Reise von einem Weltteil zu einem anderen im Zusammenhang mit einer Sitzung des Exekutivkomitees große Entfernungen zurücklegen muß, hat das Recht, einen seiner Organisation angehörenden Stellvertreter zu ernennen, der ihn auf einer derartigen Sitzung vertritt und in seinem Namen handelt.»

Antragsteller:
Amerikanische Föderation der Eisenbahnerverbände (RLEA)

4. Änderung von Art. IX der Satzungen der ITF betreffend den Geschäftsführenden Ausschuß

Die §§ 1 und 2 von Art. IX der Satzungen der ITF sind wie folgt zu ändern:

1. Der Geschäftsführende Ausschuß besteht aus vier Mitgliedern, die auf jedem Kongreß gewählt werden. Die Mitgliedsverbände des Landes, in dem sich der Sitz der ITF befindet, sowie die Mitgliedsverbände in jedem von drei Nachbarländern nominieren je ein Mitglied. Die Nominierungen von Mitgliedern des Geschäftsführenden Ausschusses bedürfen der Zustimmung des Kongresses. Sollten sich die Mitgliedsverbände in irgendeinem der betreffenden Länder nicht auf einen Kandidaten einigen können, so sind die Namen aller solcher Kandidaten dem Kongreß zu unterbreiten, der ein Mitglied des Ge-

schäftsführenden Ausschusses aus der Reihe dieser Kandidaten wählt.

2. Wird zwischen zwei Ordentlichen Kongressen ein Sitz im Geschäftsführenden Ausschuß frei, so ist er durch die Nominierung eines neuen Mitgliedes durch die jeweils in Betracht kommenden Mitgliedsverbände zu füllen. Sollten sich diese Organisationen nicht auf einen Kandidaten einigen können, so sind die Namen aller Kandidaten dem Exekutivkomitee zu unterbreiten, das ein neues Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses aus ihren Reihen wählt.

Antragsteller:
Exekutivkomitee der ITF

Kommentar der Antragsteller

In ihrer gegenwärtigen Fassung sehen die Paragraphen 1 und 2 des Artikels IX der Satzungen der ITF vor, daß für Mitgliedschaft des Geschäftsführenden Ausschusses nur Vertreter von Mitgliedsverbänden des Landes in Betracht kommen, wo sich der Sitz der ITF befindet. Diejenigen, die für diese Regelung verantwortlich waren, wollten damit vermutlich bezwecken, daß die Mitglieder des Ausschusses für Beratungen oder kurzfristig anberaumte Sitzungen ohne Schwierigkeit erreicht werden konnten. Daß derartig dringende Fälle bei einem Gremium, dessen wichtigste Aufgabe die Überwachung der Verwaltungstätigkeit im Sekretariat der ITF ist, von Zeit zu Zeit eintreten können, liegt auf der Hand. Zu einer Zeit, wo das Reisen weder so schnell noch so einfach war wie heute, konnte dieser Notwendigkeit am besten dadurch Rechnung getragen werden, daß man die Mitgliedschaft des Geschäftsführenden Ausschusses auf das Land beschränkte, in dem die ITF ihren Sitz hatte. Praktische Gegebenheiten waren demnach ausschlaggebend für die heutige Struktur des Ausschusses. Bedeutend wichtiger als die Nachteile einer nationalen Zusammensetzung war der große Vorteil, daß ein aus Mitgliedern aus dem gleichen Lande bestehender Ausschuß rasch handeln konnte.

In den letzten Jahren haben sich die Verhältnisse jedoch grundlegend geändert. Heutzutage ist eine Reise von der Hauptstadt eines Landes zu der eines anderen häufig einfacher und schneller als die Durchquerung einer Großstadt während der Stoßzeiten. Will man sich mit jemand im Ausland beraten, so ist dies auf telephonischem Wege ohne besondere Schwierigkeit möglich. Die Gründe, die früher die Beschränkung der Mitgliedschaft des Geschäftsführenden Ausschusses auf ein einziges Land als imperative Notwendigkeit erscheinen ließen, treffen heutzutage in Anbetracht der durch moderne Verkehrsmittel und Methoden der Nachrichtenübermittlung gebotenen Möglichkeiten nicht mehr zu. Demgemäß kann nunmehr Faktoren Rechnung getragen werden, die früher vernachlässigt werden mußten. Als wichtigster davon muß wohl der Umstand bezeichnet werden, daß der Geschäftsführende Ausschuß in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung eine Anomalie darstellt: Im Gegensatz zu den übrigen leitenden Gremien der ITF ist seine Struktur national und nicht international. Dagegen stützt sich die Zusammensetzung des Exekutivkomitees und des Generalrates auf Artikel der Satzungen, die ausdrücklich eine internationale Mitgliedschaft vorsehen, wobei durch wohlüberlegte Sicherheitsklauseln einem eventuell entstehenden Übergewicht der einen oder anderen nationalen Gruppe vorgebeugt wird. Nun halten wir den Zeitpunkt für gekommen, wo in dieser Hinsicht Abhilfe geschaffen und auch dem Geschäftsführenden Ausschuß eine internationale

Basis verliehen werden könnte. Keineswegs von der Hand zu weisen ist auch das Argument, daß sich dadurch die Autorität des Ausschusses, der ja bekanntlich in gewissen Fällen Beschlüsse von beträchtlicher gewerkschaftspolitischer Tragweite zu fassen hat, erhöhen würde, denn von einem international zusammengesetzten Geschäftsführenden Ausschuß könnte niemand behaupten, er habe bei seiner Beschlußfassung auf nationale Belange Rücksicht nehmen oder sich von ihnen leiten lassen müssen.

Auf diese Argumente zur Begründung seines Antrags möchte sich das Exekutivkomitee beschränken. Eine Erhöhung der Mitgliederzahl des Geschäftsführenden Ausschusses dürfte sich erübrigen, da ein kleiner, d. h. wie bisher aus vier Mitgliedern bestehender Ausschuß für die Behandlung der normalerweise in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Angelegenheiten am zweckmäßigsten ist. In Anbetracht der auf dem Gebiete der Verkehrs- und Nachrichtenübermittlungstechnik erzielten Fortschritte könnte ein international zusammengesetzter Ausschuß gewiß einwandfrei funktionieren. Dennoch aber hat dieser technische Fortschritt noch nicht jenes Stadium erreicht, wo ein aus Vertretern verschiedener Weltteile bestehendes Gremium arbeitsfähig wäre. Käme jedoch ein Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses aus dem Lande, in dem sich der Sitz der ITF befindet, und die drei übrigen aus den drei Nachbarländern, so wäre das nach Ansicht des Exekutivkomitees ein vernünftiger Schritt, weil dadurch aus dem Geschäftsführenden Ausschuß ein internationales, jedoch nach wie vor zu raschem Handeln befähigtes Gremium werden würde.

Abschließend legt das Exekutivkomitee größten Wert auf die Feststellung, daß der obige Antrag keineswegs irgendeiner Unzufriedenheit mit der Arbeitsweise des gegenwärtigen oder früherer Geschäftsführender Ausschüsse entspricht, denen vielmehr für ihre Tätigkeit Dank und Anerkennung gebührt.

II. Allgemeines

5. Mitgliederbeiträge

Der normale Mitgliederbeitrag wird auf 6d. je Mitglied und Jahr erhöht.

Antragsteller:

Das Exekutivkomitee der ITF

Kommentar der Antragsteller

Nach einer Besprechung des Finanzberichtes für 1959 und des Budgets für 1960 anlässlich ihrer Sitzungen im April 1960 gelangten das Exekutivkomitee und der Regionalausschuß zu der Schlußfolgerung, daß der ITF nur die Wahl zwischen einer Einschränkung der regionalen Tätigkeit oder dem Flüssigmachen zusätzlicher Mittel bliebe. Von unmittelbarer Bedeutung war die Fortsetzung der regionalen Tätigkeit im gegenwärtigen Umfange. Für eine Ausdehnung dieser Tätigkeit wären sogar noch höhere Einkünfte erforderlich. Der Freie Gewerkschaftsfonds Edo Fimmen wies Ende 1959 ein Defizit von etwa £2600 auf und könnte nur durch eine Übertragung von £3000 aus dem Allgemeinen Fonds der ITF wieder einen Kreditsaldo zeigen. Außerdem hatten sich die Ausgaben für regionale Tätigkeit im ersten Viertel des Jahres 1960 weiterhin erhöht, wodurch die Notwendigkeit von konkreten Maßnahmen in einer der beiden Richtungen noch unterstrichen wurde.

Das Exekutivkomitee vertrat die Auffassung, daß eine Einschränkung der regionalen Tätigkeit unbedingt abzulehnen wäre. Gerade auf diesem Gebiete hat die ITF ihre dringendsten Aufgaben zu erfüllen, und durch einen Rückzug würde ein Großteil des bisher Erreichten zunichte gemacht werden. Die einzige Alternative wäre daher eine Erhöhung der Einkünfte. Diese läßt sich entweder durch eine Erhöhung der Mitgliederbeiträge bewerkstelligen oder durch fallweise Appelle an die Mitgliedsverbände um besondere freiwillige Beiträge. Die letztgenannte Methode war vor dem Kongreß 1958 normalerweise angewandt worden, der jedoch gleichzeitig mit der Einführung eines einheitlichen Mitgliederbeitrags beschlossen hatte, daß die ITF in der Zukunft in der Lage sein müsse, mit verlässlicheren Einkommensquellen zu rechnen als mit freiwilligen Beiträgen, denn ungeachtet der Großzügigkeit der Mitgliedsverbände waren die Budgetentwürfe und die Planung der Tätigkeit durch die Ungewißheit hinsichtlich der verfügbaren Mittel stark beeinträchtigt worden. Das Exekutivkomitee war der Meinung, daß der Beschluß des Kongresses 1958, den Finanzen der ITF eine festere Grundlage zu verleihen, richtig gewesen sei, und daß eine Rückkehr zu der früher üblichen Methode ein Irrtum wäre. Aus diesem Grunde wurde einstimmig beschlossen, dem Kongreß 1960 vorzuschlagen, daß die für die regionale Tätigkeit so überaus dringend benötigten zusätzlichen Mittel durch eine Erhöhung der Mitgliederbeiträge verfügbar gemacht werden sollten. Der neue einheitliche Mitgliederbeitrag sollte 6d. je Mitglied der angeschlossenen Organisationen im Jahre betragen. Das Exekutivkomitee ist sich der Tatsache bewußt, daß mit dieser ins Auge gefaßten Erhöhung der Mitgliederbeiträge weitere Anforderungen an den guten Willen und Geist der internationalen Solidarität der Mitgliedsverbände gestellt werden. Da das Exekutivkomitee jedoch bei unseren angeschlossenen Organisationen das Verständnis dafür voraussetzt, daß unsere Internationale stark genug sein muß, um ihren überaus dringenden Verpflichtungen gerecht werden zu können, hofft es zuversichtlich, daß sein Antrag angenommen wird.

6. Verlegung des Sitzes der ITF

Der Sitz der ITF ist von London nach Brüssel zu verlegen.

Antragsteller:

Das Exekutivkomitee der ITF

Kommentar der Antragsteller

Dieser Antrag ist das Ergebnis einer Diskussion über die Notwendigkeit der Ausdehnung der regionalen Tätigkeit der ITF anläßlich der Sitzung des Exekutivkomitees im April 1960. Eine unerläßliche Voraussetzung für den Erfolg der ITF auf diesem Gebiete ist ein Sekretariat mit Personal, das qualitativ und quantitativ ausreicht, um das mit einer Ausweitung der regionalen Tätigkeit verbundene erhöhte Arbeitspensum bewältigen zu können. Eine derartige Ausdehnung der regionalen Tätigkeit oder einer Tätigkeit der ITF überhaupt würde die Einstellung von zusätzlichem Personal im Sekretariat bedingen. In den letzten Jahren haben sich jedoch bei der Einstellung von entsprechend befähigtem Personal vor allem mit guten Kenntnissen mehrerer Sprachen immer größere Schwierigkeiten ergeben. Diese Schwierigkeiten erhöhen sich ganz offenkundig noch dadurch, daß sich der Sitz der ITF in London befindet und sind jetzt derart akut geworden, daß sie eine Ausdehnung der Tätigkeit des Sekretariats auf sehr ernst zu nehmende Weise be-

hindern. Diese Schwierigkeiten würden durch eine Verlegung des Sitzes der ITF nach dem europäischen Kontinent weitgehend aus dem Wege geräumt werden.

Eine Verlegung des Sekretariats der ITF wäre auch aus einer Reihe weiterer Gründe wünschenswert. Dazu gehört die Notwendigkeit einer geographischen Lage in nächster Nähe des IBFG, da die Ausweitung der regionalen Tätigkeit zwangsläufig auch umfangreichere Kontakte und eine weitaus engere Zusammenarbeit der ITF mit dem IBFG zur Folge haben wird. Der Tätigkeitsbericht für die Jahre 1958 und 1959 enthält eine Beschreibung des Apparats, der zum Zwecke der Zusammenarbeit zwischen dem IBFG und den IBS im November 1959 geschaffen wurde. Er bildet eine Grundlage für ein gemeinsames Vorgehen der beiden Sektoren der internationalen Gewerkschaftsbewegung auf dem Gebiete der regionalen Tätigkeit bei einer rationelleren Verwendung der verfügbaren Hilfsquellen als bisher. Gleichzeitig wird sich jedoch die immer dringendere Notwendigkeit sofortiger und womöglich persönlicher Beratungen mit den verantwortlichen Funktionären des IBFG ergeben. Dieser Umstand hat das Exekutivkomitee dazu veranlaßt, Brüssel als neuen Sitz der ITF vorzuschlagen.

Schließlich verdient der Erwähnung, daß Brüssel in vielfacher Hinsicht für internationale Konferenzen und Tagungen besonders geeignet ist. Die Annahme des Vorschlags des Exekutivkomitees würde bedeuten, daß derartige Tagungen häufiger als in den letzten Jahren im Sekretariat der ITF stattfinden könnten. Dadurch würden sich nicht nur finanzielle Einsparungen, sondern auch wesentliche verwaltungstechnische Vorteile ergeben.

7. Errichtung eines verkehrspolitischen Koordinationsausschusses für Europa

Der Kongreß

stellt fest, daß der Kongreß der ITF vom 23. bis 31. Juli 1958 eine Resolution über verkehrspolitische Probleme annahm, deren vorletzter Absatz wie folgt lautet:

«Der Kongreß ersucht die Exekutive, für die Weiterbehandlung dieser Probleme auf europäischer Ebene die geeignete, regionale Arbeitsgrundlage zu schaffen, die sowohl die Zusammenarbeit im 'Verkehrsausschuß Gemeinsamer Markt ITF' als auch die Berücksichtigung der Verkehrsprobleme der übrigen europäischen Länder und Mitgliedsverbände gewährleistet.»

beschließt, einen verkehrspolitischen Koordinationsausschuß für Europa zu errichten;

ersucht das Exekutivkomitee der ITF, die Zusammensetzung dieses Ausschusses wie folgt zu gestalten:

einen Vertreter von Skandinavien,
einen Vertreter von Großbritannien,
einen Vertreter von der Schweiz und Österreich,
einen Vertreter der Eisenbahnersektion,
einen Vertreter der Sektion der Arbeiter im Straßentransport,
einen Vertreter der Sektion der Binnenschiffer,
einen Vertreter vom Sekretariat der ITF,
zwei Vertreter vom Gewerkschaftlichen Verkehrsausschuß der Gemeinschaft (ITF).

bringt die Hoffnung zum Ausdruck, daß es diesem Ausschuß gelingen möge, eine Koordination der Verkehrspolitik innerhalb Europas im Rahmen der ITF zu erreichen und zu gewährleisten.

Antragsteller:
Niederländischer Verband der Arbeiter im
Binnenverkehr
Niederländische Gewerkschaft «Mercurius»
(Fahrer im Straßentransport)

8. Verkürzung der Arbeitszeit

In Anbetracht der Tatsache,

daß die Entwicklung der Rationalisierung und Modernisierung in der ganzen Welt seit einigen Jahren eine Verkürzung der Arbeitszeit erforderlich macht; daß in Frankreich die 40-Stunden-Woche durch Gesetz begründet ist, während in den USA in vielen Kollektivverträgen eine noch kürzere Arbeitszeit vorgesehen ist und die Mehrzahl der Transportarbeiter Europas auf Grund von in der letzten Zeit verabschiedeten Gesetzen oder Kollektivverträgen höchstens 45 Stunden in der Woche arbeitet, wodurch die von der IAO bereits 1919 als internationale Norm festgesetzte 48-Stunden-Woche überholt ist;

daß das Hauptziel der Gewerkschaftsbewegung darin besteht, den Arbeitnehmern in erster Linie durch Erhöhung der Entlohnung und Verkürzung der Arbeitszeit einen in gesundheitlicher und kultureller Hinsicht angemessenen Lebensstandard zu verschaffen und eine Verkürzung der Arbeitszeit zwar für alle Arbeitnehmer wichtig, jedoch für die Transportarbeiter von besonderer Bedeutung ist, die die Verantwortung für die rasche und sichere Beförderung von Personen und Gütern zu übernehmen haben, und das um so mehr, als der Umfang und die mit den modernen Geräten verbundenen technischen Komplikationen ständig zunehmen;

vertritt der Kongreß die Auffassung, daß die Zeit gekommen sei, wo die Transportarbeiter der Welt sich im Rahmen der ITF zusammenschließen, um eine Kampagne zur Verkürzung der Arbeitszeit, dem dringendsten Anliegen der heutigen Zeit, in die Wege zu leiten.

Der Kongreß beantragt, als kurzfristiges Ziel der Kampagne die Fünftage- bzw. 40stündige Arbeitswoche festzusetzen;

legt den Mitgliedsverbänden dringend nahe, sich für die Erreichung der Ziele dieser Kampagne sowohl individuell als auch wo immer möglich gemeinsam mit anderen Mitgliedsverbänden einzusetzen;

fordert das Sekretariat der ITF und die Delegierten der Arbeitnehmer auf, sich nach besten Kräften für ein Erfolg versprechendes internationales Überkommen über die 40-Stunden-Woche einzusetzen;

und appelliert an die Regierungen, durch die Verabschiedung der entsprechenden Gesetzgebung eine Verkürzung der Arbeitszeit herbeizuführen.

Antragsteller:
Japanischer Eisenbahnerverband
Japanischer Verband des Lokomotivpersonals
Japanische Föderation der Gewerkschaften
der kommunalen Transportarbeiter
Japanischer Verband der Arbeitnehmer
der Reisebüros

9. Gewerkschaftsrechte in Japan

Der Kongreß

verweist die Mitgliedsverbände auf die vom Amsterdamer Kongreß der ITF 1958 angenommene Resolution über die Koalitionsfreiheit in Japan;

bringt sein Befremden darüber zum Ausdruck, daß sich zwei Jahre nach der Annahme dieser Resolution an der Einschränkung der gewerkschaftlichen Rechte der japanischen Arbeitnehmer in Betrieben der öffentlichen Hand nichts geändert hat;

stellt fest, daß die japanische Regierung zwar unter dem weitgehend durch die gemeinsamen Bemühungen der ITF und des IBFG hervorgerufenen Druck der öffentlichen Meinung der Welt beschlossen hat, das Übereinkommen Nr. 87 der IAO über die Versammlungs- und Koalitionsfreiheit zu ratifizieren, jedoch beabsichtigt, den Gewerkschaften der Arbeitnehmer der Betriebe der öffentlichen Hand neue Beschränkungen ihrer Handlungsfreiheit aufzuzwingen, wie z. B. eine drastische Herabsetzung der Zahl der vollamtlich beschäftigten Funktionäre und schwerere Bestrafung von Verstößen gegen die Gesetzgebung;

vertritt grundsätzlich die Auffassung, daß jede Gewerkschaft Anspruch auf das Streikrecht hat, das ein legitimes Mittel darstellt, dessen sich die Gewerkschaft in Ausübung ihrer kollektiven Vertretungsbefugnisse bedienen kann, wobei jedoch eine gewisse Einschränkung dieses Rechts bei bestimmten Kategorien von Transportarbeitern, deren Tätigkeit einem öffentlichen Dienst entspricht, zulässig sein kann, vorausgesetzt, daß die Rechte dieser Arbeitnehmer durch ein unparteiisches Schlichtungs- bzw. schiedsgerichtliches Verfahren geschützt werden;

erklärt, daß Maßnahmen, die gegen den Geist des Übereinkommens Nr. 87 verstoßen und die Existenz der betreffenden Gewerkschaften bedrohen, für die ITF untragbar wären, und

fordert die Mitgliedsverbände der ITF auf, den Kampf der japanischen Gewerkschaften um ihre grundlegenden Rechte mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen.

Antragsteller:

Japanischer Eisenbahnverband

Japanischer Verband des Lokomotivpersonals

Japanische Föderation der Gewerkschaften

der kommunalen Transportarbeiter

III. Seeleute

10. Ruheperioden der Wachdienst leistenden Besatzungsmitglieder

In Anbetracht der Tatsache, daß die Leistungsfähigkeit durch Ermüdung beeinträchtigt wird,

verlangt der Kongreß,

daß wachhabenden Besatzungsmitgliedern vor Antritt des Wachdienstes nach dem Auslaufen des Schiffes eine mindestens sechsstündige Ruhepause

gewährt wird, was durch eine entsprechende Eintragung im Schiffstagebuch zu bestätigen ist.

Antragsteller:

Britische Vereinigung der Offiziere der Handelsmarine und des Luftverkehrs

11. Einberufung einer zweiten Asiatischen regionalen Seefahrtstagung der IAO

In Anbetracht der Tatsache,

daß die erste Asiatische regionale Seefahrtstagung 1953 in Ceylon einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der Heuern und Arbeitsbedingungen der asiatischen Seeleute leistete, insbesondere im Hinblick auf Wohlfahrts-einrichtungen in den Häfen, Anwerbung von Seeleuten und Seefahrtsgesetzgebung,

daß die dringende Notwendigkeit einer weiteren Untersuchung von Problemen asiatischer Seeleute auf internationaler Ebene besteht, vor allem im Zusammenhang mit Leistungen der Sozialversicherung bei Krankheit und Arbeitslosigkeit, Altersversicherung und beruflicher Aus- und Fortbildung, ersucht der Kongreß

den Verwaltungsrat des IAA, so bald wie möglich eine zweite Asiatische regionale Seefahrtstagung einzuberufen.

Antragsteller:

Japanischer Seeleuteverband

IV. Hochseefischer

12. Sitzung des IAO-Ausschusses für Fischer

In Anbetracht der Tatsache,

daß der Festsetzung internationaler Mindestnormen der Arbeitsbedingungen von Fischern bis zur Annahme von drei Übereinkommen durch die Internationale Arbeitskonferenz 1959 keinerlei Aufmerksamkeit zugewandt worden war,

daß diese Übereinkommen das Ergebnis langjähriger intensiver Bemühungen der ITF darstellen, die auf der gleichen Konferenz auch zur Schaffung eines besonderen Ausschusses führten, der allen Fragen, die die Fischer berühren, seine dauernde Aufmerksamkeit zuwenden soll,

daß diese wenn auch begrüßenswerten Maßnahmen nur einen ersten Schritt auf dem Wege zu einem internationalen sozialen Standard der Fischer darstellen, ähnlich jenem, der hauptsächlich dank den Bemühungen der ITF für die in der Handelsschiffahrt tätigen Seeleute erreicht werden konnte,

beantragt der Kongreß

dringend, die erste Sitzung des IAO-Ausschusses für Fischer so bald wie möglich einzuberufen, damit die vorbereitenden Arbeiten im Hinblick auf die Erreichung der im Internationalen Programm der Fischer der ITF festgesetzten Ziele in Angriff genommen werden können.

Antragsteller:

Japanischer Seeleuteverband

V. Eisenbahner und Arbeiter im Straßentransport

13. Einmannbetrieb

Der Kongreß

erinnert an die vom Amsterdamer Kongreß 1958 einstimmig angenommene Resolution über die Bemannung von Lokomotiven;

vertritt die Auffassung, daß die dieser Resolution zugrunde liegenden Überlegungen auch auf den Betrieb von Autobussen und sonstigen öffentlichen Verkehrsmitteln angewandt werden können;

stellt fest, daß die bisher übliche Besetzung derartiger Fahrzeuge mit zwei Personen hauptsächlich im Interesse der Betriebssicherheit erfolgt;

betont neuerdings, daß die Betriebssicherheit unter keinen Umständen durch die Einführung des Einmannbetriebs gefährdet werden darf und daß die Arbeitsbedingungen der von dieser Maßnahme betroffenen Arbeitnehmer nicht verschlechtert werden dürfen.

Antragsteller:

Japanischer Verband des Lokomotivpersonals
Japanischer Eisenbahnverband
Japanische Föderation der Gewerkschaften
der kommunalen Transportarbeiter

Protokoll

Mittwoch, 20. Juli 1960

Vormittagssitzung

Vor Eröffnung der Besprechungen wurde durch das Biel-Solothurner Stadttheaterorchester ein kurzes musikalisches Programm dargeboten.

Der Präsident, Frank Cousins, eröffnete sodann den Kongreß und ersuchte den Präsidenten des Empfangskomitees, Robert Bratschi, die Delegierten zu begrüßen.

Kollege Robert Bratschi begann seine Begrüßungsansprache, indem er einige der anwesenden Gäste erwähnte, u. a.:

Dr. Robert Kunz, Direktor des Eidgenössischen Transportamtes;
Samuel Brawand, Vizepräsident des Berner Regierungsrates;
Fritz Schmidlin, Stadtrat von Bern und Direktor der Berner industriellen Betriebe.

Kollege Bratschi dankte diesen Vertretern öffentlicher Körperschaften für die Ehre, welche sie der ITF durch ihre Anwesenheit am Kongreß erwiesen haben. Die Generaldirektion der Schweizerischen Bundesbahnen sei durch ihren Präsidenten, Dr. Hugo Gschwind, und die Schweizerischen Privattransportunternehmen durch Direktor Dr. Hans Born vertreten.

Alle dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Organisationen hätten natürlich Vertreter entsandt; unter ihnen befände sich ein alter Freund der ITF, Kollege Leuenberger, Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes. Kollege Leuenberger werde später noch zum Kongreß sprechen. Wenn Vertreter von Behörden, Verwaltungen und Gewerkschaften als Gäste friedlich nebeneinander säßen, so wolle dies nicht heißen, daß es zwischen ihnen keinerlei Differenzen gäbe. Es sei jedoch ein Beweis für ihre Bereitwilligkeit, diese Differenzen mittels verständnisvoller Zusammenarbeit auszugleichen. Kollege Bratschi begrüßte sodann die Delegierten der der ITF angeschlossenen Gewerkschaften aus 40 Ländern sowie die Vertreter der ITF, jener mächtigen und einflußreichen Organisation, die heute auf über 60 Jahre intensiver und erfolgreicher Tätigkeit zurückblicken könne.

Kollege Bratschi sprach sodann über einige der früheren führenden Funktionäre der ITF und erwähnte besonders Charlie Lindley vom schwedischen Transportarbeiterverband sowie Arthur Deakin und Hans Jahn. Anschließend hieß Kollege Bratschi die Witwe des Kollegen Devaux vom belgischen Eisenbahnerverband herzlichst willkommen.

Er gratulierte dem Kollegen Omer Becu zu seiner kürzlichen Wahl zum Generalsekretär des IBFG (Internationaler Bund freier Gewerkschaften) und betonte, daß dies gleichzeitig einen Gewinn für den IBFG und einen großen Verlust für die ITF bedeute. Es werde nicht leicht sein, Kollege Becu zu ersetzen, aber er sei überzeugt, daß die ITF einen würdigen Nachfolger für ihn finden werde.

Sodann begrüßte Kollege Bratschi wärmstens den Kollegen Oldenbroek, den Nachfolger Edo Fimmens, der im Jahre 1949 sein Amt als Generalsekretär der ITF niederlegte, um der erste Generalsekretär des IBFG zu werden. Er habe dieses verantwortungsvolle Amt zehn Jahre lang ausgeübt und sei im Jahre 1959, als er die Altersgrenze erreichte, in den Ruhestand getreten.

Kollege Oldenbroek sei der aufrichtige Dank der freien Transportarbeiter der Welt sicher.

Kollege Bratschi wies darauf hin, daß er nunmehr das dritte Mal die Ehre habe, einen ITF-Kongreß auf Schweizer Boden zu begrüßen. Das erste Mal sei es im Jahre 1921 in Genf, dem damaligen Sitz des Völkerbundes, gewesen. Zu jener Zeit hatte sich die Welt noch nicht vollkommen von den Nachwirkungen des Ersten Weltkrieges erholt. An diesem Kongreß hatten Männer wie Edo Fimmen, der unvergeßliche Generalsekretär der ITF, teilgenommen. Ernest Bevin, der später Außenminister Großbritanniens wurde, sowie Charlie Lindley vom schwedischen Transportarbeiterverband und einer der Gründer der ITF, seien ebenfalls anwesend gewesen. Dank ihren Anstrengungen sei die ITF abermals zu einer starken und kampffähigen Macht geworden, der es möglich war, sich gegen die kommunistischen Intrigen, deren Schatten uns bereits damals zu bedrohen begannen, zu behaupten.

In Italien und Deutschland stand der Faschismus vor den Toren. Zuzufolge der verfehlten Deflationspolitik der Regierungen und der kommunistischen Quertreibereien gelangten in beiden Ländern Diktatoren an die Macht. Der Weg zum Zweiten Weltkrieg stand offen.

1946, nach Ende des Zweiten Weltkrieges, habe abermals ein ITF-Kongreß in der Schweiz stattgefunden, diesmal in Zürich. Die ITF feierte damals, mit Charlie Lindley als Vorsitzenden, das 50-Jahr-Jubiläum ihres Bestehens. Unvergeßlich werde die Stunde bleiben, in der Kollege Oldenbroek den österreichischen Eisenbahnern ihre Fahne, welche die Kollegen Freund und Thaler der sicheren Obhut Edo Fimmens anvertraut hatten, als Symbol der Freiheit und des Glaubens an die Zukunft zurückgab. Auf dem Zürcher Kongreß hatte man gehofft, daß die zur Vernichtung der faschistischen und nazistischen Diktaturen gebildete Allianz den Gewerkschaften des Westens und des Ostens helfen werde, einander wiederzufinden. Diese Hoffnung habe sich jedoch bald als trügerisch erwiesen, denn es zeigte sich, daß es unmöglich war, mit Organisationen zusammenzuarbeiten, deren Gewerkschaftsauffassung bloß der Tarnung ihrer tatsächlichen Aufgaben diene: der kommunistischen Diktatur das Wort zu reden.

Der dritte ITF-Kongreß in der Schweiz habe erkennen müssen, daß die jüngsten Versuche, die Kluft zwischen Ost und West zu überbrücken, erfolglos gewesen waren. Millionen von Menschen hätten alle ihre Hoffnung auf die Pariser Gipfelkonferenz und die Genfer Abrüstungskonferenz gesetzt. Diese Hoffnungen seien ohne irgendeinen vernünftigen Grund plötzlich zerschlagen worden. Der Sprecher hoffte, daß sich alle Teilnehmer einer dritten Ost-West-Konferenz aufrichtig bemühen würden, die Menschheit vor den Schrecken eines Atomkrieges zu bewahren. Wir müssen stets an das Gute im Menschen glauben.

Die freien Gewerkschaften, erklärte Kollege Bratschi, seien eine der stärksten Kräfte, die für die Aufrechterhaltung des Friedens in der Welt eintreten, und ein bedeutender Teil ihrer Macht beruhe auf ihrer internationalen Zusammenarbeit. Von der ITF könne man sagen, daß sie, abgesehen von ihrer Tätigkeit zur Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen und zur Reform der verkehrswirtschaftlichen Struktur, schon immer auf internationaler Ebene für Frieden und Freiheit und die Verteidigung der Menschenwürde gekämpft habe. Die ITF sei die erste internationale Arbeitsorganisation gewesen, die über Europa hinaus geblickt und ihr Banner in fernen Erdteilen gehißt habe. Die ITF habe zurzeit Mitgliedsverbände in zirka 70 Ländern, wovon 40 außerhalb Europas und Nordamerikas lägen. Diese Feststellung sei in einer Zeit internationaler Unterstützung der soge-

nannten Entwicklungsländer von besonderer Wichtigkeit. Die ITF blicke auf eine Tätigkeit von mehr als 60 Jahren zurück. Jahre der zähen Arbeit und unermüdlicher Anstrengungen im Interesse größerer sozialer Gerechtigkeit, des Friedens und der Menschenwürde. Die Männer der ITF wüßten, daß es ohne Freiheit keine Menschenwürde geben könne, und der Kampf dieser Männer müsse daher letzten Endes als ein Kampf für die Freiheit angesehen werden.

Kollege Bratschi erklärte abschließend, er sei überzeugt, daß sie diesen Kampf, begleitet von den heißen Wünschen der schweizerischen Arbeiterschaft und der großen Mehrheit des schweizerischen Volkes, im gleichen Geiste weiterführen würden.

Der Präsident dankte Kollege Bratschi für seine Begrüßungsansprache und im besonderen für seine Erwähnung der Kollegen Lindley und Deakin. Er erteilte hierauf Herrn R. Kunz, Direktor des Eidgenössischen Amtes für Verkehr, das Wort.

Herr Kunz begrüßte den Kongreß im Namen des Vorstehers des Eidgenössischen Post- und Eisenbahndepartements, d. h. des schweizerischen «Verkehrsministers».

Herr Kunz sprach über die wachsende Bedeutung der Verkehrswirtschaft, die den Menschen größere Bewegungsfreiheit verliehen und durch den schnellen Transport von Gütern zur Entwicklung neuer Industriezweige geführt habe. Er betonte die lebenswichtige und verantwortungreiche Rolle der Transportarbeiter und erklärte, die Transportarbeiter – besonders die Seeleute und Eisenbahner – und ihre Verbände seien durch das Bewußtsein ihrer Aufgaben zu Pionieren auf dem Gebiete der Wohlfahrt und Sozialversicherung geworden. Die Gewerkschaften hätten sowohl durch nationale als auch internationale Übereinkommen vieles erzielt, doch bestände noch immer ein großes Bedürfnis nach der Mitarbeit der Arbeitgeber, ganz gleich, ob sie der Staat oder Privatunternehmer seien. Dies gelte besonders für die Ausarbeitung eines modernen Arbeitskodexes. Im Interesse des Fortschritts sei gegenseitiges Vertrauen von absoluter Notwendigkeit.

Die wirtschaftliche Ausdehnung der letzten Jahre habe, zusammen mit den wachsenden Verkehrsbedürfnissen, zu einem scharfen Wettbewerb im Transportwesen geführt, wodurch zahlreiche Probleme entstanden seien, zu deren Lösung die ITF durch soziale und technische Studien in großem Maße beigetragen habe. Der schweizerische «Verkehrsminister» sei der ITF zu tiefem Dank verpflichtet.

Der Sprecher erwähnte ferner die Notwendigkeit energischer internationaler Maßnahmen seitens der Gewerkschaften zur Verbesserung der Lebensbedingungen in den Entwicklungsländern und erklärte, es bestehe ein dringendes Bedürfnis nach einer Zusammenarbeit zwischen Transportarbeitern und Behörden.

Der Präsident dankte Herrn Kunz und erteilte hierauf Herrn Schmidlin, Direktor der Berner Industriebetriebe, das Wort.

Herr Schmidlin begrüßte den Kongreß und hieß die Delegierten in Bern willkommen. Im Laufe seiner Rede erwähnte Herr Schmidlin eine Anzahl aufschlußreicher Einzelheiten über Bern, u. a. die Tatsache, daß Bern von allen Schweizer Städten als erste die 44-Stunden-Woche für Transportarbeiter eingeführt habe und daß die Transportarbeiter Berns die bestbezahltesten der Schweiz seien.

Der Präsident dankte Herrn Schmidlin und erteilte hierauf Kollege Leuenberger, Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, das Wort.

H. Louenberger begrüßte den ITF-Kongreß im Namen des Schweizerischen

Gewerkschaftsbundes und erinnerte an den letzten Schweizer ITF-Kongreß vom Jahre 1946 in Zürich. Er sagte, das Schweizer Volk sei stolz auf die Tatsache, daß es ihm gelungen sei, zwischen den verschiedenen Sprach- und Kulturgruppen der Schweiz eine friedliche Zusammenarbeit herbeizuführen, ohne dabei irgendwelche Freiheiten zu verletzen. Anschließend betonte der Sprecher die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit innerhalb der internationalen Gewerkschaftsbewegung zur Verwirklichung der Idee eines vereinigten Europas.

Kollege Leuenberger erklärte, die Herabsetzung der Arbeitszeiten sei ein gemeinsames Ziel des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes und der ITF. Es sei den Schweizer Gewerkschaften gelungen, in den wichtigsten Industrie- und Handelszweigen die 45- oder 46-Stunden-Woche zu erzielen. Er hoffte, daß viele Arbeiter sehr bald nur 44 Stunden pro Woche arbeiten würden. Gleichzeitig sei ein bitterer Kampf mit den Arbeitgebern im Gange, um eine satzungsgemäße Herabsetzung der wöchentlichen Arbeitszeit herbeizuführen. Eines der Hauptprobleme in der Schweiz sei die Verkehrskoordinierung. Die Gewerkschaften bemühten sich gegenwärtig, eine gesetzliche Regelung dieser Frage – einschließlich des Problems der Pipelines – herbeizuführen. Es bestehe jedoch wenig Hoffnung, den Vorschlag der ITF in bezug auf den Bau der Pipelines zu verwirklichen. Er dankte der ITF für ihre Arbeit im Zusammenhange mit der Koordinierung der Verkehrspolitik auf europäischer Ebene.

Der Sprecher bedauerte, daß die zwischen der EWG und der EFTA bestehende Kluft durch die Politik der Regierungen Frankreichs und Deutschlands noch vertieft worden sei. Andererseits freue er sich über die Solidarität, welche die Gewerkschaften der Europäischen Regionalorganisation des IBFG an den Tag gelegt hatten.

Sodann sprach Kollege Leuenberger den Delegierten der Vereinigten Staaten hinsichtlich der kommenden Präsidentenwahl seine besten Wünsche aus. Der demokratische Kandidat, Mr. Kennedy, habe ein großes Verständnis für die europäischen Wirtschaftsprobleme gezeigt. Die amerikanischen Kollegen müßten jedoch einsehen, daß die von Unterstaatssekretär Dillon vorgeschlagene Politik nur zu einer Schwächung der europäischen Zusammenarbeit führen könne. Diese Politik sei ein großer Irrtum, da hierdurch die Möglichkeit, den Entwicklungsländern in Afrika, Asien und Südamerika zu helfen, verringert werde. Die jüngsten Entwicklungen im Kongo bewiesen, wie wichtig es sei, die Arbeiter dieser Länder über soziale Fragen und über die Aufgaben und die Rolle der Gewerkschaften aufzuklären. Es freue ihn daher besonders, daß die ITF dieser Frage einen so prominenten Platz in der Kongreßtagesordnung eingeräumt habe. Dies sei eines der größten Probleme, denen sich die internationale Gewerkschaftsbewegung gegenübergestellt sehe.

Der Präsident dankte dem Kollegen Leuenberger für seine Ausführungen und ging sodann zu seiner Ansprache über.

Ansprache des Präsidenten

Der Präsident, Kollege Frank Cousins, begann seine Ansprache, indem er im Namen des Exekutivkomitees der ITF und des Generalrates die folgenden Gäste begrüßte:

die ITF-Veteranen K. Weigl, A. Thaler; J. Brautigam; O. Joustra, L. Veenstra, J. Jarrigion und Fräulein Thérèse Asser;
die Kollegen J. H. Oldenbroek, Generalsekretär des IBFG; A. Graedel

und C. Levinson von der Internationale der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter; St. Nedzynski von der Internationale der Post- und Telegraphen- und Telephonarbeiter; Ch. Woerler von der Internationalen Föderation der graphischen Arbeiter; Herrn Dunand von der IAO und F. Bialas vom Zentrum der freien Gewerkschafter im Exil.

Der Präsident sprach sodann über die langjährige Verbindung der ITF mit dem Verband der schweizerischen Transportarbeiter. Bereits im Jahre 1921 habe ein Kongreß in Genf stattgefunden, und der Kontakt sei während der schwierigen Jahre zwischen den beiden Weltkriegen und selbst durch den Zweiten Weltkrieg hindurch aufrechterhalten worden. Nach dem Kriege habe die ITF ihren ersten Kongreß in Zürich abgehalten. In jenen Tagen lag der Schwerpunkt unserer Arbeit auf dem Wiederaufbau der internationalen Gewerkschaftsbewegung, die Schweiz sei – als Sitz zahlreicher internationaler Organisationen, einschließlich des Internationalen Arbeitsamtes und in Anbetracht ihres traditionellen Rufes in bezug auf internationale Angelegenheiten – der am besten geeignete Tagungsort gewesen.

Der Präsident sprach sodann über die Bedeutung vieler großer Schweizer Gewerkschafter in der internationalen Arbeiterbewegung und würdigte in diesem Zusammenhange die Leistungen des Kollegen Bratschi, des ehemaligen Präsidenten der ITF und jahrelangen Mitglieds ihrer leitenden Gremien; ferner zollte der Präsident der Arbeit des Kollegen Leuenberger, Präsident des VHTL und des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes und ehemaliges Mitglied des Generalrates der ITF, seine Anerkennung.

Der Präsident verglich daraufhin die Lage der ITF zur Zeit des Zürcher Kongresses mit ihrer heutigen Lage. Damals hätte sich die Zahl der angeschlossenen Mitglieder auf annähernd eineinhalb Million belaufen; heute überschreite sie sieben Millionen. Damals gehörten ihr 39 Gewerkschaften aus 20 fast ausschließlich europäischen Ländern an; heute vertrete die ITF die Interessen von 230 Verbänden aus allen Erdteilen.

Der Präsident würdigte sodann das Andenken der während der vergangenen zwei Jahre verstorbenen Kollegen:

A. Adamczyk, W. P. Allen, W. Backman, J. G. Baty, H. Both, J. Branigan, C. Charissades, C. Devaux, C. Grimm, K. Hamada, I. Haugen, H. Kageyama, L. J. W. Keller, G. Martelli, P. D'Mello, A. R. Mosher, H. Parry, P. Perrin, L. Riaza, Frau José Spirig, J. W. Stafford, K. O. Svendsen, P. Jensen und H. Jahn, ehemaliger Präsident der ITF.

Er erklärte, die Verstorbenen hätten der Sache der Transportarbeiter ihr Leben gewidmet, und die ITF sei ihnen zu großem Dank verpflichtet. Der Kongreß erhob sich und zollte den dahingeschiedenen Kollegen schweigenden Tribut.

Regionale Tätigkeit

Daraufhin sprach der Präsident über die der regionalen Tätigkeit beigemessene zunehmende Bedeutung und erklärte, diese Entwicklung entspreche dem auf dem letzten Kongreß der ITF gefaßten Beschluß, der Unterstützung der weniger fortschrittlichen Gebiete Afrikas, Asiens und Südamerikas größere Aufmerksamkeit zu widmen. In Afrika sei ein Regionalbüro eröffnet worden, welches leider vorübergehend wieder geschlossen werden mußte. Sobald es die Umstände gestatten, werde dieses Büro wieder eröffnet und unsere Tätigkeit in jenem Gebiet ausgedehnt werden. Infolge der Erkrankung des Kollegen Martinez mußte auch das Büro in Mexiko geschlossen werden.

Die Eröffnung eines neuen südamerikanischen Regionalbüros werde jedoch zurzeit ernstlich in Erwägung gezogen. Im Laufe der letzten Jahre seien eine große Anzahl neuer Verbände aus den obenerwähnten Gebieten der ITF beigetreten. Jeder neue Beitritt bedeute eine neue Verpflichtung für die ITF. In vielen Fällen seien die finanziellen Resultate unbedeutend gewesen, aber die ITF beabsichtige, diese kleinen Gewerkschaften zu stärken und dadurch eine Verbesserung der finanziellen Lage dieser Verbände und ihrer Mitglieder herbeizuführen.

Während der letzten Jahre sei die ITF immer öfter um Beistand bei industriellen Konflikten ersucht worden. Der Präsident wies auf den verzweifelten Kampf der Eisenbahner Tanganjikas um eine beschränkte Erhöhung ihrer Löhne hin. Sie hätten diesen Kampf mit Hilfe der ITF gewonnen, und obwohl es sich bei der Lohnerhöhung nur um einen geringen Betrag gehandelt habe, stelle deren Gewährung dennoch einen Sieg für die Gewerkschaften dar und war ein Beweis des Wertes der von seiten der ITF und des IBFG geleisteten Unterstützung. Sofern die ITF mit ihrer Absicht, jungen Gewerkschaften auf die Beine zu helfen, fortfahre, werde es in den kommenden Jahren wiederholt zu ähnlichen Ansuchen kommen. Das Exekutivkomitee sei sich der zunehmenden Bedeutung regionaler Tätigkeit dieser Art voll und ganz bewußt. Sie werde die der ITF zur Verfügung stehenden Mittel und Arbeitskräfte bis zum Äußersten in Anspruch nehmen, sei jedoch für den Aufbau freier und demokratischer Verbände in den Entwicklungsländern unentbehrlich.

Der Präsident würdigte sodann die Arbeit des ehemaligen Regionaldirektors, Bob Coutts, der in der Zwischenzeit zum Präsidenten seiner Gewerkschaft gewählt worden war. Sein Amt sei Anfang 1958 von Kollege P. de Vries übernommen worden, der außerordentlich gute Arbeit geleistet habe (Applaus). Daraufhin lenkte der Präsident die Aufmerksamkeit des Kongresses auf den vom Exekutivkomitee ernannten ständigen Unterausschuß für regionale Angelegenheiten. Er erklärte, dieser Unterausschuß sehe sich zurzeit einer Anzahl von Problemen gegenüber, die mit dem eigentlichen Aufbau gewerkschaftlicher Organisationen nichts zu tun hätten. Es gäbe in den erwähnten Gebieten eine große Anzahl ideologischer und politischer Konflikte, denen wir nicht ausweichen können. Die Tendenz in Richtung eines Gewerkschaftskontinentalismus stelle ebenfalls ein neues Problem dar. In Afrika und Südamerika bestünden Bestrebungen zur Förderung internationaler Gewerkschaftsbünde, die sich allein auf den betreffenden Kontinent beschränken sollten. Es sei vorgeschlagen worden, daß diese kontinentalen Gewerkschaftsbünde gegenüber Organisationen wie dem IBFG eine neutrale Haltung einnehmen sollten. Die ITF habe ganz offen bekundet, daß der Erfolg der regionalen Tätigkeit von der Zusammenarbeit zwischen den Berufssekretariaten und dem IBFG abhängе. Überdies hätten sich die Bemühungen einzelner Sekretariate zur Bewältigung derartiger Aufgaben als unzulänglich erwiesen.

Sodann sprach Kollege Cousins mit Entrüstung über das Blutbad von Sharpeville und die Apartheid-Politik der südafrikanischen Regierung, welche die nichtweiße Bevölkerung in die Halbsklaverei versetzt habe. Er erklärte, die ITF habe bereits gegen die nachteiligen Lohn- und Arbeitsbedingungen der nichtweißen städtischen Verkehrsangestellten protestiert und sei bereit, die Rechte der afrikanischen Bevölkerung mit allen Mitteln zu verteidigen. Er bedauerte die Verschiebung der asiatischen Transportarbeiterkonferenz, welche in Bandung (Indonesien) stattfinden sollte. Sie würde nunmehr in Indien abgehalten werden. Das Exekutivkomitee sei sich der Bedeutung derartiger Zusammenkünfte voll bewußt.

Tätigkeit der Sektionen

Abgesehen von der regionalen Tätigkeit sei eine Intensivierung der sektionalen Tätigkeit zu verzeichnen.

Der Präsident sprach sodann über den ITF-Boycott der Schattenflaggenschiffe vom Jahre 1958. Dieser Boycott sei ein einzigartiges Beispiel internationaler Solidarität gewesen. Trotzdem habe er nicht zur gänzlichen Lösung des Problems geführt – was auch niemand erwartete –, weil eine endgültige Lösung nur durch eine Koordinierung von Regierungsmaßnahmen herbeigeführt werden könne. Der Boycott habe jedoch das Problem in das Licht der Öffentlichkeit gerückt. Tausende von Menschen, die nie in ihrem Leben von Schattenflaggenschiffen gehört hatten, wurden sich der Gefahr dieser Schiffe für die Weltschiffahrt und die Schiffahrtsländer bewußt und erkannten die Bedeutung der Rolle der ITF. Obwohl die Tätigkeit anderer Sektionen weniger welterschütternd war, sei dennoch, besonders in bezug auf gewisse technische Probleme, sehr viel Arbeit geleistet worden. Er erwähnte u. a. die Probleme der Zivilluftpflicht für Kraftfahrer, der Sicherheit des Lebens zur See, der Besatzungsstärke in der Zivilluftfahrt, der Pipelines und der Binnenschiffahrt.

Der Präsident sagte, er wolle nicht näher auf diese Tätigkeit eingehen, betonte jedoch, daß alle angeschlossenen Organisationen dem Sekretariat der ITF ausführlich Bericht erstatten müßten, wenn es sich um Ansuchen um Unterstützung handelt. Die ITF könne ihre Aufgabe nur bei umfassender Kenntnis der Sachlage angemessen erfüllen.

Rückblick auf die ITF-Tätigkeit

Zusammenfassend erklärte der Präsident, daß wir seit dem Amsterdamer Kongreß zwei außergewöhnlich arbeitsreiche und erfolgreiche Jahre verbracht hätten. Die Föderation habe besonders im Zusammenhange mit dem Aufbau freier und demokratischer Gewerkschaften ausgezeichnete Resultate erzielt.

Im Hinblick auf die zwischen der EWG und den EFTA-Ländern bestehende Kluft erklärte der Präsident, er sei überzeugt, daß der Kongreß eine Trennung zwischen den Gewerkschaften der Länder dieser zwei Gruppen vermeiden möchte.

Sodann sprach Kollege Cousins über gewisse finanzielle Aspekte und betonte die Notwendigkeit weiterer Mittel, um es der ITF zu ermöglichen, ihre Arbeit fortzusetzen. Im Hinblick auf die mit den Kongreßvorarbeiten verbundene Überbelastung des Sekretariats erklärte der Präsident, es bestehe eine Möglichkeit, daß Kongresse künftig nur alle drei Jahre stattfinden würden. Diese Frage werde zu einem geeigneten Zeitpunkt noch zur Debatte gestellt werden.

Das in den jungen Ländern herrschende politische Chaos habe die Tätigkeit der ITF zuweilen sehr erschwert. Aber die ITF habe sich an die in ihren Satzungen festgelegten Grundsätze halten müssen, wonach Gewerkschaften, die sich der ITF anschließen, einzig und allein ihren Mitgliedern Rechenschaft schuldig seien und sich nicht von außenstehenden Organen beeinflussen lassen dürften.

Der Präsident gratulierte sodann im Namen des Kongresses dem Generalsekretär der ITF, Omer Becu, zu seiner Ernennung zum Generalsekretär des IBFG. Dies sei ein großer Gewinn für den IBFG und ein großer Verlust für die ITF zugleich. Die ITF werde natürlich auch künftig so eng wie möglich mit dem IBFG zusammenarbeiten.

Abschließend erbat sich der Präsident im Interesse des guten Rufes der ITF die weitere Mitarbeit der angeschlossenen Verbände.

Die ITF stehe vor schweren Problemen, aber wir hätten guten Grund, zu glauben, daß wir sie bewältigen werden. Wir werden uns auch weiterhin bei unserer Arbeit von den Grundsätzen der Freiheit, der Demokratie und sozialer Gerechtigkeit leiten lassen.

Die Sitzung wurde bis 14.30 Uhr vertagt.

Mittwoch, 20. Juli 1960

Nachmittagssitzung

Die Nachmittagssitzung war der Diskussion des Tätigkeitsberichtes gewidmet.

Der Präsident erklärte, daß in diesem Zusammenhang auch die Angelegenheiten des Sekretariats behandelt werden müßten. Kollege Omer Becu habe das Exekutivkomitee von seiner Ernennung zum Generalsekretär des IBFG schriftlich in Kenntnis gesetzt und das Exekutivkomitee gebeten, ihn seines Amtes als Generalsekretär der ITF zu entheben. Das Exekutivkomitee habe beschlossen, seinem Wunsche nachzukommen. Dieser Beschluß sei nicht ohne gewisses Bedauern gefaßt worden, aber die Mitglieder des Komitees konnten sich mit der Feststellung trösten, daß Kollege Becu glaube, der internationalen Gewerkschaftsbewegung im IBFG besser dienen zu können als in der ITF. Das Exekutivkomitee habe sich bereit erklärt, den Kollegen Becu in Anerkennung seiner Dienste so bald wie möglich von seinen Verpflichtungen loszusprechen, damit er sich seinem neuen Tätigkeitsbereich widmen könne. Kollege Becu beabsichtige, sein neues Amt am 1. August 1960 anzutreten. Die ITF werde somit von diesem Datum an keinen Generalsekretär haben.

Im Einklang mit Artikel XI, Absatz 2, der ITF-Satzungen sei «... der Generalsekretär vom Kongreß zu wählen». Das Exekutivkomitee vertrete jedoch die Ansicht, daß es zweckmäßiger wäre, wenn der gegenwärtige Kongreß auf dieses Recht verzichte und es der nächsten Exekutivsitung überlasse, bis zum nächsten Kongreß einen amtierenden Generalsekretär zu ernennen. Die endgültige Wahl eines Generalsekretärs durch den Kongreß dürfe natürlich von dieser Ernennung in keiner Weise beeinträchtigt werden. Das Exekutivkomitee wolle mit seiner Empfehlung nicht die Kompetenz des Kongresses untergraben, sondern sei der Ansicht, daß wenn der Kongreß jetzt eine Wahl treffen müsse, die Zahl der zur Verfügung stehenden Kandidaten notwendigerweise beschränkt wäre, weil sich nur jene Delegierten um das Amt bewerben könnten, die von der Verfügbarkeit des Postens wußten, bzw. jene Organisationen, die Delegierte entsandt hatten und bereit waren, Kandidaten aufzustellen. Das Exekutivkomitee erachte es als seine Aufgabe, sich nach dem am besten geeigneten Nachfolger O. Becus umzusehen.

Der Präsident erklärte abschließend, daß der Kongreß nicht sofort zu der Empfehlung des Exekutivkomitees Stellung zu nehmen brauche. Die Entscheidung des Kongresses könne bis zum Ende der Diskussion über den Tätigkeitsbericht warten.

O. Becu sagte, er habe den Beschluß, sein Amt als Generalsekretär der ITF niederzulegen, mit tiefem Bedauern gefaßt, da er dieses Amt seit 1950 bekleidet habe. Seine Beziehungen zur ITF gingen jedoch bis zum Jahre 1930 zurück, als er zum offiziellen Vertreter der internationalen Seeleutebewe-

gung ernannt wurde. Während der letzten 30 Jahre habe er somit direkt oder indirekt mit der ITF zusammengearbeitet. Er sei ein Mitglied des Exekutivkomitees und Präsident der ITF gewesen und habe sich der Gewerkschaftsbewegung mit Leib und Seele verschrieben. Da er ein alter Seemann sei, habe er schon immer den Wunsch gehegt, den Seeleuten zu dienen. Später habe sein Interesse allen Sektionen der Transportarbeiter gegolten. Nach Erwähnung seiner langjährigen Zusammenarbeit mit Kollege Oldenbroek, dem ehemaligen Generalsekretär der ITF und gegenwärtig zurücktretenden Generalsekretär des IBFG, zollte Kollege Becu der Tätigkeit des Kollegen Oldenbroek, der den IBFG zu einer großen und mächtigen Organisation aufgebaut habe, seine Anerkennung. Kollege Becu erklärte sodann, er sei seit langem ersucht worden, Kollege Oldenbroek, falls dieser von seinem Amte zurücktrete, zu ersetzen. Dies sei jedermann bekannt. Er habe es jedoch damals eindeutig klargemacht, daß er einzig und allein an der Erfüllung seines Amtes als Generalsekretär der ITF interessiert sei. Als man ihn im Jahre 1950 gefragt habe, ob er gewillt sei, Kollege Oldenbroek als Generalsekretär der ITF zu ersetzen, habe er sich manche schlaflose Nacht lang gefragt, ob er der geeignete Mann für dieses Amt sei. Als er schließlich sein Amt bei der ITF angetreten habe, sei er fest entschlossen gewesen, den internationalen Transportarbeitern solange zu dienen, wie er in der Lage sei, die angeschlossenen Verbände zufriedenzustellen.

Noch im April dieses Jahres habe ihm das Exekutivkomitee der ITF zu verstehen gegeben, daß er der internationalen Gewerkschaftsbewegung am besten in der ITF dienen könne. Er habe erwidert, daß er sein Bestes tun werde, um der ITF weiterhin zu dienen. Seitdem sei er jedoch von seiten des ad-hoc-Ausschusses zur Überprüfung der Struktur des IBFG erneutem Druck ausgesetzt gewesen. Die Mitglieder des Ausschusses hätten einstimmig erklärt, daß sie keinen anderen Kandidaten finden könnten und daß er den vom Vorstand des IBFG an ihn gerichteten Appell nicht weiter ignorieren könne. Der Vorstand des IBFG erklärte, daß, wie wichtig die ITF und ihre Rolle auch immer sei, sie dennoch nur eine Sektion innerhalb der internationalen Gewerkschaftsbewegung bilde. Aus diesem Grunde sei das Amt eines Generalsekretärs im IBFG von größerer Bedeutung. Er habe dies zugeben müssen. Die ITF – wurde weiterhin erklärt – sei nur eines unter 20 bestehenden IBS, die im IBFG zusammengeschlossen sind. Außerdem wurde betont, daß durch seine Ernennung zum Generalsekretär des IBFG die Zusammenarbeit zwischen dem IBFG und den IBS beträchtlich gefördert werden würde. Dazu habe er erklärt, daß er während seiner 30jährigen Verbindung mit der internationalen Gewerkschaftsbewegung nur bestrebt gewesen sei, sein Bestes zu tun. Er werde seine Dienste dem IBFG zur Verfügung stellen, vorausgesetzt, daß ihm die Mehrzahl der angeschlossenen Organisationen ihr Vertrauen schenke.

Kollege Becu sagte sodann, er sei während der vergangenen 30 Jahre noch nie einem solchen Dilemma gegenübergestanden. Es täte ihm leid, wenn er irgend jemanden enttäuscht hätte, aber er hoffe, zu beweisen, daß er imstande sei, den Interessen der Transportarbeiter im IBFG ebenso gerecht zu werden, als wenn er bei der ITF geblieben wäre. Abschließend erklärte Kollege Becu, daß es ihm einzig und allein um das Wohl der Arbeiter der Welt ginge.

H. Hildebrand (OTV) verlangte im Namen seiner Gewerkschaft, daß den Kongreßteilnehmern eine Möglichkeit geboten werde, die Empfehlung des Exekutivkomitees über die Besetzung des Postens des Generalsekretärs zu diskutieren und daß, wenn möglich, diese Angelegenheit auf der morgigen

Plenarsitzung zur Debatte gestellt werden sollte. Außerdem möchte seine Delegation wissen, ob die Frage der Verlegung des ITF-Sekretariats mit der Ernennung eines neuen Generalsekretärs zusammenhänge. Es sei vorgeschlagen worden, das Sekretariat von London nach dem Kontinent zu verlegen, und ein anderer Punkt der Tagesordnung empfehle, daß Kongresse künftig nur alle drei Jahre stattfinden sollten. Falls diese Empfehlung angenommen würde, möchte er auf die Verantwortung hinweisen, die das Exekutivkomitee durch die Ernennung eines amtierenden Generalsekretärs für eine solche Zeit auf sich nehmen würde. Er frage sich, ob es ratsam wäre, wenn der Generalrat nach dem Kongreß versuchen würde, trotz allen bestehenden Schwierigkeiten einen Mann zu finden, der die Interessen der ITF mit dem gleichen Geschick und der gleichen Hingabe vertreten könne, wie es Omer Becu während der letzten Jahre getan habe.

Kollege Hildebrand empfahl dem Kongreß, diese Frage als einen Sonderpunkt in die Tagesordnung aufzunehmen, um zu vermeiden, daß der Berner Kongreß eines Tages als ein Kongreß der Überraschungen angesehen werde. H. Ulrich (Railway Labor Executives Association, USA) verlas den Wortlaut einer von seiner Organisation angenommenen Resolution, die die Organisation der amerikanischen Staaten auffordert, gegen das diktatorische Regime der Dominikanischen Republik scharf und wirksam einzugreifen. Die Resolution verlangt den Abbruch der diplomatischen Beziehungen, schlägt wirtschaftliche und politische Sanktionen vor und fordert einen weltweiten Boykott der Dominikanischen Republik durch alle der ITF angeschlossenen Organisationen. Zur Erläuterung dieser Resolution wies Kollege Ulrich darauf hin, daß der IBFG, die ITF, die ORIT und alle angeschlossenen IBS das Trujillo-Regime wegen seiner Grausamkeit, seiner Unterdrückung der Gewerkschaften, der Freiheit und der Menschenrechte schon immer verurteilt hätten. Eine IBFG-Delegation habe vor kurzem das Land besucht und einen Bericht ausgearbeitet, der diese Beschuldigungen bestätigt. Der IAO-Ausschuß für Versammlungs- und Redefreiheit habe beschlossen, eine Untersuchungskommission nach der Dominikanischen Republik zu entsenden, aber dieser Kommission sei die Einreise verweigert worden. Die Ermordung der Oppositionsführer und die darauffolgenden Massenverhaftungen hätten wiederholt zu Forderungen geführt, die diplomatischen Beziehungen zu dem Trujillo-Regime abzubrechen. Im Jahre 1950 habe die AFL-CIO eine diesbezügliche Entschließung gefaßt, und gegen Ende des Jahres habe eine Generalversammlung des IBFG gleichfalls eine Resolution veröffentlicht, in der die gänzliche Isolierung der Trujillo-Diktatur sowie wirksame Boykottmaßnahmen gefordert wurden. Diese Stellungnahme des IBFG habe zu einer Stärkung der oppositionellen Einstellung der freien Gewerkschaften gegenüber dem Regime geführt, und eine Anzahl dominikanischer Gewerkschafter seien vor kurzem ins Ausland geflohen, um mit dem IBFG, der ORIT und anderen demokratischen Arbeiterorganisationen in der freien Welt Fühlung zu nehmen.

Die Organisation amerikanischer Staaten habe vor kurzem das Trujillo-Regime aufs schärfste verurteilt, und dies habe zu einem weitverbreiteten Verlangen nach der Ergreifung effektiver Sanktionsmaßnahmen geführt. In einem verzweifelten Versuch, dem bevorstehenden Zusammenbruch Einhalt zu gebieten, habe Trujillo die Kommunistische Partei legalisiert und mit Castro eine Art Waffenstillstand geschlossen. Es hinge nunmehr von uns ab, die Initiative zu ergreifen, um diesen Tyrann endgültig zu Fall zu bringen. Wenn wir jetzt nicht handelten, würden wir den Kommunisten und anderen totalitären Elementen die besten Waffen gegen uns in die Hand legen. Die

ITF befinde sich in einer Schlüsselposition, von der aus sie wirksame Maßnahmen gegen Trujillo in die Wege leiten könne.

Am 14. Juli hatten sich die Hafendarbeiter von Puerto Rico geweigert, die Ladung eines dominikanischen Schiffes zu löschen. Streikbrecherposten wurden aufgestellt, und Hunderte von dominikanischen Flüchtlingen gesellten sich zu ihnen, um die Aktion zu unterstützen. Der Präsident der AFL-CIO, George Meany, sandte ein Telegramm, worin dieser Boykott als eine Demonstration internationaler Solidarität bezeichnet wurde. Die amerikanische Presse begrüßte den Boykott mit außerordentlicher Genugtuung.

Nunmehr müsse die ITF auf ihrem Kongresse einen allgemeinen Boykott aller Schiffe und Waren auf dem Wege von und zur Dominikanischen Republik erklären und den ihr angeschlossenen Organisationen Anweisungen über dessen schnellste und wirksamste Ausführung erteilen.

Der Präsident erklärte, daß es satzungsgemäß erlaubt sei, dringliche Anträge während des Kongresses einzureichen, aber es obliege dem Exekutivkomitee, zu entscheiden, ob solche Anträge dem Kongreß vorgelegt werden sollten. Die Entschließung des Kollegen Ulrich werde dem Exekutivkomitee vorgelegt werden, und er empfehle dem Kongreß daher, diese Frage vorläufig nicht weiter zu verfolgen.

J. S. Thore (schwedischer Seeleuteverband) erklärte, es sei erst vor kurzem bekannt geworden, daß der Generalsekretär die ITF verlassen und zum IBFG übergehen werde. Trotzdem sei in diesem Zusammenhange der Name Omer Becu in IBFG-Kreisen seit langer Zeit erwähnt worden. Vor sechs Wochen noch habe ihm Kollege Becu versichert, daß er nicht beabsichtige, die ITF zu verlassen. Heute sehen wir uns der Tatsache gegenüber, daß er doch zum IBFG übergehen will. Dies sei ein schwerer Schlag. Die skandinavischen Gewerkschaften waren überzeugt, Kollege Becu werde die ITF nicht verlassen und hatten sich darüber gefreut, daß alles beim alten bleiben würde. Sie hatten immer so eng mit Kollege Becu zusammengearbeitet, daß sie sich nie vorstellen konnten, er werde jemals ersetzt werden müssen. Es werde nicht leicht sein, einen Nachfolger zu finden, der mit Sekretariatsfragen so vertraut ist wie O. Becu. Wie dem auch sei, der Kongreß müsse nunmehr einen neuen Generalsekretär wählen. In Anbetracht der Wichtigkeit dieser Angelegenheit sei es jedoch merkwürdig, daß das Exekutivkomitee vorschlage, diese Frage zu Beginn des Kongresses zur Diskussion zu bringen. Das Exekutivkomitee habe den Kongreß ersucht, es zu bevollmächtigen, bis zum nächsten Kongreß einen amtierenden Generalsekretär zu ernennen. Kollege Thore erachtete dieses Vorgehen nicht als zweckmäßig. Er glaubte, den Delegierten solle die Möglichkeit gegeben werden, zu dieser Frage Stellung zu nehmen und diese Frage erst am Schluß des Kongresses zu behandeln. Falls der vom Exekutivkomitee gemachte Vorschlag befürwortet werden sollte, würden die Delegierten den Kongreß verlassen, ohne zu wissen, wer der neue Generalsekretär sei und unter welchen Umständen er gewählt würde. Es sei daher besser, diese Frage objektiv und nach reiflicher Überlegung zu diskutieren. Sie müsse ans Ende der Tagesordnung und unter Punkt 12 gestellt werden.

P. Hall (SIU, USA) erklärte, er könne die Stellungnahme des Präsidenten zu der Resolution über die Dominikanische Republik sehr wohl verstehen, möchte jedoch einige Bemerkungen zu dieser Frage machen. Seines Erachtens nach sei diese Resolution der Konferenz der Seeleute und Hafendarbeiter vorzulegen, weil die vorgeschlagenen Maßnahmen diese Sektionen direkt angehen. Außerdem bestehe sehr oft ein gewisser Zusammenhang zwischen den südamerikanischen und karibischen Ereignissen. Deswegen sei es besser,

den von ihm empfohlenen Kurs einzuschlagen, um eine ausführliche Diskussion dieser Frage zu gewährleisten. Auf diese Weise werde der Kongreß höchstwahrscheinlich die bestmögliche Lösung finden.

Der Präsident erklärte, er werde sich an das von Kollege Hall vorgeschlagene Verfahren halten, wies jedoch darauf hin, daß die Resolution zurzeit gar nicht beim Kongreß vorläge. Sollte sie dem Kongreß vorgelegt werden, müsse der Kongreß bestimmen, was getan werden soll.

H. J. Kanne (niederländischer Transportarbeiterverband) erklärte, seine Delegation sei der Ansicht, daß bei der Behandlung des Tätigkeitsberichts die große Bedeutung unseres Kampfes gegen die Panlibhon-Reeder betont werden sollte. Unser erfolgreicher Boykott dieser Schiffe sei ein Beweis für die Kampfbereitschaft der ITF und habe das Ansehen der ITF sowie die Interessen der Seeleute beträchtlich gefördert. Die Schattenflaggenreeder würden die Seeleuterverbände der ITF nicht ein zweites Mal unterschätzen. Er wolle besonders den Hafentarbeitern von Antwerpen seine Anerkennung zollen, die ihre solidarischen Verpflichtungen erfüllten, nachdem gesetzliche Beschränkungen Unterstützungsmaßnahmen in Deutschland und Holland unmöglich gemacht hatten.

Er spricht seine Befriedigung über den Beitritt der amerikanischen Hafentarbeiter zur ITF aus und hofft, daß es durch gute Zusammenarbeit möglich sein werde, der Hafentarbeitersektion einen echt internationalen Charakter zu verleihen.

In bezug auf die Frage der Koordinierung und Intensivierung des europäischen Verkehrswesens werde seine Organisation im Zusammenhang mit der von ihr unterbreiteten Resolution noch einiges zu sagen haben. Die Resolution strebe eine besser koordinierte Tätigkeit auf diesem Gebiet an, weil sich, besonders im Rahmen der EWG-Länder, ein großes Bedürfnis nach engerer Zusammenarbeit gezeigt habe. Er wies auf die wichtigen Aufgaben der ITF auf dem Gebiete des Transportwesens hin und erklärte, daß die Unterstützung der Gewerkschaften in den Entwicklungsländern von besonderer Bedeutung sei. Aus diesem Grunde spricht er sein Bedauern über den Rücktritt des Kollegen Becu aus, aber wäre sich bewußt, daß Kollege Becu künftig auf einer viel breiteren Basis wirken werde. Außerdem werde dies zu einer engeren Zusammenarbeit zwischen IBFG und ITF führen.

R. Dekeyzer (belgischer Transportarbeiterverband) sagte, er trete nicht ohne gewisse Bedenken ans Rednerpult. Wer wie er seit Jahren mit der ITF verbunden gewesen sei, werde wissen, wie sehr die ITF während der letzten Jahre an Größe und Ansehen zugenommen habe. Wir alle wüßten, in welchem Ausmaße die ITF dem Kollegen Becu zu Dank verpflichtet sei. Die Nachricht von seinem bevorstehenden Rücktritt überschatte die Zukunft der Föderation wie eine drohende Wolke. Er hoffe, daß unter seinem Nachfolger, wer immer es auch sein möge, binnen kurzer Zeit wieder die Sonne scheinen werde. In bezug auf die Tätigkeit der ITF sprach der Redner seine Befriedigung über die Revision des internationalen Hafentarbeiterprogramms aus. Es läge nunmehr bei den Hafentarbeitern, für die Verwirklichung dieses Programms zu sorgen und die Aufgabe der Häfen im Zusammenhange mit der Verkehrskoordinierung innerhalb der EWG-Länder und der EFTA im Auge zu behalten. Auf dem Gebiete der Seeschifffahrt sei unser Boykott ein Beweis für die Schlagkraft der ITF gewesen. Dank den Bemühungen der ITF sei es uns gelungen, drei internationale Konventionen über Hochseefischer-Probleme durchzusetzen. Er hoffe, der Kongreß werde eine Resolution befürworten, in der die IAO aufgefordert werde, weitere Maßnahmen zugunsten dieser «vergessenen Sektion» in die Wege zu leiten. Dabei denke er beson-

ders an die Bildung eines dreigliedrigen ad-hoc-Ausschusses gemäß den von der Internationalen Arbeitskonferenz im Jahre 1959 gegebenen Richtlinien. Er pflichte der Ansicht des Generalsekretärs bei, daß die ITF mit Befriedigung auf ihre Tätigkeit zurückblicken könne und betonte durch persönliche Erfahrung die Bedeutung der wachsenden regionalen Tätigkeit der ITF. In diesem Zusammenhange wolle er einige Worte über die Gewerkschaftsbewegung im Kongo sagen. Er habe zusammen mit Kollege Major, Generalsekretär des belgischen Gewerkschaftsbundes, während einer Reise nach dem Kongo den Grundstein für den Aufbau dieser Bewegung gelegt. Es sei nicht leicht gewesen, die Organisationen auf die Beine zu bringen, weil die Regierung nur offiziell registrierte Gewerkschaften anerkannte und die Ernennung von Ausschußmitgliedern von der Zustimmung der Arbeitgeber abhängig war. Trotzdem sei es ihnen gelungen, eine Modifizierung der beschränkenden Gesetzgebung durchzusetzen, und gegen Ende 1959 waren rund 70 000 Arbeiter in der FGTB Kongo organisiert. Das katholische Zentrum umfasse ungefähr die gleiche Zahl von Arbeitern. Im vergangenen April sei er mit seinem Kollegen nach dem Kongo zurückgekehrt, um den FGTB den Kongoleesen zu übergeben. Gleichzeitig habe er versprochen, der Bewegung auch weiterhin finanzielle Unterstützung im Werte von 1½ Million belgische Francs pro Jahr zukommen zu lassen. Die Diskussion unter kongolesischen Gewerkschaftern hatte gezeigt, daß ein Wunsch nach der Gründung einer allumfassenden Transportarbeiter-Gewerkschaft bestand. Auf Grund finanzieller Schwierigkeiten seien die Hafendarbeiter und Seeleute zurzeit schlecht organisiert. Die Eisenbahner seien etwas besser gestellt und die Binnenschiffer am besten. Die Löhne seien noch immer sehr niedrig im Kongo. Ein Hafendarbeiter verdiene ungefähr 6 s. (zirka 3 DM) pro Tag, falls er überhaupt Arbeit finden kann. Arbeitslosenunterstützung gibt es nicht. Trotz den jüngsten Ereignissen im Kongo möchten die belgischen Gewerkschaften, daß die ITF dort etwas unternahme. Eine Resolution, die die Unterstützung des Kampfes der afrikanischen Arbeiter bekräftige, sei zwar am Platze, aber er möchte den Kongreß ersuchen, die Entsendung eines Gewerkschaftsfunktionärs nach dem Kongo auf Kosten der ITF zu befürworten. Seines Erachtens müsse dieser Funktionär zum mindesten sechs Monate im Kongo verbringen, um die Seeleute und Hafendarbeiter zu organisieren. Falls wir nicht in diese Bresche springen, werden uns die kommunistisch geschulten Funktionäre aus Französisch-Afrika zuvorkommen. Alle diese Maßnahmen kosten Geld. Aus diesem Grunde unterstütze er den Vorschlag des Exekutivkomitees zur Erhöhung der Mitgliederbeiträge aus ganzem Herzen. Er ersuchte die größeren Gewerkschaften, diese Erhöhung der Mitgliederbeiträge nicht durch eine Reduzierung der zahlenden Mitgliedschaft abzuschwächen. Die ITF müsse besonders ihre regionale Tätigkeit ständig ausdehnen. Die Arbeiter junger Gebiete könnten es sich nicht leisten, noch weitere 20 Jahre zu warten.

V. Conde (peruanischer Zivilluftfahrts-Verband) dankte dem Präsidenten, daß er ihm das Wort an einem Tage erteilt habe, der für Kolumbianer von größter Bedeutung sei, das heißt, dem Unabhängigkeitstag der Kolumbianischen Republik. 150 Jahre lang hätte das kolumbianische Volk sein Bestes getan, um frei innerhalb einer demokratischen Gemeinschaftsordnung zu leben.

Er spreche im Namen einer kleinen Organisation des Bodenpersonals, die nur 4760 Mitglieder habe. Sein Verband sei von der ITF großzügig unterstützt worden, und aus diesem Grunde bedaure er die Nachricht, daß Kollege Becu beabsichtige, von seinem Amt als Generalsekretär zurückzutreten.

Sein Verband hätte gerne Kollege Becu bei der ITF verweilen sehen und wünsche besonders, daß die ITF fortfahre wie bisher. Man hoffe, daß es bald gelingen wird, auch die anderen Transportarbeiter Kolumbiens, insbesondere die Eisenbahner, Binnenschiffer und Kraftfahrer, zu organisieren. Um dies zu ermöglichen, müsse jedoch das südamerikanische Regionalbüro wieder eröffnet werden. Es freue ihn daher besonders, daß der Bericht über regionale Tätigkeit diese Notwendigkeit ebenfalls betont. Im Südamerika stände man nicht allein dem bereits erwähnten Problem der Dominikanischen Republik gegenüber, sondern auch der sehr ernstesten kubanischen Frage.

Kolumbien könne sich der Politik der kubanischen Regierung nicht anschließen. Außerdem bestände die Gefahr, daß sich innerhalb der südamerikanischen Gewerkschaftsbewegung eine zunehmende neutrale Haltung verbreiten könne. Sein eigener Verband habe vor kurzem eine Einladung zu einer Konferenz in Venezuela abgelehnt, weil ihre Teilnahme an dieser Konferenz mit der Mitgliedschaft seines Verbandes zur freien Gewerkschaftsbewegung nicht zu vereinbaren gewesen wäre.

Es sei von größter Wichtigkeit, daß der Kongreß sich der Bedeutung der Notwendigkeit der Entwicklung regionaler Tätigkeit in Ländern wie Kolumbien bewußt werde. Die Gefahr einer kommunistischen Infiltrierung nähme ständig zu. Er ersuchte den Kongreß, die besonderen Bedürfnisse jener Länder zu berücksichtigen, welche noch nicht genügend entwickelt seien und daher die Unterstützung sowohl technisch als auch ökonomisch besser gestellter Länder in Anspruch nehmen müßten, wenn sie sich auf einer demokratischen Basis entwickeln wollen. Abschließend erklärte Kollege Conde, er hoffe, daß der Kongreß einen würdigen Nachfolger für den Kollegen Becu finden werde.

Der Generalsekretär gab sodann die Namen der Mitglieder des

Mandatprüfungsausschusses

bekannt:

S. J. Katungutu (Afrika), Lee Ki Choll (Asien), R. Geldof (Belgien), W. J. P. Webber (Großbritannien), G. Thevenet (Frankreich), H. Smuda (Deutschland), V. Conde (Südamerika), Ch. Smith (Nordamerika), N. Wälläri (Skandinavien) sowie die Namen der Mitglieder des

Resolutionsausschusses:

M. Hellal (Afrika), T. Yamada (Asien), F. Laurent (Frankreich), H. Evans (Großbritannien), H. Hildebrand (Deutschland), E. Ulbrich (Österreich), H. Alonso (Südamerika), R. Laan jun. (Niederlande), G. Weidenfors (Skandinavien), R. C. Coutts (USA), E. Haudenschild (Schweiz).

Die Sitzung wurde dann vertagt.

Donnerstag, 21. Juli 1960

Vormittagssitzung

Der Präsident eröffnete die Sitzung um 10.15 Uhr. Die Diskussion des Tätigkeitsberichtes wurde fortgesetzt.

N. Metslov (estländischer Seeleuteverband) erklärte, der Tätigkeitsbericht beweise, daß der Kampf der ITF zur Verteidigung der ökonomischen und

sozialen Interessen der Transportarbeiter auch während der letzten zwei Jahre erfolgreich fortgesetzt wurde. Seine Organisation fühle sich gegenüber dem Exekutivkomitee, dem Sekretariat und vor allem dem Generalsekretär, O. Becu, zu aufrichtigem Dank verpflichtet. Ein großer Teil des Erfolges der ITF-Tätigkeit beruhe auf der Tatsache, daß sie auf den edlen Grundsätzen der Freiheit der internationalen Solidarität und Demokratie durchdrungen sei. Das Festhalten an diesen Prinzipien gäbe der ITF ihre Größe und Stärke. Während der letzten zwei Jahre hätten Millionen von Arbeitern Freiheit und Recht gewonnen, und wir seien stolz auf die Tatsache, daß die ITF und die Mitgliedsverbände ihnen bei ihrem Kampf alle mögliche Unterstützung geleistet habe und dies auch weiterhin tun werde. Es wäre jedoch ein Unrecht, wenn wir über unseren Stolz das Los jener Millionen von Arbeitern vergäßen, die sich unter dem Joch der kommunistischen Diktatur befinden und nicht einmal von Freiheit, freien Gewerkschaften oder gar dem Streikrecht träumen könnten. Er habe bereits auf dem Stockholmer Kongreß über die Verhältnisse hinter dem Eisernen Vorhang gesprochen. Damals hätten einige Delegierte die Wahrheit seiner Darstellungen bezweifelt, aber die anlässlich des 20. Sitzungskongresses beschriebenen Terrorakte der Stalin-Zeit hätten seine damaligen Beschreibungen nicht nur bestätigt, sondern in den Schatten gestellt. Es sei zwar wahr, daß das gegenwärtige Sowjetregime milder und flexibler geworden ist; er möchte hierzu ein praktisches Beispiel anführen: Vor kurzem erlitt ein kleines Schiff an der estländischen Küste Schiffbruch; seiner Besatzung gelang es, sich an die Küste zu retten. Erst drei Tage später wurden die Familien dieser Seeleute in Schweden durch die kommunistischen Behörden über diesen Vorfall informiert. Zu Stalins Zeiten hätte eine humanitäre Aktion dieser Art zumindest drei Monate in Anspruch genommen, wenn die betreffenden Seeleute nicht überhaupt spurlos verschwunden wären.

Trotz dieser Milderung wäre es durchaus falsch und gefährlich, zu vermuten, daß Rußland ein freies und demokratisches Land geworden sei. Wir müssen uns ständig vergegenwärtigen, daß gemäß kommunistischer Doktrin das Regime auf der Diktatur einer einzigen Partei beruhen muß. Außerdem dürfen wir nicht vergessen, daß die subtile Propaganda und die unterwühlende Tätigkeit der Kommunisten auf die Dauer in der freien Welt und unter deren Gewerkschaften großen Schaden anrichten können. Dieser Propaganda müßte energisch entgegengetreten werden, und er sei der Ansicht, daß dies am besten getan werden könne, indem man den Arbeitern der freien Welt ein wahrheitsgetreues Bild der Lage in den kommunistischen Ländern gebe. Dabei sei es jedoch wichtig, daß solche Informationen haargenau den Tatsachen entsprechen und objektiv präsentiert werden.

Er schlage daher vor, daß die ITF zusammen mit dem IBFG und anderen Gewerkschaftsorganisationen dieser Aufgabe künftig die erforderliche Aufmerksamkeit schenken sollten. Es sei schwierig, vorauszusehen, wie sich das gegenwärtige Sowjetregime weiter entwickeln werde, aber es könne kein Zweifel darüber bestehen, daß es für die Arbeiter der freien Welt von größter Bedeutung ist, über volle und genaue Informationen zu verfügen.

Kollege Metslov sagte, einige der älteren Delegierten würden wahrscheinlich auf früheren Kongressen der IAO die Gelegenheit gehabt haben, Gewerkschaftsfunktionäre aus Estland oder anderen kommunistisch besetzten Ländern begrüßen zu können. Die meisten dieser Leute seien rücksichtslos beseitigt und ihre Gewerkschaften zum Werkzeug des gegenwärtigen Regimes gemacht worden. Der estländische Seeleuteverband tue sein möglichstes, die alten Gewerkschaftstraditionen in der freien Welt aufrechtzuerhalten und

danke der ITF für alle geleistete Hilfe und moralische Unterstützung. Der Verband habe seine Wurzeln in der Vergangenheit, aber wirke wie jede andere Gewerkschaft der freien Welt in der Gegenwart. Er sähe die Verteidigung der wirtschaftlichen, sozialen und gewerkschaftlichen Interessen seiner Mitglieder als sein Ziel an. Dies sei nur möglich, weil es einer beträchtlichen Anzahl estländischer Seeleute gelungen war, mit anderen Arbeitern zu entfliehen und diesen Beruf außerhalb ihres Landes weiter auszuüben. Seine Organisation stelle ein kleines symbolisches Bindeglied zwischen der freien Welt und jenen Arbeitern dar, die in den kommunistisch beherrschten Ländern leben. Kollege Metslov erklärte, er sei überzeugt, daß die ITF und die angeschlossenen Verbände ihre Solidarität jenen Millionen von Arbeitern, einschließlich der estländischen Arbeiter, die unter dem Joch der Diktatur stehen, nicht vorenthalten würden, damit diese Menschen eines Tages an unserer Seite den gemeinsamen Kampf um eine bessere Zukunft der Menschheit aufnehmen können.

M. Couli Baly (Gastdelegierter der Mali-Arbeiter-Föderation) dankte dem Kongreß für die Gelegenheit, im Namen der Arbeiter des französisch sprechenden Afrikas sprechen zu dürfen, denen die ITF ebenso wohlbekannt sei wie dem Rest der Arbeiterschaft der Welt. Er wolle über alle Probleme sprechen, welche diese afrikanischen Arbeiter besonders angehen. Der letzte Sprecher habe den kalten Krieg erwähnt, der zurzeit in Afrika ausgetragen werde. Die dortigen Arbeiter befänden sich in Gefahr, und er sei gekommen, um in ihrem Namen zu appellieren. Sie hätten erst vor kurzem ihre Unabhängigkeit errungen und benötigten die Unterstützung der internationalen Arbeiterbewegung. Er hoffe, daß der IBFG und die IBS die afrikanische Frage in ihren täglichen Aufgabenbereich rücken würden. Den Arbeitern mangelt es an geeigneten Führern, und sie könnten deswegen leicht kommunistischen Organisationen in die Hände fallen. Sie benötigten den Beistand der größeren Gewerkschaften der alten Welt.

Z. Barash (israelischer Seeleuteverband) lobte die von Kollege Becu geleisteten Dienste. Er sei stolz auf die Tatsache, daß der Generalsekretär der ITF einer führenden Stellung auf breiterer Ebene in der internationalen Gewerkschaftsbewegung würdig erachtet worden sei und wünsche ihm allen Erfolg.

Der Tätigkeitsbericht zeige von dem riesigen Ausmaß an Arbeit, welches die ITF in verschiedenen Gebieten geleistet hat. In diesem Zusammenhang sollte vielleicht der von der ITF als Teil der internationalen Gewerkschaftsbewegung in den Entwicklungsländern ergriffenen Initiative die größte Bedeutung beigemessen werden, denn es sei letzten Endes hier, wo der Kampf um die Demokratie gewonnen oder verloren werden könnte. Er wolle einige Worte über die in seinem Lande auf diesem Gebiete gemachten Beiträge sagen. Während der letzten Jahre habe sich eine ständig wachsende Zahl asiatischer und afrikanischer Menschen für die Erfahrungen Israels mehr und mehr interessiert. Diese Menschen seien nach Israel gekommen, um sich an Ort und Stelle zu informieren. Es sei möglich, daß der in Israel vorherrschende dynamische und demokratische Geist eine besondere Anziehungskraft auf sie ausgeübt habe. Vor kurzem wurde ein äußerst erfolgreiches Seminar über Zusammenarbeit abgehalten, an dem Vertreter auf 17 asiatischen und afrikanischen Ländern teilnahmen. Zuzufolge des ständig wachsenden Interesses habe der israelische Gewerkschaftsbund, Histadrut, zusammen mit der Arbeiterbewegung der USA beschlossen, ein ständiges Arbeitsinstitut zu gründen. Die Israeli wollten damit ihren Teil zur Förderung unserer gemeinsamen Grundsätze und Ziele beitragen. Dabei sei es ihnen jedoch klar, daß

es nicht immer möglich ist, die Lösungen gewisser Probleme mechanisch von einem Land zum andern zu übertragen. Die ITF habe sich seit ihrer Gründung für Freiheit und Demokratie eingesetzt und das Recht der Transportarbeiter, ihren Beruf frei und ungehindert auszuüben, sei ihr immer besonders am Herzen gelegen. Darüber hat sie nie ein Mißverständnis aufkommen lassen. Er beabsichtige nicht, über die diesbezüglichen Probleme Israels zu sprechen. Sie seien den meisten Delegierten ohnehin vertraut. Aber er möchte sie dennoch auf die willkürlichen Boykott- und Blockademaßnahmen hinweisen, die den Interessen der Mitgliedschaft der ITF schaden und gegen das internationale Recht verstoßen. Bis jetzt sei es uns nicht gelungen, unsere Resolutionen über dieses Problem zu verwirklichen; das sollte die ITF jedoch anspornen, ihre Bemühungen zur Sicherung der Freiheit – im besonderen der Freiheit der Meere – zu verdoppeln.

S. Greene (britischer Eisenbahnverband) sprach über die durch den Rücktritt des Generalsekretärs entstandene Situation und erklärte in diesem Zusammenhang, unsere Erfahrung habe uns während der letzten Jahre bewiesen, daß es besser wäre, wenn die ITF einen stellvertretenden Generalsekretär hätte. Wäre dies der Fall, würden wir uns heute nicht in einer so schwierigen Lage befinden. Die britische Delegation habe sich mit diesem Problem und mit der Empfehlung des Exekutivkomitees eingehend befaßt. Sie könnten sich mit dieser Empfehlung nicht zufriedengeben. Die Satzungen sehen die Wahl des Generalsekretärs durch den Kongreß vor. Seine Delegation wolle, daß das jetzige Exekutivkomitee dieses Problem erneut untersuche, um dem Kongreß eine Empfehlung zu unterbreiten. Es sei ganz klar, daß dies die Aufgabe des alten Exekutivkomitees ist, selbst wenn es sich nur um die Empfehlung eines amtierenden Generalsekretärs handelt. Wenn das Exekutivkomitee gleichzeitig die Ernennung eines stellvertretenden Generalsekretärs empfähle, sei es möglich, daß dieser nach zwei oder vielleicht drei Jahren ein geeigneter Generalsekretär werden könnte.

Der Präsident bemerkte, es scheine, als ob die Bemerkungen des Kollegen Greene unter vielen Delegierten Einklang gefunden hätten. Er könne sich nicht des Gefühls erwehren, daß man seine gestrigen Bemerkungen in gewisser Hinsicht mißverstanden habe. Aus dem englischen Wortlaut des Sitzungsprotokolls ließe sich eindeutig ersehen, daß er nicht beabsichtigt hatte, eine sofortige Entscheidung herbeizuführen. Während der weiteren planmäßigen Vollsitzungen würde sich reichlich Gelegenheit bieten, die Frage weiter zu verfolgen. Er könne den Delegierten versichern, daß niemand versuchen werde, sie in bezug auf diese wichtige Frage zu einem übereilten Beschlusse zu bewegen. Er schlage der britischen Delegation vor, ihren Änderungsantrag zur Empfehlung dem Exekutivkomitee schriftlich zu unterbreiten, damit diese Vorschläge studiert werden können.

H. J. Oldenbroek (Gastdelegierter, IBFG) erklärte, es sei wohl den meisten Delegierten bekannt, daß dies das letztmal sei, daß er zu ihnen als Generalsekretär des IBFG spreche. Seit 1919 habe er an allen, außer zwei, Kongressen der ITF teilgenommen. Diesmal handle es sich aber um sein letztes öffentliches Auftreten. Einige Vorredner, u. a. der Generalsekretär und der Präsident, Kollege Bratschi, hätten nette Dinge über ihn gesagt, und er schätze dies sehr. Er sei immer mit dem Bewußtsein zu ITF-Kongressen gegangen, daß er dort alte Freunde und neue Kollegen treffen würde sowie jene, die in der langen Geschichte der ITF eine führende Rolle gespielt haben. Man befürchte manchmal, daß diese Geselligkeit nicht andauern könne, daß neue Menschen mit neuen Ideen kommen würden – Menschen, die sich der langen Tradition der ITF voll bewußt seien. Bis jetzt sei dies

jedoch noch nicht geschehen, und es sei uns in der ITF immer gelungen, unsere Unterschiede in Alter und Erfahrung zu überbrücken. Für ihn sei es immer ein Vergnügen gewesen, zur ITF zu kommen, denn zwischen dem IBFG und der ITF gäbe es weder Feindschaft noch Eifersucht. Sie hätten ständig zusammengearbeitet, um positive Resultate zu erzielen, ganz gleich, wer an der Spitze stand.

Einige Sprecher hätten regionale Tätigkeit erwähnt, und er möchte in diesem Zusammenhang feststellen, daß der IBFG mit der ITF auf diesem Gebiete reibungsloser zusammengearbeitet habe als mit irgendeiner andern Organisation. Das Problem beschränke sich jedoch nicht nur auf eine Zusammenarbeit zwischen dem IBFG und den IBS. Ein ernster Aspekt der Frage sei z. B. das Bestreben einiger nationaler Gewerkschaftsbünde, sich mit regionaler Tätigkeit unabhängig vom IBFG und manchmal sogar im Widerspruch mit den Grundsätzen des IBFG zu befassen. Wenn Kollege Becu dieses Problem nicht lösen könne, werde ihm seine Arbeit nicht leichtfallen. Außer der ITF befaßten sich andere internationale Berufssekretariate damit, ihre Tätigkeit in den Entwicklungsländern, deren Probleme uns so nahe liegen, auszudehnen. Falls die verschiedenen Teile der internationalen Gewerkschaftsbewegung diese regionale Tätigkeit nicht in vollem Einverständnis miteinander durchführten, sei ein Mißerfolg unvermeidlich. Die größte Gefahr in allen diesen Gebieten sei die Korruption. Wir müßten uns auf die Gründung demokratischer Gewerkschaften, die sich auf ihre Aufgaben verstehen, konzentrieren. Durch Subventionierung einzelner Persönlichkeiten ließe sich nichts erreichen.

Kollege Oldenbroek erklärte sodann, er brauche kaum zu erwähnen, daß wir uns in einem für die Demokratie kritischen Zeitpunkt befinden. Dies sollte uns ein Grund sein, die Reihen zu schließen, denn die Zusammenarbeit zwischen den demokratischen Kräften der Welt ließe einiges zu wünschen übrig. Obwohl wir für die Maßnahmen der Regierungen nicht verantwortlich seien, litten wir dennoch, sobald etwas fehlschlägt. Aus diesem Grunde sollten wir uns für einen größeren Einfluß auf die politische Einstellung der Regierungen einsetzen und unsere Organisationen, einschließlich die der Entwicklungsländer, stärken. Aber auch in den industriellen Ländern beständen noch immer Organisationsprobleme, besonders in bezug auf die Organisation der Kopfarbeiter, deren Anzahl ständig zunimmt. Diesem Aspekt sei nicht genügend Aufmerksamkeit gewidmet worden, obwohl sich die letzte Vorstandssitzung des IBFG damit befaßt habe. Er sei der Meinung, wir sollten versuchen, voneinander zu lernen. Wenn ein Land erfolgreicher ist, sollten wir die Ursache herausfinden und die dem Erfolg zugrunde liegenden Methoden übernehmen. Auf diese Weise könnten wir schneller zu Resultaten gelangen.

Er habe während der Diskussion über den Tätigkeitsbericht einige interessante Bemerkungen vernommen. Einer der USA-Delegierten wolle z. B., daß wir einen Boykott gegen das Regime der Dominikanischen Republik in die Wege leiten. Dies sei eine ausgezeichnete Idee, und im Rahmen des IBFG würde dieser Boykott bereits durchgeführt. So sei es z. B. den deutschen Gewerkschaften gelungen, ihre Regierung dazu zu bewegen, von der Dominikanischen Republik keinen Zucker mehr zu kaufen. Obwohl es nicht immer leicht sei, eine Blockade durchzuführen, habe ihn der südafrikanische Boykott davon überzeugt, daß es manchmal notwendig ist. Der südafrikanische Boykott habe zwar die Regierung nicht sofort auf die Knie gezwungen, aber dennoch ihre wirtschaftliche Lage dermaßen beeinträchtigt, daß zurzeit selbst Regierungskreise auf die Notwendigkeit hinwiesen, etwas zur Ver-

besserung der Lage der afrikanischen Arbeiter zu unternehmen. Lohnerhöhungen allein seien jedoch ungenügend. Den afrikanischen Arbeitern müßten gleiche Gelegenheiten und gleiche Schulung sichergestellt werden, um es ihnen zu ermöglichen, zu den höchsten Positionen aufzusteigen.

Kollege Oldenbroek ging sodann zu politischen Problemen über und erklärte, sie alle seien über das Fehlschlagen der Gipfelkonferenz enttäuscht. Aber die Gewerkschaftsbewegung müsse weiterhin auf das Zustandekommen einer erfolgreichen Konferenz drängen. Wir seien über die Ursachen des Zusammenbruches der Konferenz im unklaren gelassen worden, weil es uns an vielen Informationen, besonders aus Ländern hinter dem Eisernen Vorhang, fehlte. Ein großer Teil unserer Schwierigkeiten sei auf die Tatsache zurückzuführen, daß wir es mit einem Partner zu tun haben, der sich nicht an die Spielregeln halte. Diese Schwierigkeit müsse überwunden werden. Das sei in erster Linie die Aufgabe der Regierungen, aber auch der Gewerkschaftsbewegung müsse das Recht eingeräumt werden, eine bedeutendere Rolle zu spielen und auf die Regierungen einen größeren Einfluß auszuüben. In diesem Zusammenhang erinnerte er den Kongreß daran, daß es der ITF verwehrt gewesen war, an der letzten IMCO-Konferenz teilzunehmen. Es sei unglücklich, daß die Seeleute der Welt an einem solchen Treffen nicht vertreten waren. In dieser Beziehung müsse etwas unternommen werden.

Vor kurzem sei der spanische Außenminister, dem Hitler seinerzeit eine Auszeichnung verliehen hatte, in London gewesen, um dort in bezug auf den Beitritt Spaniens zur Nato um Unterstützung zu heischen. Der IBFG habe versucht, sich einem solchen Schritt entgegenzusetzen, konnte jedoch nur eine einzige Regierung finden, die bereit war, ihn zu unterstützen. Selbst diese Regierung sei heute unter ständigem Druck, um sie zu einer Änderung ihrer Stellungnahme zu bewegen. Aus diesem Grunde habe es der Vorstand des IBFG in unzweideutiger Weise klargemacht, daß sich der IBFG, falls diese Sache andauern sollte, von internationalen offiziellen Organen, wie der OEEC – die auch Spanien als Mitglied zugelassen hat –, zurückziehen werde. Er sei überzeugt, daß die ITF einen solchen Schritt unterstützen würde. Kollege Oldenbroek wies sodann darauf hin, daß die Stellungnahme der Arbeitgeber in letzter Zeit sehr reaktionär geworden sei. Obwohl es die bestehenden Produktionsmethoden ermöglichen, mehr zu produzieren und somit das Los der Arbeiter zu verbessern, hätten die Arbeitgeber wiederholt Verzögerungstaktiken angewandt, und unsere Verhandlungen mit ihnen hätten allzuoft dürftige Resultate gezeitigt. Er sei der Ansicht, daß es möglich sei, in Ländern, wo die 40-Stunden-Woche noch nicht eingeführt war, weitere Fortschritte zu erzielen. Im großen und ganzen sei es eine Frage, wie man dieses Problem anfasse.

Abschließend wünschte der Redner dem ITF-Kongreß allen Erfolg und erklärte, er sei überzeugt, daß der IBFG und die ITF auch weiterhin reibungslos zusammenarbeiten würden.

A. H. Vizcaino (demokratischer spanischer Eisenbahnerverband) erinnerte den Kongreß an die von den Kollegen Trifon Gómez, Antonio Perez und Leon Rianza geleistete Arbeit. Er dankte Kollege Oldenbroek für seine Ausführungen über Spanien und unterbreitete eine Resolution, die die Unterdrückungsmaßnahmen der spanischen Regierung gegen die Gedanken- und Redefreiheit verurteilt. Drei seiner Kollegen, die Gewerkschafter Villegas, Salgado und Amat, befänden sich zurzeit in spanischen Gefängnissen. Die Resolution verurteilte außerdem die wirtschaftliche Unterdrückung der spanischen Arbeiter zufolge der von Franco seit dem Beitritt Spaniens zur OEEC eingeführten Stabilisierungsmaßnahmen, die zu einer weitverbreiteten

Arbeitslosigkeit und Emigration zahlreicher Arbeiter geführt haben, und fordert die freien Gewerkschaftsorganisationen – besonders die der Transportarbeiter – auf, die demokratischen Regierungen zu zwingen, Organisationen, denen Spanien angehört, künftig nicht zu unterstützen. Abschließend sprach er dem spanischen Volke sein Mitgefühl aus, und er hoffe auf eine baldige Wiederherstellung der Freiheit in Spanien.

P. Hall (internationaler US-Seeleuteverband) erklärte, er wünsche den Vorschlag der englischen Delegationen zu unterstützen. Seines Erachtens sollte das gegenwärtige Exekutivkomitee eine Empfehlung machen, daß die Delegierten vor Ende des Kongresses wüßten, wer als Generalsekretär vorgeschlagen ist. Die Gründe der SIU für diese Stellungnahme seien sehr einfach. Die ITF sei die älteste Arbeiterorganisation der Welt und habe die Interessen der Hafendarbeiter und Seeleute seit dem Jahre 1896 und die der anderen Transportarbeiterkategorien seit 1898 vertreten. Man habe von *Charlie Lindley*, dem ehrwürdigen Veteranen der ITF, und von seinem modernen Gegenstück, *Edo Fimmen*, gesprochen, aber wie ruhmreich die Vergangenheit der ITF auch immer gewesen sei, *Kollege Becu* habe während seiner zehnjährigen Amtsdauer die Tradition würdig fortgesetzt und habe besonders die vielen neuen und schwierigen Probleme der Schifffahrt mit großem Geschick gemeistert. Er erklärte weiterhin, daß *Omer Becu* stets ein Kämpfer und ein Mann mit Grundsätzen gewesen sei. Er habe dem Kommunismus ebenso entschlossen gegenübergestanden wie dem Faschismus und eines der glorreichsten Kapitel zur Geschichte der ITF hinzugefügt.

Es sei zu bedauern, daß er nunmehr die ITF verlassen werde, aber unser Verlust werde ohne Zweifel dem IBFG ein Gewinn sein. Er werde kein leichtes Amt haben, aber seine Anpassungsfähigkeit und sein Zielbewußtsein würden sich bei der Bewältigung seiner künftigen Aufgaben erneut bewähren.

Er möchte erneut empfehlen, daß das Exekutivkomitee zusammentrete und in bezug auf die Leitung der ITF versuche, eine provisorische Lösung zu finden. Die nächsten zwei Jahre würden eine schwierige Zeitspanne, besonders im Sektor der Seeschifffahrt, für uns darstellen. Aus diesem Grunde allein müsse das Exekutivkomitee eine Entscheidung treffen. Letzten Endes ging es um das erfolgreiche Fortbestehen der ITF, und er sei überzeugt, daß das Exekutivkomitee in der Lage sei, eine befriedigende Lösung zu finden.

M. Hoda (allindische Eisenbahnerföderation) begrüßte den Kongreß im Namen seiner Föderation, einer der ältesten angeschlossenen asiatischen Verbände. Er sagte, sein Verband sei bisher leider aus finanziellen Gründen nicht in der Lage gewesen, an Kongressen teilzunehmen. Er lobte die Tätigkeit der ITF in den Entwicklungsländern und berichtete über den kürzlich beendeten Streik von zwei Millionen Eisenbahnern und einer Million Angestellten der Zentralverwaltung zur Unterstützung einer fairen Forderung für garantierte Mindestlöhne. Die Forderung habe sich auf eine einstimmige Empfehlung der 15. Indischen Arbeitskonferenz gestützt. Die indische Regierung habe die Forderung zurückgewiesen mit der Begründung, daß Wirtschaftskrisen und die Notwendigkeit der Erfüllung des zweiten Fünfjahresplanes keine Lohnerhöhungen zulassen. Der darauffolgende Streik wurde somit durch einen Regierungserlaß als gesetzwidrig erklärt. Er ersuchte den Kongreß, eine Resolution zugunsten der indischen Eisenbahner zu befürworten und seinen Verband in den Bestrebungen zu unterstützen, die indische Regierung zur Aufhebung ihres Streikverbots zu bewegen.

Das schwierigste Problem der indischen Arbeiter sei der Überfluß an bestehenden Gewerkschaften, der zu Streitigkeiten und Rivalitäten führe. Auch

technische Aspekte ließen vieles zu wünschen übrig, und es bestehe ein großes Bedürfnis nach umfassenden Arbeits- und Produktivitätsstudien. Aus diesem Grunde ersuche er die internationale Gewerkschaftsbewegung, die Modernisierung der indischen Industrie zu unterstützen.

P. Felce (französischer Transportarbeiterverband) erklärte, er sei gegen die Ernennung eines amtierenden Generalsekretärs durch das Exekutivkomitee. Eine solche Ernennung könnte nur als eine Art Übergangslösung angesehen werden und würde infolgedessen die Arbeit des amtierenden Generalsekretärs sowohl zeitlich als auch sachlich einschränken. Solche provisorische Maßnahmen seien erfahrungsgemäß im allgemeinen nicht erfolgreich. Außerdem seien wir uns bewußt, daß eine kritische Zeitspanne vor uns liegt, und die Leitung der ITF sollte deswegen von einem Manne mit uneingeschränkten Vollmachten übernommen werden. Falls ein amtierender Generalsekretär ernannt würde, stünden wir vor der Alternative, entweder einen jungen aktiven Kollegen oder einen weisen und erfahrenen Mann zu wählen, der sich am Ende seiner Karriere befinde. Letzterem würde das Amt für ein bis zwei Jahre anvertraut, d. h. bis der nächste Kongreß eine starke und aktive Person finden könne. Aber wenn es sich zeigt, daß der provisorische Generalsekretär seine Arbeit zwei bis drei Jahre befriedigend erledigen kann, müßten wir uns fragen, warum er nicht als Generalsekretär fortfahren sollte. Warum sollten wir seine Vollmachten willkürlich beschränken, so daß es ihm nicht möglich wäre, sich effektiv mit langfristigen Problemen zu befassen? Es werde nicht leicht sein, Kollege Becu, der einer der großen Generalsekretäre der ITF war, zu ersetzen. Er hoffe, daß Kollege Becu auch ein großer Generalsekretär des IBFG werden würde. Aber ein Generalsekretär, gleich welche Organisation er vertritt, kann nur so lange als unersetzbar angesehen werden, als er nicht effektiv durch jemanden ersetzt worden ist. Der gegenwärtige Kongreß könne gewiß einen Mann finden, der fähig ist, der künftige Generalsekretär der ITF zu werden. Dieser Mann müsse das volle Vertrauen des Kongresses genießen und vom Kongreß die für die Erfüllung seiner Pflichten notwendigen Vollmachten erhalten. Er müsse, wie Kollege Becu, in der Lage sein, den an ihn gestellten Anforderungen gerecht zu werden.

Kollege Felce betonte sodann die Notwendigkeit, sich strikt an die Bestimmungen der Satzungen zu halten. Er erinnerte die Delegierten an die anläßlich des Londoner Kongresses vom Jahre 1954 beschlossenen Zusatzbestimmungen über die Zusammensetzung des Exekutivkomitees und erklärte, daß, obwohl es manchmal notwendig sei, gewisse Änderungen vorzunehmen, dieses Vorgehen vom Jahre 1954 nicht als ein Präzedenzfall angesehen werden sollte. Gemäß den Satzungen habe der Kongreß – nicht das Exekutivkomitee oder irgendeine andere Instanz – den Generalsekretär zu wählen, und der gegenwärtige Kongreß müsse diese Verpflichtung erfüllen.

H. Alonso (argentinischer Lokomotivführerverband) begrüßte den Kongreß im Namen seines Verbandes. In bezug auf die mit der Ersetzung des Kollegen Omer Becu verbundenen Schwierigkeiten erklärte er, daß die Zukunft der ITF von der strikten Befolgung ihrer Satzungen abhängig sei. Im Hinblick auf die von Kollege Becu geleistete Arbeit werde es natürlich nicht leicht sein, ihn zu ersetzen, aber es sei nicht unmöglich. Er wünschte Kollege Becu allen Erfolg in seinem neuen Amt und hoffte, daß er auch künftig mit der ITF zusammenarbeiten werde.

Sodann sprach er über die dringende Notwendigkeit der Entwicklung der regionalen Tätigkeit in Südamerika und bedauerte, daß es notwendig gewesen sei, das Regionalbüro der ITF in Mexiko zu schließen. Er sprach Kollege

Houke seine Anerkennung für die von Uruguay aus geleistete Arbeit aus, aber betonte, daß es angesichts der großen Bedeutung der Entwicklung ganz Südamerikas notwendig sei, die Tätigkeit der ITF auszudehnen und war der Meinung, es müßten zumindest zwei bis drei geeignete Leute in Südamerika eingesetzt werden, wenn wir diesem Gebiet unsere volle Aufmerksamkeit widmen wollen. Er sprach sein Bedauern über die Vertagung der südamerikanischen Konferenz, die ursprünglich in Peru stattfinden sollte, aus, und ersuchte die ITF dringend, eine baldige südamerikanische Regionalkonferenz einzuberufen. Abschließend forderte er energische Maßnahmen seitens aller Arbeiter gegen die antigewerkschaftlichen Maßnahmen diktatorischer und militärischer Regime, wie die Francos und Trujillos.

J. Curran (NMU, amerikanische Seeleute) erklärte, er hatte beabsichtigt, über die Probleme der Schattenflaggenschiffe, die Lohnverschlechterung und Nichtbefolgung der Arbeitszeiten in der Seeschifffahrt zu sprechen. Er müsse jedoch zuerst einige Bemerkungen über den Rücktritt des Kollegen Becu machen. Mit letzterem bekräftigte er die Ausführungen des Kollegen Hall über den der ITF durch den Rücktritt des Kollegen Becu entstandenen Verlust und stimmte den Bemerkungen des Kollegen Felce bei, es müsse möglich sein, jemanden zu finden, der die Geschäfte der ITF im gleichen Geist wie Kollege Becu erledigen kann. Er erklärte, er sei ein verhältnismäßig neues Mitglied des Exekutivkomitees, und infolgedessen sei er vorerst geneigt gewesen, die Empfehlung des Exekutivkomitees zu unterstützen, daß der Kongreß auf sein Wahlrecht verzichten und das Exekutivkomitee bevollmächtigen sollte, einen amtierenden Generalsekretär bis zum nächsten Kongreß zu ernennen. Nachdem er jedoch die Diskussion zu dieser Frage auf den Vollsitzungen gehört hätte, sei er nunmehr der Auffassung, daß die Exekutive sich nach einem geeigneten Leiter umsehen und dem gegenwärtigen Kongreß eine diesbezügliche Empfehlung unterbreiten sollte, andernfalls müsse der Kongreß einen ständigen Generalsekretär wählen. Es ging nicht an, daß die Delegierten nach Hause fahren, ohne zu wissen, wer dieses wichtige Amt einnehmen wird.

In bezug auf die Bemerkungen des Kollegen Oldenbroek im Zusammenhange mit dem Mangel an zuverlässigen Informationen über Ereignisse hinter dem Eisernen Vorhang erklärte er, er sei auf seinem kürzlichen Besuche Rußlands zu der Überzeugung gelangt, daß die Russen nicht nur über ein bis in alle Einzelheiten geplantes Programm zur Vernichtung unserer Institutionen verfügten, sondern auch über die Mittel zu dessen Durchführung. Er bedauerte, daß der IBFG gerade einen Mann wie Omer Becu benötigte. Kollege Becu habe die Interessen der ITF ausgezeichnet vertreten. Leider hätten wir uns nicht genügend mit dem Problem der Stellvertretung befaßt. Unsere gegenwärtigen Schwierigkeiten sollten uns eine Lehre sein. Damit wir nicht noch einmal in eine derartig schwierige Situation versetzt würden, sei es notwendig, sicherzustellen, daß künftig der stellvertretende Generalsekretär fähig ist, dessen Amt zu übernehmen.

A. Kummernuss (ÖTV) war der Meinung, es werde nicht möglich sein, innerhalb der nächsten zehn Tage einen Nachfolger Omer Becus zu finden. Die meisten Delegierten schienen diese seine Auffassung zu teilen. Gleichzeitig glaube er und die andern deutschen Delegierten, daß der Kongreß und nicht das Exekutivkomitee oder der Generalrat einen Generalsekretär zu wählen habe. (Beifall.) Der Kongreß dürfe sich dieses Vorrecht nicht rauben lassen.

Die deutsche Delegation habe sich sorgfältig mit der gegenwärtigen Sachlage befaßt und wünsche nunmehr, eine Resolution zu diesem Problem zu

unterbreiten, weil für die nächsten zwei Tage keine Vollsitzung anberaumt sei. Der Entscheidungsausschuß würde sich jedoch am folgenden Tag versammeln. Im Laufe seiner Unterredungen mit andern Delegationen habe er den Eindruck gewonnen, daß seinem Vorschlag eine Mehrheit sicher sei. Sein Vorschlag ziele auf eine zeitweilige Lösung hin, welche es ermöglichen werde, daß die Aufgaben des Sekretariats – nicht aber des Generalsekretärs – durch die drei Sektionssekretäre erfüllt werden könnten. Die Sektionssekretäre müßten zum mindesten einmal im Monat dem Präsidenten einen Bericht vorlegen. In sechs Monaten würde der Generalrat zusammentreten, um einen Bericht der drei Sekretäre entgegenzunehmen. Daraufhin müsse der Generalrat mindestens einmal im Jahr zusammenkommen. Zu Beginn des nächsten Kongresses sollte dem Generalrat mündlich Bericht erstattet werden, und zwar sowohl über Tatsachen als auch persönliche Angelegenheiten. Im Anschluß daran würde der 27. Kongreß einen neuen Sekretär wählen.

Kollege Kummernuss wies darauf hin, daß die Übernahme der Geschäfte durch den Präsidenten die geeignete Koordinierung gewährleisten würde. Außerdem ließe sich auf diesem Wege die Möglichkeit etwaiger Fehlschläge vermeiden. Im Hinblick auf die gegenwärtige Sachlage beantragte er sodann, daß die Vorschläge zur Verlegung des Sitzes des Sekretariats und zur Verlängerung der Zeitabstände zwischen den Kongressen nicht weiter behandelt werden sollten. Außerdem wolle er bemerken, daß der zukünftige Generalsekretär der ITF nicht notwendigerweise einer der drei Sektionssekretäre sein müsse, die während der nächsten zwei Jahre die Aufgaben des Sekretariats erfüllen sollten. Abschließend schlug er vor, daß angesichts der mit der Einberufung des Generalrats verbundenen Kosten die angeschlossenen Verbände sich bereit erklären sollten, während dieser zweijährigen Zeitspanne für die Auslagen ihrer Mitglieder aufzukommen. Er erwarte natürlich nicht, daß sein Vorschlag hundertprozentig befürwortet würde, aber er suche die Delegierten, ihn glaubwürdig zu prüfen und dabei zu bedenken, daß der Vorschlag die Fortsetzung der Tätigkeit der ITF sicherstellen wolle. Der Präsident sagte, die Delegierten hätten nun die Ansichten und Resolutionen zu diesem Thema vernommen. Er fragte, ob der Kongreß damit einverstanden sei, daß die Resolutionen dem Exekutivkomitee vorgelegt würden. (Dies wurde einstimmig angenommen.)

T. Dunand (IAA) übermittelte dem Kongreß die kollegialen Grüße des IAA, dessen Generaldirektors und aller Angestellten, die sich mit Verkehrsfragen befaßten. Er zollte der Arbeit der Kollegen Becu und Oldenbroek seine Anerkennung und betonte die ständige Zusammenarbeit zwischen dem IAA und der ITF. Er erklärte, daß sich mehrere Branchen des IAA, z. B. die JMC sowie der Binnenverkehrsausschuß und verschiedene Sachverständigenausschüsse, ausschließlich mit Verkehrsfragen befaßten. Die Häufigkeit der Sitzungen dieser Komitees und Konferenzen hinge von den finanziellen Mitteln des IAA ab. Er erklärte, daß der Verwaltungsrat des IAA bestrebt sei, in dieser Hinsicht ein gewisses Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Fachgruppen aufrechtzuerhalten. Mit Bezug auf die vom IAA für die kommenden zwei Jahre geplanten Verkehrstagungen sagte Herr Dunand, daß die Mitarbeit der ITF an diesen Sitzungen für das IAA von großem Werte sei. Abschließend ersuchte er den Kongreß, zu bedenken, daß die praktischen Ergebnisse solcher Sitzungen nicht von ihrer Häufigkeit oder Dauer, sondern letzten Endes von dem Interesse und der Mitarbeit der Teilnehmer abhängen.

Sodann folgte eine Anzahl von Mitteilungen, worauf die Sitzung vertagt wurde.

Sonnabend, den 23. Juli 1960

Vormittagssitzung

Der Präsident eröffnete die Sitzung um 10.15 Uhr vormittags. Die Diskussion des Tätigkeitsberichtes wurde fortgesetzt.

Der erste Redner,

R. A. Santoso (indonesischer Eisenbahnverband), begrüßte die Delegierten im Namen seines Verbandes, der erst seit kurzem (September 1959) der ITF angeschlossen sei. Er bedauerte den Übertritt des Kollegen Becu von der ITF und hoffte, daß sein Nachfolger ebenso weise und fähig sein werde wie Kollege Becu. Sodann lobte er die Tätigkeit der ITF in den Entwicklungsländern und betonte die Notwendigkeit verstärkter Anstrengungen gegen den Kommunismus und die Rassenunterdrückung. In diesem Zusammenhang wies er darauf hin, daß sich der Gesamtbetrag der den asiatischen Verbänden geleisteten finanziellen Unterstützung gemäß dem Finanzbericht rund 2,5 Prozent der Gesamtunterstützung für Europa, Asien und Afrika belaufe. Gleichzeitig betonte er, daß finanzielle Hilfe nicht die notwendige Art von Unterstützung sei, aber das Regionalbüro müsse die für finanzielle Hilfe notwendigen Beträge nach Rücksprache mit den angeschlossenen Verbänden festlegen. Er unterstützte den Vorschlag des Kollegen Dekeyzer, daß den afro-asiatischen Gebieten größere Aufmerksamkeit gewidmet werden müsse. Die Grundlage für eine freie Gewerkschaftsbewegung sei «Freiheit, Gleichheit und Demokratie» und also die im IAO-Übereinkommen Nr. 87 festgelegten Grundsätze. Er wollte wissen, was die Stellungnahme und die Verpflichtung der ITF gegenüber einer Regierung sei, welche das Übereinkommen ratifiziert hat, ohne sich an dessen Bestimmungen zu halten.

Die Verteidiger der Freiheit der Gewerkschaften verurteilten den Einfluß des Kommunismus und bekämpften ihn. Sein eigener Verband habe im Jahre 1950 einen sozialen Wohlfahrtsdienst eingeführt, der allen indonesischen Eisenbahnern ohne jegliche Diskriminierung zur Verfügung stünde. Das Wohlfahrtsprogramm umfasse Lebens- und Unfallversicherung, Konsumgenossenschaften und Kliniken. Die Mitgliedschaft des Verbandes hätte im gleichen Maße zugenommen wie der Ruf der Gewerkschaft.

Die Mitgliedschaft der kommunistischen Verbände sei dagegen zurückgegangen. Sein Verband wolle eine Anzahl von Resolutionen zur ernstlichen Prüfung seitens der ITF unterbreiten. Die Resolutionen befaßten sich unter anderem mit dem Recht der freien Organisierung, Zusammenarbeit zwischen den der ITF angeschlossenen Verbänden, der friedlichen Verwendung der Atomenergie sowie der Gründung eines ITF-Schulungsausschusses in Asien. Sein Verband sei jedoch besonders auf eine enge Zusammenarbeit zwischen den angeschlossenen Verbänden bedacht.

W. J. P. Webber (Großbritannien, Verkehrsangestellte) legte sodann die Berichte des Mandatsprüfungsausschusses vor.*

A. G. de Castro (brasilianischer Transportarbeiterverband) erklärte, es sei nicht nötig, die Bedeutung des Punktes der Tagesordnung über die Herabsetzung der Arbeitszeit besonders zu betonen. Die brasilianischen Binnenverkehrsarbeiter arbeiteten zurzeit einen Achtstundentag. Angesichts der geistigen und physischen Anstrengungen, denen die Transportarbeiter unterworfen seien, hätte man wiederholt versucht, eine Herabsetzung der Arbeitszeit ohne Lohnverlust durchzusetzen. Man wäre der Meinung, daß die beste

* Siehe Seite 267.

Lösung hierfür nicht eine 40-Stunden-Woche in fünf Tagen sei, sondern die Einführung eines Sechsstudentages ohne Beeinträchtigung der wöchentlichen Ruhezeit.

In diesem Zusammenhange verwies er auf statistische Aufstellungen, welche beweisen, daß die Mehrzahl der Unfälle gegen Ende der achtstündigen Arbeitszeit oder nach Abschluß derselben vorkamen. Außerdem müßten die mit dem Betrieb komplizierter moderner Fahrzeuge verbundenen größeren Anstrengungen berücksichtigt werden.

Er schlage somit vor, daß der Kongreß eine Resolution annähme, die den Abschluß von Verträgen zur Einführung eines Sechsstudentages ohne Nettolohnverlust empfiehlt.

W. Mikkelsen (GdED) sagte, er wolle die Aufmerksamkeit der Delegierten auf die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Pipelines – besonders im Eisenbahnwesen und der Binnenschifffahrt – lenken. Ein kompletter Übergang von Kohle auf Öl würde zu einer 40prozentigen Herabsetzung der Brennstofftransporte führen. Im Jahre 1957 sei berechnet worden, daß die Kohlenproduktion bis zum Jahre 1970 um rund 25 Prozent zunehmen würde. Bis jetzt sei jedoch das Gegenteil der Fall gewesen. Zwischen 1957 und 1959 sei der Transport von Kohle durch die Eisenbahnen und die Binnenschifffahrt um 19 Prozent zurückgegangen, während die Öltransporte um 29 Prozent zugenommen hätten. Die zunehmende Verwendung von Öl bedeute, daß dieser Brennstoff im Eisenbahnverkehr und der Binnenschifffahrt von größerer Bedeutung sein würde als bisher. Die Pipelines stellten eine gefährliche Konkurrenz dar. Bis jetzt sei noch nicht genau bekannt, inwiefern der Bau von Pipelines zwischen Rotterdam, Wilhelmshaven und Köln zu einer Verkehrseinbuße geführt habe. Im Jahre 1958 habe Deutschland 4 Millionen Tonnen Rohöl via Rotterdam eingeführt. Diese Transporte seien der Binnenschifffahrt verlorengegangen. Die neue Ölraffinerie in Straßburg sowie die Pipelines von Marseille würden ebenfalls dem Wasserverkehr ab Amsterdam einen Verkehrsverlust bringen. Dies, sowie die Verlegung der Raffinerien von den Nordseehäfen nach dem Inneren des Landes, könnte zur Stilllegung von 70 Großtankschiffen führen. Vor allem aber würden die kleineren Tanker beeinträchtigt werden. Diese würden zwar weiterhin in Betrieb bleiben, allerdings zu derartig ruinösen Raten, daß dadurch möglicherweise die Eisenbahnen gezwungen werden könnten, ihre Tarife herabzusetzen. Die Binnenschifffahrtstarife entsprächen ohnehin nur einem Viertel der Eisenbahntarife. Auch werde es den Eisenbahnen nicht immer möglich sein, ihre Verluste durch einen regen Verteilungsverkehr von den neuen Raffinerien ab wettzumachen. Kollege Mikkelsen betonte, es sei eine zunehmende Konkurrenz zu erwarten, und die Zeit arbeite gegen uns. Die Kosten des Baues einer Pipeline würden natürlich ebenfalls im Laufe der Jahre zunehmen. Die Gesellschaften können sich somit durch die Verwendung ihres Kapitals zur Konstruktion von Pipelines einen hohen künftigen Gewinn sicherstellen.

Im Falle der traditionellen Verkehrsträger spielte jedoch die Lohnfrage eine sehr wichtige Rolle, da sich eine Zunahme der Betriebskosten nicht vermeiden läßt. Es genüge nicht, daß die Gewerkschaften nur auf einer Besteuerung der Pipelines, auf Konzessionsgebühren und dergleichen bestehen. Man sollte eine umfassende Koordinierung in Erwägung ziehen, und es sei notwendig, die wirtschaftlichen Folgen dieser Frage in den EWG-Ländern und der EFTA zu studieren. In diesem Zusammenhang betonte der Redner, daß die verantwortlichen Behörden Sonderstudien von den Gewerkschaften erwarteten. Dies sei eine Gelegenheit für uns. Er schlage daher vor, daß die ITF als Koordinierungsorgan handle und richte an das Sekretariat den drin-

genden Appell, sich so bald wie möglich mit dieser Angelegenheit zu befassen.

H. Wada (alljapanischer Seeleuteverband) lobte die Tätigkeit der ITF zugunsten der japanischen Transportarbeiter und zollte dem Kollegen Becu, der viele Freunde in Japan habe, seine Anerkennung. Er erklärte, Kollege Becu habe außerordentliches Verständnis für die komplizierte Lage der japanischen Gewerkschaften. Man bedaure sehr, daß Kollege Becu die ITF verlassen wolle, und hoffe, sein Nachfolger werde den Entwicklungsländern gegenüber eine gleiche Stellung einnehmen.

Er freue sich besonders darüber, daß die ITF nunmehr eine zweite asiatische Transportarbeiterkonferenz zu organisieren gedenke, und erklärte, er sei überzeugt, diese Konferenz werde für die asiatische Tätigkeit der ITF von großer Bedeutung sein. Sodann wies Kollege Wada darauf hin, daß die Arbeit der ITF in den Entwicklungsländern sehr viel Geld koste. Aus diesem Grunde unterstütze die alljapanische Seeleutegewerkschaft den Vorschlag zur Erhöhung der Mitgliederbeiträge. Sollte dieser Vorschlag angenommen werden, werde sein Verband seine Verpflichtungen erfüllen. In bezug auf das Problem der Schattenflaggenschiffe teilte Kollege Wada mit, daß in Asien zufolge der vielen Arbeitslosen und nichtorganisierten Seeleute, die bereit seien, für niedere Löhne zu arbeiten, große Schwierigkeiten bestehen. Trotzdem sei es seinem Verband gelungen, ein auf der Politik der ITF gestütztes Übereinkommen abzuschließen, gemäß welchem die Reeder Beiträge an den Seeleute-Wohlfahrtsfonds entrichteten.

Der Sprecher gab sodann bekannt, daß es seiner Gewerkschaft nach einem sehr harten und langen Kampf gelungen sei, die Einführung eines Pensionsprogramms festzusetzen, nach dessen Bestimmungen ein Arbeiter nach Erreichung der Altersgrenze oder im Falle einer vorzeitigen Pensionierung nach 20jähriger Dienstzeit aus gesundheitlichen Gründen eine Pension im Werte von £100 pro Jahr erhält. Das Programm sehe keine Beiträge von seiten des Arbeitnehmers vor und wäre ohne die Solidarität der ITF und im besonderen ohne die Unterstützung der britischen, amerikanischen, holländischen und norwegischen Seeleuteverbände nicht zu verwirklichen gewesen.

Abschließend wolle er einige Worte über die politische Situation in Japan sagen. Der erste Bericht der ausländischen Presse über die kürzlichen Unruhen in Japan seien einigermaßen übertrieben gewesen. Die japanische Demokratie sei noch nicht voll entwickelt, obwohl beträchtliche Fortschritte zu verzeichnen seien. Weder die freien Gewerkschaften noch die Mehrheit der Zivilbevölkerung hätten sich an den Unruhen beteiligt. Die japanischen Gewerkschaften seien verpflichtet, jegliche Form des Totalitarismus zu bekämpfen, und sie würden diesen Kampf auch weiterhin fortsetzen.

F. H. Hall (RLEA, Kanada) sagte, er wünsche zunächst einige Worte über den Konflikt der Holzfäller von Neufundland zu sagen (siehe Seite 45 des Tätigkeitsberichtes). In Kanada bestände seit 60 Jahren das gewerkschaftliche Organisationsrecht. Vor einigen Jahren sei Neufundland an Kanada angeschlossen worden, und die Löhne und Arbeitsbedingungen der neufundländischen Holzfäller ständen im Vergleich zu denen anderer Teile des Landes auf einem beklagenswerten Niveau. Der internationale Holzarbeiterverband habe die Organisierung dieser Holzfäller zu seiner Aufgabe gemacht. Außerdem habe er, gemäß den Bestimmungen der neufundländischen Gesetzgebung, anerkannter Schlichtungsausschuß eine bescheidene Lohnerhöhung empfohlen. Daraufhin habe der Premierminister Neufundlands ein Gesetz erlassen, welches die Gewerkschaft als gesetzwidrig erklärt. Gleichzeitig sei

eine neue Organisation gebildet worden, an deren Spitze «Strohmänner» ständen.

Die kanadische Bundesregierung hätte dieses Gesetz rückgängig machen können, aber sei trotz dem dringenden Ersuchen des kanadischen Arbeiterkongresses nicht bereit gewesen, dies zu tun. Dieser bedauernswerte Zwischenfall beweise, daß Nachsicht hier nicht am Platz sei und daß Vorfälle dieser Art nicht nur in Südafrika, Indien und Tanganjika, sondern auch in den alten Demokratien vorkommen können. Auf den bisherigen Plenarsitzungen hätte man den Eindruck gewinnen können, daß der Kongreß hauptsächlich der Ernennung von Amtsträgern diene. Dies sei natürlich eine wichtige Funktion, aber er könne sich nicht des Gefühls erwehren, daß die eigentliche Existenzberechtigung des Kongresses darin liege, den Mitgliedsverbänden bei der Verteidigung ihrer Rechte und bei ihrem Kampf gegen Verfolgung beizustehen und den Millionen von Menschen in den Entwicklungsländern zu helfen, sich von der Unterdrückung und Ausbeutung zu befreien. Er glaube, daß andere Delegierte seine Auffassung teilen. Wir, die Gewerkschaften der freien Wirtschaftsgebiete, hätten uns unsere gewerkschaftlichen Rechte (Organisierung, Kollektivverhandlungen, Streikrecht usw.) bereits erkämpft. Die Gewährleistung besserer Löhne und Lebensbedingungen sei der sicherste Weg zur Erlangung wirtschaftlichen Fortschritts. Eine Regierung, die glaube, daß es möglich ist, wirtschaftliche Verbesserungen mittels Lohnsenkung und schlechter Arbeitsbedingungen herbeizuführen, betrüge sich letzten Endes selbst. Es sei doch sicher bezeichnend, daß heute gerade jene Länder das größte wirtschaftliche Wohlergehen genießen, in denen freie Kollektivverhandlungen zu verhältnismäßig hohen Löhnen und guten Arbeitsbedingungen geführt haben. Viele unserer gegenwärtigen Probleme, wie ernst sie auch immer sein mögen, verblasen, wenn wir sie mit den Verhältnissen und den Problemen der Arbeiter in den Entwicklungsländern vergleichen. Es sei selbstverständlich, daß, wenn wir Frieden und Einigkeit in der Welt haben wollen, wir diesen Arbeitern die Möglichkeit geben müssen, die Früchte ihrer Arbeit zu genießen und in ihnen ein Verständnis für die Grundsätze der Arbeiterbewegung erwecken müssen.

Die Welt sei letzten Endes ein unteilbares Ganzes, und falls es uns nicht gelänge, die Probleme der Welt zu lösen, würden diese Probleme uns und unsere Lebensweise zerstören. Die Probleme der Arbeiter Indiens, Indonesiens, des Karibischen Raums, Afrikas, Asiens und aller anderen Weltteile, wo Menschen unterdrückt und ausgebeutet werden, seien gleichzeitig unsere Probleme.

Die Resolutionen unserer indischen, indonesischen und japanischen Kollegen verdienten unsere uneingeschränkte Unterstützung. Wir sollten jedoch bedenken, daß es Menschen, die nichts besitzen, oft schwerfällt, die Unterschiede zwischen Ideologien zu begreifen. Sie könnten sich nicht die bittere Wirklichkeit eines praktischen Kommunismus vorstellen, und manchmal geschehe es sogar, daß sie die Begriffe Demokratie und Imperialismus miteinander verwechselten. Unsere Hauptexistenzberechtigung sei die Förderung der Freiheit und die Verbesserung des gewerkschaftlichen und sozialen Standes der Arbeiter der Welt. Alle Menschen seien unsere Nächsten.

S. J. Katungutu (afrikanischer Eisenbahnerverband von Tanganjika) erklärte, er freue sich, am ITF-Kongreß teilnehmen zu können. Sodann sprach er über den kürzlichen Streik der Eisenbahner Tanganjikas. Der Streik habe am 8. Februar 1960 begonnen und diene der Unterstützung einer Forderung auf einen Mindestlohn von 7.75s. pro Tag. Außerdem forderten die Eisenbahner die Bildung einer Untersuchungskommission zum Studium der Löhne, Ar-

beitszeiten, Überstunden sowie der Untersuchung von Wohnungs-, Einstufungs- und Beförderungsfragen. Der Streik habe nahezu drei Monate gedauert und sei am 30. April 1960 erfolgreich beendet worden. Der Grund für die Länge des Konfliktes habe darin gelegen, daß die Eisenbahndienste Kenias und Ugandas, der beiden anderen Gebiete der ostafrikanischen High-Commission, nicht an dem Streik beteiligt waren. Außerdem wurden europäische und asiatische Arbeiter an Stelle der streikenden Afrikaner eingesetzt. Die Tatsache, daß sich alle drei Regierungen über die Bedingungen zur Schlichtung des Konfliktes einigen mußten, habe zu weiteren Verzögerungen geführt.

Der Sprecher dankte der ITF und dem IBFG für ihre großzügige Unterstützung und sprach besonders den Kollegen P. de Vries (ITF), Millard (IBFG) und Purvis (IBFG) seine Anerkennung aus. Anschließend lobte er den bewundernswerten Kameradschaftsgeist der afrikanischen Eisenbahner, die während des drei Monate langen Streiks, ohne Gehalt und Streikgeld, ihren Grundsätzen treu blieben. Auch die afrikanische Zivilbevölkerung habe durch ihre Boykottierung der Verkehrsdienste beträchtlich zum erfolgreichen Ausgang des Streiks beigetragen.

Der Redner sprach sodann über die nachteilige Position der Afrikaner gegenüber den Europäern und Asiaten in bezug auf die berufliche Einstufung der Arbeiter und ersuchte die ITF, in diesem Zusammenhange bei dem Sekretär für Kolonialangelegenheiten im Interesse der afrikanischen Eisenbahner vorzusprechen.

Tanganjika werde bald unabhängig werden, und die Delegierten würden auf dem nächsten Kongreß auch die Flagge Tanganjikas im Saal hängen sehen. Er sagte, er sei enttäuscht, daß nur zwei afrikanische Delegierte anwesend seien und forderte eine Änderung der Politik der ITF und des IBFG in bezug auf den afrikanischen Kontinent. Es sei das Ziel der Afrikaner, den ganzen Kontinent bis zum Jahre 1963 zu befreien. In ihren Augen bestehe kein Unterschied zwischen Kolonialismus und Kommunismus, und ihr einziger Wunsch sei, frei zu werden, um sich auf ihre eigene Art und gemäß ihren eigenen Grundsätzen zu organisieren.

A. A. Di Santo (argentinischer Lokomotivführerverband) sprach über die Unterdrückung der Arbeiter in Argentinien. Er erklärte, die argentinische Gewerkschaft befinde sich in einer sehr schwierigen Situation. Die Arbeiter wüßten, daß eine friedliche Regelung ihrer Forderungen von Vorteil wäre und daß direkte Kampfmaßnahmen das Weiterbestehen der gesamten argentinischen Arbeiterbewegung gefährden könnten. Trotzdem seien sie sich ihrer großen Verantwortung bewußt. Sie wollten gerne zur Stärkung der Ökonomie des Landes beitragen, denn letzten Endes hinge ihr Lebensunterhalt von einer gesunden Wirtschaftsstruktur ab.

Ihrer Auffassung nach bestehe eine Lösung der gegenwärtigen Schwierigkeit darin, die Arbeiter in größerem Maße an der industriellen Verwaltung zu beteiligen. Es sei die Pflicht der argentinischen Eisenbahner, darauf zu achten, daß die argentinischen Eisenbahnen nicht in private Hände fallen. Den Telegraphisten und Straßenbahnangestellten sei es gelungen, ein Übereinkommen zu erzielen, welches den Gewerkschaften ein verwaltungsmäßiges Mitspracherecht einräumt.

Die Streiks der Mineralöl- und Kühlhausarbeiter vom Frühjahr 1959 zielten ebenfalls auf ein gleiches Mitspracherecht hin. Die Gewerkschaften führten einen bitteren Kampf in bezug auf die Anpassung der Löhne an die Lebensunterhaltskosten und um die Arbeitgeber zur Erfüllung der Bestimmungen der vor kurzem – hauptsächlich zufolge der Streikmaßnahmen seines Ver-

bandes «La Fraternidad» zwischen 1957 und 1959 – eingeführten Pensionsgesetzgebung zu zwingen. Die gegenwärtige Atmosphäre im Lande sei nicht geeignet, den Weg zu erfolgreichen Verhandlungen zu ebnen. Der Sprecher ersuchte die ITF, die argentinischen Arbeiter in ihrem Kampfe um die Abschaffung der gewerkschaftlichen Gesetzgebung vom Jahre 1948 zu unterstützen. Diese Gesetzgebung sieht u. a. die Mobilisierung des Eisenbahnpersonals vor, und Arbeiter, die von ihren freien Rechten Gebrauch machen, können zu Gefängnisstrafen bis zu zwei Jahren verurteilt werden. Außerdem diskutiere die argentinische Regierung zurzeit ein Gesetz, dessen Erlaß eine Einschränkung des Streikrechts mit sich bringen würde. Er verlas den Wortlaut der auf dem letzten Kongreß seines Verbandes angenommenen Resolutionen, die sich gegen diese Gesetzgebung aussprachen und einen 15-Minuten-Streik für den 15. Juli 1960 fordern. Sollte das betreffende Lokomotivpersonal verhaftet werden, würden die Führer der Gewerkschaft weitere geeignete Maßnahmen in Erwägung ziehen.

B. Majumder (indischer Seeleuteverband) erklärte, das zunehmende Verständnis der ITF für die Bedeutung der Regionaltätigkeit sei sehr ermutigend und zum großen Teil das Verdienst des zurücktretenden Generalsekretärs, Omer Becu. Ein großer Teil des von der ständig wachsenden indischen Seeleutegewerkschaft genossenen Ansehens sei der ITF zu verdanken. Während der vier Jahre seines Bestehens sei es dem Verband gelungen, 22 000 der insgesamt 23 000 Seeleute, die sich während dieser Zeit von Kalkutta aus einschiffen, zu organisieren. Die Bemerkung, daß schlechte Arbeitsbedingungen eine Gefahr für bessere Bedingungen in andern Teilen der Welt darstellen, sei in bezug auf die Entwicklungsländer besonders stichhaltig. Was sich gegenwärtig in Afrika und Asien abspiele, könnte das Fortbestehen der demokratischen Institutionen dieser Kontinente bedrohen. Er erklärte, die ITF müsse sich erneut der Aufgabe widmen, die Entwicklung und die Tätigkeit der Gewerkschaften in den Entwicklungsländern zu fördern. Unter der Leitung Omer Becus habe sie bereits wertvolle Beiträge auf diesem Gebiet geleistet. Der Redner hoffte, daß der neue Generalsekretär in diesem Sinne fortfahren und daß das Verständnis Omer Becus auch bei seiner künftigen Tätigkeit als Generalsekretär des IBFG der ITF zugute kommen werde.

V. Conde (Personal der Zivilluftfahrt-Gesellschaft Avianca, Kolumbien) berichtete, er habe gestern von seiner Gewerkschaft ein Telegramm empfangen, wonach sich die Lage seines Verbandes im Hinblick auf einen Konflikt über eine Lohnforderung beträchtlich verschlechtert habe und daß sich Streikmaßnahmen als notwendig erweisen könnten. Er wünsche deshalb, daß der Kongreß eine Resolution annehme, in der die ITF den Angestellten der Avianca-Gesellschaft ihre Unterstützung zusichert und den Generalsekretär der ITF ersucht, in diesem Sinne an den Präsidenten Kolumbiens, den Arbeitsminister und den Generaldirektor der Avianca-Gesellschaft zu schreiben. Die Resolution ersuchte die ITF außerdem, im Falle eines Streiks einen Boykott der Avianca-Flugzeuge in den Vereinigten Staaten, Frankreich, Deutschland und Peru in die Wege zu leiten und gleichzeitig die Führer anderer kolumbischer Arbeiterverbände von der Sachlage in Kenntnis zu setzen.

Der Präsident erwiderte, dies scheine eine dringende Angelegenheit zu sein, und er fragte den Kongreß, ob er damit einverstanden sei, daß diese Resolution dem Exekutivkomitee unterbreitet werde. (Dies wurde befürwortet.) F. Taboada Alegre (peruanischer Kraftfahrerverband) erklärte, seine Organisation sei erst vor kurzem ein Mitglied der ITF geworden. Er könne jedoch

auf ein 39jähriges Bestehen vor dem Anschluß an die ITF zurückblicken und habe im Laufe dieser Zeit beträchtliche soziale Fortschritte erzielt, so daß er heute unter den Gewerkschaften Perus eine führende Stellung einnehme. Die Leiter seines Verbandes hätten sich stets für den Kampf um die Rechte der Arbeiter eingesetzt. Im Jahre 1950 sei der Generalsekretär des Verbandes durch die Helfershelfer des peruanischen Diktators ermordet worden, weil er die Versammlungsfreiheit der Arbeiter verteidigt hatte. Die peruanischen Arbeiter hätten unter dem totalitären Regime sehr gelitten, und ihre Einstellung zu anderen Militärdiktaturen, wie sie zurzeit in der Dominikanischen Republik und in Spanien bestünden, sei demzufolge äußerst feindlich. Er hoffte außerdem, die ITF werde ihre Opposition zu dem in Paraguay bestehenden Unterdrückungsregime zum Ausdruck bringen, da dieses Regime eine Gefahr für die Demokratie in Amerika bilde.

Kollege Taboada sprach daraufhin von der glänzenden Arbeit der ITF in Südamerika und zollte besonders den Vertretern der ITF, den Kollegen Trifón Gómez, Lorenzo Martínez und Robert Houke, seine Anerkennung. Sodann sagte er, es sei notwendig, diese Tätigkeit zu intensivieren, weil es in Südamerika noch zahlreiche, der ITF nicht angeschlossene oder überhaupt nicht organisierte Transportarbeiter gäbe. Das südamerikanische Regionalbüro sollte wieder eröffnet werden, und die ITF sollte so bald wie möglich einen panamerikanischen Transportarbeiterkongreß einberufen. Er fügte hinzu, seine Gewerkschaft würde gerne eine solche Konferenz in Lima willkommen heißen.

Sodann lobte Kollege Taboada die ausgezeichnete Arbeit des zurücktretenden Generalsekretärs, Omer Becu, und erklärte, die Ernennung Omer Becus zum Generalsekretär des IBFG sei eine große Ehre für die ITF. Der Kongreß sollte, im Einklang mit den Bestimmungen der Satzungen, einen Nachfolger wählen. Abschließend sprach er die Hoffnung aus, daß seine Vorschläge über die zukünftige Tätigkeit der ITF in Südamerika angenommen werden würde. M. Hellal (tunesischer Eisenbahnverband) begrüßte den Kongreß im Namen der tunesischen Arbeiter, die nunmehr das dritte Mal auf einem ITF-Kongreß vertreten seien. Sie hätten einen blutigen Kolonialkrieg hinter sich, doch Tunesien sei nunmehr ein unabhängiges Land. Er wolle betonen, dies vor allem im Hinblick auf die jüngsten Mitgliedsverbände der ITF, in welchem Maße die unparteiische Unterstützung der ITF den tunesischen Arbeitern in ihrem Freiheitskampfe, der sich der Sympathien der freien Arbeiter aus aller Welt, einschließlich Frankreichs, erfreute, geholfen habe. Vor allem wolle er dem Exekutivkomitee der ITF und dem Kollegen Becu für ihren Beistand im Zusammenhang mit der Befreiung der tunesischen Gewerkschaftsführer danken. Er sei stolz, der ITF anzugehören und bei der Verwirklichung der in der Präambel der Satzungen festgelegten Ziele mitwirken zu können.

Die ITF müsse ihre großen Aufgaben auf vielen Fronten erfüllen. Er denke hier z. B. an die Verteidigung der sozialen und wirtschaftlichen Interessen, an den Kampf zur Wiedererlangung verlorener bürgerlicher Rechte und Zerstörung der noch bestehenden Diktaturen. Außerdem habe die ITF bei der Sicherstellung des Weltfriedens eine wichtige Rolle zu spielen. Die Gipfel- und Abrüstungskonferenzen seien gescheitert, doch sei nicht jedes Land gewohnt, sich dem einen oder andern großen Mächteblock anzuschließen. Manche Länder benötigten ganz einfach Unterstützung, und es mache ihnen gar nichts aus, von welcher Seite diese Unterstützung käme. Wir müßten sicherstellen, daß sie von seiten der freien Welt geleistet wird, weil andernfalls eine große Gefahr besteht, daß die noch unter Kolonialherrschaft stehenden Länder und auch jene, die erst vor kurzem ihre Unabhängigkeit er-

langt haben, dem Kommunismus verfallen. Tunesien kämpfe zwar gegen die koloniale Unterdrückungspolitik Frankreichs, aber halte gleichzeitig an den demokratischen Grundsätzen der westlichen Welt fest. Die westliche Welt dürfe jedoch die Kolonialvölker nicht dem Kommunismus preisgeben. Er erklärte, daß die Ereignisse in Südafrika, Algerien und im Kongo uns eine Lehre sein sollten und ersuchte die ITF, in Afrika weiteres Blutvergießen und weitere Verwüstung zu verhüten. Abschließend forderte er die Bildung eines Ausschusses von Delegierten aus Afrika, Frankreich und England, mit der Aufgabe, Vorschläge auszuarbeiten, die geeignet seien, der weiteren Verbreitung des Kommunismus in Afrika Einhalt zu gebieten.

P. Hall (SIU, Nordamerika) verwies die Delegierten auf Seite 69 des Tätigkeitsberichtes: Bericht über eine Sitzung zwischen Vertretern der ITF (Kollegen Becu, White und Einar Johansen, Treuhänder der ITF in New York) und amerikanischen Regierungsvertretern zur Besprechung der Schattenflaggenfrage. Kollege Hall hob hervor, daß diesen Besprechungen eine Sitzung der Sondersektion der Seeleute in London vorausgegangen sei, auf der vereinbart wurde, während der Verhandlungen mit Regierungsvertretern in Washington gleichzeitig eine Sitzung des Fair-Practices-Ausschusses abzuhalten. Die amerikanischen Verbände hätten sich bereit erklärt, den europäischen Delegierten die Hälfte ihrer Unkosten zu vergüten, weil diese Angelegenheit von großer Bedeutung war und von der ganzen Welt mit großer Aufmerksamkeit verfolgt wurde. Plötzlich sei die Sitzung des Fair-Practices-Ausschuß abgesagt worden, und das Exekutivkomitee habe beschlossen, anstatt dessen die obenerwähnte Dreimanndelegation zu entsenden. Falls das Exekutivkomitee der Auffassung war, daß eine Sitzung des Fair-Practices-Ausschusses nicht notwendig sei, sollten sie auch nicht diese Delegation nach Amerika gesandt haben. Kollege Hall erklärte, er habe nichts gegen die Mitglieder der Delegation. Seine Meinung über Kollege Becu habe er bereits zum Ausdruck gebracht, Lawrence White genieße sein volles Vertrauen, kenne sich in Schiffsfragen aus und sei ein fairer und offener Mensch. Einar Johansen sei ein guter Seemann und ein tüchtiger Leiter des norwegischen Seeleuteverbandes. Trotzdem habe das Exekutivkomitee anmaßend gehandelt. Natürlich müsse die Exekutive befugt sein, Entscheidungen zu treffen, aber die amerikanischen Gewerkschaften hätten davon besser informiert werden sollen. Das Problem der Schattenflaggenschiffe sei eines der schwierigsten Seeleuteprobleme in der Welt. Die amerikanischen Seeleuteverbände hätten insgesamt 170 Schattenflaggenschiffe aufgehalten und damit vollbracht, was den europäischen Verbänden nicht gelungen sei, und gerade mit jenen Arbeitern, für die diese Angelegenheit von lebenswichtiger Bedeutung ist, sei keine Rücksprache gehalten worden. Die Dreimanndelegation hätte nicht auf diese Art und Weise entsandt werden sollen. Wie konnte man erwarten, daß diese drei Leute, trotz ihrer Erfahrung und Fähigkeit, imstande sein würden, in Washington ihre Sache erfolgreich zu verteidigen.

Er habe bis jetzt keine Gelegenheit gehabt, gegen das Vorgehen des Exekutivkomitees zu protestieren, weil es ihm nicht möglich gewesen sei, der letzten Sitzung des Exekutivkomitees beizuwohnen. Er sei jedoch überzeugt, daß irgendeine der andern ITF-Sektionen – die Eisenbahner z. B. – ihre Geduld verloren hätten, wenn Beschlüsse, die sie angesichts einer besonders gefährlichen Situation gefaßt haben, ohne weiteres von einem Organ ignoriert würden, in dem sie nicht einmal vertreten sind. Die amerikanischen Seeleute hätten zurzeit keinen Vertreter im Exekutivkomitee. Die amerikanischen Seeleute, die damals nicht im Exekutivkomitee vertreten waren,

hätten gleichfalls ihre Geduld verloren, weil sie ihres Erachtens unfair behandelt worden seien. Die Mitglieder des Exekutivkomitees seien verantwortungsbewußte Leute, aber sie hätten in diesem Falle sehr töricht gehandelt, und er ersuchte das Exekutivkomitee, darauf zu achten, daß dies nicht wieder vorkommt.

Kollege Hall sprach sodann über die Vertretung der ITF in Nordamerika. Er sagte, er sei sicher, daß Kollege Einar Johansen, der Treuhänder der ITF in New York, ein guter Mann für die norwegischen Seeleute sei. Er sei jedoch mit den Problemen Nordamerikas zu wenig vertraut. Gewisse Leute seien geneigt, in ihm einen beglaubigten Vertreter der ITF in Nordamerika zu sehen. Sollte es sich dabei um eine reine Geldfrage handeln, so sei er sicher, der nordamerikanische Sektor könne eine Lösung hierzu finden. Sie wollten jedoch einen ITF-Vertreter haben, der mit den nordamerikanischen Verhältnissen vertraut sei und die notwendige Autorität besitzt. Dank den Boykottaktionen, zu deren Erfolg die amerikanischen Verbände in so großem Maße beigetragen hatten, sei das Ansehen der ITF in Nordamerika gestiegen, und es sei verwunderlich, daß sich die amerikanischen Verbände dieses gesteigerte Ansehen nicht zunutze machen könnten. Seine Verbände benötigten einen ITF-Vertreter, selbst wenn er nur ein Schiffsverkehrsvertreter sei. Das Exekutivkomitee sollte, wenn es diese Angelegenheit zufriedenstellend bereinigen wolle, vor Ende des Kongresses die notwendigen Schritte unternehmen.

In bezug auf Südamerika erklärte Kollege Hall, daß die kommunistischen Parteien in Kuba und Venezuela ständig an Einfluß gewinnen. Die ITF genieße hohes Ansehen, und die bevorstehende südamerikanische ITF-Konferenz müsse allen angeschlossenen Sektionen zugänglich gemacht werden, besonders den Verbänden der Seeschifffahrt und der Hafendarbeiter. Die Frage der Dominikanischen Republik müsse ebenfalls behandelt werden, und eine Konferenz der Seeleute- und Hafendarbeiterverbände würde dem Kampf gegen den Kommunismus neuen Antrieb verleihen. Geldmangel sollte uns von der Ergreifung der Maßnahmen nicht abhalten.

Er ersuchte das Exekutivkomitee, zu diesem Vorschlag Stellung zu nehmen. A. Khatib (pakistanischer Transportarbeiterverband) gratulierte dem Generalsekretär zu dem ausgezeichneten Tätigkeitsbericht und sprach sodann über die Lage der Transportarbeiter in Asien und besonders in Pakistan. Er erinnerte an die asiatische Transportarbeiterkonferenz vom Jahre 1955 in Tokio und erklärte, sein Verband werde an der kommenden Konferenz in Bombay teilnehmen. Die pakistanische Transportarbeiter-Gewerkschaft sei gut organisiert und sehr aktiv. Durch ihre Teilnahme an ITF-Konferenzen und ähnlichen Anlässen erfülle sie eine wichtige Rolle. In diesem Zusammenhange erwähnte er den Streik der italienischen Seeleute vom Juli 1959 und erklärte, daß sowohl die Seeleute- wie auch die Hafendarbeiterverbände diesen Streik unterstützt und ein Schiff in Karachi aufgehalten hätten. Kollege Khatib berichtete alsdann über die von seinem Verband auf sozialer Ebene erzielten Erfolge. Die indischen und pakistanischen Seeleuteverbände hätten durch ihre frühere Zusammenarbeit eine Lohnerhöhung von 13½ Rupies pro Monat durchgesetzt. 1½ Rupies davon werden für einen besonderen Wohlfahrtsfonds reserviert. Dies sei der erste Fonds dieser Art in der Geschichte des asiatischen Subkontinents. Sein Verband sei der ITF besonders für ihre großzügige Unterstützung auf dem Gebiete der Seeleutewohlfahrt dankbar. Die Hafendarbeiter von Karachi hätten eine 14½prozentige Lohnerhöhung erhalten, wovon ebenfalls 2 Prozent einem Wohlfahrtsfonds zugeführt werden.

Der Regierung sei ein Programm zur Abschaffung der Gelegenheitsarbeit in den Häfen von Karachi und Chittagong unterbreitet worden. Der Streit zwischen den Eisenbahnerverbänden und der Eisenbahndirektion sei ebenfalls an ein Arbeitsgericht weitergeleitet worden. Der Generalsekretär des pakistanischen Eisenbahnerverbandes habe zufolge einer Einladung des australischen Eisenbahnerverbandes seinen australischen Kollegen einen Besuch abgestattet. Kollege Khatib berichtete anschließend, daß die pakistanische Regierung im Begriffe sei, ein Gesetz zur Regelung der Arbeitsbedingungen der Straßentransportarbeiter zu erlassen. Die pakistanische Transportarbeiter-Föderation habe sich außerdem ausführlich mit der Ausbildung und Schulung der Arbeitnehmer befaßt. Es freue ihn, daß sich die ITF ihrer Verantwortung gegenüber den schwächeren Verbänden der Entwicklungsländer bewußt sei. Abschließend dankte er Kollege Becu für die den pakistanischen Transportarbeitern geleistete Hilfe.

A. Osman (Vereinigte Arabische Republik, Angestellte in der Handelsmarine) begrüßte den Kongreß und erklärte, er wolle – wie seine Vorredner – Kollege Becu für seine ausgezeichnete Arbeit danken. Er sprach seine Befriedigung über das Bestreben der ITF aus, mit den Gewerkschaften der asiatischen, afrikanischen und südamerikanischen Entwicklungsländer zusammenzuarbeiten und ersuchte den Kongreß, besonders die afrikanischen Arbeiter zu unterstützen und gegen die noch bestehenden Auswüchse des Kolonialismus, der vielen Völkern ihre Unabhängigkeit noch immer vorenthält, zu protestieren.

Die Sitzung wurde dann vertagt.

Montag, den 25. Juli 1960

Vormittagssitzung

Zu Beginn der Sitzung wies der *Präsident* darauf hin, daß die Liste der Sprecher zum Tätigkeitsbericht um 9.30 Uhr geschlossen werden würde. Daraufhin entbot er im Namen des Kongresses den Kollegen R. C. Coutts und P. de Vries, den ehemaligen bzw. gegenwärtigen Leitern der Regionalabteilung, die herzlichsten Geburtstagswünsche. Sodann dankte der *Präsident* im Namen der Delegierten dem Kollegen H. Düby, Generalsekretär und Präsident des Schweizerischen Eisenbahnerverbandes, für den Ausflug auf den Gornegrat am Tage zuvor. Er sagte, er sei sicher, dies sei für viele Delegierte einer der schönsten Ausflüge ihres Lebens gewesen.

Der Generalsekretär teilte mit, daß die für den Nachmittag des folgenden Tages anberaumte Plenarsitzung wegen der gleichzeitig vorgesehenen Hochseefischerkonferenz leider nicht stattfinden könne.

Kollege F. Gmür von der PTT-Internationale habe ein Telegramm gesandt, in welchem er bedauert, dem Kongreß nicht beiwohnen zu können und ihm allen Erfolg wünscht. Außerdem sei ein Brief von Kollege P. Alvarez, Generalsekretär der allindischen Eisenbahnerföderation, eingegangen, worin er uns mitteilt, daß der am 12. Juli begonnene Eisenbahnerstreik am 16. Juli beigelegt worden sei. Obwohl 15 000 Arbeiter verhaftet wurden und die Regierung mit schärfsten Maßnahmen, einschließlich Massenentlassungen, gedroht hatte, hätte über eine Million Arbeiter der indischen Eisenbahnen, Post- und Telegraphendienste an dem Streik teilgenommen.

N. Wälläri (finnischer Seeleuteverband) sagte, er sei von vielen Delegierten ersucht worden, über die Spaltung in der finnischen Gewerkschaftsbewe-

gung zu sprechen. Der Grund dafür sei der gleiche wie in vielen anderen Ländern: kommunistische Unterwanderung. Er glaube, daß die Erfahrungen seiner Landsleute den Gewerkschaftern anderer Länder helfen könnten, ähnliche Fehler zu vermeiden. Finnland grenze an die Sowjetunion, und es würde den Russen nicht schwerfallen, es zu besetzen. Dies bereite vielen Finnen eine große Sorge, und sie hätten sich als eine Vorsichtsmaßnahme – besonders während der Jahre 1944 und 1945 – den Kommunisten angeschlossen. 25 Prozent der finnischen Parlamentsabgeordneten seien Kommunisten. Ihre politische Schlagkraft mache sich natürlich auch in der Gewerkschaftsbewegung fühlbar. Sie hätten jedoch unter den organisierten Arbeitern keine absolute Mehrheit. Die Mehrzahl der Gewerkschafter seien Sozialdemokraten. Auf Grund der kommunistischen Gefahr seien jedoch einige Sozialdemokraten zur Kommunistischen Partei übergegangen. Nach dem Generalstreik vom Jahre 1956 habe eine sozialdemokratische Gruppe versucht, die Führung der Partei zu übernehmen. Dies sei jedoch nicht gelungen, obwohl sich der Gewerkschaftsbund dieser Gruppe angeschlossen hatte. Die Gruppe gründete daraufhin ihre eigene Partei, war jedoch nicht in der Lage, die Massen für sich zu gewinnen und käme nunmehr dazu, mit den Kommunisten zusammenzuarbeiten. Infolgedessen weigerten sich viele Verbände, den Gewerkschaftsbund zu unterstützen, denn sie sind der Ansicht, es verstöße gegen die Grundsätze der Gewerkschaftsbewegung, Elemente zu fördern, die den Umsturz der demokratischen Arbeiterpartei herbeiführen wollen. Viele Verbände lehnten es ab, Beiträge an den Gewerkschaftskongreß zu entrichten, u. a. die Seeleute, Straßentransportarbeiter, Hafenarbeiter und die Luftfahrtpiloten. Nach einigen Jahren bewarben sich mehrere Verbände erneut um die Mitgliedschaft, weil sie glaubten, es bestünde nunmehr eine Gelegenheit, die Politik des Gewerkschaftsbundes günstig zu beeinflussen. Im Februar 1960 hätten jedoch die drei sozialdemokratischen Oppositionsmitglieder des Exekutivkomitees des Gewerkschaftsbundes mit den Kommunisten gemeinsame Sache gemacht und sich geweigert, diese Verbände in den Gewerkschaftsbund aufzunehmen. Das Exekutivkomitee setzte sich aus drei Kommunisten, fünf ehemaligen sozialdemokratischen Mitläufern und sieben nichtkommunistischen Mitgliedern zusammen. Die Nichtkommunisten seien somit in der Minderheit. Nachdem sich der Gewerkschaftsbund geweigert hatte, die vier nationalen Arbeiterverbände aufzunehmen, sei der Präsident des Gewerkschaftsbundes zurückgetreten. Seitdem hätten zwölf dem Gewerkschaftsbund angeschlossene Verbände in unmißverständlicher Weise erklärt, daß sie ihren Austritt aus dem Gewerkschaftsbund in Erwägung ziehen müßten, falls keine radikale Änderung seiner Stellungnahme einträte. Der finnische Gewerkschaftsbund und die finnische Arbeiterregierung stünden somit vor einer lebenswichtigen Entscheidung, die sie im Herbst dieses Jahres fällen sollten. Die Kommunisten und ihre Mitläufer hätten bereits begonnen, antikommunistische Anhänger zu ersetzen. Ein nationaler Verband, die Gewerkschaft der landwirtschaftlichen Arbeiter, hätte bereits zwei Kommunisten beauftragt, kommunistische Zweigstellen in allen Teilen des Landes zu organisieren. Die Lage in der finnischen Gewerkschaftsbewegung sei sehr ernst. Im Ausland glaube man oft, die Mitläufer seien radikaler als die Sozialdemokraten selbst. Dies ist nicht der Fall. Sie unterstützten unentwegt die rechtsorientierte Agrarregierung, die, obwohl sie arbeiterfeindlich eingestellt sei, das Vertrauen der Sowjetregierung genieße. Die Lohnpolitik der Regierung sei alles andere als aktiv. Dies ließe sich allein aus der Tatsache ersehen, daß die Gewerkschaften im Rahmen des Gewerkschaftsbundes nur Lohnerhöhungen im

Werte von insgesamt 11 Prozent durchsetzen konnten, während die Lebenshaltungskosten seit 1956 um 28 Prozent angestiegen seien. Dagegen aber habe der außerhalb des Gewerkschaftsbundes stehende Seeleuteverband in der gleichen Zeitspanne eine 32prozentige Erhöhung des durchschnittlichen Einkommens seiner Mitglieder erzielt. Auch die graphischen Angestellten, die sich ebenfalls außerhalb des Gewerkschaftsbundes befänden, hätten höhere Löhne errungen.

Die Lage sei kritisch, doch die Seeleute seien hundertprozentig demokratisch, und auch unter den Piloten und gewissen Kategorien der Hafentarbeiter bestehe kein kommunistischer Einfluß. Zwischen den Transportarbeitern und Hafentarbeitern bestehe eine enge Zusammenarbeit, und vergangenen April hätten sich auch die Transportarbeiter angeschlossen. Die Kommunisten begünstigten diesem Zusammenschluß mit der Gründung einer rivalisierenden Gewerkschaft, aber es sei dank der Hilfe der ITF gelungen, die Stellung der Transportarbeiter-Gewerkschaft zu stärken.

Die skandinavischen Verbände seien über die letzten Entwicklungen in der finnischen Gewerkschaftsbewegung sehr besorgt. Der Sprecher war der Meinung, der finnische Gewerkschaftsbund müsse früher oder später eindeutig zu einer Wahl zwischen Freiheit oder Kommunismus entscheiden. Die Transportarbeiter seien im Hinblick auf die kommunistischen Bestrebungen konkurrenzfähig, aber schwächere Verbände benötigten Unterstützung.

Dr. H. Gschwind (Präsident der Schweizerischen Bundesbahnen) hieß die Delegierten im Namen der Eisenbahndirektion willkommen und erklärte, die guten Löhne und Arbeitsbedingungen der schweizerischen Eisenbahner besagten nicht, daß es zwischen den Gewerkschaften und der Direktion keinerlei Meinungsverschiedenheiten gäbe. Der verhältnismäßig hohe Lebensstandard der schweizerischen Eisenbahner hinge von einer höheren Arbeitsleistung ab. Die Schweizerischen Bundesbahnen seien ein europäisches Unternehmen, das sich hauptsächlich mit dem Transport von Gütern zwischen den Nachbarländern der Schweiz befaßte. Die Schweiz befinde sich insofern in einer glücklichen Lage, als es keinerlei Konkurrenz zwischen den Eisenbahnen und der Binnenschifffahrt gebe. Beide Verkehrszweige arbeiteten eng zusammen. Andererseits sei das Problem des Wettbewerbs zwischen Schiene und Straße noch nicht wirksam gelöst worden. Ein offener Krieg zwischen den beiden Verkehrsträgern würde zwecklos sein. Das künftige Wohlergehen Europas hinge von einer allgemeinen Zusammenarbeit ab, und eine gegenseitige Zusammenarbeit sei auch im Verkehrswesen von Bedeutung. Das Transportwesen sei internationaler Natur, und die Transportarbeiter müßten mit allen Mitteln versuchen, die engstmögliche Koordinierung nicht nur zwischen den einzelnen Ländern, sondern auch zwischen den verschiedenen Verkehrszweigen, Straße, Schiene und Binnenschifffahrt, herbeizuführen. Es sei außerdem die Pflicht der Transportarbeiter, den Arbeitern der sogenannten unterentwickelten Ländern bei der Lösung ihrer Probleme beizustehen und dadurch in allen Ländern Frieden und Wohlergehen zu fördern.

O. P. Pathak (ostafrikanischer Verband der asiatischen Eisenbahner) sprach über die Lage der Eisenbahner in Kenia. Er erklärte, es sei leider wahr, daß zwischen den Eisenbahnerverbänden eine rassenmäßige Trennung – Europäer, Asiaten, Afrikaner – bestehe. Bis zum Jahre 1954 hätte es für die einzelnen Rassen verschiedene Lohnstrukturen gegeben. Später sei eine sogenannte nichtrassenmäßige Struktur eingeführt worden, aber selbst diese sähe eine Zulage für Europäer vor. Sein Land habe sogenannte Anwerbeprämien eingeführt, aber sein Verband habe gegen dieses Verfahren Protest erhoben. Obwohl es ihm nicht gelungen wäre, die Struktur abzuschaffen,

habe der Protest zu gewissen Verbesserungen für asiatische und afrikanische Angestellte geführt insofern, als diesen gewisse höhere Posten zugänglich gemacht wurden.

Die Asiaten befänden sich in Kenia in einer schwierigen Lage und würden weder von Europäern noch von den Afrikanern anerkannt. Trotzdem versuche sein Verband, die Kluft zwischen den Rassen zu überbrücken, obwohl bedauerlicherweise immer großes Mißtrauen zwischen den einzelnen Verbänden bestehe. Es mangle an einer geeigneten Person, die sich das Vertrauen aller Rassen erwerben kann. Bei dem kürzlichen Eisenbahnerstreik gegen einen europäischen Inspektor hätten die Asiaten gegenüber den andern beiden Rassengruppen erneut den kürzeren gezogen. Diese Gruppen vertraten einerseits die Mehrheit, andererseits die offiziellen Behörden. Er dankte der ITF und insbesondere dem Kollegen de Vries für ihren Rat und ihre Hilfe. Sein Verband habe die Ratschläge des Kollegen de Vries und des Generalsekretärs befolgt und versucht, ein innigeres Verständnis mit den andern Verbänden herbeizuführen. Er hätte die Vertreter der nichtasiatischen Organisationen zu einer gemeinsamen Aussprache eingeladen. Leider seien die Afrikaner nicht gekommen, und es erschien nicht ratsam, ohne Anwesenheit der Afrikaner mit den Europäern Fühlung zu nehmen.

Er freue sich über die Zusicherung des Kollegen Katungutu, daß es in Tanganjika nicht zu derartigen schrecklichen Ereignissen kommen werde, wie sie sich zurzeit im Kongo abspielten. Trotzdem werde oft gesagt, die Asiaten und Europäer müßten letzten Endes ihre Arbeitsstellen aufgeben, und dies scheine ihm nicht mit der traditionellen gewerkschaftlichen Praxis übereinzustimmen. Er sei der Ansicht, man solle die Blumen im Garten des Nachbarn nicht zertrampeln, weil man im eigenen Garten keine habe. Er würde es vorziehen, daß wir lernen, Blumen im eigenen Garten, womöglich auf bessere Art, zu ziehen.

Er gebe zu, daß Afrika den Afrikanern gehört. Was soll aber mit den Angehörigen anderer Rassen geschehen, die in Afrika geboren und dort aufgewachsen seien? Solch ähnliche Art rassistischer Dominierung — ob weiß, braun oder schwarz — sei beklagenswert. Wir sollten versuchen, die Vergangenheit zu begraben und ein besseres gegenseitiges Verständnis anzustreben. In diesem Zusammenhang ersuchte der Redner die ITF, ihren angeschlossenen Organisationen in Kenia größere Aufmerksamkeit zu schenken. Die ITF könne viel zu einer Verbesserung der Beziehungen zwischen diesen Organisationen beitragen, insbesondere, wenn sie für einige Zeit ein Büro in Kenia hätte.

In bezug auf den Kommunismus erklärte der Redner, Kommunismus sei in der Theorie sozialistisch, in der Praxis kapitalistisch und die Verwaltung diktatorisch. Er glaube, wir seien an seiner Verbreitung irgendwie beteiligt, weil wir dem Kommunismus zu viel freie Publizität böten. Wir sollten weniger vom Kommunismus sprechen, mehr denken und etwas Konstruktives tun, um dieses Übel in Schach zu halten.

M. O'Neill (irischer Transportarbeiterverband) begrüßte den Kongreß im Namen seiner Gewerkschaft und sprach den Delegierten jener Völker, die zurzeit um ihre politische und soziale Unabhängigkeit kämpfen, sein solidarisches Mitgefühl aus und sicherte ihnen die Unterstützung seines Verbandes zu. Er erklärte, sein eigenes Land hätte über 100 Jahre lang unter fremder Herrschaft gestanden, habe jedoch den Kampf für Recht und Freiheit nie aufgegeben. In jeder Generation habe es freiheitsliebende und kühne Männer gegeben, die bereit waren, für ihre Ideale zu sterben. Es sei nicht immer möglich, politische Fragen von industriellen und gewerkschaftlichen Pro-

blemen zu trennen. Die Geschichte seines Landes bestehe nicht nur aus dem Kampf um die ökonomische Emanzipation der irischen Arbeiter, sondern sei gleichzeitig die Geschichte eines Volkes, welches um seine soziale und politische Unabhängigkeit kämpft. Der Generalsekretär des Verbandes zur Zeit des sogenannten «Osteraufstandes», James Connolly, sei einer der Unterzeichner der Unabhängigkeitsproklamation der Irischen Republik gewesen. Seine Teilnahme an dem Aufstand mußte er später mit dem Leben bezahlen. Er erklärte, er spreche über diese Kämpfe nicht aus einem Gefühl der Verbitterung, sondern wolle zeigen, daß seine Zusicherungen gegenüber den anderen unterdrückten Völkern keine leeren Phrasen seien. Sodann sprach er der Gewerkschaftsbewegung und besonders den britischen Gewerkschaften seinen Dank für die den irischen Arbeitern geleistete Unterstützung aus.

Das irische Volk halte sich fest an die demokratischen Grundsätze der freien Welt und sei – obwohl es keineswegs ein reiches Land wäre – nie der Versuchung verfallen, mit dem Kommunismus zu liebäugeln. Abschließend erklärte er, die irischen Gewerkschafter bedauerten den Rücktritt des Kollegen Becu. Sie seien ihm zu tiefem Dank verpflichtet und wünschten ihm in seiner neuen Stellung allen Erfolg.

M. Petroulis (Panhellenische Seeleuteföderation) dankte dem schweizerischen Empfangskomitee und den schweizerischen Gewerkschaften im Namen der griechischen Delegation für ihre ausgezeichnete Gastfreundschaft. In bezug auf den Tätigkeitsbericht erklärte er, der Bericht zeuge von der umfassenden konstruktiven Tätigkeit der ITF. Die ITF sei in ihrem Kampf gegen die Schattenflaggenschiffe besonders erfolgreich gewesen. Der vierte ITF-Boykott vom Jahre 1958 habe die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf dieses Problem gelenkt und den Reedern dieser Schiffe eine Lehre erteilt. Er wolle gleichzeitig den amerikanischen Seeleuteverbänden, die durch ihr schlagfertiges Eingreifen beträchtlich zum Erfolg dieser Aktion beitrugen, seine besondere Anerkennung zollen. Was Griechenland betrifft, seien die Resultate dieser Kampagne im wahrsten Sinne des Wortes bemerkenswert. Zahlreiche ehemalige Schattenflaggenschiffe seien zur griechischen Flagge zurückgekehrt, und die griechische Handelsflotte zähle heute 5½ Millionen Bruttoregistertonnen, verglichen mit 1 800 000 Tonnen im Jahre 1958. Ungefähr 650 dieser Schiffe gehörten nunmehr der griechischen Sozialversicherung für Seeleute an, welche den Besatzungsmitgliedern Krankengeld, Arbeitslosenunterstützung sowie Altersfürsorge und Hinterbliebenenrente sicherstellt.

Schwierigkeiten über die Frage der Kompetenz der Gewerkschaften hätten den Abschluß von Abkommen über Löhne und Arbeitsbedingungen verzögert; diese Schwierigkeiten seien nunmehr beseitigt worden, und man dürfe also auch auf diesem Gebiet Fortschritte erwarten. Außerdem sei seine Gewerkschaft besonders an einer effektiven Überwachung der Erfüllung dieser Abkommen interessiert sowie an der Bekämpfung unfairer Arbeits-taktiken an Bord von Schiffen. Zu diesem Zwecke schlage sein Verband die Ernennung von geeigneten Vertretern vor, die in den größeren ausländischen Häfen mit anderen angeschlossenen Verbänden zusammenarbeiten sollten.

Die ITF habe sich unter Omer Becu zu einem der stärksten internationalen Berufssekretariate entwickelt. Sein Verband bedaure den Rücktritt des Kollegen Becu, sei jedoch überzeugt, daß er im IBFG genau so konstruktiv wirken werde, wie er dies bei der ITF getan habe.

A. Khalil (Hafenarbeitergewerkschaft von Aden) sprach über die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in Aden. Zufolge der von seiten des IBFG geleisteten Hilfe sei es möglich gewesen, im Jahre 1958 eine 3500 Mitglieder

starke Hafenarbeiter-Gewerkschaft zu gründen. Diese Gewerkschaft sei Anfang 1959 der ITF beigetreten. Obwohl diese Bewegung noch verhältnismäßig jung war, habe sie bereits bemerkenswerte Erfolge zu verzeichnen. Die Stauer arbeiten gegenwärtig 48 Stunden, die übrigen Hafenarbeiter 45 Stunden pro Woche. Für Arbeit an Wochenenden und an Feiertagen werden Sonderzulagen gezahlt. Seit dem Jahre 1955 hätten sich die Löhne im Hafen von Aden verdoppelt.

Außerdem sei ein ausgezeichnetes Urlaubssystem eingeführt worden, welches außer öffentlichen Feiertagen einen Mindesturlaub von 21 Tagen pro Jahr vorsieht. Die Hafenarbeiter strebten zurzeit die Einführung einer 40-Stunden-Woche an und hofften, die ITF werde ihre diesbezüglichen Bemühungen unterstützen. Leider sei sein Verband nicht in der Lage gewesen, seine Resolution zu guter Zeit zu unterbreiten, er hoffe jedoch, daß das Exekutivkomitee dies in Erwägung ziehen werde. Die Tätigkeit der Hafenarbeiter und anderer Arbeiter Adens werde durch eine Regierungsverordnung über lebenswichtige Dienste beeinträchtigt. Kollege Khalil verlas den Wortlaut eines Resolutionsentwurfes, in welchem gegen die Beschränkung des Streikrechts Protest erhoben wird. Außerdem führe die Arbeiterbewegung in Aden einen Kampf gegen das Kolonialregime und strebe der Vereinigung des Jemens sowie dessen Zusammenschluß mit den übrigen arabischen Ländern an. Im Laufe dieses Kampfes seien eine Anzahl führender Gewerkschafter deportiert oder verhaftet worden. Er forderte den Kongreß auf, eine Resolution zu befürworten, die die Freilassung dieser Gewerkschafter fordere und hoffe außerdem, der Kongreß werde eine Forderung zur Abschaffung der britischen Militär- und Marinestützpunkte in Aden und auf der arabischen Halbinsel unterstützen.

Abschließend sprach er sein Bedauern über den Rücktritt des Kollegen Becu aus und erklärte, er unterstütze die Ansicht der britischen Delegation, daß der Nachfolger Becus vor Ende des Kongresses ernannt werden sollte.

Der Generalsekretär erklärte in seiner Antwort zur Diskussion des Tätigkeitsberichtes, er könne wiederum eine Ausdehnung der Tätigkeit während der vergangenen zwei Jahre feststellen. Die ITF dehne ihren Einflußbereich ständig weiter aus, und die Zahl ihrer Mitglieder nehme entsprechend zu. Ende 1957 waren 190 Gewerkschaften aus 60 verschiedenen Ländern der ITF angeschlossen. Der vorliegende Bericht spreche von 220 Verbänden aus 96 Ländern, und während der ersten sechs Monate des Jahres 1960 habe das Exekutivkomitee weitere 26 Ansuchen um Mitgliedschaft befürwortet, so daß wir nunmehr insgesamt 246 Verbände in 52 Ländern hätten. Diese bemerkenswerte Entwicklung sei ein ermutigendes Zeichen für die Zukunft. Die ITF habe in den freien demokratischen Ländern aller Welt an Prestige gewonnen, nicht zuletzt auf Grund der unermüdlichen Bemühungen der Regionalvertreter der ITF, wie z. B. Joe Soares in Asien und R. Houke in Südamerika, aber vor allem auch zufolge der praktischen Unterstützung, die die ITF bei zahlreichen Anlässen den angeschlossenen und sogar nichtangeschlossenen Verbänden geleistet habe. Ein ganzes Kapitel des Tätigkeitsberichtes sei der Regionaltätigkeit allein gewidmet, aber er müsse auch auf die unermüdliche Sektionstätigkeit hinweisen, in deren Verlauf wir weitere wertvolle Erfahrungen sammeln konnten. Diese Sektionstätigkeit beweise, was eine internationale Bewegung mit Solidarität und Ausdauer zu vollbringen imstande ist. Jede der Sektionen sei in einem oder im andern Lande an Aktionen größeren Umfanges beteiligt.

Es würde zu viel Zeit – vielleicht einen ganzen Tag – in Anspruch nehmen, wenn man auch nur ein einigermaßen wahrheitsgetreues Bild der Konflikte

wiedergeben wollte, in die die angeschlossenen Verbände verwickelt waren und in denen ihnen die ITF erfolgreich zur Seite stand. Wenn er außerdem noch einzelne Beispiele zitieren würde, würden diese die Delegierten an jene Tage der Pionierarbeit erinnern, wo wir um jedes kleine Zugeständnis bitter kämpfen mußten. Diese Kämpfe hätten uns in unserer Entschlossenheit und uns für unsere künftigen großen Aufgaben gestählt. Die ITF werde weiterhin gegen wirtschaftliche Ausbeutung und Verletzung der freien Menschenrechte arbeiten müssen, weil sie sich der unermüdlichen Förderung unserer gemeinsamen Sache, dem Kampf für soziale Gerechtigkeit, Freiheit, Menschenrecht und -würde, verschrieben hat.

Viele Redner hätten der ITF für die von ihr geleistete Hilfe gedankt. Dies hätten sie nicht tun brauchen, denn die ITF sei ja gerade dazu geschaffen worden, um da, wo Hilfe nottut, einzuspringen. Die ITF könne natürlich auf diesen Beweis der Solidarität stolz sein. Trotzdem müsse gesagt werden, daß ab und zu gewisse Mängel aufgetreten sind, daß es Augenblicke gegeben hat, wo es schien, als ob wir nicht unser Letztes gegeben hätten und wo sich ein gewisser Mangel an Verständnis zeigte. Aber es ließe sich ja schließlich eine jede Methode verbessern, und auch in der ITF sei eine engere Zusammenarbeit und erhöhte Leistungsfähigkeit möglich. Gelingt es uns, dieses Höchstmaß an Solidarität zu erzielen, würde dies zu Erfolgen führen, wie man sie sich nie hätte vorstellen können. Die ITF habe sich mit Arbeitskonflikten weitreichender Bedeutung befaßt, mit Ereignissen, die im Mittelpunkt des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens stehen. Wenn sich die ITF ihrer Macht weise bediene, könne sie jedoch bei der Herbeiführung erhöhten Wohlstandes, der Verteidigung der Freiheit und Demokratie und der Gewährleistung des Weltfriedens eine ausschlaggebende Rolle spielen.

Er müsse außerdem einige Worte über bedeutende Erfolge sagen. In diesem Zusammenhange sei er besonders stolz, den allgemeinen Boykott der Schattenflaggenschiffe zu erwähnen, der ein goldenes Kapitel in der Geschichte der ITF darstelle. Dieser Boykott sei eine einzigartige Demonstration der Macht der ITF gewesen. Nie zuvor sei die Solidarität der Arbeiterbewegung auf so weiter Ebene zur Anwendung gebracht worden. Mit der Ausnahme einiger Länder, in denen die Verhältnisse gegen uns waren, habe sich der Boykott auf weitester Ebene wie am Schnürchen abgewickelt. Er erinnere sich an einen Fall, wo ein Schiff, wenn wir auch nur fünf Minuten zu spät gekommen wären, entwischt wäre. Dabei sei die Hauptlast auf die Schultern der amerikanischen Seeleute und Hafentarbeiter gefallen, denen er seine besondere Anerkennung zollen möchte. Der Bericht Paul Halls über den Boykott habe ohne Zweifel die Herzen aller Delegierten höher schlagen lassen. Der Generalsekretär erklärte anschließend, er bedaure um so mehr, daß es Kollege Hall als notwendig erachtet hatte, Kritik an der Handlungsweise des Exekutivkomitees in bezug auf die Washingtoner Konferenz auszuüben. Er dachte, daß diese Angelegenheit erledigt worden sei, entweder in New York oder auf einer Sitzung des Fair-Practices-Ausschusses, der Seeleutesektion oder des Exekutivkomitees. Er wolle Kollege Hall versichern, daß das Exekutivkomitee mit den besten Absichten gehandelt habe und niemand daran gedacht hätte, irgend jemanden auszuschließen. Dem Exekutivkomitee sei nur daran gelegen gewesen, den Regierungen die Lage der ITF-Seeleute klarzumachen.

Der Generalsekretär sprach sodann über den uruguayischen Hafestreik, der zu Beginn des Jahres 1959 stattgefunden hatte, wobei die Regierung Truppen als Streikbrecher einsetzte. Obwohl die streikende Gewerkschaft nicht der ITF angeschlossen war, habe die ITF trotzdem eingegriffen, und

zufolgedessen wurden die Truppen innerhalb 24 Stunden zurückgezogen und ein Übereinkommen mit der Regierung abgeschlossen, an dem auch die ITF beteiligt war. Auch in Ostafrika habe ein Eisenbahnerstreik stattgefunden, in dessen Verlauf Tausende von afrikanischen Eisenbahnern drei Monate lang trotz Hungersgefahr und Streikbruch seitens asiatischen und europäischen Personals um ihre Rechte kämpften. Im Zivilluftverkehr finde zurzeit ein wichtiger Kampf mit der SAS (schwedische Luftfahrtsgesellschaft) statt, von dessen Ausgang die Sicherstellung der Arbeitsplätze gewisser Kategorien des fliegenden Personals abhängig sei. Diese Angelegenheit sei von größter Bedeutung für die ganze Zivilluftfahrt. Dann sprach der Redner über den Streik der indischen Hafentarbeiter, an dem 100 000 Arbeitnehmer beteiligt waren, über den Streik der neufundländischen Holzfäller, der bereits von Kollege F. Hall erwähnt worden sei, und dem Arbeitskonflikt zwischen den Angestellten der öffentlichen Dienste Indiens und der indischen Regierung. Was die Tätigkeit der Sektionen anbelangt, sei von den angeschlossenen Verbänden auch vom Sekretariat der ITF ein riesiges Arbeitspensum bewältigt worden. Er wolle, bevor er die ITF verlasse, nicht unterlassen, dem Personal des Sekretariats für seine tatkräftige Unterstützung zu danken. Er wolle es Kollege de Vries überlassen, über die Regionaltätigkeit zu berichten, die heute eine unserer Hauptaufgaben darstelle. Er hoffte, die Delegierten würden sich an der Diskussion dieses höchst wichtigen Problems eifrig beteiligen.

Anschließend sprach Kollege Becu über die noch bestehenden Diktaturen und stellte die Frage, ob es nötig sei, erneut unsere Entrüstung über die in der Dominikanischen Republik, in Paraguay, Spanien und neuerdings auch in Kuba bestehenden sozialen und politischen Übel zum Ausdruck zu bringen. Wenn der IBFG und die ITF über die notwendigen Mittel verfügten, um dieses Übel aus der Welt zu schaffen, würden sie nicht zögern, dies zu tun. Sie hätten aber nicht die Mittel. Vielleicht läge die Sache anders, wenn die Arbeiter der Welt weniger geteilte Auffassungen über ideologische Grundfragen verträten, als sie dies zurzeit oft wider ihren Willen tun. Keine Gewerkschaftsbewegung strebe eifriger nach Einigkeit als die ITF, aber es sei ganz unvorstellbar, daß wir uns mit Gewerkschaften verbünden sollten, die lediglich das Werkzeug einer regierenden Clique sind. Er hoffte, die christlichen Gewerkschaften würden eines Tages ihr selbstherrliches Auf-dem-Zaune-Sitzen überwinden. Kollege Oldenbroek habe über ein angebliches Liebäugeln zwischen demokratischen und diktatorischen Regimen gesprochen. Es sei an der Zeit, diesem Paradox ein Ende zu machen, und wir müßten ein für allemal klarstellen, daß wir uns derartigen Annäherungen mit allen Mitteln und in allen Institutionen widersetzen werden, wo wir einen Einfluß haben.

In bezug auf das Verlangen nach einem Boykott aller Waren auf dem Wege von oder zur Dominikanischen Republik erinnerte der Generalsekretär die Delegierten an die große Zahl von Anforderungen, die an die Solidarität der Hafentarbeiter in den letzten Jahren gerichtet worden seien. Die Anforderungen, die man an eine gewisse Arbeitergruppe stellen kann, seien letzten Endes begrenzt. Falls wir nicht realistisch dachten, müßten wir darauf gefaßt sein, den größten Teil unserer Zeit in Boykottstreiks verwickelt zu sein. Ehe wir derartig unvernünftige Forderungen stellen, sollten wir untersuchen, ob es nicht möglich sei, daß auch andere Verbände und Arbeiterkategorien helfen, die Verantwortung und Bürde derartiger Maßnahmen zu tragen.

Der Totalitarismus sei unsere größte Gefahr. Der weitverbreitete Eifer, die Länder hinter dem Eisernen Vorhang zu besuchen, stelle eine sehr wirkliche

Gefahr dar. Obwohl vielleicht der Besucher nur aus Neugierde dorthin ginge, sei es doch möglich, daß verhältnismäßig unerfahrene Menschen falsche Eindrücke gewinnen. Eine demokratische Ordnung könne solche Besuche natürlich nicht verbieten, aber eine Warnung sei sicher am Platze. Es wäre sicher interessant gewesen, von Kollege Curran mehr über seine im «Arbeiterparadiß» gemachten Erfahrungen zu hören. Kollege Curran habe jedoch von solchen Einzelheiten abgesehen und seine Eindrücke auf die brutale Wahrheit reduziert, nämlich, daß die Russen nicht nur über ein bis in alle Einzelheiten ausgearbeitetes Programm zur Zerstörung unserer demokratischen Institutionen verfügten und auch über die Mittel, dieses Programm durchzuführen. Currans Objektivität sollte jenen Menschen eine Lehre sein, die sich immer noch Illusionen hingeben. Es sei heute nicht länger möglich, neutral zu sein, denn es stünde unsere ganze Lebensweise auf dem Spiele. Kollege Condé habe über die neutrale Haltung zahlreicher südamerikanischer Arbeiterverbände gesprochen. Diese Verbände könnten durch ihre Weigerung, sich auf unsere Seite zu stellen, nur zu einer Verbreitung des Totalitarismus beitragen. Er sei erstaunt, daß die venezolanischen Verbände sich vor kurzem dazu verleiten ließen, den WGB zu einer Konferenz neutraler Prägung einzuladen und gleichzeitig auf das Erscheinen von ITF-Delegierten zu rechnen.

Es genüge nicht, daß wir dem Vordringen des Kommunismus einzig und allein durch eine Stellungnahme für und wider irgendwelche Grundsätze begegneten, sondern wir müßten praktische Maßnahmen ergreifen, um Hunger und Armut aus der Welt zu schaffen und dadurch die Welt dominierungspläne der Kommunisten zu vereiteln.

In bezug auf die Ansuchen einiger Vorredner um Mitarbeit und Unterstützung erwähnte der Generalsekretär besonders das Ansuchen Paul Halls zur Wiedereröffnung des New-Yorker Büros und der Ernennung eines vollbeschäftigten ITF-Vertreters für Nordamerika, das Ansuchen des Kollegen Hellal um ITF-Unterstützung im Zusammenhang mit dem Kampf gegen die Verbreitung des Kommunismus in Afrika sowie den Bericht des Kollegen Santoso über die sozialen und wirtschaftlichen Probleme Indonesiens. Als Antwort auf die Ausführungen des Kollegen Katungutu erklärte der Redner, daß sich die ITF nicht den Emanzipationsbestrebungen der afrikanischen Arbeiter verschließen wolle. Wenn jedoch heute nur zwei afrikanische Vertreter anwesend seien, wäre dies nicht die Schuld des Exekutivkomitees, das alles getan habe, um unseren afrikanischen Kollegen ihre Reise zu erleichtern, wie dies auch für Kollege Katungutu der Fall gewesen sei. Man hoffe, daß eine größere Zahl afrikanischer Delegierter am nächsten Kongreß teilnehmen würden. Sodann nahm er zu den Befürchtungen des Kollegen di Santo in bezug auf die Möglichkeit eines Zusammenbruches der argentinischen Gewerkschaftsbewegung Stellung und brachte seine Beunruhigung darüber zum Ausdruck. Außerdem erwähnte er die Bemerkungen des Kollegen Conde gegenüber der Lage des kolumbischen Zivilluftfahrts-Personals, den Bericht des Kollegen Wada über die japanischen Seeleute und die Mitteilung des Kollegen Dekeyzer über die Lage im Kongo. In bezug auf den Wunsch des Kollegen Pathak zur Eröffnung eines ITF-Büros in Ostafrika sprach der Generalsekretär sein Bedauern über die zwischen den afrikanischen und asiatischen Eisenbahnern bestehenden Meinungsverschiedenheiten aus und erklärte, die beste Lösung dieses Problems wäre ein Zusammenschluß der beiden Rassenkategorien in einer gemeinsamen Organisation. Er habe großes Vertrauen in die Fähigkeiten des Kollegen Pathak als Führer eines Verbandes und sei überzeugt, daß diese Probleme nicht unlösbar seien.

Als Berufskollegen hätten die afrikanischen und asiatischen Eisenbahner viel mehr Ursache, sich zusammenzuschließen, als miteinander zu rivalisieren. In bezug auf die Resolutionen des Kollegen Khalil schlug der Redner vor, daß Kollege Khalil ihn bevollmächtigen sollte, diese dem Exekutivkomitee zu unterbreiten.

Sodann kam der Generalsekretär auf seinen Beschluß zurück, die ITF zu verlassen und erklärte, er habe diesen Beschluß nicht mit leichtem Herzen gefaßt. Er sei seit 1946 ein Mitglied des Exekutivkomitees gewesen, und er habe der ITF insgesamt 30 Jahre mit Leib und Seele angehört. Es bedeute für ihn ein Opfer, in seinem Alter sein neues und schwieriges Amt beim IBFG anzutreten. Außerdem sei ein solcher Schritt für ihn mit großen Risiken verbunden, denn es sei durchaus möglich, daß er sich zu viel zugetraut habe und man infolgedessen eines Tages sagen könne, er habe nichts getaugt. Bei der ITF habe er wenigstens ein gewisses Ansehen und eine Anerkennung genossen. Er werde auch in seinem neuen Amt zugunsten einer engen Zusammenarbeit zwischen dem IBFG und dem IBS einschließlich der ITF wirken. Einige Kollegen – unter ihnen seine besten Freunde – hätten ihm den Beschluß, zum IBFG überzugehen, verübelt, aber er wolle für seine Handlungsweise die alleinige Verantwortung tragen. Es sei sein eigener Beschluß gewesen. Man habe viele lobensreiche Worte über seine Pflichterfüllung während der vergangenen zehn Jahre fallengelassen. Dazu könnte er nur sagen, daß er nur versucht habe, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Niemand könne sagen, er habe nicht zielbewußt und entschlossen gehandelt, wenn es galt, denjenigen beizustehen, in deren Interesse die ITF ins Leben gerufen wurde. Er sei stolz und glücklich, die Gelegenheit gehabt zu haben, dies zu tun.

Der Präsident ersuchte den Kongreß, den Bericht anzunehmen.

Der Kongreß nahm den Bericht an.

F. Bialas (Internationales Zentrum freier Gewerkschaften im Exil) begrüßte die Delegierten im Namen seiner Organisation und erklärte, seine Kollegen seien für die von seiten der ITF geleistete Unterstützung sehr dankbar. Obwohl der Kommunismus die demokratische Gewerkschaftsbewegung in Zentral- und Osteuropa zerschlagen habe, sei es ihm nicht gelungen, die Ideale der Völker zu zerstören. Dies werde bereits durch die immer wieder ausbrechenden Aufstände zur Genüge bestätigt. Die Unterdrückung dieser Revolutionen durch die Anwendung von Terrormaßnahmen habe dazu geführt, daß viele Menschen in der freien Welt den Kommunismus durchschaut haben. Hinter dem Eisernen Vorhang hätten sich mehr oder weniger bedeutende Widerstandsbewegungen gebildet. Die Kommunisten würden nie imstande sein, an der Macht zu bleiben, wenn sie nicht auf die Unterstützung der sowjetischen Armee rechnen könnten, denn die Bevölkerung jener Länder habe kein Vertrauen in ihn. Die russischen Machthaber sprächen immer wieder über Selbstbestimmungsrechte, aber seien anscheinend nicht bereit, dieses Recht jenen Satellitenstaaten zu gewähren, die bereits seit 1945 unter ihrem Joch litten. Es werde keine wirkliche Hoffnung auf einen wahren Weltfrieden bestehen, bis alle unterworfenen Völker ihre Freiheit wiedergewonnen hätten. In diesem Zusammenhang erklärte Kollege Bialas, daß gewerkschaftliche Ziele nicht von politischen Zielen getrennt werden könnten, und er hoffe, daß die ITF sich auch weiterhin für soziale Gerechtigkeit im Rahmen individueller und kollektiver Freiheit einsetzen werde.

J. Jarrigion (Ehregast) erklärte, es sei für ihn, einen 80jährigen, der als Einsiedler in den Bergen lebt, vielleicht einigermaßen schwierig, zu einer internationalen Zuhörerschaft zu sprechen, obwohl er noch immer sehr viel über

gewerkschaftliche Angelegenheiten nachdenke. Trotzdem wolle er allen traditionellen Mitgliedsverbänden der ITF seine Grüße übermitteln, vor allem jenen Kollegen, die im Exil oder in einer Untergrundbewegung tätig seien, sowie allen Organisationen, die zu seiner Zeit noch nicht der ITF angehörten. Er habe deren über 40 gezählt. Vor allem bedaure er jedoch, jene Verbände nicht begrüßen zu können, die der ITF vor dem Kriege angeschlossen waren, aber heute nicht länger in unserer Mitte seien. Als eines der wenigen überlebenden Mitglieder des Exekutivkomitees der Zwischenkriegszeit freue es ihn, festzustellen, daß die bei der Gründung und in den frühen Jahren der ITF festgelegten Ziele weiterverfolgt und erweitert worden seien. Die ITF habe immer für Freiheit und gegen jede Form von Diktatur gekämpft, und der beste Beweis für ihren Erfolg sei, daß zahlreiche Gewerkschaften, denen es früher nicht möglich war, mit uns zu sein, heute wieder zurückgekehrt seien. Wir würden diesen Kampf im Interesse aller noch unterdrückten Völker beharrlich fortsetzen und dürften uns nie entmutigen lassen.

Der ITF und ihren Mitgliedsverbänden falle außerdem die besondere Aufgabe zu, eine Lösung für die im Zusammenhang mit dem Wettbewerb zwischen den verschiedenen Verkehrsträgern bestehenden Probleme zu finden. Diese Konkurrenz führe zu einer Art von Anarchie, die wir als Gewerkschafter nicht dulden dürften, sondern in die Hölle des Kapitalismus stoßen müßten. Die ITF müsse sich weiterhin für gerechte Löhne und Lebensbedingungen im Rahmen eines allgemeinen sozialen Fortschritts einsetzen. Ein gutkoordiniertes Verkehrswesen würde die Grundlage dafür schaffen, da die Lebensbedingungen der Transportarbeiter ständig an die Errungenschaften des sozialen und wirtschaftlichen Fortschritts angepaßt werden könnten. Diese Aufgaben erfordern von der Leitung der ITF erweiterte Kenntnisse, Aufmerksamkeit, Weitsichtigkeit, Entschlossenheit sowie die nötigen finanziellen und materiellen Mittel.

Abschließend erklärte Kollege Jarrigion, er habe die Erfahrung gemacht, daß die Regierungen bei der Ausarbeitung diplomatischer Dokumente mit peinlicher Genauigkeit vorgehen, wenn es jedoch zur Auslegung oder zur Anwendung von Gesetzen und Kollektivverträgen über Arbeitsbedingungen komme, verhielten sie sich ganz anders. Die Interesslosigkeit gewisser Gewerkschaften habe die Regierungen nachlässig gemacht. Es freue ihn daher besonders, festzustellen, daß sich die ITF zu einer äußerst dynamischen Organisation entwickelt habe, die imstande sei, effektive soziale Reformen zu erzielen. Die Arbeit des Kongresses werde uns zu weiteren Fortschritten bringen.

Der Präsident ersuchte den Generalsekretär, den Finanzbericht 1958/59 einzuleiten.

Der Generalsekretär erklärte, die Einführung des neuen allgemeinen Mitgliedschaftsbeitrages von 5d. pro Mitglied habe gesunde Auswirkungen mit sich gebracht. Die neue Gebühr sei erst im zweiten der in Betracht kommenden Jahre erhoben worden, aber unsere Einnahmen hätten dennoch beträchtlich zugenommen. Außerdem sei die erfreuliche Feststellung zu machen, daß die Ausgaben auf einem absoluten Minimum gehalten werden konnten, so daß die Ziffer des letzten Jahres der des Vorjahres gleichkomme. Das Gesamtbild sei jedoch nicht so rosig ausgefallen. Es seien erhöhte Ausgaben in bezug auf regionale Tätigkeit zu verzeichnen, und der Edo-Firmen-Fonds wise ein Defizit von ungefähr £2600 auf. Es bestehe wenigstens Aussicht auf eine Verbesserung der Lage, weil es notwendig sei, die Verbände der Entwicklungsländer in größerem Maße zu unterstützen. Diese Aufgabe müsse allen anderen Problemen vorangehen, wenn wir tatsächlich entschlossen

seien, unser Motto «Die Starken müssen den Schwachen helfen» verwirklichen wollten.

Der Präsident erklärte, es würde später eine Möglichkeit bestehen, die allgemeine finanzielle Lage der Forderung im Laufe der Diskussion über Mitgliedsbeiträge (Punkt 11 der Tagesordnung) zu besprechen.

Der Kongreß billigte den Finanzbericht. Die Sitzung wurde vertagt.

Dienstag, den 26. Juli 1960

Vormittagssitzung

Der Präsident eröffnete die Sitzung mit der Erklärung, daß Punkt 8 der Tagesordnung: «Die Aufgabe der ITF in den Entwicklungsländern» zur Diskussion stehe. Er sagte, die Zukunft der ganzen Welt hänge von unserer Entschlossenheit ab, internationale Zusammenarbeit zu fördern und zu erhalten. Er ersuchte Kollege P. de Vries, Leiter der Regionalabteilung, die Diskussion zu eröffnen.

P. de Vries (Leiter der Regionalabteilung der ITF) sagte, es freue ihn, die Gelegenheit zu haben, einige Vorbemerkungen zu dem Bericht über die Aufgabe der ITF in den Entwicklungsländern zu machen. Diese Aufgabe sei das größte Problem, vor welchem wir heute stehen. In einer Welt, die zusehends kleiner würde und deren Länder mehr und mehr aufeinander angewiesen wären, ließe sich unsere Hauptaufgabe in den Worten zusammenfassen: «Eine Welt oder keine.» Aus diesem Grund müßte die internationale Gewerkschaftsbewegung bei der Entwicklung der bisher rückständigen Länder eine aktive und tatkräftige Rolle spielen. Die ITF sei in diesem Zusammenhange nicht nachgehinkt, denn sie habe bereits in jenen Tagen ihre Weitsichtigkeit bewiesen, wo die Bedeutung und Dringlichkeit dieser Probleme noch nicht allgemein anerkannt worden waren. Zwar seien unsere ersten Schritte zaghaft und langsam gewesen, aber in Anbetracht der Unermeßlichkeit des Problems sei dies nicht zu verwundern. Es bestände eine endlose Vielfaltigkeit von Problemen, und unsere Aufgabe sei, an diese Probleme mit der notwendigen Anpassungsfähigkeit heranzutreten, so daß wir zur rechten Zeit das Richtige tun. Unsere Aufgaben seien von Land zu Land anders, und wir müßten uns daher auf spezifische Gedanken, Projekte und Vorschläge konzentrieren. Wir dürften nicht nur die Oberfläche dieser Frage berühren, sondern müßten uns tiefer in sie hineindenken, um herauszufinden, welche Bedürfnisse bestehen und wie diese am besten befriedigt werden könnten. Erst dann sollten wir an die Lösung dieser Frage mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln herangehen.

Es bestände ein großer Mangel an geeigneten Leuten für regionale Tätigkeit. Wir müßten fähige Leute finden und diese in die Regionen entsenden, damit sie an Ort und Stelle ihre Aufgabe zusammen mit den Funktionären der dortigen Verbände ausführen könnten. Dazu sei viel Geld nötig, aber auf lange Sicht würde sich eine solche Tätigkeit nicht nur bezahlt machen, sondern auch Zeit sparen. Trotzdem sollen wir uns vor Augen halten, daß wir Gewerkschafter und nicht Finanziere oder Bankiers seien. Die Aufgabe unserer Regionalarbeiter sei nicht, Geld zu verteilen, sondern die örtliche Sachlage zu studieren und den Verbänden mit Rat und Unterstützung – wenn nötig finanzieller Art – zur Seite zu stehen; allerdings nur dann, wenn die betreffenden Gewerkschaften versucht hätten, sich selbst zu helfen.

Was für Leute würden wir für diese Arbeit benötigen? Zunächst einmal müssen sie sprachkundig sein, gewerkschaftliche Erfahrung haben und die Fähigkeit besitzen, ihre Kenntnisse anderen zu vermitteln. Aber der wichtigste Charakterzug eines guten Regionalarbeiters sei Anpassungsfähigkeit und Vorstellungsvermögen. Diese Leute müssen bereit sein, lange Zeit in den betreffenden Gebieten zu verbringen, denn nur dann würde es ihnen gelingen, die besonderen Verhältnisse und Probleme kennenzulernen, zu verstehen und herauszufinden, wie sie am besten gelöst werden könnten. Kollege Barash habe bereits betont, daß es nicht möglich sei, Verfahren zur Lösung eines Problems mechanisch von einem Land ins andere zu verpflanzen.

Sodann erklärte der Sprecher, er sei überzeugt, daß es möglich wäre, geeignete Leute für diese Art von Tätigkeit in den der ITF angeschlossenen Verbänden zu finden. Es würde ihn freuen, wenn der Kongreß eine Empfehlung an das Exekutivkomitee richtete, daß die angeschlossenen Organisationen geeignete Leute für regionale Tätigkeit nominieren sollten.

Wenn uns die Leute zur Verfügung stehen, werden wir von ihnen guten Gebrauch machen.

Dies bringe uns zu einem anderen großen Problem: dem Problem der Zusammenarbeit in der freien Gewerkschaftsbewegung. Es müsse nicht nur eine enge Zusammenarbeit zwischen dem IBFG und der ITF bestehen, sondern auch zwischen dem IBFG und allen anderen Berufssekretariaten. In Anbetracht unserer immensen Aufgabe könnten wir es uns nicht leisten, die uns zur Verfügung stehenden Mittel auf einseitige und nicht koordinierte Tätigkeitsprogramme zu verschwenden. Der Bericht stelle fest, daß die gegenwärtige Struktur der internationalen Gewerkschaftsbewegung im Hinblick auf koordinierte Tätigkeit einiges zu wünschen übrig ließe. Es sei ein gemeinsamer Geschäftsführender Ausschuß des IBFG und der ITF ins Leben gerufen worden, aber dieser Ausschuß sei zu schwach und seine Vollmachten zu beschränkt, um als ein effektives Koordinierungsorgan handeln zu können. Es bestehe ein dringendes Bedürfnis nach einer gemeinsamen Kampagne unter der Leitung einer universal anerkannten gemeinsamen Instanz. Diese Idee könne z. B. praktisch und zweckmäßig durch die Errichtung gemeinsamer Regionalbüros verwirklicht werden. Es sei zu kostspielig, getrennte Büros zu unterhalten, und die dafür notwendigen Gelder könnten besser für Außenarbeit zur Verfügung gestellt werden. Die beste Lösung wäre, wenn verschiedene IBS eine große Zahl reisende Regionalvertreter zur Verfügung stellten, die sich mit Außenproblemen befassen und von Zeit zu Zeit an eine Zentralstelle Bericht erstatten. Diese Zentralstelle sollte den reisenden Vertretern eines bestimmten Bezirkes oder Gebietes gewissermaßen als Stützpunkt dienen. Weshalb sollte jedes internationale Berufssekretariat Geld ausgeben, um ihr eigenes Büro zu gründen und es zu unterhalten? Wir müßten unsere Unterstützung von persönlicher Basis leisten und nicht in Form einer Reihe von Briefen mit der Aufforderung: «Bitte senden Sie uns weitere Einzelheiten.» Wenn wir zu melden beabsichtigen, müßten wir über genügend Informationen verfügen und die örtlichen Verhältnisse kennen.

Um unsere Regionalarbeiter am vorteilhaftesten zu benutzen, müßten wir innerhalb der internationalen Gewerkschaftsbewegung bis in alle Einzelheiten zusammenarbeiten. Wir müßten uns in einer solchen Weise reorganisieren, daß die Zusammenarbeit einen Teil unserer Aufgabe bildet. Die gegenwärtige Struktur der Gewerkschaftsbewegung sollte in diesem Zusammenhang sorgfältig überprüft werden, und es wäre interessant zu hören, ob der Kongreß irgendwelche besonderen Vorschläge in bezug auf die Reorga-

nisierung der Struktur der internationalen Gewerkschaftsbewegung zu machen habe, um den Aufgaben unserer regionalen Tätigkeit gerecht zu werden.

R. C. Coutts (amerikanischer Eisenbahnerverband) erklärte, die Entfaltung der regionalen Tätigkeit der ITF habe seit dem Wiener Kongreß (1956) eine führende Stellung unter unseren Aufgaben eingenommen. Der Kongreß sollte der Bestimmung realistischer Ziele in Afrika, Südamerika, Südasiens und im Fernen Osten seine ungeteilte Aufmerksamkeit widmen und sich überlegen, welcher Weg am besten geeignet sei, diese Ziele zu verwirklichen. Zufolge der Tatsache, daß die uns zur Verfügung stehenden Mittel beschränkt seien, würden wir zunächst dies oder jenes Problem ungelöst lassen müssen. Damit solle jedoch nicht gesagt sein, daß dies ein Grund sei, nicht für die Zukunft zu planen. Auf jeden Fall sollte die Durchführung irgendwelcher Maßnahmen nicht aufgeschoben oder abhängig gemacht werden. Eine solche Zusammenarbeit sei natürlich wünschenswert, aber die ITF habe eine besondere Verpflichtung gegenüber den Transportarbeitern. Kollege Coutts stimmte dem im Dokument «Die Aufgabe der ITF in den Entwicklungsländern» gemachten Vorschlag zur Einführung reisender Regionalvertreter zu und erklärte, es sei von größter Bedeutung, Leute zu finden, die über die notwendigen Kenntnisse und Eigenschaften verfügten, falls wir unsere Aufgaben in diesen wichtigen Gebieten erfüllen wollten. Sodann bezog er sich auf einen Vorschlag, den Kollege Lyon in einem an den Generalsekretär gerichteten Brief gemacht hatte. Der Vorschlag sei der Märzsession des Exekutivkomitees unterbreitet worden und empfehle die Einführung von zwei oder drei Ausbildungsstellen für Regionalpersonal im Rahmen des Sekretariats der ITF. Das auszubildende Personal würde zunächst einmal im Sekretariat durch den Kontakt mit erfahrenen Angestellten des Sekretariats wertvolle Erfahrungen sammeln und dann nach einem Bezirk entsandt werden, in welchem bereits ein erfahrener Regionalarbeiter der ITF tätig ist. Hier könnte sich der Neuling sodann an Ort und Stelle mit den praktischen Problemen und Aufgaben eines Außenvertreters vertraut und nach einiger Zeit in einem bestimmten Gebiet als vollamtlicher Regionalvertreter eingesetzt werden.

Kollege Coutts erklärte, dieser Vorschlag habe seines Wissens beim Exekutivkomitee Anklang gefunden, und er hoffe, daß der Kongreß den Plan formell befürworten würde. In der Annahme einer solchen Zustimmung habe sein Verband (Railway Labor Executives' Association) – ohne der ITF in irgendeiner Weise vorgreifen zu wollen – nach geeigneten qualifizierten Kandidaten innerhalb der amerikanischen Eisenbahnerverbände Umschau gehalten. Außerdem habe sein Verband bereits Vorkehrungen für die Ausbildung in internationalen Arbeitsfragen getroffen, um diese Leute für ihre zukünftigen Aufgaben vorzubereiten. Mehrere amerikanische Universitäten hätten mit Unterstützung der amerikanischen Arbeiterbewegung ausgezeichnete Lehrkurse über diese Fragen eingeführt. Sein Kollege George M. Harrison habe in dieser Hinsicht die Initiative ergriffen, die RLEA könne somit sofort einen Mann für weitere Ausbildung im ITF-Sekretariat vorschlagen. Er hoffe, daß auch andere größere Mitgliedsverbände Kandidaten bereitstellen und wo immer möglich diese finanziell unterstützen würden, falls die ITF nicht in der Lage sein sollte, die Kosten allein zu tragen. Er stimmte der Erklärung zu, daß die Kollegen Houke und Soares ausgezeichnete Arbeit geleistet hätten und fügte hinzu, daß sie beide ein außerordentlich großes Arbeitsgebiet inne hätten. Er war der Ansicht, daß die ITF zur Zeit des nächsten Kongresses über mindestens sechs vollamtliche Regionalvertreter ver-

fügen sollte; zwei in Afrika, einen in Südasien, einen im Fernen Osten und zwei in Lateinamerika.

Mit der Ausdehnung unserer regionalen Tätigkeit würde auch die Arbeit des Regionaldirektors zunehmen. Aus diesem Grunde möchte er die Ernennung eines Mitarbeiters vorschlagen, der den Regionaldirektor unterstützen und den Außenvertretern regelmäßige Besuche abstatten könnte. Beide würden außerdem von den auszubildenden Kollegen unterstützt werden.

B. Majunder (indischer Seeleuteverband) gratulierte Kollege de Vries zu seiner klaren Analyse der Sachlage. Er glaubte, daß er als Vertreter eines Regionalverbandes einige Worte hinzufügen sollte. Unsere Betonung der regionalen Tätigkeit läßt sich auf den Wunsch zurückführen, die Welt für Demokratie und Freiheit zu sichern. Trotzdem sollten wir bedenken, daß in diesen Gebieten noch immer viele Leute Hunger litten und im Elend lebten. Unter diesen hungrigen und armen Menschen wären viele der Meinung, daß sie von Leuten, die sich Demokraten nannten, ausgenützt worden seien. Infolgedessen treffe man oft auf ein gewisses Mißtrauen, wenn man zu ihnen von Freiheit und Demokratie spreche. Dies sei ganz natürlich und vielleicht unumgänglich, kompliziere und erschwere jedoch unsere Aufgabe. Es sei bedauerlich, daß dieser Aspekt zuweilen bei der Ausarbeitung unserer Pläne nicht genügend in Betracht gezogen werde.

Er wolle den Kongreß außerdem auf einen oder zwei weitere Aspekte aufmerksam machen. Eine große Anzahl der Arbeiter der Entwicklungsländer ständen noch immer im Dienste ausländischer, insbesondere europäischer Arbeitgeber. Er wolle daher an alle stärkeren Gewerkschaften appellieren, die Arbeiterverbände der Entwicklungsländer mit allen Mitteln zu unterstützen. Dadurch könnten sie die Aufgabe der ITF in den weniger wirtschaftlichen Gebieten der Welt erleichtern.

Wenn wir von Regionalbüros, Regionalvertretern und reisenden Außenvertretern redeten, sollten wir aus unseren Erfahrungen der letzten Jahre schöpfen. Der Sprecher erklärte, er selbst habe praktische Erfahrung über die Tätigkeit der IBS und des IBFG und könne sagen, daß diese trotz ihren guten Absichten ziemlich viel Geld verschwendet hätten, weil es ihnen nicht gelungen war, den richtigen Mann zu finden. Die ITF habe in dieser Beziehung mehr Glück gehabt, und ihre Bemühungen seien infolgedessen nicht umsonst gewesen. Kollege de Vries habe in Afrika ausgezeichnete Arbeit geleistet, und das gleiche könne von der ITF in Indien gesagt werden. Er habe nur betonen wollen, daß wir, falls wir beabsichtigten, unsere Regionaltätigkeit zu erweitern, besonderen Nachdruck auf die Wahl einer wirklich geeigneten Person legen sollten.

F. Taboada Alegre (peruanische Kraftfahrerföderation) erklärte, er habe in seiner früheren Rede den Kongreß aufgefordert, sich zu entschließen, sich gegen die in Spanien, Paraguay und der Dominikanischen Republik bestehenden Diktaturen auszusprechen. Außerdem habe er die ITF aufgefordert, Lateinamerika durch die Einberufung einer lateinamerikanischen Transportarbeiterkonferenz zu unterstützen. Er möchte nunmehr diese von ihm gemachten Vorschläge erweitern. Der Redner verlas sodann den Entwurf einer Resolution, die den Bericht der ITF über ihre Aufgaben in den Entwicklungsländern begrüßte, in der Überzeugung, daß die ITF durch ihre Unterstützung der Transportarbeiter dieser Gebiete zur Erzielung eines größeren Ausmaßes an politischer, sozialer und wirtschaftlicher Unabhängigkeit eine bedeutende Rolle spiele. Außerdem dankt die Resolution dem Generalsekretär, dem Regionaldirektor und den Regionalvertretern der ITF in Asien und Lateinamerika für ihre aufopfernde Tätigkeit, bei der Unterstützung und Entwick-

lung der freien Transportarbeiterverbände. Die Resolution forderte die Mitgliedsverbände der ITF auf, vor dem 1. Januar 1961 Kandidaten für regionale Tätigkeit zu nominieren und ersuchte das Sekretariat, Vorschläge für die Anstellung und Ausbildung zusätzlichen Personals zu machen, damit in Asien, Afrika und Südamerika weitere reisende Vertreter eingesetzt werden könnten. Abschließend bringt die Resolution die Hoffnung zum Ausdruck, daß eine bessere Zusammenarbeit zwischen den anderen IBS und dem IBFG in bezug auf regionale Tätigkeit herbeigeführt werden würde, ohne die Selbständigkeit der ITF zu beeinträchtigen. Der Sprecher hoffte, der Kongreß werde seine Resolution befürworten.

S. J. Katungutu (Verband der afrikanischen Eisenbahner von Tanganjika) bemerkte, er wolle Kollege de Vries für seinen Bericht und für die in Afrika geleistete Arbeit danken. Obwohl wir auf dem Gebiet regionaler Tätigkeit bereits viel geleistet hätten, bliebe noch immer weitaus mehr zu tun, in Afrika im allgemeinen und in Ostafrika im besonderen. Im Jahre 1958 hätten die Transportarbeiterverbände seines Gebietes erklärt, daß ein großes Bedürfnis nach einem ostafrikanischen Regionalbüro bestände. Es sei ihnen der Rat gegeben worden, die Initiative zu ergreifen und sich selbst zu helfen. Daraufhin hätten sie sich zusammengeschlossen und ein solches Büro für Ost- und Zentralafrika gegründet. Sie hätten ihr Bestes getan, dieses Büro erfolgreich zu verwalten und hätten auch die ITF um Hilfe zur Unterhaltung dieses Büros ersucht. Er bedaure, mitteilen zu müssen, daß ihnen diese Hilfe nicht zuteil geworden sei, mit dem Resultat, daß das Büro wieder geschlossen werden mußte.

Vielleicht könnte man ihnen vorwerfen, sie hätten nicht versuchen sollen, das Büro auf eigene Faust zu gründen. Man sollte jedoch bedenken, daß ihnen für solche Aufgaben nur sehr beschränkte Gelder zur Verfügung ständen. Ungefähr 50 Prozent der eingehenden Mitgliederbeiträge würden an ihre nationalen Zentren und die ITF überwiesen. Mit der anderen Hälfte des Geldes müßten Gewerkschaftsbüros unterhalten, Tätigkeitsprogramme organisiert werden usw. Sie hätten ihr Bestes getan, um ein Büro zu eröffnen, aber ohne Unterstützung sei ihr Bestes ungenügend gewesen. Sollte man sie deswegen tadeln?

Sodann erklärte der Redner, er sei ebenfalls der Meinung, daß die ITF ihre regionale Tätigkeit erweitern sollte. Allerdings sei die Entsendung von Vertretern vom Sekretariat aus nicht notwendigerweise die beste Methode dafür. Ein solches Verfahren sei zunächst einmal sehr kostspielig, und außerdem gäbe es in den betreffenden Gebieten zahlreiche junge Gewerkschaftsführer, die in der Lage wären, diese Aufgabe zu erfüllen, falls man sie dabei unterstütze. Solche lokale Vertreter würden weniger kosten als die Entsendung eines Funktionärs durch das ITF-Sekretariat für einige wenige Tage. Es handle sich ja schließlich nicht nur darum, daß ITF-Vertreter während eines Konfliktes anwesend sein sollten. Es bestände ein großes Bedürfnis nach durchgreifender organisatorischer Arbeit, und dieses Bedürfnis könne am besten mit den Gewerkschaften der betreffenden Länder befriedigt werden, selbst wenn diese, verglichen mit Outsiders, etwas unerfahren wären. Die Tatsache, daß sie das Vertrauen ihrer Landsleute genössen, sei von größerer Bedeutung als Erfahrung. Abschließend sprach der Redner die Hoffnung aus, daß der Kongreß die Eröffnung weiterer Regionalbüros befürworten werde, jedoch nicht von dem Standpunkt aus, es müsse alles durch das Sekretariat geschehen. Er hoffte, der Kongreß werde außerdem die Wiedereröffnung seines eigenen Büros für Ost- und Zentralafrika unterstützen.

V. Conde (Personal der Zivillufffahrts-Gesellschaft «Avianca», Kolumbien)

dankte dem Kongreß für seine einstimmige Annahme der von seinem Verband unterbreiteten Resolution. Er erklärte, es bestehe eine dringende Notwendigkeit, die südamerikanische Lage eingehend zu studieren. Die zwei größten Feinde der lateinamerikanischen Arbeiterverbände seien die Unterdrückung und der Kommunismus. Es bestehe kein Zweifel darüber, daß sich die Kommunisten den Hunger und das Elend der südamerikanischen Arbeiter zunutze gemacht hätten. Die Schulung und Ausbildung der Arbeiter sei ein weiteres Problem in seinem Lande. In Kolumbien hätten die Regierung und einige Universitäten Ausbildungskurse gehalten, an denen sich über 100 Arbeiter beteiligt hätten. Er selbst habe ein Referat über die Tätigkeit der ITF gehalten. Die kolumbischen Gewerkschaften gehörten der ORIT an und seien kein Freund des Kommunismus. In anderen Ländern dagegen – z. B. Kuba und Chile – seien die Kommunisten an die Macht gelangt. Er bezeichnete Kuba als Sprungbrett für die kommunistische Dominierung Südamerikas. Der neutrale Block stelle eine weitere Gefahr für die Demokratie dar. Diese Länder sollten endlich einmal einsehen, daß man im Kampf zwischen Demokratie und Kommunismus nicht neutral bleiben kann.

Er betonte erneut die dringende Notwendigkeit einer vorbehaltlosen Unterstützung Lateinamerikas und eine Zusammenarbeit zwischen der ITF und der ORIT in der Einführung gemeinsamer Seminare für Gewerkschaftsfunktionäre. Während der vier Jahre seit dem Wiener Kongreß hätten in den lateinamerikanischen Ländern umwälzende politische Änderungen stattgefunden, so daß gegenwärtig ein größeres Bedürfnis nach geschulten Gewerkschaftsleitern besteht denn je, um der ungewissen Situation Herr zu werden. Er stellte mit Enttäuschung fest, daß nur vier lateinamerikanische Länder auf diesem Kongreß vertreten seien, verglichen mit zehn auf dem Wiener Kongreß. Abschließend ersuchte er die ITF dringendst, ihre Propagandatätigkeit zu intensivieren. Dies sei der einzige Weg, um den Kommunismus mit Erfolg zu bekämpfen.

J. F. Soares (Regionalvertreter der ITF für Asien) dankte dem Generalsekretär und den Delegierten für die ihm und Kollege Houke gezollte Anerkennung. Er unterstrich die Ausführung der Vorredner über die Größe der uns in Asien und Afrika gegenüberstehenden Aufgaben. Mit Bezug auf eine Erklärung des Herrn George C. Lodge stellte er fest, daß in dem Kampf um wirtschaftliche Verbesserungen und politische Freiheit, der zurzeit in vielen Teilen der Welt vor sich gehe, die Völker Asiens und Afrikas auf die Unterstützung der Gewerkschaften rechneten. Das qualitative Niveau der Führer dieser Gewerkschaften stelle einen wichtigen Faktor in der Beeinflussung dieser Völker dar. In diesen weniger fortschrittlichen Ländern habe man, entweder aus politischen oder ideologischen Gründen, zu einer größtenteils landwirtschaftlich orientierten Gesellschaftsordnung eine Gewerkschaftsbewegung hinzugefügt. Diese Gewerkschaften seien – von einer Welle des Naturalismus getragen – zu den Vorkämpfern der antikolonialistischen Bewegung im Kampfe für politische Unabhängigkeit geworden. Die Kommunisten seien sich der Sachlage voll bewußt und bemühen sich daher, nicht die Regierungen, sondern die Gewerkschaften auf ihre Seite zu gewinnen. Dies könnte sehr gefährlich werden, denn eine mächtige, aber gewissenlose Gewerkschaftsführung könnte sich katastrophal auswirken. Der Redner erwähnte sodann einige Einzelheiten und Ziffern über die Lage in Asien, um den Kongreß in die Lage zu versetzen, ihm und seinen Kollegen in den Regionalbüros die notwendigen Richtlinien zu geben. Im Jahre 1960 hatte die ITF 26 Verbände in 10 asiatischen Ländern. Die Gesamtmitgliedschaft betrug 953 000. Dies bedeute, daß im Laufe der letzten viereinhalb Jahre 18 Ver-

bände mit insgesamt ungefähr 360 000 Mitgliedern der ITF beigetreten seien. Viele Länder seien weder im ITF noch im IBFG vertreten. Vor kurzem hätten sich birmanische Arbeiterverbände der freien internationalen Gewerkschaftsbewegung angeschlossen.

Die Zahl der in der Transportindustrie und verwandten Industriezweigen beschäftigten Arbeitnehmer betrage jetzt in Birma 170 000, auf Ceylon 300 000, in Indien 2 300 000, in Indonesien 1 000 000, in Japan 2 500 000, in Malaia 60 000 und auf den Philippinen 200 000. Im Vergleich hierzu gebe es in Birma 8 Transportarbeiterverbände mit insgesamt 65 000 Mitgliedern, auf Ceylon 17 Verbände mit insgesamt 40 000 Mitgliedern, in Indonesien 14 Verbände mit insgesamt 350 000 Mitgliedern, in Malaia 7 Verbände mit insgesamt 10 000 Mitgliedern und auf den Philippinen 6 Verbände mit insgesamt 75 000 Mitgliedern. Aus diesen Zahlen läßt sich das Ausmaß unserer organisatorischen Aufgaben in Asien allein ersehen. Japan stelle eine Ausnahme dar. Im Jahre 1956 habe es 12 japanische Transportarbeiterverbände mit insgesamt über 1¼ Million Mitgliedern gegeben.

Sodann sprach er über das Problem der 15,5 Millionen in verschiedenen asiatischen Ländern lebenden «Überseechinesen», die praktisch 86 Prozent des Wirtschaftslebens dieser Länder kontrollieren. Er selbst habe zahlreiche chinesische Freunde, die in demokratischen Verhältnissen erzogen und in Überseeinstituten studiert hatten, aber trotz alledem in ihrer Gedankenwelt und Lebensauffassung Chinesen geblieben waren. Diese Leute sahen in der antikommunistischen Einstellung der ITF und des IBFG eine Stellungnahme gegen China. Es sei schwierig, sie zu überzeugen, daß wir in keinem Teil der Welt gegen die Arbeiter seien und daß wir einzig und allein die kommunistische Ideologie bekämpften.

Kollege Majunder habe von sogenannten demokratischen Gewerkschaften berichtet, deren Führer ihr Amt für persönlichen Gewinn benützten und nicht zur Förderung der Interessen der Mitglieder. Man könne die gewöhnlichen Mitglieder einer Gewerkschaft nicht dafür verantwortlich machen, daß in einem Industriezweig mit 16 000 Arbeitern 36 verschiedene Gewerkschaften bestünden, von denen einige weniger als 11 Mitglieder haben. Derartige Zustände seien hauptsächlich dadurch herbeigeführt worden, da sich die Führung dieser Verbände in erster Linie um die Förderung der Interessen einer politischen Partei bemüht hätten.

Sodann berichtete Kollege Soares über einen neuen indonesischen Gesetzesentwurf, der die Errichtung einer zentralen Arbeiterorganisation vorsehe, unter der Bedingung, daß gewisse Aspekte der Tätigkeit dieser Organisation unter die Aufsicht der Regierung gestellt werden sollte. Er wolle dazu nichts weiter sagen, sondern überlasse es dem Vorsitz des Kongresses, zu entscheiden, ob dies mit den Beziehungen gewisser IAO-Instrumente zu vereinbaren sei.

Abschließend zitierte Kollege Soares eine weitere Bemerkung des Herrn George C. Lodge, nämlich, daß die Arbeiterorganisationen der jüngeren Nationen eine entscheidende Macht im Kampfe um die Herbeiführung wirtschaftlicher Verbesserungen darstellten und in vielen Fällen die einzige Art sozialer und politischer Führung seien, die über die intellektuelle Elite hinausreicht. Es gelte, diese potentielle Macht voll und ganz zu verwirklichen, und dies könne nicht allein durch gewerkschaftlichen Beistand getan werden, sondern erfordere die Fähigkeit, uns mit den Interessen jener Leute zu identifizieren, die um politische Rechte und für ein besseres Leben kämpften.

Juul Poulsen (Gastdelegierter der internationalen Lebensmittel- und Getränkearbeiter-Föderation) begrüßte den Kongreß im Namen seiner eigenen

Internationale und anderer in der Schweiz stationierten Berufssekretariate. Es sei immer interessant, durch das Fenster des Nachbarn zu gucken, besonders wenn dieser Nachbar die ITF wäre. Es freue ihn besonders, daß ihm an dieser Stelle der Diskussion das Wort erteilt worden sei. Er erinnerte den Kongreß an die Bemerkung des Kollegen Oldenbroek, daß die Zukunft der Bewegung von unserer künftigen Regionaltätigkeit abhängt. Kollege Oldenbroek habe uns außerdem davon gewarnt, der Korruption Vorschub zu leisten und erklärte, daß es mit großen Gefahren verbunden sei, wenn sich nationale Gewerkschaftszentren mit unabhängigen Maßnahmen auf dem Gebiet regionaler Tätigkeit befaßten. Dies sei ohne Zweifel wichtiger, aber seines Erachtens liege eine der größten Schwächen unseres regionalen Tätigkeitsprogrammes in der Tatsache, daß wir der Leitung der Verbände zuviel Unterstützung geleistet und der Verbreitung demokratischer Grundsätze unter den Mitgliedern nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt hätten.

Dies treffe selbst im Falle gewisser europäischer Länder zu, in denen gegenwärtig noch immer nur eine schwache Arbeiterbewegung besteht. Ihnen seien beträchtliche Geldsummen zur Verfügung gestellt worden, die jedoch verschwendet worden seien, und der Redner glaubte, die Erklärung dafür sei, daß den nationalen Föderationen und Gewerkschaftsverbänden zuviel zugekommen sei. Allzuoft sei es geschehen, daß unsere Unterstützung nicht den eigentlichen Arbeiterverbänden zugute gekommen wäre. Die ITF könne stolz darauf sein, daß sie das erste internationale Berufssekretariat war, welches Verbände, ungeachtet ihrer Beziehungen zur nationalen Zentralorganisation, aufgenommen habe. Dadurch habe sie vermeiden können, in interne Konflikte verwickelt zu werden. Der internationale Charakter des Transportwesens habe ihre Aufgabe beträchtlich erleichtert. In bezug auf die Ausführungen des Kollegen Curran über die Schattenflaggenschiffe erklärte der Redner, daß sich andere Berufssekretariate zunehmend mit dem Problem der Scheinfirmen befaßt hätten. Mit Scheinfirmen sei eine Anzahl großer Unternehmen gemeint, die in Ländern, wo verhältnismäßig niedrige Löhne vorherrschen, Fabriken eröffnen. Die auf diese Weise billig produzierten Artikel würden dann auf dem Markt des Ursprungslandes angeboten. Die Delegierten könnten somit sagen, daß dieses Problem aus genau der gleichen Situation hervorgegangen sei wie das Problem der Schattenflaggenschiffe. Er sei sicher, daß die anderen Berufssekretariate sehr viel aus den Erfahrungen und Anleitungen der ITF lernen könnten, um der wachsenden Verbreitung größerer Unternehmen auf internationaler Ebene effektiv zu begegnen. Sodann sprach Kollege Poulsen über den ad-hoc-Ausschuß zur Herbeiführung einer engeren Zusammenarbeit zwischen dem IBFG und den IBS auf dem Gebiete der regionalen Tätigkeit.

Dies sollte nicht allzu schwierig zu verwirklichen sein. Letzten Endes gäbe es ja nur eine freie Gewerkschaftsbewegung. Kürzlich sei der Beweis erbracht worden, daß eine rationelle und aufbauende Zusammenarbeit in bezug auf die Lösung der Entwicklungsländer möglich sei. Es habe sich gezeigt, daß den Hafentarbeitern am besten durch die Unterstützung anderer Hafentarbeiterverbände geholfen werden kann, den Seeleuten durch die Unterstützung anderer Seeleuterverbände usw. Kollege Poulsen meinte, daß mit der Ernennung O. Becus zum Generalsekretär des IBFG eine aktive und wirksamere Zusammenarbeit zwischen dem IBFG und den Berufssekretariaten zu erwarten sei. Diese Zusammenarbeit sollte uns bei der Entwicklung neuer Industrien und bei dem Aufbau einer freien Gewerkschaftsbewegung in den Entwicklungsländern von großem Nutzen sein. Die ITF sollte den Verlust ihres Generalsekretärs nicht so sehr bedauern, als stolz darauf sein, daß

ein Gewerkschafter aus ihren Reihen gewählt worden sei, nicht nur dem IBFG, sondern der ganzen freien Gewerkschaftsbewegung zu dienen.

H. Alonso (argentinisches Lokomotivpersonal) erklärte, er müsse auf seiner Meinung beharren, daß der regionalen Tätigkeit größere Aufmerksamkeit geschenkt werde. Kollege de Vries habe von einem Bedürfnis nach mehr Regionalarbeitern gesprochen. Der Redner ersuchte den Kongreß, eine Empfehlung an das Exekutivkomitee gutzuheißten, welche intensivere Bemühungen und größere Gelder im Zusammenhang mit der Ausbildung dieser so dringend notwendigen Kräfte fordert. Es sei bereits betont worden, daß wir über eine gewisse Anzahl von Außenvertretern haben sollten, die von einem koordinierten Zentralbüro aus operieren. Sollten die der ITF zur Verfügung stehenden Gelder nicht genügen, um die regionale Tätigkeit in gewünschter Form durchzuführen, müsse zumindestens von den verfügbaren Mitteln der möglichst beste Gebrauch gemacht werden. In Südamerika hätten wir nur einen fähigen und verantwortungsbewußten Mann, der ein würdiger Vertreter der ITF sei. Aber Südamerika brauche mehr solche Leute. Seine Organisation sei der Auffassung, die ITF sollte auch andere IBS heranziehen und diese ersuchen, Stipendien zur Ausbildung geeigneter Kräfte zu gewähren. Auch die der ITF angeschlossenen Verbände könnten unter Umständen Mittel und Wege finden, der ITF die für diesen Zweck notwendigen Gelder zur Verfügung zu stellen. Solche Stipendien sollten den von den angeschlossenen Verbänden vorgeschlagenen Kandidaten zugute kommen. Ein solches Verfahren würde es auch jenen Kollegen ermöglichen, einen Ausbildungskurs zu absolvieren, deren Länder zu arm seien, um selbst die notwendigen Mittel aufzubringen.

R. Houke (Vertreter der ITF in Südamerika) sprach jenen Delegierten, die lobend von den Bemühungen der Regionalarbeiter gesprochen hatten, seinen Dank aus. Die Unterstützung der uruguayischen Hafentarbeiter durch die ITF sei bereits erwähnt worden, und er wisse, die Delegierten würden sich freuen, zu erfahren, daß sich die betreffenden Verbände nunmehr um die Mitgliedschaft in der ITF beworben haben. Außerdem sei gesagt worden, daß wir mehr Leute in den Regionen einsetzen sollten. Geeignete Leute seien schon vorhanden, aber Unterstützung sei notwendig. Er wolle besonders die Bedeutung der Veranstaltung von Konferenzen hervorheben. Es sei lächerlich zu behaupten, die ITF könne nur eine Konferenz auf einmal abhalten. Konferenzen seien notwendig, denn sie dienten der Koordinierung unserer Tätigkeit und lieferten uns wertvolle Richtlinien.

Wie dem auch sei, falls die verschiedenen im Zusammenhang mit diesem Problem gemachten Empfehlungen angenommen würden, könnte man sagen, wir hätten begonnen, unsere Probleme zu lösen. Wir benötigten mehr Arbeitskräfte, mehr Unterstützung zur Entwicklung eines ausgedehnten Regional-tätigkeitsprogrammes, weil diese Art von Tätigkeit die wichtigste Aufgabe der ITF darstelle.

Der Präsident erklärte, Kollege Houke habe die wichtige Frage der Veranstaltung von ITF-Konferenzen aufgeworfen. Die Schwierigkeiten hier hingen nicht nur mit finanziellen Aspekten, sondern auch mit Personalfragen zusammen. Er sei sicher, der Kongreß würde damit einverstanden sein, daß Kollege de Vries einige der aufgeworfenen Fragen überprüfe und gewogene Antwort erteile. Er schlage daher vor, daß Kollege de Vries der erste Redner auf der morgigen Plenarsitzung sein sollte.

Dem wurde zugestimmt.

Sodann lenkte er die Aufmerksamkeit der Delegierten auf die Empfehlung des Exekutivkomitees über die Zusammensetzung des Generalrates. Die De-

legierten müßten diese Empfehlung befürworten, damit die am folgenden Tage stattfindende Wahlgruppensitzung ihre Geschäfte erledigen könne.

Er wies auf Punkt 6 hin, wonach «die nachstehenden Vorschläge eine Vergrößerung des Generalrates von 43 auf 46 Sitze zur Folge haben würde». Artikel 8 der ITF-Satzungen legt fest: «Die gewählten Mitglieder des Exekutivkomitees müßten mindesten ein Viertel der gewählten Mitglieder des Generalrates ausmachen, so daß die empfohlene Vergrößerung des Generalrates eine Vergrößerung des Exekutivkomitees von 10 auf 11 Sitze mit sich bringen würde.

Nach Einwänden von seiten der Kollegen A. Khalil (Hafenarbeiterverband von Aden), R. C. Coutts (Föderation amerikanischer Eisenbahnverbände, RLEA) und S. J. Katungutu (afrikanisches Eisenbahnpersonal von Tanganjika) befürwortete der Kongreß die Empfehlungen des Exekutivkomitees über die Zusammensetzung des Generalrats mit folgenden Änderungen: daß Aden zusammen mit Ceylon, Indien und Hongkong eine Wahlgruppe bilden sollten (auf Ansuchen des Kollegen Khalil), und daß auch der RLEA das gleiche Vorrecht zugesprochen werden sollte, welches unter Paragraph 4 den deutschen Gewerkschaften eingeräumt worden sei, die dadurch von der allgemeinen Bestimmung ausgenommen wurden, daß keine Organisation mehr als einen Sitz im Generalrat einnehmen kann (auf Ansuchen des Kollegen Coutts).

Die Sitzung wurde sodann vertagt.

Mittwoch, den 27. Juli 1960

Vormittagssitzung

Der Präsident ersuchte Kollege P. de Vries (Leiter der Regionalabteilung der ITF), zur Diskussion über die Aufgaben der ITF in den Entwicklungsländern Stellung zu nehmen.

P. de Vries sagte, es freue ihn, daß unter den Delegierten im Zusammenhange mit dem Programm des Sekretariats allgemeine Zustimmung zu bestehen schien. Er begrüße die neuen konstruktiven Vorschläge zu dieser Frage. Wie im Bericht hervorgehoben wird, stimme die ITF mit der dreifachen Revolution völlig überein – die Revolution der steigenden Erwartungen –, dieser Revolution des zunehmenden Ressentiments gegen Ungleichheit und die Revolution der wachsenden Entschlossenheit, frei und unabhängig von Fremdherrschaft und Diktatur zu leben. Es sei nicht leicht, in einer Zeit revolutionärer Umwälzungen ein Urteil über spezifische Programme und Maßnahmen zu fällen. Aber wir müßten zur Frage der Freiheit der Gewerkschaften Stellung nehmen. Es sei ganz einfach nicht möglich, mit der freien Gewerkschaftsbewegung zusammenzuarbeiten und ihre Unterstützung zu erhalten und gleichzeitig mit kommunistisch kontrollierten Organisationen zu liebäugeln. Es gebe nur eine freie Gewerkschaftsbewegung, die an der Förderung der Interessen der Arbeiter aufrichtig interessiert sei. Kollege Conde habe bereits erklärt, daß die Zusammenarbeit mit den Kommunisten zu kommunistischer Domination führe und Kuba und Chile als Beispiele angeführt. Man kann nicht zwei Herren zugleich dienen. Wenn es den Gewerkschaftern der Entwicklungsländer um die Sicherstellung ihrer Rechte und Freiheit ginge, könnten sie dies ohne Zweifel nur durch eine Zusammenarbeit mit der freien Gewerkschaftsbewegung erreichen.

Sodann teilte Kollege de Vries den Kollegen Ulrich, Alonzo und Taboada mit, daß die das Trujillo-Regime verurteilende Resolution von der gemeinsamen Konferenz der Seeleute- und Hafenarbeitersektionen in Betracht ge-

zogen worden sei. Diese Resolution könne weiter diskutiert werden, sobald der Bericht über diese Sitzung dem Kongreß vorläge.

In bezug auf die Bemerkungen des Kollegen Dekeyzer über die Lage im Kongo erklärte Kollege de Vries, daß der bisherige belgische Beistand an die freien kongolesischen Gewerkschaften ohne Zweifel nützlich gewesen sei. Diese Verbände müßten nunmehr versuchen, sich selbst auf die Beine zu helfen, wobei natürlich die auf breiter Basis beruhende Unterstützung der freien Gewerkschaftsbewegung sicher sei. Die ITF sollte die Situation im Kongo sorgfältig prüfen und nicht zögern, baldige Maßnahmen zu ergreifen, weil es sonst zu spät sein könnte. Das Ansuchen des Kollegen Dekeyzer um direkte Hilfe an den Kongo wäre von größter Bedeutung und sollte so bald wie möglich dem Exekutivkomitee unterbreitet werden.

Das gleiche gälte von allen anderen Ansuchen, aber wir müßten bedenken, daß wir nicht über unbeschränkte Reserven verfügten, wie dies laut Kollege Curran in der Sowjetunion der Fall sei. Sodann dankte der Redner Kollege Wada für seine Unterstützung im Zusammenhange mit dem Vorschlag zur Erhöhung der ITF-Beiträge. Er hoffte, der gesamte Kongreß werde diesen Vorschlag unterstützen und es somit der ITF ermöglichen, ihre regionale Tätigkeit zu erweitern.

In Beantwortung der Beschwerde des Kollegen Santoso, daß die asiatischen Verbände nur einen geringen prozentuellen Anteil der von der ITF gewährten Gesamtunterstützung erhalten hätten, wies Kollege de Vries darauf hin, daß die angeführten Zahlen weder die Kosten der Unterhaltung unserer Regionalbüros in Tokio und Singapur berücksichtigten noch die Kosten der von Kollege Soares unternommenen zahlreichen Reisen, einschließlich der Reise nach Indonesien. Die ITF sei nicht parteiisch, sondern versuche festzustellen, wo Hilfe am meisten not tut. Unsere neuen afrikanischen Mitgliedsverbände hätten viel Unterstützung benötigt. Wenn Kollege Santoso die Kosten der kommenden asiatischen Regionalkonferenz in Betracht zöge, würde er sehen, daß Asien nicht vernachlässigt werde. In bezug auf die Erklärungen des Kollegen Santoso über gewerkschaftliche Ausbildungskurse erklärte der Redner, daß man dies im allgemeinen als eine Aufgabe des IBFG ansehe. Die ITF habe jedoch einiges in speziellen Ausbildungskursen geleistet und würde in der Lage sein, mehr zu unternehmen, wenn sie über mehr Personal verfügte. Kollege Alonso habe darauf hingewiesen, daß ein Bedürfnis nach der Ausbildung von Verkehrssachverständigen bestehe. Was Argentinien betrifft, habe er bereits persönlich Unterredungen mit Kollege Alonso geführt, und sie versuchten nunmehr, eine ausführbare Lösung zu finden, aber in Anbetracht der steigenden Tendenz nach einer umfassenden Verkehrskoordinierung könne gesagt werden, daß nicht nur in Argentinien, sondern in der ganzen Welt ein Mangel an gutausgebildeten Verkehrsspezialisten bestehe. Die ITF habe auf dem letzten Kongreß ein Memorandum zur Koordinierung der Verkehrspolitik unterbreitet und müsse nunmehr versuchen, Sachverständige unter den Arbeitnehmern zu finden, um zu gewährleisten, daß die Interessen der Arbeiter angemessen berücksichtigt werden. Zur Frage der Beziehungen zwischen den Verbänden afrikanischer und asiatischer Arbeiter in Ostafrika erklärte Kollege de Vries, daß die endgültige Lösung dieses Problems in der Bildung nichertrassenmäßiger Verbände liege, obwohl es vielleicht zurzeit zu früh wäre, auf die Verwirklichung dieses Ideals zu hoffen. Dies sei eine Frage gegenseitigen Verständnisses und Vertrauens. Die Asiaten müßten ihre afrikanischen Kollegen in deren Kampf unterstützen, andernfalls würden die Afrikaner sie nie als ihre Freunde betrachten. Dieses Problem gebe uns die Gelegenheit, gewerk-

schaftliche Solidarität zu üben. Der Redner versicherte den Kollegen Pathak und Katungutu, er werde sein möglichstes tun, um ihnen bei der Lösung dieses Problems behilflich zu sein. Der Redner begrüßte die Erklärung des Kollegen Katungutu, daß es in seinem Gebiete viele junge Gewerkschaftsfunktionäre gäbe, die in der Lage wären, für die ITF zu arbeiten und ersuchte ihn, dem Exekutivkomitee so bald wie möglich Namen und weitere Einzelheiten zu unterbreiten. In bezug auf die Ausführungen des Kollegen Katungutu über den Versuch der ostafrikanischen Gewerkschaften, ein ITF-Büro zu errichten, erklärte der Redner, es wäre nicht richtig, dieses Büro als ein ITF-Büro zu bezeichnen, da die ostafrikanischen Verbände mit der ITF über dieses Projekt keine Rücksprache gehalten hätten. Das Exekutivkomitee hätte sich bereit erklärt, eine Delegation nach Ostafrika zu entsenden, um diese Frage auf einer gemeinsamen Konferenz zu diskutieren. Diese Konferenz sei nie zustande gekommen, und seitdem hätte die ITF nichts weiteres über eine Konferenz oder ein Büro vernommen. Er sei der Auffassung, daß wir durch die Entsendung von Vertretern mehr erzielen könnten als durch die Errichtung von Büros. Er sei zusammen mit den Kollegen Millard und Purvis vom IBFG nach Tanganjika gegangen, um den dortigen Gewerkschaften zu helfen und sei überzeugt, Kollege Katungutu würde sich ihm anschließen, wenn er jenen Mitgliedsverbänden, die den afrikanischen Eisenbahnern während ihres Streiks zur Seite standen, seinen Dank ausspreche.

Sodann dankte Kollege de Vries Kollege J. Soares für seine ausführliche Analyse der Situation in den asiatischen Entwicklungsländern. Er sei sicher, der Kongreß habe dadurch ein klareres Bild über die uns in Asien gegenüberstehenden Probleme gewonnen. Anschließend dankte der Redner Kollege Majumder für seine Ausführungen über die Lage in Indien und unterstützte dessen Appell an die stärkeren Gewerkschaften, ihr möglichstes zur Unterstützung der regionalen Organisationen zu tun. Er gab sodann eine Zusicherung, daß die ITF ihre Tätigkeit in Asien, Indien und den Regionen als Ganzes ausdehnen werde.

In bezug auf Südamerika sagte der Redner, er habe für die Forderung seiner lateinamerikanischen Freunde, zur Errichtung eines Regionalbüros für Lateinamerika, vollstes Verständnis. Er glaube jedoch, daß ein größeres Bedürfnis nach ITF-Vertretern bestehe, als nach einem Büro. Auch Kollege Houke habe auf seinen Reisen die Erfahrung gemacht, daß es besser ist, Hilfe an Ort und Stelle zu leisten. Falls es uns gelingen sollte, ein gut koordiniertes System mit den anderen IBS und dem IBFG zu errichten, würden wir, hoffte der Redner, in der Lage sein, sowohl Personal als auch Büros bereitzustellen. Wir strebten eine internationale Zusammenarbeit der Gewerkschaften an, um die Leistungsfähigkeit der ITF zu erhöhen. Was die lateinamerikanische Transportarbeiterkonferenz betrifft, habe er eine solche Konferenz bereits vor einiger Zeit einmal in Aussicht genommen. Aber die Stellungnahme der Mitgliedsverbände sei einigermaßen enttäuschend gewesen, und jene Verbände, die geantwortet hatten, schienen der Meinung zu sein, die ITF werde sämtliche Kosten bestreiten. Die ITF sei nicht unfreigebig, und Kollege de Vries war der Ansicht, daß solche Konferenzen von außerordentlicher Bedeutung wären, aber die Teilnehmer sollten sich der Tatsache bewußt sein, daß es ihre Konferenzen seien und sie zu deren Zustandekommen beigetragen hätten. Sobald die lateinamerikanischen Verbände größere Begeisterung zur Schau trügen, würde eine solche Konferenz in die Wege geleitet und alles unternommen werden, um ihren erfolgreichen Ausgang zu gewährleisten. Der Redner teilte den Wunsch des Kollegen Houke nach zusätzlichen Regionalkonferenzen. Diese würden möglich sein, sobald

tatkräftige Regionalorganisationen errichtet und unterhalten werden könnten, um die Verantwortung für solche Konferenzen zu übernehmen. In bezug auf den Vorschlag des Kollegen Hall zur Veranstaltung einer lateinamerikanischen Schifffahrtskonferenz erklärte Kollege de Vries, es wäre besser, eine allgemeine Transportarbeiterkonferenz zu planen, auf der die verschiedenen Sekretariate ihre eigenen Sonderkonferenzen halten könnten. Er dankte Kollege Hall für sein Angebot, bei der Organisation einer solchen Konferenz finanziell und organisatorisch mitzuhelfen. Der größte Teil der Vorbereitungen werde jedoch auf das Sekretariat der ITF entfallen.

Zurzeit ist es ganz einfach nicht möglich, uns damit zu befassen, weil wir mit der Vorbereitung der asiatischen Konferenz vollbeschäftigt seien. Die lateinamerikanische Konferenz würde jedoch so bald wie möglich nach der asiatischen Konferenz stattfinden. Abschließend ersuchte Kollege de Vries die lateinamerikanischen Mitgliedsverbände um ausführlichere Informationen, so daß die ITF ihrerseits auf geeignete Weise Hilfe leisten kann. Dies sei eine Frage ständigen gegenseitigen Kontakts.

Abschließend bezog sich Kollege de Vries auf die Ausführungen des Kollegen Coutts. Er sagte, Kollege Coutts sei auf dem Gebiet der regionalen Tätigkeit sehr erfahren, und aus diesem Grunde empfehle er (der Redner) dem Kongreß, den Ausführungen des Kollegen Coutts größtmögliche Bedeutung zuzumessen. Er dankte Kollege Coutts für seine konstruktiven Vorschläge und begrüßte besonders die Tatsache, daß die RLEA die Initiative ergreifen und nicht nur ein Ausbildungsprogramm für regionale Tätigkeit vorgeschlagen, sondern auch einen Kandidaten bereitgestellt habe. Diese Vorschläge würden dem Exekutivkomitee unverzüglich unterbreitet werden, und er hoffe, daß es sehr bald möglich sein werde, unter Rücksprache mit der RLEA weitere Einzelheiten auszuarbeiten. Er stimmte der Bemerkung zu, daß die Transportarbeiter die erste Verantwortung der ITF seien und daß die Ergreifung effektiver Maßnahmen nicht auf der Zusammenarbeit von anderen IBS abhängig gemacht werden sollte. Diese Zusammenarbeit sollte jedoch dazu führen, daß die ITF ihre Aufgabe effektiver anpacken kann. Angesichts des Ausmaßes dieser Aufgabe sei es nicht möglich, sie ohne Hilfe anderer zu lösen. Außerdem stimmte der Redner der Feststellung zu, daß die Bereitstellung von Außenvertretern für regionale Tätigkeit eine vernünftige Idee sei und war der Ansicht, daß der Vorschlag für die Ernennung eines stellvertretenden Regionaldirektors gut sei. Schließlich schlug der Redner dem Kongreß vor, die Resolution des Kollegen Taboada dem Exekutivkomitee zur umgehenden und sympathischen Erwägung zu unterbreiten, da diese Resolution zahlreichen am Vortage gemachten Vorschlägen Rechnung trage.

P. Hall (amerikanischer Seeleuteverband – SIU) erklärte in bezug auf den Vorschlag, eine lateinamerikanische Transportarbeiterkonferenz einzuberufen, daß es lächerlich sei, wenn eine Organisation wie die ITF nicht in der Lage sei, zwei Konferenzen zur gleichen Zeit abzuhalten. Sollte dies dennoch der Fall sein, müßte diese Angelegenheit auf dem gegenwärtigen Kongreß in Ordnung gebracht werden. Er würde sich mit dieser Frage im Lichte der Ausführungen des Kollegen de Vries befassen und zu einem späteren Zeitpunkt – im Zusammenhang mit einer diesbezüglichen Empfehlung der Seeleute und Hafentarbeiter – darauf zurückkommen.

Der Präsident fragte, ob der Kongreß zustimme, daß diese Angelegenheit behandelt werden sollte, sobald die Berichte der betreffenden Sektionen vorliegen.

Diesem Vorschlag wurde zugestimmt.

Der Kongreß nahm sodann den Bericht über regionale Angelegenheiten an. Der Präsident stellt dann zwei Delegierte aus Venezuela vor, und zwar Kollege A. F. Bravo, Präsident des venezolanischen Gewerkschaftsbundes, und Kollege H. Hernandez, Präsident der venezolanischen Transportarbeiterföderation. Diese zwei Kollegen konnten auf Grund von Schwierigkeiten im eigenen Lande nicht früher als am Vortage eintreffen.

A. F. Bravo überbrachte dem Kongreß die kollegialen Grüße der freien demokratischen Arbeiterbewegung Venezuelas. In bezug auf regionale Tätigkeit erklärte er, daß es notwendig sei, diese zu intensivieren. Die venezolanischen Arbeiter seien fest entschlossen, die lateinamerikanischen Länder nie in die Hände der Kommunisten fallen zu lassen. Aus diesem Grunde wollten sie mit der freien Gewerkschaftsbewegung zusammenarbeiten. Die Tätigkeit der ITF in den betreffenden Gebieten sollte jedoch nicht allein auf die Bereitstellung von Informationen beschränkt werden. Die Vertreter der ITF sollten in einem bestimmten Lande bleiben, bis sie konkrete Resultate erzielt hätten.

Nach zehnjähriger Diktatur sei die politische Situation in Venezuela nicht sehr stabil, und das Weiterbestehen des Trujillo-Regimes in der Dominikanischen Republik trage zu dieser Unbeständigkeit bei. Solange diese Diktatur im karibischen Raum weiterbestehe, würde sie ein Zentrum darstellen, von welchem aus reaktionäre Elemente Revolutionen anstiften und diktatorische Regimes in andern lateinamerikanischen Ländern wieder einführen könnten. Der Redner möchte daher dem Vorschlag, das Regime der Dominikanischen Republik zu boykottieren, aus vollem Herzen zustimmen. Für die erfolgreiche Durchführung dieses Boykotts sei die Zusammenarbeit mit der ITF unentbehrlich. Die venezolanischen Ölarbeiter könnten wohl ihre Rolle spielen. Innerhalb Lateinamerikas bestehe ein starkes Solidaritätsgefühl, aber die Art und Weise, auf welche dieses Gefühl zum Ausdruck gebracht würde, habe zu Mißverständnissen in bezug auf die Stellung der lateinamerikanischen Arbeiterbewegung auf internationaler Ebene geführt. Ein entschlossenes Eingreifen und die erfolgreiche Fortführung ihres Kampfes gegen das blutige Regime Trujillos würden der ITF in Südamerika alle Wege ebnen.

H. Hernandez sprach über die Kontakte, welche sein Verband schon immer mit der ITF gehabt habe und erklärte, die ITF sei die einzige Internationale, welche in ganz Lateinamerika allgemein anerkannt würde. Aus diesem Grunde sollte die ITF nicht vergessen, welche große Bedeutung die lateinamerikanischen Arbeiter der Tätigkeit der ITF beimessen. Die Arbeiter Venezuelas hätten eben erst begonnen, sich von den Auswirkungen einer über zehn Jahre langen Diktatur zu erholen. Während dieser zehn Jahre sei die Tätigkeit der Gewerkschaften drastisch beschränkt und zahlreiche Gewerkschaftsfunktionäre verhaftet oder ins Exil getrieben worden. In der kurzen Zeit seit dem Sturz der Diktatur habe sich die Gewerkschaftsbewegung des Landes zu einer starken Position emporgearbeitet. Die Transportarbeiter-Föderation habe bereits sehr beachtliche Fortschritte erzielt, und der Sprecher hoffte, daß es möglich sein werde, die Mitgliedschaft dieser Föderation im Laufe der drei Jahre auf 300 000 zu bringen. Es sei jedoch für eine venezolanische Gewerkschaft schwierig, politische und wirtschaftliche Probleme außer acht zu lassen. In zahlreichen andern lateinamerikanischen Ländern seien reaktionäre Elemente am Werk, welche versuchten, die Gewerkschaftsbewegung zu schwächen.

Kollege Hernandez bezog sich sodann auf die Resolution zum Boykott des dominikanischen Regimes und erklärte, es sei im Interesse der Sicherheit

der Demokratie in Venezuela, daß das Trujillo-Regime bereits jetzt zu Fall gebracht werde. Trujillo habe ohne Zweifel hinter dem Attentat auf den venezolanischen Präsidenten gesteckt. Wäre das Attentat erfolgreich ausgegangen, würde dies zu dem Sturz einer demokratisch gewählten Regierung, dem Ende der Freiheit in Venezuela sowie zu weit verbreitetem Elend unter den arbeitenden Klassen geführt haben. Alle freiheitliebenden Menschen sollten sich daher dieser Boykottaktion anschließen. Es sei ihm zu verstehen gegeben worden, daß die Arbeiter von Puerto Rico bereits aktive Unterstützung leisteten und daß die nordamerikanischen Gewerkschaften ebenfalls entschlossen seien, den Boykott zu unterstützen. Er möchte daher nachdrücklichst empfehlen, daß die ITF diesen historischen Schritt unternehme und diese Aktion zur Befreiung Lateinamerikas von seinem tödlichsten Feind mit ihrer vollen Macht unterstütze.

Der Präsident bat sodann Kollege Kummernuss, Präsident der Gewerkschaft Öffentliche Dienste Transport und Verkehr (ÖTV), Deutschland, sich auf die Tribüne zu begeben. Der Generalsekretär zollte der aktiven politischen und gewerkschaftlichen Tätigkeit des Kollegen Kummernuss, der vor einigen Tagen seinen 85. Geburtstag gefeiert hatte, seine Anerkennung. Kollege Kummernuss sei seit dem Jahre 1909 bei der deutschen Sozialdemokratischen Partei aktiv gewesen und habe sich seit 1912 in der Gewerkschaftsbewegung betätigt. Seine gewerkschaftliche Tätigkeit begann im Transportarbeiterverband. Nachdem er im Ersten Weltkrieg gedient hatte, sei er ins Zivilleben zurückgekehrt und sogleich zum Vertreter der Hafenarbeiter gewählt worden. Im Jahre 1927 wurde er zum vollamtlichen Gewerkschaftsfunktionär des Deutschen Verkehrsbundes ernannt und habe vom gleichen Jahre an eine aktive Rolle in der ITF gespielt. Nach der Machtübernahme durch die Nazis trat er im Mai 1933 zu der illegalen Bewegung über und arbeitete ebenfalls zusammen mit den Kollegen Edo Fimmen und Oldenbroek für die ITF. 1935 sei er verhaftet und zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden, wonach er noch eine weitere Zeit in einem Konzentrationslager verbringen mußte und somit für insgesamt viereinhalb Jahre seiner Freiheit beraubt war. Nach dem Zusammenbruch des Naziregimes begann er, sich im Jahre 1945 erneut der Gewerkschaftstätigkeit zu widmen und ist für die Bildung der ÖTV, deren Präsident er seit 1949 wurde, verantwortlich gewesen. Der Generalsekretär hoffte, Kollege Kummernuss würde der Arbeiterbewegung weiterhin dienen, und es werde ihm nun in Anerkennung seiner Dienste für die ITF und die Menschheit im allgemeinen das goldene Abzeichen der ITF verliehen werden.

Der Präsident überreichte sodann Kollege Kummernuss das Abzeichen.

A. Kummernuss erklärte, er sei über die ihm zuteil gewordene Ehrung äußerst überrascht. Im Laufe seines Mitwirkens bei der ITF habe er auch ähnlichen Anlässen beigewohnt, doch hätte er nie gedacht, daß er eines Tages an die Reihe kommen werde. Er habe einfach seine Arbeit getan, weder für die Organisation noch für sich selbst, sondern jenen Leuten zuliebe, welche ihm ihr Vertrauen geschenkt und zum Vertreter ihrer Interessen gewählt hatten. (Stürmischer Beifall.)

Er wolle einige Worte an den jungen Nachwuchs richten. Er denke gerne an die Zeit zurück, wo er in Amsterdam zusammen mit Edo Fimmen, Hans Jahn und Willy Voss die Untergrundbewegung gegen das Hitler-Regime geführt habe, und er sei für jede Stunde der Reise dankbar, die er mit Kollege Oldenbroek nach Stettin gemacht habe, um dort illegale Versammlungen abzuhalten und die Arbeiter zu ermutigen, den Kampf gegen den Nationalsozialismus fortzusetzen. Daß es ihnen nicht gelungen sei, das Regime zu Fall zu

bringen, habe nicht an ihrer Arbeit gelegen, sondern daran, daß die Umstände stärker waren als wir. Er hoffte, daß sich die Ereignisse vom Jahre 1933 und den folgenden Jahren nie wiederholen würden. (Lebhafter Beifall.) Der Präsident ersuchte sodann Kollege Ph. Seibert, 1. Vorsitzender der GdED, den Punkt 9 der Tagesordnung (Herabsetzung der Arbeitszeiten) einzuleiten. Ph. Seibert sprach zunächst über die Tätigkeit der ITF in bezug auf die Einführung der 40-Stunden-Woche. Die ITF habe die 40-Stunden-Woche bereits vor Beginn des Zweiten Weltkrieges gefordert. Nach Kriegsende sei im März 1947 auf der Konferenz der ITF-Sektion der Eisenbahner in Brüssel die Frage erneut aufgenommen worden. Anlässlich des Stuttgarter Kongresses (1950) seien die der ITF angeschlossenen Transportarbeiterverbände ersucht worden, auf Einführung der 40-Stunden-Woche zu dringen. Außerdem wurde auf diesem Kongreß eine Untersuchung aller Fälle vorgeschlagen, in denen noch mehr als 48 Stunden pro Woche gearbeitet werden. Auf der gemeinsamen Konferenz der Sektionen des Straßentransports, der Binnenschifffahrt und der Eisenbahner sei die Notwendigkeit der Einführung der 40-Stunden-Woche erkannt worden, selbst wenn diese Forderung in zahlreichen Ländern, vor allem dort, wo noch nicht einmal eine 48-Stunden-Woche erzielt worden sei, als verfrüht erscheinen möge. Die Argumente zugunsten der 40-Stunden-Woche seien in einer Resolution des ITF-Kongresses vom Jahre 1954 enthalten, welche u. a. die Notwendigkeit einer Reduzierung der Unfallziffern durch Herabsetzung der wöchentlichen Arbeitszeit und Einführung geregelter Ruhezeiten erwähnt. Die Resolution fordert außerdem, daß auch die Arbeitnehmer an dem zufolge der Einführung technischer Neuerungen im Eisenbahnwesen entstehenden Gewinn beteiligt sein sollten. Kollege Seibert gab sodann einen Überblick über die von den Gewerkschaften erzielten praktischen Resultate und erklärte, es sei uns gelungen, zwischen 1955 und 1958 beträchtliche Erfolge zu erzielen. Die letzten zur Verfügung stehenden Ziffern zeigten folgende durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeiten: Großbritannien 45,3 Stunden, Irland 44,8 Stunden, Norwegen 42,2 Stunden, Kanada 40,2 Stunden, USA 39,2 Stunden, die Schweiz 46 Stunden und Deutschland 45 Stunden. Kollege Seibert erklärte, es sei nicht möglich, Einzelheiten über die wöchentliche Arbeitszeit aller Länder zu geben, in denen die ITF Mitgliedsverbände habe, weil keine genauen Unterlagen vorlägen. Er ersuchte alle der ITF angeschlossenen Verbände, das Sekretariat über alle Einzelheiten genauestens zu informieren. Er könne jedoch berichten, daß die 40-Stunden-Woche in Australien, Kanada, den Vereinigten Staaten und Neuseeland im allgemeinen verwirklicht worden sei. In den USA werde die wöchentliche Arbeitszeit der Eisenbahner weniger nach Stunden als nach einer Meilen-Fahrleistung berechnet und betrug im Jahre 1952 für einen Lokomotivführer eines Personenzugs 37,6 Stunden pro Woche, dagegen für einen Lokomotivführer eines Güterzugs 64,2 Stunden. Diese Berechnungsmethode sei ständigen Änderungen unterworfen, und es sei daher nicht möglich, einen genauen Überblick über die gegenwärtigen Bedingungen zu geben. Der Redner gab sodann einige Einzelheiten über die Entwicklung im westeuropäischen Eisenbahnsektor bekannt. In Österreich sei ab 1. April 1959 eine 45-Stunden-Woche im Privatbahn- und staatlichen Eisenbahnbetrieb eingeführt worden. In Belgien bestehe die 45-Stunden-Woche seit 1957. Die belgischen Gewerkschaften hätten seitdem die Einführung einer 40stündigen Fünftagewoche gefordert. In Dänemark sei die wöchentliche Arbeitszeit 1959 von 48 auf 45 Stunden herabgesetzt worden. In Frankreich sähe die Arbeitsgesetzgebung bereits seit dem Jahre 1936 eine 40-Stunden-Woche vor, aber es werde noch immer eine 48-Stunden-Woche gearbeitet.

Dabei würden acht Stunden als Überstunden mit einem 25prozentigen Zuschlag vergütet. Die französischen Eisenbahnverbände hätten in der letzten Zeit auf eine Herabsetzung der tatsächlichen Arbeitszeit von 48 auf 45 Stunden gedrungen, um in absehbarer Zeit die bereits seit 1936 auf dem Papier stehende 40-Stunden-Woche zu erreichen. Im Hinblick auf die soeben geschilderten Verhältnisse in Frankreich ersuchte er seine japanischen Kollegen, die eine Resolution zu Punkt 9 der Tagesordnung eingereicht hatten, diese Verhältnisse zu berücksichtigen und ihren Antrag entsprechend zu ändern. In der Bundesrepublik sei die 40-Stunden-Woche seit Juni 1958 in Kraft und gälte seit 1. Januar 1959 für alle Eisenbahner mit Ausnahme der im Bereitschaftsdienst tätigen. In Großbritannien betrage die wöchentliche Arbeitszeit gegenwärtig 42 Stunden, aber die drei britischen Eisenbahnverbände forderten die Einführung der 40-Stunden-Woche für alle Kategorien außer dem Büropersonal, welches eine 38-Stunden-Woche forderte. In Italien sei ab 1. April 1960 eine 46stündige Arbeitswoche für gewisse Eisenbahnerkategorien eingeführt. Die wöchentliche Arbeitszeit der übrigen Eisenbahner wurde am 1. Juli 1960 auf 48 Stunden herabgesetzt. In Luxemburg bestehe seit 1957 eine 45-Stunden-Woche, und die Zahl der zusätzlichen Ruhetage sei auf 21 Tage bzw. 42 halbe Tage pro Jahr erhöht worden. In Norwegen habe die Regierung im Jahre 1958 die 45-Stunden-Woche gesetzlich geregelt. Hier handle es sich um eine gestaffelte Reduzierung der Arbeitszeit, welche im März 1959 um anderthalb Stunden und im März 1960 um weitere anderthalb Stunden reduziert wurde. In Schweden sei seit 1957 eine gestaffelte Einführung der 45-Stunden-Woche im Gang, und die letzte Stufe sei anfangs 1960 verwirklicht worden. Die Schweiz habe am 1. Juni 1959 die wöchentliche Arbeitszeit von 48 auf 46 Stunden herabgesetzt.

Wenn man sich diese Ziffern ansehe, könnte man erkennen, daß wir auf dem Gebiet der Herabsetzung der Arbeitszeit seit 1954 ein wesentliches Stück vorwärts gekommen seien. Es sei jedoch ganz klar, daß sich die 40-Stunden-Woche nicht in allen Ländern zur gleichen Zeit verwirklichen ließe. Kollege Seibert sprach über die Argumente, welche für die Forderung der Gewerkschaften sprächen. Er erklärte, es sei widersinnig, eine Herabsetzung der Arbeitszeit durch mehrbezahlte Überstunden wettzumachen. Damit sei uns nicht gedient. Die technische Entwicklung habe zu einer laufenden Erhöhung der Arbeitsintensität geführt, und die an die Arbeitnehmer gestellten Anforderungen könnten nur durch eine effektive Verkürzung der Arbeitszeit mit zuzüglich bezahlter Freizeit befriedigt werden. Die ständige Vergrößerung und Verbesserung des Angebots an Gütern und Dienstleistungen fordere einen Löwenabsatz und -verbrauch, wenn der Wirtschaftslauf nicht gestört werden sollte. Die Voraussetzungen für eine solche Erhöhung des Konsums bestanden 1. in einer Erhöhung der Löhne und Gehälter und 2. in einer Erhöhung der Freizeit.

Neben diesen wirtschaftlichen Gesichtspunkten spielten auch medizinische Aspekte eine immer größere Rolle. Die mit der Einführung moderner Techniken verbundenen Anstrengungen machten längere Ruhepausen notwendig, wenn kein Raubbau an der Arbeitskraft getrieben werden sollte. Unsere heutigen Produktionsmethoden hätten zu einer weitreichenden sozialen Isolierung des einzelnen Menschen geführt und sich nachteilig auf unser soziales Zusammenleben ausgewirkt. Der Arbeiter sei auf einen einsamen Platz neben seiner Maschine zurückverwiesen worden, und unter dieser Art von Isolierung habe der natürliche Kontaktwille des Menschen und somit auch seine Fähigkeit, Kontakte zu schaffen, gelitten. Diese Fähigkeit sei jedoch der Eckpfeiler unserer ganzen gesellschaftlichen Ordnung und

unserer Zivilisation. Seine Ausführungen bezögen sich nicht allein auf den Produktionsvorgang in den Fabriken, sondern gälten auch im Verkehrswesen. Er denke hierbei z. B. an den Schrankenwärter, den Lokomotivführer oder Heizer (Einmannbesetzung) und den Langstrecken-Lastwagenfahrer. Um dieser sozialen Isolierung zu begegnen, müsse ein größeres Maß von Freizeit zur Verfügung stehen. Im Verkehrswesen komme der Herabsetzung der Arbeitszeit eine besondere Bedeutung zu, weil hier eine erhöhte Dienstzeit zusätzliche Gefährdung der Verkehrssicherheit mit sich bringe. Überbeanspruchung der Arbeitskräfte führe zu Übermüdung und somit zu Unfällen und dem Verlust wertvoller Menschenleben. Eine Herabsetzung der Arbeitszeit sei zu einem hohen Grade von einer Steigerung der Leistungsfähigkeit der Arbeitskräfte und durch die Einführung technischer Neuerungen abhängig. Unsere Produktion steige ständig an, und wir könnten fest damit rechnen, daß der Zeitpunkt nicht mehr weit sei, an dem eine wöchentliche Arbeitszeit von 40 Stunden oder weniger eingeführt werden würde. Wir müßten daher weiterhin auf eine Herabsetzung der Arbeitszeit dringen, und auch die ITF selbst werde ihren Einfluß geltend machen müssen, vor allem in den Entwicklungsländern.

S. J. Katungutu (Verband der afrikanischen Eisenbahner, Tanganjika) erklärte, er sei erstaunt, zu hören, daß Menschen in andern Ländern nur 45 Arbeitsstunden die Woche arbeiteten. Die Delegierten würden sich erinnern, daß er berichtet habe, daß in Ostafrika gewisse Eisenbahner 72 Stunden die Woche arbeiten, d. h. 12 Stunden im Tage. Als sie eine Herabsetzung der Arbeitszeit gefordert hätten, habe ihnen die Direktion erwidert, diese Arbeitszeit sei von internationalen Experten anerkannt worden. Er möchte gerne wissen, woher diese Experten kamen und ebenfalls von den anwesenden Kollegen erfahren, auf welcher Grundlage sich ihre Arbeitszeiten berechnet hätten, so daß er sich dieser Informationen bedienen könne, wenn er den Arbeitgebern in Ostafrika gegenüberträte.

T. Yamada (japanischer Eisenbahnverband) unterstützte den von den angeschlossenen japanischen Gewerkschaften eingereichten Vorschlag für die Herabsetzung der Arbeitszeit. Kürzere Arbeitszeiten seien notwendig, einerseits, um die Arbeiter gegen Arbeitslosigkeit und Ausnützung zu schützen und andererseits, um ihnen einen Anspruch auf Beteiligung am Produktionszuwachs sicherzustellen. Zuzufolge der reaktionären Stellungnahme der Vorkriegsregierungen seien die Bestimmungen des IAO-Übereinkommens über die 48-Stunden-Woche in Japan erst im Jahre 1947 erfüllt worden. In vielen Ländern sei die wöchentliche Arbeitszeit auf weniger als 48 Stunden festgesetzt worden, und in den USA werde sehr oft eine 40-Stunden-Woche in Kollektivverträgen vorgesehen. Die Herabsetzung der Arbeitszeiten sei ein universales Problem und wäre eines der wichtigsten, denen sich die Gewerkschaftsbewegung gegenübergestellt sähe. Es sei für die Transportarbeiter von besonderer Bedeutung, denn sie trügen die Verantwortung, die Sicherheit der Fahrgäste zu gewährleisten. Die Modernisierung und Rationalisierung berühre alle Zweige des Verkehrswesens, und die Produktion sei erheblich angestiegen, so daß heute ganz andere Umstände vorherrschten als zur Zeit der Annahme des obenerwähnten IAO-Übereinkommens. Abschließend erklärte er, er sei der Meinung, daß die ITF und alle Verbände auf die Einführung einer Fünftage- mit 40-Stunden-Woche dringen und daß ein diesbezügliches internationales Übereinkommen ausgearbeitet werden sollte. Dies sei für die Transportarbeiter der ganzen Welt von schwerwiegender Bedeutung. Aus diesem Grunde ersuchte er den Kongreß, diese Resolution zu befürworten.

A. G. de Castro (brasilianischer Transportarbeiterverband) erklärte, die große Anzahl der Eisenbahnunglücke sei auf menschliches Versagen zurückzuführen, namentlich Ermüdung und ungenügende Ruhezeiten. Die in Brasilien vorherrschenden außerordentlich hohen Temperaturen seien besonders ermüdend, und obgleich in andern Ländern eine 40-Stunden-Woche als annehmbar erachtet werde, verlangten die brasilianischen Eisenbahner einen Sechs-Stunden-Arbeitstag. Diese Forderung sei von den Arbeitgebern abgelehnt worden, obwohl eine solche Herabsetzung der Arbeitszeit keine nachteilige Auswirkungen auf den Gewinn des Unternehmens haben würde, weil die Eisenbahner während der sechs Stunden besser und sicherer arbeiten könnten. Er hoffte, daß die ITF die von den brasilianischen Delegierten unterbreitete Resolution befürworten würde.

Ch. Kirwan (irischer Transportarbeiterverband) sagte, die Regelung der Arbeitszeit sei in Irland schon eine langumstrittene Frage. Er wolle betonen, daß die im Bericht zitierte Ziffer einer durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeit von 44,8 Stunden nicht im Falle der Eisenbahner zutreffe. Die Arbeitszeit der Eisenbahner habe sich seit dem Jahre 1919 nicht verändert. Sein Verband sei vor kurzem ersucht worden, in einem gemeinsamen Industrierrat zu einem Vorschlag der Arbeitgeber, ein 12-Stunden-Rota-System (einschließlich Präsenzzeit) einzuführen, Stellung zu nehmen. Die Arbeiter sprachen sich entschlossen gegen diesen Vorschlag aus, weil dessen Verwirklichung der Einführung einer 72-Stunden-Arbeitswoche (sechs Tage zu je zwölf Stunden) gleichbedeutend wäre.

Ph. Seibert (GdED, Deutschland) hob hervor, daß die 44,8-Stunden-Woche nur eine Durchschnittszahl sei, welche auf keinen einzigen Tätigkeitssektor zutreffe. Er schlage deshalb vor, daß Kollege Kirwan der ITF über die im Eisenbahnwesen übliche Arbeitszeit schriftlich Bericht erstatte.

Er versicherte Kollege Katungutu, daß die 72-Stunden-Woche im europäischen Eisenbahnbetrieb nicht mehr bestehe. Es komme manchmal vor, daß fahrendes Personal 54 bis 56 Stunden in der Woche arbeite, aber nie 72 Stunden. Er schlage daher Kollege Katungutu vor, den Arbeitgebern in Tanganjika mitzuteilen, daß die 72-Stunden-Woche in Europa bereits vor fünf oder zehn Jahren abgeschafft worden sei. Er vertrat die Meinung, das ITF-Sekretariat sollte über die in den verschiedenen Ländern vorherrschenden Arbeitszeiten im Straßentransport, in der Binnenschifffahrt und im Eisenbahnwesen auf dem laufenden gehalten werden. Die ITF sollte wenn möglich im Laufe des nächsten Jahres einen Fragebogen zirkulieren und um diese Informationen ersuchen. Diese Informationen könnten dann in einem Bericht zusammengefaßt werden. Falls dies nicht möglich sein sollte, müßte anläßlich eines jeden Kongresses ein genauer Überblick eingereicht werden. Er ersuchte die ITF, seinem Vorschlag besondere Beachtung zu schenken, weil derartige Zusammenfassungen und Berichte äußerst wertvoll seien.

In bezug auf die Resolution der japanischen Mitgliedsverbände erklärte er, die ITF und der Kongreß könnten zwar moralische Unterstützung leisten, aber es sei die Aufgabe der nationalen Arbeiterverbände, mittels Verhandlungen mit den Arbeitgebern und der Regierung für die Erzielung konkreter Resultate zu sorgen. Es sei nicht die Aufgabe der ITF, zu versuchen, eine Herabsetzung der Arbeitszeit in einem bestimmten Lande zu erzielen. Der Wortlaut des japanischen Vorschlags sei insofern inkorrekt, als er sich auf die Bestimmungen der französischen Arbeitsgesetzgebung, welche nicht immer beachtet würde, stütze, und der Redner ersuchte die japanische Delegation, ihren Vorschlag von dem Entschließungsausschuß abändern zu lassen, damit

alle Sektionen des Transportwesens erfaßt werden könnten. Kollege Yamada stimmte diesem Vorschlag zu.

Der Kongreß beschloß, daß der Entschließungsausschuß beauftragt werden sollte, die betreffende Resolution in diesem Sinne abzuändern.

Die Sitzung wurde sodann vertagt.

Mittwoch, den 27. Juli 1960

Nachmittagssitzung

Der Präsident ersuchte Kollege Laan, den Bericht des Entschließungsausschusses* vorzulegen.

R. Laan jr. (niederländischer Transportarbeiterverband) legte den Bericht vor und schlug im Namen des Entschließungsausschusses vor, daß der Kongreß die Änderungen in bezug auf die Satzungen und Mitgliederbeiträge sowie die gemachten Vorschläge prüfen und geeignete Beschlüsse fassen sollte.

Der Präsident teilte sodann mit, daß Punkt 7 (Änderungen der Satzungen der ITF) und Punkt 10 der Tagesordnung (vorgebrachte Resolutionen und Vorschläge) zur Diskussion stünden.

A. A. de Santo (argentinischer Lokomotivführerverband) sagte, sein Verband habe ihn ersucht, dem Kongreß eine auf dem letzten Kongreß seines Verbandes angenommene Resolution zu unterbreiten. Die Resolution fordere Notmaßnahmen gegen die repressive Gesetzgebung der argentinischen Regierung. Er ersuche daher den Entschließungsausschuß und den Kongreß, eine Deklaration der Solidarität mit der argentinischen Gewerkschaftsbewegung abzugeben.

V. Condé (kolumbisches Zivilluftfahrtpersonal der «Avianca»-Gesellschaft) sagte, die kolumbanische Delegation hege hinsichtlich der Entscheidung des Entschließungsausschusses zur Resolution über die Dominikanische Republik Bedenken. Die Entscheidung schien anzudeuten, daß diese Resolution höchstwahrscheinlich in ihrer ursprünglichen Fassung auf eine gewisse Opposition stoßen würde. Angesichts dessen sei seines Erachtens eine Dringlichkeitsresolution zu dieser Frage am Platze. Der Redner unterstützte den dringenden Appell der venezolanischen Delegierten und legte sodann den Entwurf einer durch seine Organisation befürwortete Resolution vor, die sich mit dem Problem der Verletzung der gewerkschaftlichen und demokratischen Freiheit in der Dominikanischen Republik, in Paraguay und auf Kuba befaßte. Der Präsident ersuchte die Delegierten sodann, keine weiteren Dringlichkeitsresolutionen vorzubringen.

M. Hellal (tunesische Eisenbahnerföderation) sagte, er wolle den Kongreß an eine Resolution erinnern, welche vorgebracht, aber nicht angenommen worden war. Die betreffende Resolution habe die Errichtung eines Ausschusses afrikanischer, belgischer, französischer und britischer Vertreter vorgeschlagen, mit der Aufgabe, der Verbreitung des Kommunismus in Afrika Einhalt zu bieten. Die tunesischen Arbeiter wollten, daß der Kongreß hierzu Stellung nehme und waren der Ansicht, daß alle Transportarbeiter in der freien Welt an der Ausarbeitung solcher Resolutionen beteiligt sein sollten. Aus diesem

* Siehe Seite 268.

Grunde habe die tunesische Delegation von der Unterbreitung einer endgültigen Fassung abgesehen. Sie möchten ihren Teil zur Unterstützung ihrer afrikanischen Brüder in ihrem Kampfe gegen die Feinde der Demokratie in Afrika beitragen. Zu seinem großen Bedauern sei bis jetzt nichts unternommen worden. Er hoffe, daß sich der Entschließungsausschuß auf einer Sondersitzung mit der Ernennung eines solchen Ausschusses befassen werde, um eine angemessene Behandlung der uns in Afrika gegenüberstehenden Probleme sicherzustellen.

J. Curran (amerikanischer Seeleuteverband, NMU) sagte, er wolle einen Punkt im Zusammenhange mit der Ausarbeitung einer Dringlichkeitsresolution zur Sprache bringen. Er sei der Auffassung gewesen, daß der Entschließungsausschuß über die auf der Sitzung des Exekutivkomitees vom April 1960 angenommene Resolution zum südafrikanischen Boykott und über die Dominikanische Republik zu entscheiden habe. Die Dringlichkeitsresolution in bezug auf die Dominikanische Republik würde somit nicht zur Debatte gebracht werden. Seines Erachtens liege eine Resolution vor, die mit Recht als eine Dringlichkeitsresolution bezeichnet werden könnte. Dies sei die Resolution des Personals der «Avianca»-Zivilluftfahrts-Gesellschaft. Er wolle außerdem, daß der Entschließungsausschuß zur Resolution des Exekutivkomitees über Südafrika Stellung nähme.

R. Laan jr. (niederländischer Transportarbeiterverband) sagte, er sei nicht bevollmächtigt, andere Änderungen, Vorschläge und Resolutionen zu diskutieren als jene, welche auf den Sitzungen des Entschließungsausschusses vorgebracht worden seien. Er ersuchte sodann den Generalsekretär, den Kollegen Hellal, Di Santo und Curran zu antworten.

Der Generalsekretär wies darauf hin, daß die Resolution über die Dominikanische Republik bei der Diskussion des Berichtes über die gemeinsame Konferenz der Sektion der Seeleute und Hafenarbeiter zur Debatte kommen würde. Diese Resolution läge somit dem Kongreß zurzeit noch nicht vor. Sodann erwiderte er Kollege Di Santo, daß – obwohl er (Di Santo) über dieses Problem gesprochen habe – dem Kongreß keine schriftliche Resolution vorgelegt worden sei. Bei seinen Unterredungen mit Kollege Di Santo habe er den Eindruck gewonnen, daß die argentinischen Eisenbahner zufrieden sein würden, wenn der Kongreß seine volle Unterstützung und Solidarität mit ihnen zum Ausdruck bringe. Er schlug daher vor, daß Kollege Hellal sein Ersuchen an das Exekutivkomitee richte. Er glaube, daß die Ernennung des von Kollege Hellal erwähnten Ausschusses eine schwierige Aufgabe für den Kongreß sein würde. Kollege Hellal habe eine Resolution vorgeschlagen, aber keine schriftlichen Vorschläge unterbreitet.

Nachdem die Kollegen Hellal und Di Santo den Vorschlägen des Generalsekretärs zugestimmt hatten, wurde der Bericht des Entschließungsausschusses vom Kongreß offiziell angenommen.

Der Präsident ging sodann auf Punkt 7 (Änderung der Satzungen) und Punkt 10 der Tagesordnung (vorliegende Resolutionen und Anträge) über.

R. C. Coutts (amerikanische Eisenbahner, RLEA) erklärte, sein Verband sei der Meinung, daß es angesichts der vielen vorbereitenden Arbeiten, welche den Angestellten des Sekretariats zufielen, besser wäre, wenn Kongresse nur alle drei Jahre stattfänden. Dies sei auch vom finanziellen Gesichtspunkt aus vorzuziehen, und die zufolge einer solchen Änderung gesparten Gelder könnten für regionale Tätigkeit Verwendung finden. Außerdem sähen die Satzungen der ITF ohnehin die Einberufung eines außerordentlichen Kongresses in Dringlichkeitsfällen vor.

J. S. Thore (schwedischer Eisenbahnerverband) erklärte, sein Verband habe

ursprünglich den Vorschlag, daß der Kongreß nur alle drei Jahre stattfinden solle, aus finanziellen Gründen unterstützt. Nunmehr sei sein Verband jedoch im ungewissen darüber, welche Vorschläge das Exekutivkomitee im Zusammenhang mit der Wahl des Generalsekretärs machen wolle. Sie wüßten nicht einmal, ob eine oder mehrere Personen für das Amt vorgeschlagen werden sollten. Er wolle daher keine Entscheidung zu dieser Frage sehen, ehe dem Kongreß der Vorschlag des Exekutivkomitees zur Wahl des Generalsekretärs bekannt sei.

H. Hildebrand (ÖTV, Deutschland) unterstützte den Vorredner. Der Kongreß habe die Aufgabe, einen neuen Generalsekretär zu wählen. Sein Verband habe vorgeschlagen, daß bis zum nächsten Kongreß ein amtierender Generalsekretär ernannt werden sollte. Falls dies geschähe, sollte der nächste Kongreß in zwei Jahren stattfinden. Nach Ablauf dieser zwei Jahre würde es möglich sein, diese Frage erneut zu besprechen, unter voller Berücksichtigung der finanziellen Aspekte.

Der Generalsekretär wies darauf hin, daß dieser Punkt unter Punkt 12 der Tagesordnung besprochen werden sollte. Der Präsident ersuchte sodann Kollege *Hickey*, zur Änderung 2 (Änderung des Artikels 8 der Satzungen) zu sprechen.

G. J. Hickey (amerikanische Eisenbahner, RLEA) sagte, seine Gewerkschaft habe zwei alternative Änderungsvorschläge unterbreitet. Der Entscheidungsausschuß habe empfohlen, sein Verband solle sich zugunsten einer oder der andern Alternative entscheiden. Die Vertreter der RLEA würden sich daher nach der Sitzung zusammenfinden und den Vorschlag mit der Genehmigung des Kongresses auf der nächsten Sitzung, und zwar vor der Wahl des Exekutivkomitees, erneut vorbringen.

H. Ulrich (amerikanische Eisenbahner, RLEA) legte einen abgeänderten Wortlaut des RLEA-Vorschlags zur Änderung von Artikel 8 der ITF-Satzungen vor. Der abgeänderte Wortlaut sieht vor, daß die für ordentliche Mitglieder des Exekutivkomitees bereitzustellenden Ersatzmitglieder Mitglieder des Generalrats sein sollten. Seine Delegation sähe dies als eine realistische Stellungnahme zu einem sehr wichtigen Problem, weil es von größter Bedeutung ist, daß das Exekutivkomitee auf seinen Sitzungen vollzählig ist.

S. F. Greene (britischer Eisenbahnverband, NUR) befürchtete, es könne geschehen, daß eines Tages auf einer Sitzung des Exekutivkomitees nur stellvertretende Mitglieder anwesend sind. Er sei gegen die Ernennung von Ersatzmitgliedern durch einzelne Organisationen. Dabei wolle er besonders betonen, daß ein Mitglied des Exekutivkomitees, obwohl es einer Organisation aus einem bestimmten Lande angehöre, trotzdem innerhalb des Komitees den ganzen Kongreß vertrete.

H. Ulrich wies darauf hin, daß sein Vorschlag Generalratsmitglied stipuliere. Der Präsident hob hervor, daß dies nicht dem Wortlaut der dem Kongreß vorliegenden Fassung entspräche.

P. Hall (amerikanische Seeleute, SIU) unterstützte Kollege Ulrich.

S. F. Greene betonte, daß er gegen die vorliegende schriftliche Abänderung sei. Wenn die RLEA nunmehr beschlossen hätte, ihren eigenen Abänderungsvorschlag zu ändern, sollte der Wortlaut dieses Dokumentes dem Kongreß zur Verfügung stehen, so daß wir wüßten, worüber wir sprechen.

R. C. Couatts (RLEA) fragte, ob es nicht das Recht des Antragstellers sei, eine weitere Abänderung vorzuschlagen. Er beantrage daher die Befürwortung der von Kollege Ulrich vorgebrachten Abänderung.

Der Präsident erklärte, es sei nicht möglich, auf diese Art und Weise vorzugehen.

P. Felce (französische Transportarbeiter-Föderation) unterstützte den Abänderungsantrag des Kollegen *Ulrich*.

H. Hildebrand (ÖTV) erklärte, die Satzungen sähen Ersatzmitglieder für die Mitglieder des Generalrats, aber nicht für die Mitglieder des Exekutivkomitees vor. Die Mitglieder des Exekutivkomitees würden nicht zufolge ihrer Angehörigkeit zu einer bestimmten Organisation, sondern auf Grund ihrer persönlichen Fähigkeiten und Erfahrungen gewählt. Wenn man die Mitglieder des Exekutivkomitees bevollmächtigt, Ersatzmitglieder zu ernennen, würde dies den Kongreß des Rechtes berauben, zu entscheiden, wer am geeignetsten sei, ihn im Exekutivkomitee zu vertreten. Der Kongreß sollte, ehe er über diese Frage entscheidet, die Stellungnahme des Exekutivkomitees dazu hören.

Der Präsident ersuchte sodann Kollege *Laurent*, im Namen des Exekutivkomitees zu sprechen.

F. Laurent (französischer Eisenbahnerverband, FO) erklärte, in bezug auf die Änderungsanträge 1 und 2 beständen innerhalb des Exekutivkomitees gewisse Meinungsverschiedenheiten. Das Exekutivkomitee habe daher beschlossen, die Prüfung dieser Vorschläge dem Kongreß zu überlassen.

Im Zusammenhang mit Abänderung Nr. 3 erklärte Kollege *Laurent*, das Exekutivkomitee sei sich der Möglichkeit, daß innerhalb des Kongresses gewisse Probleme auftreten können, sowie der Tatsache, daß die Politik der ITF nicht beeinträchtigt werden dürfe, bewußt. Seiner Erfahrung nach sei es nur selten der Fall gewesen, daß auf Sitzungen des Exekutivkomitees eine ungenügende Zahl von Mitgliedern anwesend war. Er ersuche daher den Kongreß, sowohl den schriftlichen Abänderungsvorschlag der RLEA als auch die vorgebrachte Abänderung zum schriftlichen Vorschlag abzulehnen.

Der Generalsekretär sagte, es sei möglich, eine Bestimmung aufzustellen, die für gewisse Gremien der ITF, z. B. den Generalrat, ordentliche Mitglieder und Ersatzmitglieder vorsähe. Im IBFG bestände ein ähnliches System in bezug auf den Vorstand. Die ITF habe bisher vorgezogen, im Interesse der Kontinuität von der Bereitstellung von Ersatzmitgliedern abzusehen. Die Mitglieder des Exekutivkomitees würden auf Grund ihrer Verdienste gewählt. Der Vorschlag der RLEA würde zur Folge haben, daß der Kongreß für die Wahl des Exekutivkomitees mitverantwortlich sei. Der Vorschlag würde mehr für sich haben, wenn er die Wahl der Ersatzmitglieder durch den Kongreß vorsähe.

Der Präsident erklärte, die RLEA sei berechtigt, eine Abstimmung nach Mitgliederzahlen zu verlangen.

H. Ulrich (RLEA) fragte, ob es in Ordnung sei, einen Abänderungsvorschlag zu ändern.

Der Präsident erklärte, dies sei richtig.

Der geänderte Abänderungsvorschlag wurde zur Wahl gestellt und vom Kongreß abgelehnt.

Auf Ansuchen der RLEA fand sodann eine Abstimmung nach Mitgliederzahlen über den ursprünglichen Abänderungsvorschlag der RLEA statt.

Der Kongreß lehnte diesen Vorschlag ab.

Das Ergebnis der Abstimmung:

für den Vorschlag . . .	1 459 000 Stimmen
gegen den Vorschlag . . .	2 529 700 Stimmen
Stimmenthaltungen . . .	93 600 Stimmen

Der Präsident erklärte sodann, daß nunmehr der Abänderungsantrag Nr. 4 (zur Änderung des Artikels 9 der ITF-Satzungen) zur Debatte stehe.

W. J. P. Webber (britischer Verband der Verkehrsangestellten, TSSA) bemerkte, daß er ein Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses sei. Er lehne den Vorschlag zur Änderung des Geschäftsführenden Ausschusses nicht ab, um seinen eigenen Sitz zu retten, sondern weil seines Erachtens dieser Vorschlag nicht den Interessen der ITF diene, weder ökonomisch noch verwaltungsmäßig gesehen. Die ITF habe 20 Jahre lang ihren Sitz in Holland gehabt, und während dieser Zeit sei nie vorgeschlagen worden, die Zusammensetzung des Geschäftsführenden Ausschusses, der damals aus vier Holländern bestand, zu ändern. Wenn wir keinen Krieg gehabt hätten, wäre der Sitz der Föderation vielleicht noch immer in Holland, aber auch während der 20 Jahre seit der Verlegung des Sekretariats nach London seien keine diesbezüglichen Vorschläge gemacht worden. Der gegenwärtige Vorschlag hätte eigentlich erst nach Behandlung des Vorschlags Nr. 6 zur Verlegung des Sitzes der Föderation zur Diskussion kommen sollen. Vorschlag 6 sei jedoch fallengelassen worden. Er wolle nicht auf die Geschichte dieses Vorschlags eingehen, möchte jedoch feststellen, daß der Geschäftsführende Ausschuß ausdrücklich gegen eine Verlegung des Sitzes der Föderation gewesen sei. Später habe sich der Geschäftsführende Ausschuß, nach Rücksprache mit dem Präsidenten, bereit erklärt, sich nicht dem Vorschlag zu widersetzen, vorausgesetzt, daß der Generalsekretär bei der ITF bleibe. Als sich die Lage erneut verändert hatte, bekräftigte der Geschäftsführende Ausschuß seine ursprüngliche Stellungnahme. Das Exekutivkomitee habe nunmehr seinen Antrag zur Verlegung des Sitzes der ITF zurückgezogen. Es sei schwierig, zu verstehen, warum nicht auch der vorliegende Vorschlag aufgegeben worden sei. Er sagte, das Exekutivkomitee habe diesen Vorschlag aufrechterhalten, um die 20jährige Erfahrung der britischen Mitglieder nicht zu verlieren. In diesem Zusammenhang möchte er auf den letzten Satz des Kommentars zu diesem Vorschlag verweisen: «Es muß mit Nachdruck betont werden, daß dieser Vorschlag in keiner Weise auf eine Unzufriedenheit mit der Arbeit des gegenwärtigen oder eines ehemaligen Geschäftsführenden Ausschusses hindeutet. Die Tätigkeit des Ausschusses verpflichte uns zu vorbehaltlosem Lob und Dank.»

Das Argument, das Problem der Entfernung habe sich im Laufe der Zeit geändert, sei nicht stichhaltig. Zeit und Entfernung seien noch immer Faktoren, welche berücksichtigt werden müßten. Der Geschäftsführende Ausschuß sei kein politikbestimmendes Organ. Diese Aufgabe obliege dem Kongreß und dem Exekutivkomitee. Die Aufgabe des Geschäftsführenden Ausschusses sei die Überwachung der laufenden Geschäfte des Sekretariats unter Berücksichtigung der offiziellen ITF-Politik. Die Tatsache, daß die gegenwärtigen Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses ständig zur Verfügung stünden, gereiche der ITF noch immer zum Vorteil. Es bedürfe nur eines Telefonanrufes, eine Sitzung einzuberufen, so daß der Ausschuß seine Aufgaben ohne Verzögerung erledigen könnte. Falls die Mitglieder aus dem Auslande kämen, könnten Verzögerungen eintreten, selbst wenn die Mitglieder per Flugzeug reisten.

Wir müßten uns zwei Fragen stellen: 1. Hat das gegenwärtige Verfahren sich als unzulänglich erwiesen? und 2. Würde eine Änderung der Zusammensetzung der Mitgliedschaft des Geschäftsführenden Ausschusses ein größeres Ausmaß an Zweckmäßigkeiten und Wirtschaftlichkeit mit sich bringen. Das bereits erwähnte Zitat beweist, daß das bestehende Verfahren nicht unzulänglich ist. Was Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit anbelangt,

könne gesagt werden, daß bisher der Geschäftsführende Ausschuß das billigste Instrument des Kongresses gewesen sei. Falls der vorliegende Vorschlag angenommen würde, würde dies, auf der Basis bisheriger Sitzungen berechnet, zuzügliche Kosten in der Höhe von £1000 pro Jahr verursachen. Diese Gelder könnten viel besser für jene Zwecke verwendet werden, für welche die ITF gegründet worden sei. Außerdem sollten wir bedenken, daß ein gewisses Maß an Kontinuität wünschenswert sei. Auf jeden Fall würde es nicht weise sein, sowohl das Sekretariat als auch den Geschäftsführenden Ausschuß vollkommen umzuformen. Falls der Kongreß dennoch der Ansicht sei, daß der Vorschlag etwas für sich habe, sollte er an einem späteren Zeitpunkt zu ihm Stellung nehmen. So wie die Dinge zurzeit lägen, wäre eine grundlegende Änderung von nachteiligen Folgen für die Interessen der ITF. *H. Hildebrand* (ÖTV) sagte, die Delegierten hätten soeben die Ansichten eines aktiven Mitglieds des Geschäftsführenden Ausschusses vernommen. Sowie er wüßte, hätten die beiden Organisationen noch vor vier Wochen die Meinung vertreten, daß der Geschäftsführende Ausschuß nicht länger mehr aus vier Mitgliedern des Landes, in dem sich der Sitz der Föderation befindet, bestehen sollte. Wäre Brüssel zum Sitz des Sekretariats gewählt worden, hätten die britischen Kollegen nach Befürwortung des vorliegenden Vorschlags ebenfalls die Gelegenheit gehabt, einen Sitz im Geschäftsführenden Ausschuß einzunehmen. Seitdem habe das Exekutivkomitee den Vorschlag zur Verlegung des Sekretariats zurückgezogen. Der Vorschlag zur Änderung der Zusammensetzung des Geschäftsführenden Ausschusses sei jedoch aufrechterhalten geblieben.

Der Sprecher vertrat die Ansicht, daß wir heutzutage dem internationalen Charakter der Föderation mehr Rechnung tragen sollten, anstatt von Telefonanrufen zu sprechen. Aus Holland könnte man mit dem Flugzeug innerhalb von zwei Stunden in London sein. Er schlage daher vor, daß die Zusammensetzung des Geschäftsführenden Ausschusses auf eine internationale Grundlage gebracht werde.

R. Laan (niederländischer Transportarbeiterverband) stimmte mit dem von Kollege *Webber* erwähnten Zitat überein. Er möchte jedoch betonen, daß die vorgeschlagene Änderung verdiene, vom Kongreß in Betracht gezogen zu werden. Damit wolle er in keiner Weise die Arbeit des Geschäftsführenden Ausschusses beanstanden; ganz im Gegenteil. Er habe sich jedoch über einige der Ausführungen des Kollegen *Webber* gewundert. Kollege *Webber* habe einerseits erklärt, der Geschäftsführende Ausschuß wäre, nachdem es sich gezeigt habe, daß der Generalsekretär nicht bei der ITF bleiben würde, zu seiner ursprünglichen Stellungnahme gegen die Änderung des Geschäftsführenden Ausschusses zurückgekehrt; andererseits habe er gesagt, daß der Geschäftsführende Ausschuß keine Entscheidung über die Politik der ITF zu treffen habe. Dies sei vielleicht ein Mißverständnis. Es wäre zweckmäßig, einen Hilfsausschuß zur Seite des Generalsekretärs zu haben. Seit den Tagen, wo sich die ITF noch in Amsterdam befand, habe sich viel geändert, und die ITF stünde heute vor einer weltweiten Aufgabe. Er habe geglaubt, daß seine englischen Freunde nach Zurückziehung des Vorschlags Nr. 6 durch das Exekutivkomitee den Wunsch hegen würden, zu beweisen, daß der Geschäftsführende Ausschuß nicht ausschließlich eine britische Angelegenheit sei und sich bereit erklären würde, ihre Aufgaben mit den Nachbarländern zu teilen. In bezug auf die letzten Bemerkungen des Kollegen *Webber* über eine wünschenswerte Kontinuität hege er einige Zweifel, denn er verstünde den Vorschlag anders als Kollege *Webber*. Seiner Auffassung nach würde die neue Zusammensetzung des Geschäftsführenden Ausschusses erst ab

nächstem Kongreß in Kraft treten. Es bestehe also keinerlei Absicht, den Geschäftsführenden Ausschuß jetzt zu ändern. Dies sei ein Punkt, den das Exekutivkomitee klarstellen müsse.

S. J. Katungutu (Verband der afrikanischen Eisenbahner, Tanganjika) erklärte, der vorliegende Vorschlag erwecke in ihm den Eindruck, daß die ITF eine Menge Geld auszugeben hätte, um ihre Mitglieder von einem Land ins andere zu entsenden. Falls die ITF tatsächlich über dieses Geld verfüge, gäbe es bessere Methoden, dies auszugeben. Es sei natürlich wichtig, Leute an Ort und Stelle zu haben, die sich mit den täglichen Geschäften der Föderation befassen könnten, und es sei nicht notwendig, daß jemand vom Kontinent käme, um diese Angelegenheiten zu regeln. Anstatt den Vorschlag anzunehmen, wäre es weitaus besser, den Mitgliedern des gegenwärtigen Geschäftsführenden Ausschusses für ihre ausgezeichnete Arbeit zu danken und sich ihrer Erfahrung weiterhin zu bedienen.

P. Hall (amerikanischer Seeleuteverband, SIU) erklärte, er sei überhaupt nicht für einen Geschäftsführenden Ausschuß, welcher Art dieser auch sei. Wir hätten alle über unseren großen Generalsekretär geprahlt. Wenn er der Generalsekretär gewesen wäre, würde es ihm sehr peinlich gewesen sein, wenn der Geschäftsführende Ausschuß so viele Sitzungen einberufen hätte wie der gegenwärtige, um seine Leitung der Geschäfte der Föderation zu untersuchen. Der Generalsekretär sei dem Exekutivkomitee gegenüber und dem Generalrat gegenüber verantwortlich. Wem sollte er sonst noch verantwortlich sein?

Wenn es trotzdem einen Geschäftsführenden Ausschuß geben sollte, sollte dieser im Einklang mit dem vorliegenden Vorschlag zusammengesetzt sein. Mehr Länder sollten beteiligt werden. Die daraus entstehenden Kosten seien gering.

F. Eichinger (GdED) erklärte, die Ausführungen des Kollegen Katungutu seien sehr vernünftig gewesen. Falls wir beabsichtigten, den Geschäftsführenden Ausschuß aus Mitgliedern aus verschiedenen Ländern zusammenzusetzen, bestünde kein Grund, warum dieser Plan nicht auch auf Mitglieder aus verschiedenen Kontinenten erweitert werden sollte. Kollege Webber habe sich gegen den Vorschlag ausgesprochen und erklärte, der Geschäftsführende Ausschuß befasse sich mit den eigentlichen Geschäften des Sekretariats und treffe keine politikbestimmenden Entscheidungen. Sodann habe er weitere stichhaltige Argumente vorgebracht. Der Redner erklärte, er möchte ein weiteres Argument hinzufügen. Der Generalrat trete alle zwei Jahre zusammen. Zwischen Kongressen sei das Exekutivkomitee für die Ausführung der beschlossenen Politik verantwortlich. Wenn wir einen neuen, international zusammengesetzten Geschäftsführenden Ausschuß bildeten, bestünde die Gefahr, daß dieser neue Geschäftsführende Ausschuß zu einer Art Unterausschuß des Exekutivkomitees werden könnte. Der Geschäftsführende Ausschuß sollte sich, solange sich das Sekretariat in London befindet, aus britischen Mitgliedern zusammensetzen. Wenn die Funktionen des Geschäftsführenden Ausschusses geändert werden sollten, müßten diese Mitglieder die besten zur Verfügung stehenden Leute sein.

P. Felce (französische Transportarbeiterföderation) erklärte, der vorliegende Vorschlag verdiene, ernstlich in Betracht gezogen zu werden. Wie der Generalsekretär bereits bemerkt hätte, bestünde das Exekutivkomitee aus elf der besten uns zur Verfügung stehenden Leute, die auf Grund ihrer persönlichen Fähigkeiten und unter Berücksichtigung ihrer Berufskategorie und ihrer Nationalität gewählt worden seien. Die vom Unterstützer des Vorschlages vorgebrachten Argumente zeigten, wie sehr sich die internationale Lage

verändert hat seit der Zeit, wo der Beschluß gefaßt wurde, daß die Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses alle aus einem Lande kommen sollten. Das Exekutivkomitee habe die Vorteile eines international zusammengesetzten Geschäftsführenden Ausschusses in besonders treffenden Worten zum Ausdruck gebracht, nämlich daß die Aktionsfähigkeit des Geschäftsführenden Ausschusses dadurch gestärkt werden würde, daß man seine Beschlüsse nicht irgendwelchen nationalen Interessen zuschreiben könnte. Der Sprecher erklärte, er wolle damit nicht sagen, der Geschäftsführende Ausschuß hätte sich jemals einer solchen parteiischen Stellungnahme schuldig gemacht. Manchmal sei es jedoch beim besten Willen nicht möglich, die Tendenz zu unterdrücken, ein Problem vom nationalen Standpunkt aus zu betrachten. Wenn jedoch Mitglieder aus anderen Ländern anwesend wären, würde dies zunächst den Verdacht mindern, obwohl es in der Praxis unmöglich wäre, die Interessen aller in der ITF vertretenen Arbeiter gleichzeitig zu befriedigen. Diese Argumente seien stichhaltig, ganz gleich, wo sich das Sekretariat befindet. Als vorgeschlagen wurde, das Sekretariat nach dem Kontinent zu verlegen, habe man die Auffassung vertreten, daß sich der Geschäftsführende Ausschuß international zusammensetzen sollte. Warum sollte der Ausschuß diese internationale Zusammensetzung nicht aufweisen, wenn sich das Sekretariat in London befindet? Wir sollten nicht den Eindruck geben, daß Unparteilichkeit auf dem Kontinent schwerer zu erzielen sei als in Großbritannien.

Der Generalsekretär sagte, er sei nach Rücksprache mit dem Präsidenten zur Ansicht gekommen, daß es zu weiteren Mißverständnissen führen würde, wenn das Exekutivkomitee die Situation nicht klarstellt. Kollege Laan wolle er klarlegen, daß das Exekutivkomitee die Verlegung des Sekretariats nie aus persönlichen Gründen ins Auge gefaßt habe. Andernfalls würde er keinen Zweifel darüber gelassen haben, daß persönliche Gründe für einen solchen Schritt bestünden.

Als das Exekutivkomitee beschloß, den Vorschlag zur Verlegung des Sekretariats zurückzuziehen, sei gleichzeitig die Frage des Geschäftsführenden Ausschusses diskutiert worden. Man habe beschlossen, diese Frage weder zurückzuziehen noch sie in den Vordergrund zu schieben. Dies sei ein einstimmiger Beschluß gewesen. Eine grundlegende Änderung der Satzungen sollte nur dann in Betracht gezogen werden, wenn es zur Verlegung des Sekretariates käme. Der Redner erklärte, er wünsche auf die im letzten Absatz des Kommentars zu diesem Vorschlag gemachten Bemerkungen hinzuweisen, wo es heißt, daß die Tätigkeit des Geschäftsführenden Ausschusses seit dem Jahre 1940 keinen Anlaß zu Beschwerden gegeben habe. Als das Exekutivkomitee sich der Tatsache bewußt wurde, daß im Zusammenhang mit dieser Frage eine gewisse Opposition und geteilte Meinung bestünde, habe es aus einem Gefühl der Dankbarkeit gegenüber den britischen Kollegen beschlossen, den Vorschlag nicht durchzudrücken. Ohne die Briten hätte die ITF während des Krieges nicht weiterbestehen können.

In bezug auf die Bemerkungen des Kollegen Hall erklärte der Redner, der Generalsekretär benötige einen Geschäftsführenden Ausschuß. Damit sollte nicht gesagt sein, daß sich der Geschäftsführende Ausschuß mit jedem einzelnen Problem befassen müßte, welches zwischen Kongressen auftritt. Sodann fand eine Abstimmung nach Mitgliederzahlen über den Vorschlag zur Abänderung des Artikels 9 der ITF-Satzungen statt. Das Resultat der Abstimmung wurde am folgenden Tage bekanntgegeben. Sodann wurde die Sitzung vertagt.

Donnerstag, den 28. Juli 1960

Vormittagssitzung

Der Präsident gab das Ergebnis der Abstimmung über den Vorschlag zur Änderung des Artikels 9 der ITF-Satzungen bekannt. Das Resultat war 1 943 700 Stimmen für den Vorschlag, 2 118 100 gegen den Vorschlag, 340 Stimmenthaltungen und 800 ungültige Stimmen. Der Vorschlag sei somit abgelehnt worden. Sodann erklärte der Präsident, daß nunmehr Vorschlag Nr. 2, Änderung des Artikels 8 der ITF-Satzungen, zur Diskussion stehe. Er erteilte Kollege Hickey das Wort.

E. J. Hickey (RLEA) sagte, die Delegation der RLEA habe ihn gebeten, die Gründe für ihren Antrag klarzustellen. Zurzeit befänden sich zwei amerikanische Mitglieder im Exekutivkomitee. Eines dieser Mitglieder sei auf dem Kongreß von 1958 gewählt, das andere vom Exekutivkomitee kooptiert worden, um eine zuzügliche Vertretung Nordamerikas zu gestatten. Die RLEA habe nichts gegen die Ernennung eines Kandidaten der Seeleute zum Vertreter Nordamerikas im Exekutivkomitee einzuwenden. Sie vertrete allerdings die Auffassung, daß beide Vertreter Nordamerikas vom Kongreß gewählt werden sollten. Die Satzungen sähen vor, daß in Fällen, wo mehr als ein Kandidat für einen Sitz im Exekutivkomitee zur Wahl gestellt worden ist, derjenige gewählt werden sollte, der die größte Stimmenzahl auf sich vereinigt. Der Antrag seiner Organisation wolle nicht die Vollmachten des Exekutivkomitees zur Kooptierung von Mitgliedern in Frage stellen. Der Generalsekretär habe auf dem Wiener Kongreß erklärt, der Vorschlag zur Erweiterung des Exekutivkomitees durch die Kooptierung von bis zu vier Mitgliedern bezwecke, bisher nicht im Exekutivkomitee vertretenen Weltteilen einen Sitz verfügbar zu machen. Im Sinne des Antrages der RLEA sei Nordamerika berechtigt, zwei Mitglieder im Exekutivausschuß zu haben. Die für kooptierte Mitglieder vorgesehenen Sitze könnten, wie beabsichtigt, den Vertretern bisher nicht verteilter Weltteile zur Verfügung gestellt werden. Seiner Organisation gehe es nicht um zusätzliche Vertretung im Exekutivkomitee, sondern allerdings darum, möglichst wirksame Arbeit zu leisten; in erster Linie auf dem Gebiet der regionalen Tätigkeit. Nach einer langen und eingehenden Besprechung sei die RLEA zu der Schlußfolgerung gelangt, daß ihr Antrag am besten im Zusammenhang mit den Paragraphen 4 und 5 des Artikels 8 der Satzungen diskutiert werden sollte. Die RLEA wäre für die Ernennung eines kleinen Unterausschusses mit der Aufgabe, diese beiden Paragraphen in den ursprünglichen Antrag einzubauen. Dies würde dem Zweck der RLEA-Resolution entsprechen und gleichzeitig den Verdacht ausschließen, daß die RLEA irgendwie das Gleichgewicht der Zusammensetzung des Exekutivkomitees zerstören wolle.

Der Präsident fragte Kollege Hickey, ob dieser Unterausschuß sofort ernannt werden sollte und – wenn ja – aus wie vielen Mitgliedern er bestehen sollte. Kollege Hickey antwortete, ein möglichst kleiner Unterausschuß sei vorzuziehen, der sich aus erfahrenen Mitgliedern aus den betroffenen Weltteilen zusammensetzen sollte. Er bitte außerdem den Generalsekretär um seine Stellungnahme. In Beantwortung einer weiteren Frage des Kollegen Webber erklärte Kollege Hickey, daß die RLEA nicht beabsichtige, ihren Antrag rückgängig zu machen, sondern für eine weitere Änderung der Satzungen sei, damit den von ihm erwähnten Erfordernissen Rechnung getragen werden könne.

Der Präsident ließ sodann über den Antrag des Kollegen Hickey abstimmen. Der Antrag wurde angenommen.

P. Hall (amerikanische Seeleute, SIU) schloß sich den Auffassungen des Vordrners an. Die Wahl des Vertreters der nordamerikanischen Seeleute im Exekutivkomitee sei auf Grund einer Klausel vorgenommen worden, die die Kooptierung der Vertreter der Entwicklungsländer vorsehe. Seine Organisation habe sich lange um Vertretung im Exekutivkomitee bemüht und sei der Auffassung, daß sie auf einen vom Kongreß gewählten Delegierten Anspruch habe. Er fordere somit eine entsprechende Änderung der Satzungen.

Der Präsident teilte sodann mit, daß sich der von Vertretern der RLEA vorgeschlagene Unterausschuß aus den Mitgliedern des Exekutivkomitees, einem Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses, einem Vertreter der RLEA, einem Vertreter der Entwicklungsländer und dem Generalsekretär zusammensetzen sollte.

Der Kongreß erklärte sich damit einverstanden und wählte die Folgenden als Mitglieder des Unterausschusses: Kollegen Seibert und Laurent (Exekutivkomitee), Webber (Geschäftsführender Ausschuß), Hickey (RLEA), Katungutu (Entwicklungsländer) sowie den Generalsekretär. In Beantwortung eines Antrages des Kollegen P. Hall, daß sich auch ein Vertreter der Seeleute in dem Unterausschuß befinden sollte, erklärte der Präsident, es wäre unwichtig, bei der Zusammensetzung des Unterausschusses Interessen der kleinen Sektionen zu berücksichtigen, insbesondere im Hinblick auf die Tatsache, daß die RLEA bereits angedeutet habe, sie würde gegen die Wahl eines Vertreters der Seeleute in das Exekutivkomitee keinen Einspruch erheben. Der Unterausschuß würde sofort zusammentreten. Als nächster Punkt der Tagesordnung stehe die von den drei japanischen Mitgliedsverbänden unterbreitete Resolution über die Gewerkschaftsrechte zur Diskussion.

K. Takeda (japanische Föderation der städtischen Verkehrsangestellten) dankte dem Exekutivkomitee der ITF und ihren Mitgliedsverbänden für ihre, gemeinsam mit dem IBFG unternommenen Maßnahmen zur Sicherstellung der Gewerkschaftsfreiheit in Japan, obwohl die Regierung infolge des auf internationaler Ebene ausgeübten Druckes das IAO-Übereinkommen Nr. 87, über Versammlungs- und Koalitionsfreiheit, ratifiziert habe, sei es den japanischen Arbeitern in den verstaatlichten Industrien noch nicht gelungen, ihre grundlegenden Gewerkschaftsrechte auszuüben. Die japanische Regierung versuche, die praktischen Folgen der Ratifizierung des Übereinkommens durch Abschaffung eines Gesetzes über verstaatlichte Unternehmen zu neutralisieren. Das Gesetz versuche, den Gewerkschaften eine Einschränkung ihrer Handlungsfreiheit aufzuzwingen und ihnen dadurch eine effektive Vertretung der Interessen ihrer Mitglieder unmöglich zu machen. Unter anderem wird den Arbeitern in den verstaatlichten Unternehmen das Streikrecht abgesprochen, und die Gewerkschaftsfunktionäre seien nicht nur verpflichtet, jeglichen Streikversuchen entgegenzutreten, sondern auch die für solche Versuche verantwortlichen Arbeiter zu bestrafen. Ferner ist es den in verstaatlichten Unternehmen beschäftigten Arbeitern nicht erlaubt, vollamtliche Gewerkschafter zu werden.

Die Angestellten der zentralen und lokalen Verwaltungsbüros der Regierung können zwar einer Gewerkschaft beitreten, aber auch hier gelten gewisse Beschränkungen. Das Abziehen der Mitgliederbeiträge vom Lohn und die Anzahl der bei Verhandlungen anwesenden Gewerkschaftsfunktionäre sind gesetzlich beschränkt. Die Vertrauensleute haben den Auftrag, Beschwerden zu vermeiden und darauf zu achten, daß gute Arbeit geleistet wird. Es kann geschehen, daß sich die Arbeitgeber weigern, auf Verhandlungen einzugehen,

mit der Begründung, die Vertrauensleute hätten die ihnen obliegenden Pflichten nicht erfüllt.

Sodann erklärte Kollege Takeda, manche der Delegierten würden die Bestimmung, daß Angestellte nicht vollamtliche Gewerkschafter werden könnten, ohne Zweifel merkwürdig finden, weil dies in anderen Ländern im allgemeinen nicht der Fall sei. In Japan sei es für einen Gewerkschaftsfunktionär, der nicht wiedergewählt wird, sehr schwer, in der gleichen Industrie wieder angestellt zu werden. Die den niedrigen Löhnen entsprechenden niedrigen Mitgliederbeiträge ermöglichten es den Gewerkschaften nicht, Funktionären, die in den Ruhestand treten, eine zulängliche Pension zu zahlen. Die Übernahme eines verantwortlichen Amtes in der Gewerkschaftsbewegung setze große Opferbereitschaft voraus. Diese Gesetzgebung sei eine Maßnahme zur Zerstörung der Gewerkschaftsbewegung, weil sie es den Gewerkschaften unmöglich mache, gute Führer zu haben, die auch die Maßnahmen gegen Gewerkschaften oder einzelne Mitglieder, denen man die Anstiftung von Streiks nachweisen kann, diene der Schwächung und unter Umständen der Vernichtung der Gewerkschaften. Die japanischen Arbeiter seien entschlossen, ihren Kampf gegen diese unterdrückenden Maßnahmen unablässig fortzusetzen und appellierten an alle der ITF angeschlossenen Verbände, sie nach besten Kräften in diesem Kampf zu unterstützen.

Abschließend beantragte Kollege Takeda, den folgenden Paragraphen vor den zwei letzten Paragraphen in die von ihm unterbreitete Resolution einzufügen: «Fordert außerdem, daß die Gesetzgebung dem von der japanischen Regierung bereits im Jahre 1953 ratifizierten IAO-Übereinkommen Nr. 98 angepaßt werde, um die Rechte der Gewerkschaften zu schützen, abgesehen von der Ratifikation des IAO-Übereinkommens Nr. 87.»

Der Präsident ersuchte den Kongreß, über die von den japanischen Gewerkschaften unterbreitete Resolution abzustimmen. Die Resolution wurde angenommen.

Der Präsident erklärte, alle anderen vorliegenden Resolutionen hingen mit den Berichten der einzelnen Sektionen zusammen und würden im Zusammenhang mit diesen Berichten behandelt werden.

Nach einer Einführung durch Kollege H. W. Koppens (Berichterstatter) wurde der Bericht über die Konferenz der Sektion Straßentransport* zur Wahl gebracht und angenommen.

L. White (ITF-Sekretariat) legte sodann den Bericht der Zivilluftfahrts-Sektionskonferenz vor*. Er erklärte, er wolle nur auf zwei besondere Punkte hinweisen. Auf Seite 2 des Berichtes würde über unsere Beziehungen zur internationalen Organisation gesprochen. Es könne sich als notwendig erweisen, daß diese Beziehungen angesichts des ernstesten Konfliktes, in den die skandinavischen Flugingenieure verwickelt seien, ausgedehnt werden müßten. Was die Tagung der IAO betreffe, würden bei dieser Gelegenheit zum ersten Male Fragen des Luftverkehrs innerhalb der IAO auf dreigliedriger Basis zur Debatte gelangen, und er hoffe, daß diese Konferenz in bezug auf die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Zivilluftfahrt konkrete Resultate erzielen würde. Die erwähnten Schwierigkeiten der skandinavischen Flugingenieure seien auf den Umstand zurückzuführen, daß zahlreiche Luftverkehrslinien in bezug auf die Besetzung ihrer Flugzeuge gegen die Bestimmungen der von der ITF vertretenen Politik verstoßen, welche die Anstellung spezialisierter Besetzungen fordere. Um die Aufmerksamkeit auf Fragen der Sicherheit und

* Siehe Seiten 271 und 274.

des wirtschaftlichen Betriebes zu lenken, habe die Sektion eine Resolution angenommen, die sie jetzt dem Kongreß unterbreite.

R. Lapeyre (französischer Verband der Arbeiter im Verkehr und in öffentlichen Betrieben) möchte darauf hinweisen, daß sich der im Bericht erwähnte Unterausschuß aus Vertretern der an der Luftfahrtkonferenz der IAO interessierten Organisationen zusammensetzen solle. Das bedeute, daß die im Bericht enthaltene Liste der Mitglieder nicht endgültig sei und daß die ITF die Organisationen auffordern solle, Delegierte zu dieser Konferenz zu ernennen.

M. Quill (amerikanischer Transportarbeiterverband) erklärte, seine Organisation sei an dem Bericht interessiert, da sie mehr als 25 000 Mitglieder unter dem Luftpersonal zähle. Seine Organisation sah die Entwicklung vom Flugzeugtyp DC 3 bis zum Boeing 707 mit einem Fassungsraum von 149 Reisenden und die Verminderung der Flugzeit von New York nach London auf sechs Stunden. Dasselbe könne in der ganzen Welt beobachtet werden. Wir müssen diese revolutionäre Entwicklung einfach hinnehmen. Aber auch auf dem Gebiet der Arbeitsbedingungen sei sein Verband Zeuge großer Verbesserungen gewesen. Wogegen man sich früher mit einer 48-Stunden-Woche für das Bodenpersonal zufriedengegeben habe, bestehe nunmehr eine 40-Stunden-Woche für das Bodenpersonal, und für fliegendes Personal seien sogar kürzere Arbeitszeiten die Regel. Wenn wir mit der gegenwärtigen technischen Entwicklung Schritt halten wollen, müssen wir bei Tarifvertragsverhandlungen eine Herabsetzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 35 oder weniger Stunden beantragen. Die Konferenzen der ITF und der IAO müßten auf die möglichst beste Weise ausgenützt werden.

J. G. K. Gregory (Vereinigung britischer Offiziere in der Handelsmarine und Zivilluftfahrt) schloß sich den Bemerkungen des Vorredners voll und ganz an. Er erklärte, auf der Tagung der IAO werde ein Problem von größter Tragweite zur Debatte gelangen, und er sei in der Lage, ein praktisches Beispiel zu dessen Bedeutung anzuführen. Auf dem Flug nach der Schweiz habe er zu einer Stewardesse gesprochen und bemerkt, daß sie sehr ermüdet aussah. Auf seine Frage habe sie ihm mitgeteilt, daß diese Ermüdung auf übermäßig langen Flugdienst zurückzuführen sei. Der Mangel an einer effektiven Kontrolle der Dienstzeit bürge große Gefahren für die Flugsicherheit in sich. Er sähe daher den vorbereitenden Sitzungen mit großem Interesse entgegen und hoffe, daß es der ITF möglich sein werde, in Genf für ihre Stellungnahme entschlossen einzutreten.

Der Präsident ließ sodann über den Bericht abstimmen, der vom Kongreß angenommen wurde.

R. Dekeyzer (Berichterstatter, belgischer Transportarbeiterverband) legte den Bericht der Hafentarbeiter-Sektionskonferenz* vor und gab die Namen der Delegierten bekannt, die seit der Verteilung des Berichtes als Kandidaten für den Sektionsausschuß nominiert worden waren: T. O'Leary (Großbritannien); E. Borg (Dänemark); H. Hildebrand (Deutschland); N. Peterson (Schweden), mit E. Larson als Stellvertreter; M. A. Khatib (Pakistan), und R. Dekeyzer (Belgien), mit G. de Crom als Stellvertreter. Die von der RLEA unterbreitete Resolution, in der gegen das Regime Trujillos protestiert wird, sei dem Entschließungsausschuß vorgelegt worden, der sie seinerseits an die gemeinsame Konferenz der Seeleute und Hafentarbeiter weitergeleitet habe. Sodann wurde der Bericht einschließlich einer Resolution über die Handhabung von Ruß angenommen.

* Siehe Seite 278.

L. White (ITF-Sekretariat) leitete sodann den Bericht der gemeinsamen Konferenz der Seeleute und Hafentarbeiter* ein und erklärte in bezug auf die von der RLEA unterbreitete Resolution über die Dominikanische Republik, daß die gemeinsame Konferenz es vorgezogen habe, die vom Exekutivkomitee der ITF am 5. und 6. April 1960 in London und vom Vorstand des IBFG auf seiner Sitzung vom 27. Juni bis 2. Juli 1960 angenommenen einschlägigen Resolutionen zu bekräftigen.

P. Hall (amerikanische Seeleuteverbände, SIU) erklärte, die Frage, welche Maßnahmen gegen die Dominikanische Republik ergriffen werden könnten, habe zu einer ausführlichen Diskussion Anlaß gegeben. Insgesamt seien drei diesbezügliche Resolutionen angenommen worden. Eine von der RLEA, eine zweite von der ITF und eine dritte vom IBFG. Nach Rücksprache und dem Einvernehmen mit den an dieser Frage unmittelbar interessierten Gruppen beabsichtigte der Kongreß, eine weitere Resolution zu unterbreiten, welche als dringend behandelt werden sollte. Die Resolution verurteile die Verletzung der Gewerkschaftsfreiheit durch die Regierungen Kubas, der Dominikanischen Republik und Paraguays. Er vertrete die Ansicht, daß der Kongreß diese Resolution annehmen sollte, da die ITF bis jetzt noch nicht endgültig Stellung genommen hätte. Mit allen von dieser Angelegenheit betroffenen Mitgliederverbänden sei Rücksprache gehalten worden, und es sei somit wichtig, daß die gegenwärtige Regierung über dieses Problem aufgeklärt werde.

Der Präsident wies darauf hin, daß sich der Kongreß in einer schwierigen Lage befinde. Wenn die Vertreter der lateinamerikanischen Länder auch an den Regierungen anderer Länder Kritik üben wollten, hätten sie ihre Resolution dem Exekutivkomitee unterbreiten können.

T. O'Leary (britischer Transportarbeiterverband) erklärte, er stimme der Meinung des Vorredners zu, aber für die Durchführung von Konferenzen dieser Art bestünde ein bestimmtes Verfahren. Wie alle übrigen Delegierten habe auch er eine Abscheu vor Diktaturen jeder Art, und er sei jederzeit bereit, wenn notwendig die zur Unterstützung seiner Stellungnahme notwendigen Schritte zu unternehmen. Die gemeinsame Konferenz der Seeleute und Hafentarbeiter sei jedoch zu der Schlußfolgerung gelangt, daß mit der Bekräftigung der früheren Resolution alles gesagt worden sei, was gesagt werden könne. Es wäre daher besser, wenn der Kongreß die im Bericht der gemeinsamen Konferenz gemachte Empfehlung annähme. Er beantrage daher die Annahme des Berichtes.

N. Metslov (estländischer Seeleuteverband im Exil) erklärte, sein Verband erhebe keinerlei Einwände gegen die die südamerikanischen Diktaturen verurteilende Resolution. Sein Verband stelle ein symbolisches Bindeglied zwischen den von den Kommunisten unterdrückten Ländern dar, er sei jedoch nicht zum Kongreß gekommen, um zu irgendwelchen Resolutionen aufzurufen, welche nichts als Sympathiekundgebungen waren. Seine Landsleute würden zurzeit unterdrückt, aber es sei nur eine Frage der Zeit, bis das Ergebnis der Konkurrenz zwischen dem Kommunismus und der freien Welt zutage treten würde. Falls der Kongreß eine Resolution annähme, in der lediglich die faschistischen Diktaturen verurteilt werden, bestünde die Gefahr, daß die Völker hinter dem Eisernen Vorhang daraus die Schlußfolgerung ziehen könnten, die ITF sei nicht gegen die kommunistischen Diktaturen. Gewiß, die Diktatur der Dominikanischen Republik, die Vorgangsweise der südafrikanischen Regierung und das Regime Francos in Spanien seien fürchterlich,

* Siehe Seite 283.

aber die Vorgangsweise der von Moskau aus kontrollierten Regierungen sei ebenso abscheulich. Wenn wir schon beginnen, Diktaturen zu verurteilen, sollten wir uns gegen jede Art von Diktatur aussprechen.

L. White (Sekretariat der ITF) erwiderte, er glaube sagen zu können, daß sich der gesamte Kongreß den Ausführungen des Kollegen Metslov anschließe. Die ITF habe wiederholt das Verhalten der kommunistischen Regierung verurteilt. Im vorigen Falle hätten verschiedene lateinamerikanische Mitgliedsverbände die Aufmerksamkeit des Kongresses auf sehr ernstzunehmende Entwicklungen gelenkt, durch welche die Freiheit der Gewerkschaften bedroht würde. Es bestünden also besondere Gründe für eine Verurteilung der in diesen Weltteilen bestehenden Diktaturen, und er hoffe, der Kongreß werde die Resolution unterstützen.

Der Präsident erklärte, falls die lateinamerikanischen Delegierten eine Resolution in bezug auf alle lateinamerikanischen Diktaturen vorbringen wollten, könnte sie einen diesbezüglichen Antrag stellen, der an das Exekutivkomitee in seiner Eigenschaft als Kongreßleitung weitergeleitet werden würde.

Sodann wurde der Bericht über die gemeinsame Konferenz der Seeleute und Hafendarbeiter angenommen. Die Diskussion zu den Berichten der Konferenzen der Seeleute, Hochseefischer und Eisenbahner sowie des Berichtes der gemeinsamen Konferenz der Eisenbahner und Straßentransportarbeiter wurde verschoben, bis diese Berichte in alle Sprachen übersetzt worden seien.

Der Präsident ging sodann zu Punkt 11 der Tagesordnung (Mitgliederbeiträge) über. Er erklärte, daß die Gründe für den Vorschlag zur Erhöhung des normalen Satzes der Mitgliederbeiträge auf 6d. pro Mitglied pro Jahr aus den vorliegenden Unterlagen hervorginge. Er habe selbst nichts weiter dazu zu bemerken.

Da sich kein Redner zu Wort meldete, beantragte die Delegation der RLEA die Annahme des Vorschlages.

Sodann wurde über den Vorschlag abgestimmt, und der Vorschlag wurde angenommen.

Die Sitzung wurde sodann unterbrochen, um den Bericht des Unterausschusses zur Behandlung der Vorschläge der RLEA über die Mitgliedschaft des Exekutivkomitees abzuwarten.

Bei der Wiedereröffnung der Diskussion erklärte Ph. Seibert (Berichterstatler), der Unterausschuß habe sich mit den zwei Vorschlägen der RLEA befaßt und sich nach besten Kräften bemüht, eine Lösung zu finden. Der erste Vorschlag versuche, den gegenwärtigen Sachverhalt mit den Satzungen in Einklang zu bringen. Der Unterausschuß habe jedoch diesen Vorschlag nicht annehmen können, weil er sich auf die Position anderer im Exekutivkomitee vertretenen Länder auswirken würde. Hätte der Unterausschuß den Vorschlag angenommen, würden wir auf jedem künftigen Kongreß weitere Vorschläge zur Änderung der Satzungen zu behandeln haben. Ähnliche Überlegungen träfen auch auf den zweiten Vorschlag zu. Man habe anerkannt, daß die amerikanischen Delegierten der Bedeutung des Exekutivkomitees Rechnung tragen und gleichzeitig die Tätigkeit der ITF in den Entwicklungsländern fördern sollten. Um eine intensivere regionale Tätigkeit zu ermöglichen, habe der Kongreß bereits den Beschluß gefaßt, die Mitgliederbeiträge zu erhöhen. Der Unterausschuß empfehle daher, Paragraph 5 des Artikels 8 der Satzungen sei zu ändern, da bis zu acht Mitglieder des Exekutivkomitees aus den Entwicklungsländern kooptiert werden könnten. Dies wäre im Sinne des Vorschlages der amerikanischen Delegation, im Interesse der ITF und

würde gleichzeitig der RLEA ermöglichen, ihre beiden Anträge rückgängig zu machen.

E. J. Hickey (RLEA) erklärte, seine Organisation sei im Hinblick auf die einstimmige Empfehlung des Unterausschusses bereit, ihre Abänderungsanträge rückgängig zu machen. Er beantrage die Annahme der Empfehlung des Unterausschusses.

P. Hall (nordamerikanische Seeleute, SIU) schloß sich den Ausführungen des Vorredners an, aber nicht ohne ein gewisses Bedauern. Er sei jedoch der Ansicht, daß wir auf dem Wege zur Verwirklichung der von seiner Organisation als notwendig erachteten Vertretung einen gewissen Fortschritt erzielt hätten.

Der Präsident ersuchte den Kongreß angesichts der Empfehlung des Unterausschusses sowie der Tatsache, daß die RLEA ihre Anträge rückgängig gemacht habe, von einer Abstimmung nach Mitgliederzahlen abzusehen. Die Empfehlung des Unterausschusses wurde sodann durch Handaufheben gebilligt und die Sitzung vertagt.

Donnerstag, den 28. Juli 1960

Nachmittagsitzung

Der Präsident eröffnete die Sitzung und gab die Namen der Kandidaten für den Generalrat bekannt:

Länder und -gruppen	Mitglieder	Stellvertreter
<i>Europa</i>		
1. Österreich	(1) J. Matejcek	W. Svetelsky
2. Belgien, Luxemburg, Niederlande	(3) R. Dekeyzer (Belgien) H. J. Kanne (Niederlande) J. Leurs (Luxemburg)	P. Potums (Belgien) C. W. van Driel (Niederlande) J. Geldof (Luxemburg)
3. Dänemark, Färöer Inseln, Island, Finnland	(3) G. E. Widing (Finnland) E. Borg (Dänemark) C. Oldager (Dänemark)	S. Koutio (Finnland) B. Jensen (Dänemark) E. Rasmussen (Dänemark)
4. Frankreich	(1) F. Laurent	R. Lapeyre
5. Deutschland	(4) Ph. Seibert F. Schreiber A. Kummernuss H. Hildebrand	F. Eichinger Frl. L. Raupp H. Steldinger W. Birnbaum
6. Großbritannien	(4) F. Cousins S. F. Greene W. J. P. Webber Sir T. Yates	A. H. Kitson W. J. Evans J. V. Bailey D. S. Tennant

Länder und -gruppen	Mitglieder	Stellvertreter
7. Griechenland	(1) M. Petroulis	C. Stathopoulos
8. Italien, Malta	(2) E. Semenza B. Carella	A. Cilia (Malta) L. Morra
9. Norwegen	(1) G. Hauge	K. Kjoniksen
10. Schweden	(1) S. Klinga	G. Kolare
11. Schweiz	(1) H. Düby	E. Hofer
<i>Naher Osten</i>		
12. Israel	(1) Z. Barash	W. Dalman
<i>Afrika</i>		
13. Ägypten, Sudan, Tunesien	(1) M. Hellal (Tunesien)	A. Osman (VAR)
14. Ghana, Nigeria	(2) freie Sitze	freie Sitze
15. Kenia, Uganda, Tanganjika, Sansibar, Rhodesien, Njassaland, Mauritius, Südafrika	(2) S. J. Katungutu O. P. Pathak	
<i>Asien</i>		
16. Japan	(2) T. Nishimaki M. Kurumada	
17. Ceylon, Hongkong, Indien, Aden	(1) J. D. Randeri (Indien)	Chang Tou Min (Hongkong)
18. Indonesien, Pakistan, Philippinen, Korea	(2) M. A. Khatib (Pakistan) R. A. Santoso (Indonesien)	Lee Ki Choll (Korea) R. S. Oca (Philippinen)
<i>Australien</i>		
19. Australien, Neuseeland	(1) A. Archibald (Australien)	T. Duffy (Australien)
<i>Südamerika und karibisches Gebiet</i>		
20. Argentinien, Brasilien, Britisch-Guayana, Britisch- Honduras, Chile, Kolumbien, Kostarika, Kuba, Ekuador, Honduras, Nikaragua, Mexiko, Panama, Paraguay, Peru, Uruguay, Venezuela	(4) H. Alonso (Argentinien) M. L. de Oliveira (Brasilien) V. Conde (Kolumbien) F. Taboada Alegre (Peru)	A. A. di Santo (Argentinien) A. G. de Castro (Brasilien) E. Jaquin (Kolumbien) M. del Portal (Peru)
21. Barbados, Grenada, Jamaika, St. Lucia, Trinidad	(1) freier Sitz	freier Sitz
<i>Nordamerika</i>		
22. Kanada	(2) F. H. Hall W. J. Smith	Ch. Smith D. N. Secord

Länder und -gruppen	Mitglieder	Stellvertreter
23. Vereinigte Staaten	(4) M. Quill A. E. Lyon R. C. Couatts H. C. Banks	J. Horst T. L. Howieson E. J. Hickey P. Hall

*Organisationen in Illegalität
oder im Exil*

24. Estland, Polen, Spanien	(1) A. H. Vizcaino (Spanien)	N. Melslov (Estland)
-----------------------------	---------------------------------	-------------------------

Der Präsident erinnerte den Kongreß, daß Kollege P. Hall im Zusammenhang mit dem Bericht über die gemeinsame Konferenz der Seeleute- und Hafenarbeitersektion über eine Resolution gesprochen habe, welche sich mit der Beschränkung der Gewerkschaftsrechte der Dominikanischen Republik, in Paraguay und auf Kuba befaßt. Er ersuchte Kollege Hall, den Wortlaut dieser Resolution zu verlesen. P. Hall verlas die Resolution, die sodann zur Abstimmung gebracht und angenommen wurde.

Sodann nahm der Kongreß die Liste der Kandidaten für den Generalrat an, und die erwähnten Kandidaten wurden zu Mitgliedern des Generalrates gewählt.

Der Präsident gab sodann die Namen der Kandidaten für das Exekutivkomitee bekannt. Da zwei britische Kandidaten zur Wahl gestellt worden seien, nämlich Kollege Cousins, Transportarbeiter, und Kollege Greene, Eisenbahner, müsse eine Abstimmung nach Mitgliedszahlen stattfinden. In der folgenden Abstimmung vereinigte Kollege Greene 2 111 000 Stimmen auf sich, Kollege Cousins 1 787 600 Stimmen, bei 87 600 Stimmenthaltungen. Somit wurde Kollege Greene zum britischen Kandidaten gewählt.

P. Hall verwies den Kongreß auf Artikel 8 der ITF-Satzungen, wo es heißt, daß die gewählten Mitglieder des Exekutivkomitees mindestens ein Viertel der gewählten Mitglieder des Generalrates ausmachen müssen, jedoch nicht weniger als sieben sein dürften. Es sei also keine Höchstzahl, sondern nur eine Mindestzahl vorgeschrieben. Aus diesem Grunde wäre es ganz in Ordnung, wenn der Präsident bestimme, daß das Exekutivkomitee aus zwölf anstatt elf Mitgliedern bestehen soll. Überdies wäre die Nichtberücksichtigung von Bruchzahlen diskutabel. Was immer im Rahmen der Organisation getan werden könne, um eine Vergrößerung der Mitgliedschaft und eine weitgehendere Vertretung im Exekutivkomitee zu ermöglichen, sei letzten Endes im Interesse der ITF. Die Satzungen sollten nicht im Sinne einer verminderten, sondern im Sinne einer erhöhten Vertretung der Mitgliedsverbände ausgelegt werden.

Der Präsident erinnerte Kollege Hall, daß der Kongreß in diesem Zusammenhang bereits einen Beschluß gefaßt habe, in dem die Empfehlungen des Exekutivkomitees über die Zusammensetzung des Generalrates angenommen worden seien. Er, als Präsident, sei daher nicht für eine Beschlußfassung zuständig. Der Kongreß habe bereits seine Entscheidung getroffen.

Sodann teilte der Präsident mit, daß Kollege M. A. Hellal (tunesische Eisenbahnerföderation) ebenfalls zur Liste der Kandidaten für direkte Wahl in das Exekutivkomitee hinzugefügt worden sei. Es stünden somit 14 Kandidaten für insgesamt 11 Sitze zur Wahl. Da gemäß den Satzungen höchstens die Hälfte der Mitglieder des Exekutivkomitees einer Sektion entspringen

dürften, könnten von den acht Kandidaten der Eisenbahner nur fünf gewählt werden. Aus diesem Grunde seien die anderen sechs Kandidaten, welche keine Organisationen der Eisenbahner vertreten, nämlich die Kollegen R. Dekeyzer (Belgien), H. J. Kanne (Niederlande), G. Hauge (Norwegen), S. Klinga (Schweden), M. Petroulis (Griechenland) und Z. Barash (Israel) bereits als gewählt zu betrachten.

Der Kongreß schritt sodann zur Wahl der übrigen fünf Mitglieder des Exekutivkomitees. Die acht Kandidaten waren:

Ph. Seibert (Deutschland), A. E. Lyon (USA), H. Düby (Schweiz), S. F. Greene (Großbritannien), J. Matejcek (Österreich), F. Hall (Kanada), F. Laurent (Frankreich) und M. A. Hellal (Tunesien).

Der Kongreß befürwortete sodann die folgenden Nominierungen für den Geschäftsführenden Ausschuß: D. S. Tennant, W. J. P. Webber, Sir. T. Yates und W. J. Evans.

Die folgenden Nominierungen für den Ausschuß der Rechnungsprüfer wurden vom Kongreß befürwortet: C. W. Evans und R. C. Gunter.

Die Sitzung wurde sodann vertagt.

Freitag, den 29. Juli 1960

Vormittagssitzung

Der Präsident eröffnete die Sitzung und gab sodann das Resultat der Abstimmung nach Mitgliedszahlen über die Wahl der fünf Mitglieder des Exekutivkomitees (Eisenbahnverband) bekannt. Die folgenden Mitglieder wurden gewählt:

A. E. Lyon (USA)	2 981 800 Stimmen
F. Laurent (Frankreich)	2 282 400 »
F. M. Hall (Kanada)	2 189 400 »
H. Düby (Schweiz)	1 839 600 »
Ph. Seibert (Deutschland)	1 733 300 »

E. J. Hickey (RLEA) wies darauf hin, daß nicht alle gewählten Kandidaten die Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt hätten und zitierte § 5 der Geschäftsordnung und § 8 des Artikels VI der ITF-Satzungen. Die Bestimmung der Satzungen, daß eine Wahl nur dann zulässig sei, wenn der betreffende Kandidat die Mehrzahl der Stimmen auf sich vereinigt, müsse demnach als bindend betrachtet werden. Nur drei der nominierten Kandidaten hätten bei der ersten Abstimmung eine Stimmenmehrheit für sich in Anspruch nehmen können. Es müsse somit weiter abgestimmt werden, bis die übrigen Kandidaten die erforderliche Stimmenzahl auf sich vereinigt hätten. Der Präsident erklärte, er habe das normale Verfahren für die Abstimmung bereits vor der Abstimmung bekanntgegeben. Dieses Verfahren sei befolgt worden, und die Wahl der erwähnten Mitglieder sei gültig.

P. Hall (SIU, Nordamerika) erhob gegen den Beschluß des Präsidenten Einspruch.

Der Kongreß bestätigte den Beschluß des Präsidenten. Der Präsident ersuchte den Kollegen F. Laurent, im Namen des Exekutivkomitees zu Punkt 12 (E) der Tagesordnung, Wahl des Generalsekretärs, zu sprechen.

F. Laurent (Berichterstatter des Exekutivkomitees) erinnerte die Delegierten, daß die Mitteilung vom Rücktritt des Generalsekretärs zu zwei Anträgen Anlaß gegeben habe. Einen vom Kollegen Kummernuss (ÖTV) und den zwei-

ten vom Kollegen Greene (britischer Eisenbahnverband). Das Exekutivkomitee habe sich mit diesen Anträgen und auch mit gewissen Kommentaren anderer Kollegen befaßt, die dem Exekutivkomitee nahegelegt hatten, eine Empfehlung in bezug auf die Wahl eines neuen Generalsekretärs zu machen. Nach Prüfung des Antrages der Gewerkschaft ÖTV sei das Exekutivkomitee zu der Auffassung gelangt, daß es nicht im Interesse der ITF wäre, diesen Antrag anzunehmen. Er ersuche daher die antragstellende Gewerkschaft, ihren Vorschlag zurückzuziehen. Der Antrag des Kollegen Greene könne eher mit der Zustimmung des Kongresses rechnen. Das Exekutivkomitee habe beschlossen, die Vollmachten des Kongresses im Zusammenhang mit der Wahl des Generalsekretärs keineswegs zu beschränken. Da jedoch der Kongreß selbst gewisse Wünsche zum Ausdruck gebracht hätte, habe das Exekutivkomitee versucht, einen Nachfolger für O. Becu zu empfehlen, der in der Lage sei, seinen Aufgaben gerecht zu werden. Das Exekutivkomitee empfehle daher einstimmig die Wahl des Kollegen Peter de Vries. Kollege de Vries sei in der ganzen ITF gut bekannt und habe sich seit vielen Jahren auf nationaler und internationaler Ebene innerhalb der ITF aktiv betätigt. Das Exekutivkomitee sei der Meinung, daß er auf Grund seiner Erfahrungen besonders geeignet sei, die Aufgaben des Generalsekretärs zu erfüllen.

Gleichzeitig möchte das Exekutivkomitee dem neugewählten Exekutivkomitee empfehlen, zwei stellvertretende Generalsekretäre zu ernennen, und zwar die Kollegen Imhof und White. Er hoffe, der Kongreß werde diese Empfehlung einstimmig gutheißen, da sie nach der Auffassung des Exekutivkomitees die beste Lösung darstelle, durch die die Kontinuität der Arbeiten des Sekretariats gewährleistet werden könnte. Das Exekutivkomitee hoffe daher, daß Kollege de Vries einstimmig zum Generalsekretär gewählt und die beiden stellvertretenden Generalsekretäre mit ihm als ein Team zusammenarbeiten würden. Der Präsident ersuchte um weitere Wortmeldungen des Exekutivkomitees.

M. Trana (norwegischer Eisenbahnverband) erklärte im Namen der gesamten skandinavischen Delegation, daß der Kongreß über den Generalsekretär abstimmen sollte. Bei allem Respekt für Kollege de Vries und in voller Anerkennung der von ihm geleisteten Arbeit könne sich die skandinavische Delegation der Empfehlung des Exekutivkomitees nicht hundertprozentig anschließen. Er schlage daher vor, die Empfehlung abzulehnen und anschließend zur Wahl zu schreiten.

J. S. Thore (schwedischer Seeleuteverband) erklärte, man habe das Exekutivkomitee um einen Vorschlag ersucht, in der Annahme, daß es einen guten Vorschlag machen würde. Man habe gehofft, sie würden untersuchen, ob es möglich sei, einen jungen, aktiven Kollegen für dieses Amt zu finden. Dies sei jedoch leider nicht möglich gewesen. Die skandinavische Gruppe habe nichts gegen Kollege de Vries einzuwenden. Er sei in der Gewerkschaftsbewegung seines Heimatlandes und auch auf internationaler Ebene aktiv tätig gewesen. Man müsse jedoch feststellen, daß er infolge Erreichung der Altersgrenze sein Amt bei seiner Gewerkschaft niedergelegt habe. Der Redner sagte, man solle Kollege de Vries die Möglichkeit geben, seinen Lebensabend in Frieden zu verbringen. Er könne nicht verstehen, warum man einem pensionierten Kollegen die enorme Arbeitslast auferlegen sollte, die mit dem Amt eines Generalsekretärs der ITF verbunden sei. Er wisse natürlich, daß die Empfehlung des Exekutivkomitees abgelehnt werden müßte, ehe eine weitere Nominierung gemacht werden könne, er ersuche daher den Kongreß, dies zu tun, damit ein jüngerer Kollege gewählt werden könne.

T. Sonstebj (norwegischer Seeleuteverband) erklärte, er und viele andere

skandinavische Seeleute hätten den Kollegen White als Generalsekretär vorgezogen. Die skandinavische Delegation als Ganzes würde jedoch lieber den Kollegen Imhof mit der vorläufigen Führung der Geschäfte der Föderation beauftragen. Ein Seemann stelle nach Auffassung der skandinavischen Delegation angesichts des besonderen Interesses der ITF in der Schifffahrt die ideale Lösung dar. Kollege de Vries sei zwar ein Seemann und ein guter Gewerkschafter. Er sei jedoch bei seiner Gewerkschaft bereits in den Ruhestand getreten. Aus diesem Grunde sollte man von ihm nicht verlangen, die Aufgaben des Generalsekretärs zu übernehmen. Kollege de Vries sei ein ausgezeichneter Regionaldirektor und sollte dieses Amt weiterhin bekleiden. Sodann erklärte der Redner, er pflichte der allgemeinen Anerkennung, die dem Generalsekretär gezollt wurde, bei, könne sich jedoch keineswegs mit seiner Haltung im Zusammenhang mit seinem Austritt aus der ITF einverstanden erklären. Erst vor kurzem habe ihm Kollege Becu versichert, er werde die ITF unter keinen Umständen verlassen. Zur allgemeinen Überraschung habe er, wie irgendein beliebiges Mitglied des Personals, ganz kurzfristig gekündigt. Dies habe zu einer sehr schwierigen Lage geführt, da wir keine Zeit gehabt hätten, uns die Sache richtig zu überlegen. Er hätte gegen Kollege de Vries, der gute Arbeit geleistet habe, nichts einzuwenden, aber er könne sich nicht des Gefühls entbehren, daß es sich hier um ein Manöver gewisser Leute handle, die dem Kongreß eine bestimmte Lösung aufzwingen wollten. Falls Kollege de Vries mit der Führung der Geschäfte der ITF beauftragt werde, könnte er ohne Zweifel großen Einfluß auf die Wahl eines ständigen Generalsekretärs ausüben.

Der Apparat der ITF sei überaus kompliziert, er müsse modernisiert und den gegenwärtigen Verhältnissen angepaßt werden. Zurzeit seien einige mit den Bestimmungen der Satzungen vertraut, andere dagegen überhaupt nicht. Die diesbezüglichen Beschwerden von seiten der amerikanischen Kollegen hätten viel für sich. Kollege Sonstebey beantragte die Bildung eines Ausschusses mit der Aufgabe, eine Revision der Satzungen zu unternehmen, weil diese dringend einer Modernisierung bedürften. Die Wahl der Mitglieder des Exekutivkomitees habe dies einwandfrei bewiesen. Die Satzungen sollten geändert werden.

Außerdem sollte zu Beginn des Kongresses eine Wahlkommission ernannt werden, die dem Kongreß Kandidaten für das Amt des Generalsekretärs, der stellvertretenden Generalsekretäre, der Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses und des Exekutivkomitees vorschlägt. Diese Kommission sollte im Einvernehmen mit dem ausscheidenden Exekutivkomitee handeln. Es sei nicht richtig, dem Exekutivkomitee eine derartige Aufgabe zuzumuten. Die skandinavische Gruppe beantrage die Wahl des Kollegen Imhof zum Generalsekretär und empfehle dem neugewählten Exekutivkomitee die Kollegen White und Santley als stellvertretende Generalsekretäre.

Sodann wiederholte Kollege Sonstebey seinen Vorschlag zur Revision der Satzungen der ITF. Abschließend dankte er dem Präsidenten für seine Führung der Geschäfte des Kongresses und erklärte, alle seine skandinavischen Kollegen bedauerten das Resultat der Wahl der Mitglieder des Exekutivkomitees.

J. Curran (NMU, USA) unterstützte die Empfehlung des Exekutivkomitees und erklärte, er möchte sich bei dieser Gelegenheit von der Stellungnahme der amerikanischen Delegationen am gleichen Tage und auch am Vortage distanzieren. Seine Organisation sei weder zu Rate gezogen worden noch habe man mit ihr Rücksprache gehalten. Sodann erwähnte er, daß die anderen amerikanischen Delegationen – aber nicht seine eigene – zu einem

Empfang in der amerikanischen Gesandtschaft eingeladen worden seien. Daraus müsse er schließen, daß seine Gewerkschaft nicht als amerikanisch betrachtet werde. Er fühle sich jedoch nicht vor den Kopf gestoßen, denn es könnte sein, daß der Gesandte ein Republikaner ist und aus diesem Grunde Leute, die ihre demokratischen Anschauungen nicht verhehlen, ausschließen wollte.

Die ITF befinde sich zurzeit in einer sehr ernsten Situation. Im Zusammenhang mit seinem kürzlichen Besuche der Sowjetunion erklärte Kollege Curran, daß in Rußland auf dem Gebiete der Organisation und Verwaltung keine Schwierigkeiten bestünden. Man könne natürlich einwenden, daß Rußland keine Demokratie sei. Andererseits sei es aber auch keine Anarchie. Von dem gegenwärtigen Kongreß sei er sehr enttäuscht. Er habe eine begeisterte Bekräftigung der von der ITF auf dem Gebiete der regionalen Tätigkeit vertretenen Grundsätze erwartet, eine Demonstration unserer Einigkeit auf internationaler Ebene. Statt dessen habe er bei den Abstimmungen lediglich Egoismus und separatistische Tendenzen vorgefunden. Einige Delegierte hätten versucht, den Präsidenten seines Amtes zu entheben und außerdem bei der Wahl der Mitglieder des Exekutivkomitees gegen die von ihnen ursprünglich vorgeschlagenen Kandidaten gewählt.

Er wolle sich jedoch nicht in interne Differenzen einmischen, weil es ihm um die Bekämpfung des die ITF von außen her bedrohenden Feindes ginge. Er spreche vom Kommunismus. Eine in sich uneinige ITF, die nicht einmal in der Lage sei, einen Nachfolger für ihren ausscheidenden Generalsekretär zu wählen, würde sich vor den Kommunisten lächerlich machen. Die Kommunisten würden außerdem aus unserer Ziellosigkeit und Uneinigkeit Propagandakapital schlagen. Der Kongreß habe eine Anzahl von Resolutionen angenommen, in denen fromme Wünsche zum Ausdruck gebracht würden, sonst jedoch nichts getan. Wenn man auch von manchen Regierungen eine fluktuierende und unbestimmte Politik erwarten könnte, sollte zumindest die ITF ihr Ziel klar vor Augen haben. Der Kongreß müsse unbedingt einen einstimmigen Beschluß über die Wahl des neuen Generalsekretärs fassen, andernfalls hätte das Weiterbestehen der Föderation überhaupt keinen Zweck. Das Exekutivkomitee habe eine einstimmige Empfehlung gemacht, der sich auch der Generalsekretär, der mit allen Schwierigkeiten des gegenwärtigen Sachverhaltes vertraut ist, angeschlossen habe. Zahlreiche Delegierte hätten sich mit ungewöhnlicher Genauigkeit in Beschreibungen der Vorzüge des Generalsekretärs ergangen, seine Leistungen anerkannt und ihm ihr Vertrauen ausgesprochen. Man sollte daher annehmen können, daß der Kongreß, als Zeichen dieses Vertrauens, sich der Empfehlung des Generalsekretärs anschließen könnte.

Seine Organisation werde die ITF unterstützen, solange sie als eine internationale Föderation die Interessen der ihr angeschlossenen Verbände nach besten Kräften vertritt und ihren Beitrag zur Schaffung neuer Gewerkschaften leistet. Die ITF dürfe jedoch nicht zum Werkzeug politischer «Drähtzieher» werden. Er appellierte an den Kongreß, die Empfehlungen des Exekutivkomitees einstimmig zu unterstützen, um auf diese Weise den dem Prestige der ITF zugefügten Schaden zu reparieren.

H. Hildebrand (deutsche Gewerkschaft ÖVT) brachte seine Genugtuung darüber zum Ausdruck, daß zwischen der Empfehlung des Exekutivkomitees und dem von seiner Gewerkschaft gemachten Vorschlag eine so weitgehende Übereinstimmung bestand. Ein einziger Name sei verschieden. Die Auffassung des Kollegen Sonstebly, es handle sich hier um eine Art von Manöver, ließe sich kaum rechtfertigen, und es sei nicht besonders aufrichtig, den

Generalsekretär einerseits für seine gewerkschaftliche Tätigkeit zu loben und andererseits anzudeuten, er besitze nicht die erforderlichen Fähigkeiten zur Ausübung des Amtes, für welches ihn das Exekutivkomitee einstimmig vorgeschlagen habe. Diese einstimmige Empfehlung sollte vom Kongreß einstimmig unterstützt werden. Er sei jedoch der Ansicht, daß der Beschluß zur Verlängerung der Zeitspanne zwischen Kongressen von zwei Jahre auf drei nicht auf dem gegenwärtigen Kongreß gefaßt werden sollte. Kollege de Vries sollte die Leitung der Geschäfte der Föderation für die nächsten zwei Jahre übernehmen. Am Ende dieser zwei Jahre würden wir in der Lage sein, die Arbeit möglicher Nachfolger im Sekretariat und andere inzwischen eingegangene Nominierungen zu überprüfen, und es würde dem nächsten Kongreß, Generalrat und Exekutivkomitee möglich sein, die durch den Rücktritt des Kollegen Becu entstandene Lücke endgültig zu füllen.

W. Padley (Gewerkschaft des Personals im Einzelhandel, Großbritannien) erklärte, dies sei das erstmal, daß er auf einem Kongreß der ITF spreche. Der heutige Beschluß würde für die Arbeit der ITF in den nächsten Jahren ausschlaggebend sein. Der Kongreß näherte sich seinem Ende, und aus diesem Grund sollte die Empfehlung des Exekutivkomitees angenommen werden. Er bittet das Exekutivkomitee jedoch ausdrücklich, den provisorischen Charakter der Ernennung zu betonen und dafür zu sorgen, daß die ITF einen jungen, tatkräftigen und dynamischen Mann für die endgültige Führung der Geschäfte der Föderation ausfindig machen sollte. Er sprach über die Persönlichkeit Edo Fimmens, den er im Alter von 17 Jahren kennenlernte, wenn auch mehr auf politischer als auf gewerkschaftlicher Ebene, und betonte die Notwendigkeit einer Rückkehr zur Solidarität jener Zeit und einer Arbeitsteilung auf vollkommen gleichberechtigter Basis zwischen dem IBFG und der ITF ohne Druck und Drohungen. Uneinigkeit könne lediglich dem Kommunismus Tür und Tor öffnen.

P. Hall (SIU, Nordamerika) erinnerte die Delegierten, daß er sich bereits früher den Ausführungen eines britischen Delegierten in bezug auf die Ernennung eines provisorischen Geschäftsführers angeschlossen habe. Ein solcher Beschluß müsse noch vor Ende des gegenwärtigen Kongresses gefaßt werden. Er vertrete diese Auffassung nicht nur, weil er das Exekutivkomitee unterstützen wolle, sondern weil sie ihm als die einzig logische Stellungnahme erscheint. Er habe nichts gegen Meinungsverschiedenheiten einzuwenden, da sie die Prerogative eines demokratischen Verfahrens darstellten. Die Delegation der NMU sei nach der Sowjetunion gegangen, obwohl sich das Nationale Arbeitszentrum gegen solche Besuche ausgesprochen hatte. Dazu wolle er bemerken, daß gegen eine solche Reise nichts einzuwenden sei, wenn sie dem Wunsch der Mitglieder der Gewerkschaft entspricht. Kollege Curran sollte auch in anderer Hinsicht tun was er predigt.

Auf Grund der gleichen Überlegungen hätten die Delegierten das Recht, alternative Kandidaten vorzuschlagen. Persönlich unterstütze er die Empfehlung des Exekutivkomitees, aber die skandinavische Gruppe sollte die Möglichkeit haben, einen alternativen Kandidaten für dieses wichtige Amt vorzuschlagen. Die ITF würde nicht zusammenbrechen, nur weil in bezug auf die Wahl der Mitglieder des Exekutivkomitees und des Generalsekretärs Meinungsverschiedenheiten bestünden. Diese Meinungsverschiedenheiten seien der beste Beweis dafür, daß die ITF zur freien internationalen Arbeitsbewegung zähle. Er vertrete jedoch die Meinung, daß eine Anpassung des Verfahrens an die modernen Gegebenheiten am Platze sei.

M. Trana (norwegischer Eisenbahnerverband) bedauerte, daß der Vorschlag der skandinavischen Delegation, die Empfehlung des Exekutivkomitees abzu-

lehnen, zu einer hitzigen Diskussion geführt habe. Dies habe jedoch nicht die Loyalität der skandinavischen Gewerkschaften zur ITF beeinträchtigt, und sie würden sich dem Willen der Mehrheit fügen.

F. Laurent (Berichterstatter des Exekutivkomitees) erklärte, es freue ihn, daß seine Berichterstattung zu einer Diskussion geführt habe. Er dankte Kollege Hildebrand für seine Bereitwilligkeit, den ursprünglichen Vorschlag seiner Organisation zurückzuziehen. Sodann stellte er fest, daß die skandinavischen Kollegen voll und ganz berechtigt seien, ihre Auffassung zum Ausdruck zu bringen. Der Generalsekretär müsse ordnungsgemäß vom Kongreß gewählt werden. Das neugewählte Exekutivkomitee werde einen oder mehrere stellvertretende Generalsekretäre ernennen und die Geschäftsordnung im Hinblick auf die Klarstellung gewisser Punkte prüfen müssen. Die einstimmige Annahme der Empfehlung des Exekutivkomitees würde die Kontinuität der Arbeit des Sekretariats in der Zeit zwischen diesem und dem nächsten Kongreß fördern. Er ersuchte den Kongreß, sein Vertrauen im Exekutivkomitee durch Annahme der Empfehlung zum Ausdruck zu bringen. Der Präsident erklärte, der Kongreß müsse die Empfehlung nunmehr annehmen oder ablehnen. Andere Kandidaten könnten erst nach Ablehnung der Empfehlung vorgeschlagen werden. Kollege Imhof habe die Auffassung vertreten, daß der Vorschlag des Exekutivkomitees angenommen werden sollte. Sodann fand eine Abstimmung nach Mitgliederzahlen zum Vorschlag des Exekutivkomitees statt und führte zu folgendem Resultat:

Für	3 492 400
Dagegen	575 000
Stimmenthaltungen	400
Ungültige Stimmen	16 000

Der Präsident ersuchte Kollege Laan, den zweiten Bericht des Entschliebungsausschusses* einzuleiten.

R. Laan jr. (Berichterstatter) erläuterte den neuen Entwurf der Resolution über Arbeitszeiten, dessen Annahme der Entschliebungsausschuß einstimmig beantragt.

Der zweite Bericht des Entschliebungsausschusses wurde sodann vom Kongreß angenommen.

Der Präsident ersuchte Kollege Dekeyzer, den Bericht der Konferenz der Hochseefischersektion* einzuleiten.

R. Dekeyzer (belgischer Transportarbeiterverband) bezeichnete die Sektion der Hochseefischer als das Stiefkind unter den Sektionen der ITF. Die Fischer der meisten Länder seien auf kleinen Booten tätig und könnten sich daher nicht effektiv auf beruflicher Grundlage organisieren. Ihre Arbeitsbedingungen entsprächen bestenfalls der Mindestnorm und würden durch die internationalen Bestimmungen in bezug auf die Sicherheit des Lebens zur See in keiner Weise gewährleistet. Er appellierte an alle der ITF angeschlossenen Transportarbeiter, den Hochseefischern zugunsten der Ratifizierung der vor kurzem angenommenen IAO-Übereinkommen durch entsprechende Interventionen bei ihren Regierungen zur Seite zu stehen.

Der Bericht der Konferenz der Sektion der Hochseefischer wurde sodann vom Kongreß angenommen.

* Siehe Seiten 285 und 286.

H. Düby (Schweizerischer Eisenbahnerverband) unterbreitete sodann dem Kongreß den Bericht über die gemeinsame Konferenz der Sektionen der Arbeitnehmer im Binnenverkehr*.

Der Bericht wurde angenommen.

R. Freund (österreichische Eisenbahnergewerkschaft) unterbreitete den Bericht über die Konferenz der Eisenbahnersektion*.

B. Majumder (indischer Seeleuteverband) erhob Einspruch gegen die von der indischen Eisenbahnerföderation unterbreitete Resolution über den Streik der indischen Eisenbahner. Ehe die ITF als internationales Organ gegen die Gesetzgebung über die lebensnotwendigen Dienste Indiens Protest erhebe, sollte man den Ereignissen in Indien und insbesondere den chinesischen Übergriffen auf indisches Hoheitsgebiet Rechnung tragen. Er sei zur Zeit des Streiks in Indien gewesen und könne mitteilen, daß die Öffentlichkeit die Vorgangsweise der Regierung allgemein begrüßt habe, da es sich um einen von den Kommunisten angestifteten Streik handelte. Er forderte, daß die Resolution rückgängig gemacht oder ihr Wortlaut entsprechend geändert werden sollte.

R. Freund (österreichische Eisenbahnergewerkschaft) erklärte, er könne lediglich hinzufügen, daß diese Resolution vom Entschließungsausschuß nach sehr eingehender Prüfung einstimmig beschlossen worden sei. Aus diesem Grunde erübrige sich eine Änderung ihres Wortlautes. Sie werde zu einem späteren Zeitpunkt noch vom Exekutivkomitee überprüft werden. Der Kongreß nahm sodann den Bericht und die Resolutionen an.

P. Hall (SIU, USA) unterbreitete in Abwesenheit des Kollegen D. A. Tennant den Bericht über die Konferenz der Seeleute*. Kollege Hall dankte dem zurücktretenden Vorsitzenden, Sir Thomas Yates, der in der nahen Zukunft von seinem Amt als Generalsekretär des britischen Seeleuteverbandes zurücktreten werde. Sir Thomas habe seit vielen Jahren als aktiver Gewerkschafter gearbeitet und sei einer der tüchtigsten Kollegen, die aus der internationalen Gewerkschaftsbewegung hervorgegangen seien.

Der Redner erklärte, daß der Frage der Freiheit der Schifffahrt im Zusammenhang mit den gegenwärtigen willkürlichen Blockademaßnahmen der Vereinigten Arabischen Republik im Suezkanal besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden müsse. Diese Frage sei sowohl auf der Sektionskonferenz als auch von einem besonders ernannten Unterausschuß behandelt worden. Kollege A. Osman (Personal der Handelsmarine, Alexandrien) habe erklärt, die Frage der Freiheit der Schifffahrt im Suezkanal könne nicht von den mit ihr verbundenen tiefgründigen politischen Problemen getrennt werden. Aus diesem Grunde habe er sich das Recht vorbehalten, bei der Ausarbeitung der diesbezüglichen Resolution von der allgemeinen Stellungnahme der Mitglieder des Unterausschusses abzuweichen. Der Unterausschuß habe der Sektionskonferenz den Entwurf einer Resolution vorgelegt, in der die Regierung der Vereinten Arabischen Republik aufgefordert wird, ihren internationalen Verpflichtungen nachzukommen und von weiteren Übergriffen auf Schiffe im Suezkanal Abstand zu nehmen. Die Resolution fordert außerdem die der

* Siehe Seiten 288 und 296.

ITF angeschlossenen Mitgliedsverbände auf, in dieser Angelegenheit bei der Regierung der VAR vorstellig zu werden und auf ihre eigenen Regierungen im gleichen Sinne einzuwirken. Die Mitgliedsverbände sollten das Sekretariat über alle Entwicklungen auf dem laufenden halten. Ein weiterer Punkt der Resolution wurde bei ihrer Annahme durch die Sektionskonferenz geändert. Im letzten Paragraphen des geänderten Wortlautes wird das Exekutivkomitee der ITF ermächtigt, die erforderlichen Schritte zur Erreichung dieses Zieles auf möglichst breiter Basis zu unternehmen, falls sich die von den einzelnen Mitgliedsverbänden ergriffenen Maßnahmen als erfolglos erweisen sollten. Vier Delegierte hätten gegen die Resolution gestimmt. Ein vom Delegierten der VAR vorgeschlagener Alternativwortlaut sei abgelehnt worden. Alle anderen im Bericht erwähnten Punkte seien ausführlich diskutiert worden; u. a.: die Regierungskonferenz in Washington, die Resolution über die Dominikanische Republik (diese Resolution wurde an die gemeinsame Konferenz der Seeleute und Hafentarbeiter verwiesen), das Problem der in fernöstlichen Fahrtgebieten durch Chinesen und andere Asiaten verdrängten europäischen Seeleute, die neue internationale Seafarers' Charter (der vorgeschlagene Wortlaut bei der Präambel und gewisse Paragraphen des 1. Artikels seien angenommen worden), die Tätigkeit der Sondersektion der Seeleute, die Anträge des Kollegen Hall zur Einberufung einer lateinamerikanischen Konferenz der ITF und die Ernennung eines ITF-Vertreters, der sich mit den Schiffsfragen des nordamerikanischen Raumes befassen sollte, sowie Anträge der Vereinigung britischer Offiziere der Handelsmarine und Zivilluffahrt (über Ruhezeiten des Wachpersonals vor Auslauf des Schiffes) und des japanischen Seeleuterverbandes (zur Veranstaltung einer zweiten asiatischen Regionalkonferenz der IAO). Diese beiden letzteren Anträge seien angenommen worden und in dem Bericht enthalten.

A. Osman (Personal der Handelsmarine, Alexandrien) erklärte, er habe sich auf der Sektionskonferenz nach besten Kräften bemüht, den organischen Zusammenhang des Problems der Schifffahrt im Suezkanal mit anderen Problemen auseinanderzusetzen. Dieser ganze Fragenkomplex sollte den Vereinten Nationen zur Verhandlung vorgelegt werden. Die Einschränkung der Freiheit der Schifffahrt im Suezkanal sei sowohl für die Sicherheit seines Landes als auch für die Betriebssicherheit des Kanals notwendig. Sein Land sei für die Betriebssicherheit verantwortlich, so daß sich die ergriffenen Maßnahmen nicht gegen Seeleute, Hafentarbeiter oder andere Arbeiterkategorien richteten. Er protestierte gegen den Boykott von Schiffen seines Heimatlandes und bedauerte, daß die Konferenz der Seeleutesektion, anstatt konstruktiv an diese Frage heranzugehen, aus politischen Propagandamotiven gehandelt hätte. In ihrer gegenwärtigen Fassung würde die Resolution als eine Einmischung in die internen Angelegenheiten seines Landes ausgelegt werden, und die arabischen Arbeiter würden glauben, daß sie diskriminiert würden.

A. Khalil (Hafentarbeiterverband von Aden) erklärte, er sei für die Freiheit der Schifffahrt im Suezkanal, habe sich jedoch auf der Sektionskonferenz dagegen ausgesprochen, weil nur die Frage der freien Durchfahrt israelischer Schiffe zur Debatte gekommen sei. Die ITF solle beide Aspekte dieser Frage untersuchen. Falls die Schiffe gewisser Länder, in denen die ITF Mitgliedsverbände hat, boykottiert worden seien, hätte diese Angelegenheit der Sektion unterbreitet werden können. Er empfehle die Annahme des Berichtes, jedoch ohne die Resolution, und schlage die Ernennung eines Unteraus-

schusses vor, der sich mit Fällen der Boykottierung befassen sollte. Andernfalls würde man die ITF einer einseitigen Haltung beschuldigen und den Konkurrenzgewerkschaften eine Waffe in die Hand legen, mit der sie der ITF und der Idee der Solidarität der freien Gewerkschaftsbewegung Schaden zufügen könnten. Abschließend ersuchte er das Sekretariat, seine von der Resolution abweichende Haltung zu Protokoll zu nehmen.

E. Berthelsen (dänischer Schiffsheizerverband) erklärte, diese wichtige Frage berühre nicht nur die Seeleute, sondern alle Transportarbeiter. Zurzeit stünden über 400 Schiffe auf der Schwarzen Liste. Viele dieser Schiffe seien seit Monaten festgehalten worden. Im Falle der «Inge Toft» hätte dies den dänischen Seeleuten große Not bereitet. Es sei notwendig, daß Seeleute ihre Tätigkeit überall ungehindert ausüben können. Die Seeleute wollten mit den Differenzen zwischen der VAR und Israel nichts zu tun haben. Dies sei Sache der Vereinten Nationen.

Wenn der Kongreß die Seeleute wirklich unterstützen wolle, müsse er den ganzen Bericht annehmen. Dadurch würde sich die Regierung der VAR und alle anderen in diese Frage verwickelten Regierungen der Tatsache bewußt werden, daß die der ITF angeschlossenen Seeleuteverbände bereit seien, die Freiheit der Schifffahrt, und damit ihren Lebensunterhalt, wenn nötig, durch gemeinsame Maßnahmen zu verteidigen.

M. Hellal (tunesische Föderation der Eisenbahner) erklärte, die Freiheit habe ihre Grenzen und dürfe nicht so weit gehen, daß sie mit der Freiheit anderer in Konflikt gerate. In Tunesien sei jedermann davon überzeugt, daß, mit der Ausnahme von israelischen Schiffen, unbeschränkte Schifffahrtsfreiheit im Suezkanal bestehe. Soweit Beschränkungen in bezug auf israelische Schiffe vorhanden seien, wären diese gerechtfertigt, weil sich Israel und die VAR nach wie vor im Kriegszustand befänden. Er unterstütze die Resolution, da er das Ideal der Freiheit im allgemeinen vertrete, aber ersuche den Kongreß, die letzten zwei Paragraphen zu streichen, weil sie andeuteten, daß sich diese Beschränkungen nicht auf Israel allein beschränkten und daß sich Israel und die VAR nicht im Kriegszustand befänden.

Der Präsident erklärte, alle diese Punkte seien bereits auf der Sektionskonferenz besprochen worden, und er ersuchte die Delegierten, sich kurz zu fassen.

Z. Barash (israelischer Seeleuteverband) erklärte, diese Frage ginge alle Transportarbeiter an. Die Behauptung, es würden nur israelische Schiffe boykottiert, ließe sich kaum mit der Tatsache vereinigen, daß insgesamt 427 Schiffe auf der Schwarzen Liste stehen, davon 77 britische. Es handle sich um ein internationales Problem und nicht um eine politische Frage. Aus diesem Grunde habe sich die Seeleutesektion damit befaßt. Er vertrete nicht die israelische Regierung, sondern seine Gewerkschaft, und die Interessen der Seeleute seien in der ganzen Welt die gleichen. Wenn die ITF nichts unternähme, würde diese Frage zu einem riesigen Problem werden. Der Kongreß müsse handeln. Außerdem seien die Mitglieder seiner Gewerkschaft nicht gegen die Seeleute der VAR. Die Differenzen bestünden zwischen den zwei Ländern. Den Arbeitern ginge es um ihre Rechte und ihren Lebensunterhalt.

P. Hall (SIU, USA) erklärte, die Zahl der auf der Boykottliste stehenden Schiffe sei im Laufe des letzten Jahres von 387 auf 427 angestiegen. Es handle sich nicht um ein politisches Problem, sondern um ein Problem, wel-

ches die Interessen aller Transportarbeiter berühre, ganz gleich welcher Nationalität sie seien. Der gegenwärtige Sachverhalt sei uns allen überdrüssig. Seine Gewerkschaft sei der Auffassung, es sollten mehr VAR-Schiffe boykottiert werden. Sie habe bisher, trotz dem Widerstande der amerikanischen Regierung, in diesem Sinne gehandelt und werde es auch weiterhin tun.

Der Bericht wurde angenommen.

H. Hildebrand legte sodann den Bericht der Binnenschiffahrtskonferenz* vor. Er teilte mit, daß mit den Donauschiffen Fühlung genommen worden sei. Wir beabsichtigten, diese Kontakte aufrechtzuerhalten. Sodann dankte er dem Kollegen P. Hall für sein Angebot, Informationen über die Auswirkungen der Einführung von Schubeinheiten zur Verfügung zu stellen.

Der Bericht wurde angenommen.

Der Generalsekretär erklärte, es befänden sich zwei Damen in unserer Mitte, die unserer besonderen Aufmerksamkeit würdig seien, und überreichte sodann M^{me} Devaux, Witwe des ehemaligen Vorsitzenden der Eisenbahnersektion, Kollege Guillaume Devaux, sowie Fräulein Thérèse Asser, die im vorigen November nach 36jähriger Tätigkeit bei der ITF in den Ruhestand trat, das Goldene Abzeichen der ITF.

Nach Bekanntgabe des Ergebnisses der Wahl des Generalsekretärs erklärte Kollege

P. de Vries, er habe seine Wahl zum Generalsekretär mit einem lachenden und einem weinenden Auge zur Kenntnis genommen. Er sei dem Kongreß für die ihm damit erwiesene Ehre dankbar. Gleichzeitig sei ihm jedoch eine sehr schwere Verantwortung auferlegt worden. Als man ihn gefragt habe, ob er bereit sei, dieses Amt zu übernehmen, habe er lange darüber nachgedacht. Er sei zwar während der ganzen Zeit seiner gewerkschaftlichen Tätigkeit mit der ITF in Verbindung gestanden; das Amt, in das man ihn berufen wollte, bringe aber ganz andere Aufgaben mit sich. Am Ende habe er sich entschlossen, zu kandidieren. Die ihm bevorstehende Aufgabe werde um so schwieriger sein, als er die Nachfolge eines Mannes antreten müsse, der von vielen auf dem Kongreß anwesenden Delegierten ein großer Generalsekretär genannt worden war. Er sei mit O. Becu seit fast 30 Jahren befreundet und könne daher der Anerkennung dieser Delegierten beipflichten. Während dieser 30 Jahre habe er den Charakter und die Fähigkeiten O. Becus schätzen gelernt.

Er sei sich bewußt, daß auf dem gegenwärtigen Kongreß eine gewisse Verwirrung und ziemlich beträchtliche Meinungsverschiedenheiten zutage getreten seien. Er wolle sich voll und ganz den diesbezüglichen Ausführungen des Kollegen Hall anschließen, glaube aber nicht, daß man es zulassen sollte, daß aus derartigen Meinungsverschiedenheiten ernste Differenzen innerhalb der ITF hervorgingen. Er appelliere daher im Namen der Arbeiterbewegung für eine vereinte ITF. Nur eine in sich geeinte ITF könne das in sie gesetzte Vertrauen erfüllen und die von ihr erwartete Arbeit leisten. Auch er als Generalsekretär könne nur unter dieser Voraussetzung arbeiten.

Insbesondere möchte er an das Personal des Sekretariats appellieren, weiterhin harmonisch zusammenzuarbeiten und ihm bei seiner Tätigkeit die so dringend notwendige Unterstützung zuteil werden zu lassen. Im Augenblick könne er keine bestimmten Versprechen geben, aber er verspreche, sich

* Siehe Seite 300.

nach besten Kräften zu bemühen, das Prestige der ITF aufrechtzuerhalten und das in ihn gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen.

Der Präsident verwies den Kongreß sodann auf einen im Zusammenhang mit der Wahl des Generalsekretärs noch zu behandelnden Antrag über die Verlängerung der Zeitspanne zwischen ordentlichen Kongressen von zwei auf drei Jahre.

Die antragstellende Organisation (Föderation amerikanischer Eisenbahnerverbände [RLEA]) und einige andere Organisationen hätten ursprünglich eine Abstimmung nach Mitgliederzahlen verlangt, aber Kollege Coutts habe ihm nunmehr mitgeteilt, daß sie mit einer Abstimmung durch Handaufheben einverstanden wären.

Der Antrag wurde abgelehnt.

Der Präsident ging sodann zu Punkt 13 der Tagesordnung (Sitz des Sekretariats) über. Obwohl das Exekutivkomitee den Vorschlag zur Verlegung des Sekretariats nach Brüssel zurückgezogen habe, müsse der Kongreß noch bestätigen, daß das Sekretariat in London bleiben soll.

Dies wurde vom Kongreß bestätigt.

Der Präsident kam dann zu Punkt 14 der Tagesordnung (Termin und Tagungsort des nächsten Kongresses).

N. Wälläri (finnischer Seeleuteverband) erklärte, die ITF habe ihren internationalen Charakter stets durch die Veranstaltung ihrer Kongresse in verschiedenen Ländern unterstrichen. Obwohl zahlreiche finnische Verbände der ITF schon seit den zwanziger Jahren angehörten, habe bisher noch kein ITF-Kongreß in Finnland stattgefunden. Er möchte die ITF daher einladen, ihren nächsten Kongreß in Helsinki zu veranstalten. Finnland sei im Sommer ein sehr schönes Land. Aber die Veranstaltung eines Kongresses in Finnland wäre auch aus praktischen Gründen zu begrüßen, da die ITF auf diese Weise ihre Unterstützung der demokratischen Gewerkschaftsbewegung in einem Lande bekunden würde, wo diese Bewegung auf starken Widerstand stoße. Der Präsident schlug vor, die Einladung des Kollegen Wälläri an das Exekutivkomitee weiterzuleiten. Der Kongreß erklärte sich damit einverstanden.

G. Joustra (Ehrengast) dankte der ITF in seinem eigenen und im Namen aller im Ruhestand befindlichen Veteranen für ihre Einladung zum Kongreß. Es freue ihn immer, alte Freunde wieder zu treffen und in der kameradschaftlichen und brüderlichen Atmosphäre einer solchen Zusammenkunft zu sein. Er wünschte der ITF und ihren Mitgliedsverbänden Glück und Segen für die Zukunft.

O. Becu beglückwünschte Kollege de Vries zu seiner Wahl und erklärte sich bereit, ihm und allen anderen Kollegen jederzeit falls nötig mit Rat zur Seite zu stehen. Er habe bereits über seine Gefühle im Zusammenhang mit seinem Ausscheiden aus der ITF gesprochen, aber im gewissen Sinne finde ja eigentlich gar keine Trennung von der ITF statt, weil er weiterhin in der Gewerkschaftsbewegung tätig sein werde. Der IBFG und die ITF seien letzten Endes Teil eines größeren Ganzen. Es beruhige ihn, daß dieses mit so schwerer Verantwortung verbundene Amt seinem alten Freund Peter de Vries übertragen worden sei. Ob er persönlich richtig gehandelt habe, werde sich erst im Laufe der Zeit zeigen. Er hoffe, er werde auf zukünftigen Kongressen der ITF, denen er als Gast beiwohnen würde, noch einiges dazu zu sagen haben. Abschließend wünschte er der ITF und dem Kollegen de Vries allen Erfolg. H. Düby brachte als Vertreter des gastgebenden Landes sein Bedauern darüber zum Ausdruck, daß der Kongreß unter dem Schatten gewisser unvor- aussehbarer Ereignisse und Probleme gestanden habe, hoffe jedoch, daß den Delegierten der Aufenthalt in der Schweiz gefallen habe. Die schweizeri-

schen Organisationen hätten keine Mühe gespart, um dem Kongreß ein wahres Willkommen zu bereiten. Er hoffe, daß die den Himmel der ITF trübenden Wolken sich bald verziehen und daß sich die ITF weiterhin der Verteidigung der Interessen der Transportarbeiter aller Welt widmen würde. Er wünsche allen Delegierten eine angenehme Heimreise und danke ihnen für ihren Besuch. Abschließend möchte er besonders Kollege Cousins für seine ausgezeichnete Führung der Geschäfte des Kongresses danken.

Der Präsident dankte in seiner Schlußrede den Kollegen Düby und Bratschi im Namen des Kongresses für ihre Bemühungen, den Aufenthalt der Delegierten in Bern so angenehm wie möglich zu gestalten.

Wenn von Zeit zu Zeit etwas nicht vollkommen reibungslos abgelaufen wäre, so sei dies nicht die Schuld der schweizerischen Kollegen, die großartige Arbeit geleistet hätten. Wir alle wüßten dies zu schätzen. Außerdem möchte er den Dolmetschern und dem Personal danken. Die lateinamerikanischen Delegierten hätten ihn ersucht, allen Übersetzern und Dolmetschern ihren besonderen Dank auszusprechen. Es sei für die Übersetzer keineswegs leicht gewesen. Sodann dankte er dem Kongreß für seine Hilfe und Unterstützung, ohne die es nicht möglich gewesen wäre, den Vorsitz des Kongresses entsprechend zu führen. Es sei ein schwieriger Kongreß gewesen, überschattet vom bevorstehenden Austritt des Generalsekretärs und der Notwendigkeit der Ernennung eines Nachfolgers. Einige Kreise hätten sich diese letztere Frage gern noch etwas überlegt, wogegen andere der möglichst raschen Ernennung eines Generalsekretärs den Vorzug gegeben hätten. Es freue ihn, daß sich Kollege de Vries bereit erklärt habe, die Leitung der Geschäfte der ITF zu übernehmen.

Es sei bedauerlich, daß Großbritannien nicht mehr im Exekutivkomitee vertreten ist. Der Gedanke, daß ein gewerkschaftspolitisch so wichtiges Land nicht vertreten sei, rufe ein gewisses Befremden hervor. Er hoffe, daß in dieser Hinsicht zu einem geeigneten Zeitpunkt Abhilfe geschaffen werden würde, aber nicht mittels der Methode, die seines Wissens vorgeschlagen worden sei, nämlich Kooptierung des Präsidenten. Er wolle klarstellen, daß er die Nominierung für einen kooptierten Sitz im Exekutivkomitee abgelehnt habe.

Außerdem bedauere er, daß gewisse Mitglieder der RLEA mit seiner Haltung nicht einverstanden wären. Wenn die RLEA einen Präsidenten der ITF haben wollte, der, ehe er eine Entscheidung trifft, die Mitgliederzahlen studiert, sei er nicht ihr Mann, und sie hätten ganz recht getan, gegen ihn zu wählen. Auf jeden Fall würde es der RLEA schwerfallen, ein britisches Mitglied für das Exekutivkomitee zu finden, welches seine Meinungen von der Wahlstärke anderer Delegationen abhängig zu machen bereit sei. Außerdem bedauere er, daß es das amerikanische State Department für richtig gehalten habe, sich in die Geschäfte des Kongresses einzumischen. Der Kongreß könne sich bei der Fassung seiner Beschlüsse nicht von politischen Fraktionen beeinflussen lassen. Kollege Cousins erklärte, er selbst sei nicht anti-amerikanisch eingestellt. Er stimme mit Kollege Hall überein, wenn dieser behauptet, daß Differenzen ihre guten Seiten haben, aber man sollte dabei die Gebote der Fairneß nicht außer acht lassen. Wenn er sich die Feindschaft gewisser Leute bei Organisationen mit hohen Stimmzahlen zugezogen habe, könne er dennoch mit der Freundschaft jener Kollegen rechnen, die nichts in die Waagschale werfen könnten als eine Gesinnung, welche seiner eigenen entspricht.

Es sei ein schwieriger Kongreß gewesen. Als Präsident habe er das Recht gehabt, auf die volle Unterstützung des Kongresses zu zählen, und er könne

sagen, daß er diese Unterstützung im großen und ganzen erhalten habe. Die ITF sei eine große Organisation mit einer gewaltigen Aufgabe. Interne Spaltungen müßten daher vermieden werden. Unsere Aufgabe sei der Aufbau demokratischer Gewerkschaften in aller Welt. Er möchte seinen Freunden und auch den ihm weniger freundlich gesinnten Kollegen «Au revoir» sagen, und er sei sicher, daß sie sich eines Tages in einer weniger trüben Atmosphäre wiedertreffen würden.
Der Kongreß wurde um 13.50 Uhr geschlossen.

Berichte über Sektionskonferenzen und Ausschußsitzungen

Bericht des Mandatsprüfungsausschusses

Zusammensetzung

Der Kongreß beschloß, daß der Mandatsprüfungsausschuß aus den folgenden Mitgliedern bestehen soll: S. J. Katungutu (Afrika), Lee Ki Choll (Asien), R. Geldof (Belgien), W. J. P. Webber (Großbritannien), G. Thevenet (Frankreich), H. Smuda (Deutschland), V. Conde (Kolumbien), Ch. Smith (Nordamerika), N. Wälläri (Skandinavien). Alle Mitglieder waren anwesend.

W. J. P. Webber wurde als Vorsitzender und Berichterstatler des Ausschusses gewählt.

Der Ausschuß wurde davon in Kenntnis gesetzt, daß insgesamt 109 Organisationen aus 37 Ländern, 235 Delegierte und 37 Berater an den Kongreß geschickt hatten. Der Ausschuß prüfte die Mandate jeder Delegation und bat den Vorsitzenden, mit einer Anzahl von Delegierten zu sprechen, deren Mandate zweifelhaft seien. Es wurde beschlossen, daß der Vorsitzende einer weiteren Sitzung des Ausschusses so bald wie möglich das Ergebnis dieser Unterredungen berichten sollte.

Es wurde davon Kenntnis genommen, daß eine kleine Anzahl von Delegierten und Beratern noch erwartet werde.

Sitzungen

Der Ausschuß trat am 20. und 21. Juli zusammen. Der ersten Sitzung wohnten alle Mitglieder bei und der zweiten Sitzung alle Mitglieder mit Ausnahme des Kollegen Wälläri.

Auf seiner ersten Sitzung prüfte der Ausschuß die Mandate der Delegationen auf Grund der Satzungen der ITF, die vorsehen, daß nur Organisationen, deren Mitgliederbeiträge bis einschließlich des dem Kongreß unmittelbar vorhergehenden Quartals bezahlt worden sind, eine Vertretung auf dem Kongreß eingeräumt werden dürfe. Ferner beschäftigte sich der Ausschuß mit den Bestimmungen der Satzungen über die Zahl der Delegierten, auf die eine Organisation Anspruch hat und die ihr zustehende Stimmenzahl im Falle einer Abstimmung mit Stimmzetteln, wobei die Zahl der Mitglieder ausschlaggebend ist, für die die betreffende Organisation den vollständigen Mitgliedsbeitrag bezahlt hat. Bezahlt eine Organisation nur einen bestimmten Prozentsatz des normalen Mitgliedsbeitrages, so wird die Zahl der Delegierten und die Zahl der Stimmen, auf die sie Anspruch hat, entsprechend reduziert. Am ersten Tage des Kongresses hatten sich 235 Delegierte und 37 Berater in Vertretung von 109 Organisationen aus 37 Ländern gemeldet. Die Mandate aller Delegationen wurden geprüft, und der Ausschuß beauftragte den Vorsitzenden, 18 Delegationen, deren Mandate zu Zweifeln Anlaß gaben, um die erforderlichen Auskünfte zu bitten. Mit Ausnahme eines Falles handelte es sich dabei um ausständige Mitgliederbeiträge.

Anläßlich der zweiten Sitzung des Ausschusses berichtete der Vorsitzende, daß von diesen 18 Delegationen a) sieben ihre Mitgliederbeiträge bezahlt hätten, b) zwei die Versicherung abgegeben hätten, daß ihre Mitgliederbei-

träge bereits übermittelt worden seien, in einem Fall an das Sekretariat in London und im zweiten Fall auf ein Konto der ITF in Paris, c) daß acht Organisationen definitiv versprochen hätten, ihre Mitgliederbeiträge in der nahen Zukunft zu bezahlen und eine zufriedenstellende Erklärung der Schwierigkeiten abgegeben hätten, die ihnen eine Bezahlung bisher unmöglich gemacht hatten, und d) daß die Stimmenzahl von zwei Delegationen, von denen eine um Auskunft über die Bezahlung von Mitgliederbeiträgen (siehe a oben) ersucht worden wäre, entsprechend angepaßt worden sei. Demgemäß empfahl der Vorsitzende dem Ausschuß, allen vorerwähnten Delegationen Sitz und Stimme zu bewilligen. Dieser Empfehlung wurde stattgegeben.

Ferner machte der Vorsitzende Mitteilungen über einige wenige Änderungen im Hinblick auf die Namen von Delegierten und Beratern, von denen einige erst nach der ersten Sitzung des Ausschusses eingetroffen seien. Die Notwendigkeit einer weiteren Prüfung von Mandaten hätte sich daraus jedoch nicht ergeben. Unter Berücksichtigung aller dieser Umstände kann der Ausschuß somit berichten, daß dem Kongreß

*241 Delegierte und 47 Berater in Vertretung von
110 Organisationen in 38 Ländern*

beizuhören, mit deren Mandate sich der Ausschuß einverstanden erklärte. Im Falle von Abstimmungen mittels Stimmzettel haben die Delegationen laut Satzungen der ITF insgesamt Anspruch auf 4 120 500 Stimmen.

Einige Delegierte und Berater, die ihre Absicht bekanntgegeben hatten, dem Kongreß beizuhören, waren bis zum Abend des 21. Juli noch nicht eingetroffen. Aus diesem Grunde ermächtigte der Ausschuß den Vorsitzenden, nötigenfalls die Prüfung dieser Mandate vorzunehmen.

Eine vollständige Liste der Delegierten und Berater, die bis zum 21. Juli eingetroffen waren, wird so bald wie möglich verteilt.

*W. J. P. Webber,
Berichterstatler*

Erster Bericht des Resolutionsausschusses

Zusammensetzung

Der Resolutionsausschuß bestand aus den Kollegen M. Hellal (Afrika), T. Yamada (Asien), F. Laurent (Frankreich), H. Hildebrand (Deutschland), C. W. Evans (Großbritannien), E. Ulbrich (Österreich), H. Alonso (Argentinien), R. Laan jr. (Niederlande), G. Weidenfors (Skandinavien), R. C. Couatts (Vereinigte Staaten) und E. Haudenschild (Schweiz). Der Neuseeland vorbehaltene Sitz blieb unbesetzt.

Der Ausschuß trat dreimal zusammen, und zwar am 21., 22. und 25. Juli.

Zum Vorsitzenden und Berichterstatler wurde Kollege R. Laan jr. (Niederlande) gewählt.

Anträge an den Kongreß:

1. Der Ausschuß beschloß, alle beantragten *Änderungen der Satzungen, d. h. Anträge 1 bis 4*, der Vollsitzung des Kongresses vorzulegen, ohne dazu Stellung zu nehmen. Hinsichtlich des zweiten Antrages betreffend die Zusammensetzung des Exekutivkomitees vertraten einige Mitglieder des Ausschusses die Auffassung, daß die antragstellende Organisation (RLEA,

USA) die Diskussion durch Verzicht auf einen der Alternativanträge erleichtern könnte. Der amerikanische Delegierte stellte fest, daß er dazu nicht ermächtigt wäre. Er rechne jedoch damit, daß die Antragsteller sich noch vor Beginn der Diskussion für den einen oder anderen Vorschlag entscheiden und den zweiten zurückziehen würden.

2. Antrag Nr. 5 (Mitgliederbeiträge) soll der Vollsitzung des Kongresses ohne Kommentar vorgelegt werden.
3. Das Exekutivkomitee hatte dem Ausschuß mitgeteilt, daß es Antrag Nr. 6 (Verlegung des Sitzes der ITF) rückgängig machen wollte, da auf der Hand liege, daß der Vorschlag auf beträchtlichen Widerstand stoßen würde. Es wäre unangebracht, bei einem Vorschlag, für dessen Verwirklichung eine so gut wie völlige Einmütigkeit Voraussetzung sei, Differenzen hervorzurufen.
4. An der zweiten Sitzung wurde beschlossen, Antrag Nr. 7 (Errichtung eines Koordinationsausschusses) der gemeinsamen Konferenz der Sektionen des Binnenverkehrs zur Behandlung zu überweisen. Am 25. Juli erfuhr der Ausschuß, daß die antragstellende Organisation ihren Vorschlag rückgängig zu machen wünschte, da sie auf der vorerwähnten gemeinsamen Konferenz von dem vom Exekutivkomitee bereits unternommenen Schritten zur Behandlung der in ihrem Vorschlag erwähnten Angelegenheiten unterrichtet worden sei.
5. Antrag Nr. 8 (Verkürzung der Arbeitszeit) sollte im Zusammenhang mit Punkt 9 der Tagesordnung des Kongresses auf der Vollsitzung zur Debatte gelangen.
6. Antrag Nr. 9 (Gewerkschaftsrechte in Japan) sollte auf der Plenarsitzung besprochen werden. Die antragstellende Organisation habe einige Änderungen des Wortlautes in Erwägung gezogen.
7. Die folgenden Anträge sollen den Sektionskonferenzen zur Behandlung überwiesen werden:
Nrn. 10 und 11 (Ruheperioden wachhabender Besatzungsmitglieder und Einberufung einer zweiten Asiatischen maritimen Regionalkonferenz der IAO) – Seeleutesektion.
Antrag Nr. 12 (Tagung der IAO-Kommission für Hochseefischerei) – Sektion der Hochseefischer.
Antrag Nr. 13 (Einmannbetrieb) – Sektionen der Eisenbahner und Arbeiter im Straßentransport.

Dringende Resolutionen

In seiner Eigenschaft als für die Geschäftsordnung zuständiger Kongreßausschuß hatte das Exekutivkomitee beschlossen, drei auf den Plenarsitzungen eingereichte Resolutionsentwürfe als dringende und demnach nach Ablauf der satzungsgemäßen Frist zulässige Resolutionen zu betrachten. Es handelte sich dabei um die folgenden Gegenstände:

- a) *Dominikanische Republik* (Antragsteller: RLEA, USA);
- b) *Arbeitskonflikt bei den indischen Eisenbahnen* (Antragsteller: Indische Eisenbahnerföderation);
- c) *Arbeitskonflikt im Luftverkehr Kolumbiens* (Antragsteller: Gewerkschaft «Avianca» des Personals im Luftverkehr).

Hinsichtlich der Resolution über die *Dominikanische Republik* beschloß der Ausschuß auf seiner ersten Sitzung, die Sektionen der Seeleute und Hafenarbeiter um ihre Stellungnahme zu ersuchen. Die gemeinsame Konferenz der beiden Sektionen hatte, wie der Ausschuß auf seiner letzten Sitzung erfuhr, beschlossen, die vom Exekutivkomitee der ITF im April 1960 und vom Vorstand des IBFG auf seiner Sitzung vom 27. Juni bis 2. Juli 1960 angenommenen Resolutionen über den gleichen Gegenstand im Rahmen des Berichtes an den Kongreß zu bekräftigen. Ferner neigte man auf der gemeinsamen Konferenz der Auffassung zu, daß die als dringend zu behandelnde Resolution nunmehr eigentlich rückgängig gemacht werden könnte. Der Vertreter der USA im Resolutionsausschuß lehnte dies ab, worauf der Ausschuß beschloß, sie der Plenarsitzung des Kongresses zu unterbreiten.

Die Resolution über den *Arbeitskonflikt bei den indischen Eisenbahnen* sollte auf der Konferenz der Eisenbahnersektion zur Debatte gelangen.

Hinsichtlich der Resolution über den *Arbeitskonflikt im Luftverkehr Kolumbiens* wurde beschlossen, dem Kongreß die Annahme des folgenden Wortlauts einschließlich einer Änderung des ursprünglichen Textes zu empfehlen:

Resolution über den Arbeitskonflikt im Luftverkehr Kolumbiens

In Anbetracht der Tatsache,

daß die bei der Gewerkschaft «Avianca» organisierten Arbeitnehmer der Fluglinie «Avianca» am 10. Juni eine Forderung nach Erhöhung der Bezüge unterbreiteten, die von den Arbeitgebern unter Berufung auf finanzielle Schwierigkeiten abgelehnt wurde,

daß diese Arbeitnehmer sich gezwungen sehen könnten, in einen Streik zu treten, dessen Folgen kaum vorauszusehen wären, da die Gesetzgebung des Landes Streiks im Luftverkehr verbietet,

ersucht der 26. Kongreß der Internationalen Transportarbeiter-Föderation den Generalsekretär der ITF, den Präsidenten der Republik Kolumbien, den Arbeitsminister und den Vorsitzenden der Betriebsleitung der «Avianca» so bald wie möglich davon in Kenntnis zu setzen, daß die ITF den berechtigten Forderungen des Personals ihre Unterstützung verleihen werde,

ersucht das Exekutivkomitee der ITF *ferner*, die weitere Entwicklung des Konfliktes sorgfältig im Auge zu behalten und bereit zu sein, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, falls er nicht rasch beigelegt würde, und

empfiehlt gleichzeitig, die vorliegende Resolution an den Präsidenten der Gewerkschaft «Avianca» weiterzuleiten.

Abschließend sieht sich der Ausschuß zu seinem Bedauern veranlaßt, an die Mitgliederverbände ein leider fast zur Tradition gewordenes Ansuchen zu richten. Durch die Nichteinhaltung der satzungsgemäß vorgesehenen Frist von vier Monaten vor Beginn des Kongresses, innerhalb der Anträge einzureichen sind, werden dem Geschäftsordnungsausschuß und dem Resolutionsausschuß beträchtliche Unannehmlichkeiten bereitet, wobei außerdem die Gefahr besteht, daß derartige verspätet eingereichte Anträge nicht mehr behandelt werden können. Eine klaglose Abwicklung der Geschäfte des Kongresses setzt voraus, daß der Begriff der Dringlichkeit nur innerhalb engster

Grenzen ausgelegt werden darf, insbesondere unter Berücksichtigung der umfangreichen Übersetzungsarbeiten, die bei allen Unterlagen unerlässlich sind.

R. Laan jr.,
Berichterstatte

Sektionskonferenz der Arbeiter im Straßentransport

Die Sektion trat am Donnerstag, den 21. Juli 1960, um 2.00 Uhr nachmittags, zur Sektionskonferenz zusammen.

Den Verhandlungen folgten 62 Delegierte aus folgenden Ländern: Belgien, Brasilien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Japan, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Österreich, Schweden, Schweiz, Spanien.

Außerdem wohnten der Konferenz als Gäste die Herren Dunand vom Internationalen Arbeitsamt in Genf und Seton von der Verkehrsdirektion der EWG sowie Kollege Rasschaert, Sekretär des Gewerkschaftlichen Verkehrsausschusses der Gemeinschaft (ITF), bei.

Der bisherige Vorsitzende, H. W. Koppens, wurde einstimmig und unter Beifall wiedergewählt und auch zum Berichterstatte der Konferenz ernannt.

Tätigkeitsbericht

Sektionssekretär Imhof gab einleitend einen Überblick über die letzten Entwicklungen der im Tätigkeitsbericht behandelten Probleme der Sektion. Anschließend folgte eine rege Diskussion, in deren Verlauf vorwiegend die folgenden Probleme erörtert wurden:

a) ITF-Abkommen über die Gewährung von Rechtsbeistand an Kraftfahrer im Ausland

Die Konferenz nahm davon Kenntnis, daß die Anwendung des Abkommens noch immer nicht durch alle europäischen Verbände formell geregelt worden ist. Einerseits fehlen noch die ergänzenden gegenseitigen Übereinkommen zwischen Verbänden, die dem Abkommen bereits beigetreten sind, und andererseits stehen die Beitritte der norwegischen und der italienischen Verbände noch aus. Mit besonderem Interesse folgte die Konferenz den Erklärungen des dänischen Vertreters, der zuerst die durch die Struktur seines Verbandes bedingten Schwierigkeiten in der Anwendung des Übereinkommens erwähnte, jedoch gleichzeitig die Versicherung abgab, daß die ausländischen Kollegen, die in Dänemark in Unfälle verwickelt oder mit der Verkehrsgesetzgebung in Schwierigkeiten geraten, jederzeit mit dem Beistand seiner Gewerkschaft rechnen können.

b) Probleme des städtischen Nahverkehrs

Die Konferenz hörte mit Befriedigung den Bericht über den Ausgang der Besprechungen zwischen den Präsidenten und den Generalsekretären der beiden internationalen Berufssekretariate ITF und IOeD an. Demgemäß soll nun ein kleiner Arbeitsausschuß aus Vertretern der beiden Organisationen tätig werden und sich mit allen einschlägigen Fragen befassen. Um eine produktive Arbeit leisten zu können, soll der Ausschuß mit entsprechenden Kompetenzen ausgerüstet sein.

Obwohl sich die Konferenz grundsätzlich mit der sich in dieser Weise anbahnenden Zusammenarbeit der beiden internationalen Berufssekretariate einverstanden erklärt, wurde in der Diskussion von mehreren Rednern zum Ausdruck gebracht, daß auf lange Sicht versucht werden sollte, die internationale Arbeit auf ein Sekretariat zu konzentrieren, und daß dabei die ITF die zuständige Organisation sei. Es wurde aber auch zum Ausdruck gebracht, daß im Rahmen einer solchen Entwicklung die einheitliche Organisation auf nationaler Ebene vorangehen müßte.

c) Nacht- und Sonntagsarbeit im Straßentransport

Mit Interesse wurde die Tatsache verzeichnet, daß in der neuen österreichischen Straßenverkehrsordnung vom Juli 1960 ein Fahrverbot für Lastkraftfahrzeuge von Samstag 15 Uhr bis Sonntag 24 Uhr festgelegt worden ist. Das Verbot bezieht sich auf Fahrzeuge mit einer zulässigen Nutzlast von mehr als 3,5 Tonnen und solche mit Anhänger.

d) Die Sektionen des Binnenverkehrs und der Beratende Verkehrsausschuß der ITF

Es wurde vermerkt, daß die Exekutive der ITF in Ausführung einer Kongreßentschließung vom Jahre 1958 nun kürzlich einen besonderen Unterausschuß für die Behandlung wirtschaftlicher und sozialer Verkehrsprobleme ins Leben gerufen hat. Die Tätigkeit dieses Ausschusses soll sich nicht auf die europäischen Entwicklungen beschränken.

e) Gewerkschaftlicher Verkehrsausschuß der Gemeinschaft (ITF)

Das erfolgreiche Wirken und besonders die regen Kontakte dieses Ausschusses mit den Verkehrsbehörden der EWG wurden in der Diskussion unterstrichen. Andererseits wurde auf die dringende Notwendigkeit hingewiesen, daß im Rahmen der ITF-Sektionen des Binnenverkehrs danach getrachtet werden müsse, in wichtigen Problemen eine einheitliche Politik zu verfolgen. Das gelte gegenwärtig vor allem in bezug auf die Tarifpflicht und die Veröffentlichungspflicht.

f) Arbeitsaufsicht im Straßentransport – Individuelles Kontrolldokument für Kraftfahrer

Obwohl die Konferenz die Bemühungen der Internationalen Arbeitsorganisation zur Schaffung eines einheitlichen Kontrolldokumentes begrüßt und dem ausgearbeiteten Entwurf zustimmt, wird erneut betont, daß mit dem Dokument allein noch nichts erreicht ist. Eine wirkungsvolle Arbeitsaufsicht läßt sich im Straßentransport erst verwirklichen, wenn als Ergänzung zum Kontrollbuch auch die Tachographen vorgeschrieben und die Einhaltung der Vorschriften über Arbeits- und Ruhezeit in ausreichender Weise kontrolliert wird.

g) Zivilrechtliche Haftung von Kraftfahrern

Die wohlbegründete Eingabe des Sekretariates an das Internationale Arbeitsamt wurde von der Konferenz verdankt. Sie gab der Erwartung Ausdruck, daß nun praktische Vorschläge über die Schaffung eines wirkungsvollen In-

struments zum Schutze der Kraftfahrer vor zivilrechtlichen Haftungsansprüchen vom Internationalen Arbeitsamt ausgearbeitet werden.

h) Allgemeines Abkommen der europäischen Wirtschaftskommission der Uno über die wirtschaftliche Regelung des internationalen Straßentransports

Die gegenwärtigen Tendenzen im Rahmen der ECE dieses wichtigen Abkommens praktisch fallen zu lassen und aus dem Anhang über die sozialen Bedingungen lediglich eine Entschließung oder Empfehlung zuhanden der Regierungen zu machen, wird mit Enttäuschung aufgenommen. Die Konferenz stimmt der Auffassung zu, daß es keinen Sinn hat, in dieser dringenden Frage noch mehr Papier zu produzieren. Wenn es nicht gelinge, aus diesem Anhang ein Instrument zu machen, das die Regierungen vor die Frage der Ratifizierung stellt, dann haben weitere Bemühungen keinen praktischen Sinn. Sie könnten bestenfalls dazu dienen, das Fiasko langjähriger und kostspieliger Anstrengungen der Regierungen auf internationaler Ebene mit einem sozialen Mäntelchen zuzudecken:

i) Wirtschaftskommissionen der Uno für Afrika, Lateinamerika sowie Asien und Ferner Osten

Die Konferenz unterstützte die Auffassung, daß es dem IBFG und der ITF gelingen sollte, auf die Tätigkeit dieser Kommissionen auf dem Verkehrsgebiet Einfluß zu gewinnen und über die immer häufiger vorkommende Entsendung verkehrspolitischer Experten orientiert zu werden.

Anträge

Zu dem unserer Konferenz vom Resolutionsausschuß des Kongresses überwiesenen Entschließungsentwurf japanischer Verbände zur Frage des Einmannbetriebes auf Fahrzeugen städtischer Verkehrsunternehmungen wird beschlossen, die folgende Verdeutlichung im letzten Abschnitt anzubringen:

«Betont neuerdings, daß die Betriebssicherheit unter keinen Umständen durch die Einführung des Einmannbetriebs gefährdet werden darf und daß die durch diese Maßnahme unweigerlich eintretende Intensivierung der Arbeitsleistung durch verkürzte Arbeitszeit und Lohnzuschläge abzugelten ist.»

Die Entschließung soll auch der Konferenz der Eisenbahnersektion noch unterbreitet werden.

Termin und Ort der nächsten Sektionskonferenz

Auf die Einladung der Gewerkschaft der Bediensteten im Handel, Transport und Verkehr Österreichs hin wird in Aussicht genommen, die nächste Konferenz im Oktober 1961 in Wien durchzuführen. Die Einladung wurde mit Beifall verdankt.

Wahl des Sektionsausschusses

Die Sektionskonferenz nahm mit großem Bedauern Kenntnis von der Erkrankung der Kollegen S. Klinga, Schweden, und H. Steldinger, Deutschland,

sowie vom Ableben des stellvertretenden Mitgliedes aus Schweden, G. Carlsson. Es wurde beschlossen, den Kollegen Klinga und Steldinger ein Telegramm mit den besten Wünschen zu übermitteln.

Die Mitglieder des Sektionsausschusses und ihre Stellvertreter wurden hierauf in folgender Zusammensetzung gewählt:

	Mitglied:	Stellvertreter:
Belgien	G. Hendrickx	J. Geldof
Dänemark	E. Borg	Jensen
Deutschland	H. Steldinger	A. Christ
Finnland	S. Koutio	O. Aarnio
Frankreich	P. Felce	Boucard
Großbritannien	F. Cousins	F. Eastwood
Italien	E. Leolini	L. Gatti
Niederlande	H. Koppens	J. de Later
Norwegen	H. Bakke	E. Aasen
Österreich	L. Brosch	A. Peham
Schweden	S. Klinga	S. Lundgren

H. W. Koppens,
Berichterstatter

Konferenz der Sektion des Luftverkehrs

Die Sektion Luftverkehr trat am 22. und 23. Juli unter dem Vorsitz des Kollegen Tennant zusammen. Der ersten Sitzung wohnten 33 Delegierte und der zweiten 24 Delegierte bei.

Kollege L. White, Amtierender Sektionssekretär, teilt mit, daß der 2. Vorsitzende, Kollege Verpoorten, infolge der Kongokrise verhindert wäre.

Kollege Tennant teilt mit, daß er zum Vorsitzenden der Seeleutesektion gewählt worden sei und sich aus diesem Grunde nicht zur Wiederwahl als Vorsitzender der Sektion Luftverkehr stellen könne. Er ersucht um Nominierung und verschiebt die Wahl auf das Ende der Sitzung.

Wahl des Sektionssekretärs

Nach einiger Diskussion über den Umfang der sonstigen Aufgaben des Kollegen White im Sekretariat der ITF wird er einstimmig zum Sektionssekretär gewählt.

Status der ALPA

In Beantwortung der Anfrage des Kollegen O'Donnell über den gegenwärtigen Status der ALPA erklärt Kollege Becu, daß die Mitgliedschaft dieser Organisation suspendiert worden sei und dem Generalrat der ITF ihr Ausschluß empfohlen worden wäre. ALPA beabsichtigt jedoch, beim Generalrat gegen diesen Beschluß Berufung einzulegen.

Air Union und Zusammenschluß der Arbeitgeber

Im Zusammenhang mit dem Punkt Air Union im Tätigkeitsbericht äußert Kollege Pfeiffer Bedenken über die Auswirkungen der wirtschaftlichen Spal-

tung Europas auf die Arbeitsbedingungen und ersucht den zur Behandlung der mit Air Union verbundenen Probleme ernannten Unterausschuß insbesondere um seine Stellungnahme. Der Vorsitzende des Unterausschusses, Kollege Lapeyre, antwortet darauf, dieses Problem könne infolge seiner Tragweite nicht von einem kleinen Unterausschuß behandelt werden und sei Sache des Generalsekretärs und der gesamten ITF.

Der Generalsekretär bemerkte hierzu, daß es in Anbetracht der Ausdehnung der regionalen Tätigkeit der ITF unmöglich wäre, die vielen Unterausschüsse einzusetzen, die für die Behandlung der bei jeder einzelnen Fluglinie entstehenden Probleme notwendig wären. Mit den Konsequenzen dieses Zusammenschlusses der Luftverkehrslinien habe man sich auf einer Sitzung in Brüssel beschäftigt, wo er den an dieser Regelung interessierten Gewerkschaften nahegelegt habe, den erforderlichen Apparat aus eigener Initiative ins Leben zu rufen, da die ITF dafür nicht zuständig gemacht werden könnte. Da der Zusammenschluß der Arbeitgeber eine vollendete Tatsache darstelle, müßten sich die Arbeitnehmer aus eigener Kraft den erforderlichen Apparat ins Leben rufen, da sonst die auf einen gemeinsamen Nenner gebrachten Bezüge auf dem niedrigsten Niveau festgesetzt werden würden.

Er betonte ferner, daß ein derartiger Apparat ein gutfunktionierendes Sekretariat voraussetze, zu dessen Finanzierung jede Organisation einen Beitrag leisten müsse. Die gegenwärtige Struktur habe sich als unzulänglich erwiesen, insbesondere im Hinblick auf die Übersetzungsarbeiten, die die ITF nicht übernehmen könnte.

Der Vorsitzende verwies auf den Umstand, daß die für das Zeitalter der Überschallgeschwindigkeit typische Konzentration des Kapitals ähnliche Maßnahmen auf seiten der Arbeitnehmer erforderlich mache. Die Tätigkeit etwaiger kleiner Unterausschüsse könne über die ITF koordiniert werden.

Kollege Jaquin (Kolumbien) berichtet, daß sich das gleiche Problem in Lateinamerika ergeben habe. Doch finden gegenwärtig Beratungen zwischen der kolumbischen Fluglinie Avianca und anderen lateinamerikanischen Linien über die Möglichkeit eines Zusammenschlusses statt. An diesen Besprechungen hätten sich Vertreter der Arbeitgeber und der Regierungen beteiligt. Die Arbeitnehmer seien jedoch nicht zugelassen worden. Er befürchtete, daß die sehr kostspieligen Neuinvestitionen nachteilige Auswirkungen auf den Verdienst der Arbeitnehmer haben würden.

Kollege Jaquin berichtete weiter, daß kolumbisches Bodenpersonal, das zur Schulung nach den USA gesandt worden sei, von der amerikanischen Gewerkschaft verhindert worden wäre, sich die nötigen praktischen Erfahrungen an Ort und Stelle anzueignen. Kollege O'Donnell (USA) ersuchte um eine Begründung dieser Erklärung und erklärte sich bereit, dieses Problem privat mit Kollege Jaquin zu besprechen.

Der Bericht des Kollegen Jaquin über den Arbeitskonflikt, in den seine Organisation verwickelt ist, sowie seine Ansuchen um Beistand, werden dem Kongreß zur Behandlung überwiesen.

Kollege Hickey berichtet über den Zusammenschluß von sieben amerikanischen Gewerkschaften als Gegenmaßnahme gegen den Beistandspakt der Arbeitgeber. Die Fluglinien wollten damit ausschließlich Streiks von Gewerkschaften verhindern. Wie Kollege O'Donnell erklärt, handelt es sich dabei um einen ziemlich seltenen Fall der Zusammenarbeit der Arbeitgeber, da sie sich an Stelle einer allgemeinen Stilllegung des Betriebs bereit erklärt hätten, etwaige Mehreinnahmen mit der bestreikten Fluglinie zu teilen. Den Gewerkschaften wäre es zwar nicht gelungen, die zuständigen Instanzen zu veranlassen, diesen Pakt für gesetzwidrig zu erklären, dagegen sei es ihnen

gelingen, die Arbeitgeber zur Veröffentlichung von Einzelheiten ihrer Geschäftsgebarung zu zwingen.

Kontakte mit spezialisierten internationalen Organisationen

Kollege White teilte mit, daß gegebenenfalls Kontakte mit dem Internationalen technischen Institut möglich wären.

Kollege Eastwood erläuterte die Lage im Rahmen der nationalen paritätischen Kommission für den Luftverkehr Großbritanniens und die Struktur dieses Gremiums (von 14 Gewerkschaften sind nur drei Mitgliedsverbände der ITF). Er bedauerte die Spaltung des Personals im Luftverkehr, insbesondere die Tatsache, daß IFALPA die von der ITF vertretene Politik nicht befürwortete. Der Vorsitzende verweist auf den Umstand, daß die ITF wiederholt versucht habe, IFALPA zu einer Änderung ihrer Haltung zu bewegen. Diese Organisation habe jedoch weiterhin gegen das Übereinkommen vom Jahre 1954 verstoßen und beharre auf ihrer gewerkschaftsfeindlichen Politik. Außerdem habe sich nichts an der Stellungnahme der IFALPA zur Frage der Zusammensetzung der Besatzungen geändert, obwohl man bei der BOAC gegenteilige Erfahrungen gemacht habe.

Kollege Kugoth halte den Ausschluß der ALPA für unrichtig, da man eine Mitgliedsorganisation immerhin noch überwachen könne. Die ITF könnte nicht mehr Anspruch auf die Vertretung der Interessen des gesamten Personals der Zivilluftfahrt im Rahmen der IAO erheben. Der Vorsitzende verweist auf den Umstand, daß die ITF sich nach besten Kräften bemüht habe, mit der ALPA zusammenzuarbeiten. Diese Organisation zeige jedoch nicht die geringste Absicht, sich der Politik der ITF in bezug auf die Zusammensetzung der Besatzungen anzuschließen. Auf die Zugehörigkeit von Organisationen, die gegen ihre Grundsätze verstöße, müsse die ITF verzichten. Die Bedeutung einer geeinten Front der Arbeitnehmer wüßte er als Vorsitzender zu schätzen, man könnte jedoch der ITF, die sich bemüht hat, zusammenzuarbeiten, keine Vorwürfe machen.

Amerikanische Flugingenieure und Schlichtungskommission

Kollege Hickey teilt mit, daß die Vereinigung der Flugingenieure ihre Aussagen vor der Schlichtungskommission beendet habe, daß diese jedoch erst nach etwa einem Monat ihren Entscheid bekanntgeben werde. Der Bericht und zusätzliche Bericht über die Tätigkeit der Sektion Luftverkehr werden angenommen.

Anträge

Kollege Gambart de Lignières unterbreitet eine Resolution der SNOAM, die auf Berücksichtigung des Einsatzes von Düsenflugzeugen bei der Politik der ITF in der Frage der Zusammensetzung der Besatzung abzielt. Die Konferenz erklärt sich grundsätzlich mit der Resolution einverstanden und beauftragt einen kleinen Redaktionsausschuß mit ihrer Überarbeitung. Kollege O'Neill beantragt die Einbeziehung weiterer Einzelheiten, wie z. B. die Lage der Funker. Zu Mitgliedern des Redaktionsausschusses werden ernannt: Kollege Gambart de Lignières (Frankreich), Lindholm (Schweden), O'Donnell (USA), Gregory (Großbritannien), de Vries und Post (Niederlande) und Kollege White. Auf der zweiten Sitzung wird die abgeänderte Resolution nach zwei geringfügigen Änderungen des Wortlauts einstimmig angenommen (siehe An-

hang). Der Vorsitzende beantragt ein Dankesvotum an den Redaktionsauschuß.

Flugingenieure der SAS

Der Vorsitzende berichtet über die sehr ernste Lage bei der SAS und ersucht Kollege Fidjeland um Einzelheiten. Dieser berichtet, daß die auf den DC 8 beschäftigten Flugingenieure, abgesehen von einer halbstündigen Tätigkeit bei Start und Landung, während eines achtstündigen Fluges nichts zu tun hätten. Er warnt vor den der gegenwärtigen Personalpolitik der SAS innewohnenden Gefahren. Selbst einige Piloten hätten in Fachzeitschriften Beschwerden in diesem Zusammenhang erhoben.

Der Vorsitzende stellt fest, daß die Flugsicherheit auf den Maschinen des Typs DC 8 etwas zu wünschen übrig lassen müsse, wenn sogar die Piloten öffentlich daran Kritik üben. Die ITF werde sich nach besten Kräften bemühen, bei der SAS mit ihrer Politik durchzudringen. Die schwedischen Transportarbeiter beantragen, dieses Problem zunächst ihnen als Interessenvertretung der schwedischen Flugingenieure zur Behandlung zu überlassen und auch den Schwedischen Gewerkschaftsbund damit zu beschäftigen, bevor weitere Schritte in Erwägung gezogen werden. Es wird vereinbart, daß Besprechungen zwischen Kollege Fidjeland und den Transportarbeitern stattfinden sollen, bevor weitere Schritte in Betracht kämen.

Luftverkehrskonferenz der IAO

Wie der Vorsitzende mitteilt, hat die Arbeitgebergruppe bei der IAO die Einbeziehung der Frage der Zusammenarbeit der Besatzungen in die Tagesordnung abgelehnt, habe sich jedoch schließlich damit einverstanden erklärt, die Auswirkungen der technischen Umwälzungen auf die Bemannung von Flugzeugen zu besprechen.

Es wird beschlossen, Anfang September eine Zusammenkunft eines Unterausschusses einzuberufen, der mit den Vorarbeiten für die am 26. September in Genf beginnende Luftverkehrskonferenz der IAO beauftragt werden soll. Als Mitglieder des Ausschusses werden nominiert: die Kollegen Verpoorten (Belgien), Gambart de Lignières (Frankreich), Steldinger plus einem weiteren Delegierten (Deutschland), de Vries oder Keehnen (Niederlande), Lundgren und Lindholm (Skandinavien) und Brown und Horst (USA) und J. G. K. Gregory (Großbritannien).

Wahl des Vorsitzenden und der Vizevorsitzenden

Zum Vorsitzenden der Sektion wird Kollege Verpoorten gewählt und zu Vizevorsitzenden in Vertretung des Boden- und fliegenden Personals die Kollegen J. Horst und Gambart de Lignières.

Resolution

Der 26. Kongreß der ITF vom 20. bis 30. Juli 1960 in Bern

hat sich mit Berichten über die Erfahrungen mit dem Einsatz moderner Flugzeuge einschließlich solcher mit Düsenantrieb beschäftigt;

bringt seine ernststen Befürchtungen darüber zum Ausdruck, daß in gewissen Ländern die als Spezialisten ausgebildeten Besatzungsmitglie-

der in der Führerkanzel durch fliegendes Personal ersetzt werden, das in mehrfacher Eigenschaft beschäftigt wird;

bekräftigt die von der ITF in Wien angenommene Resolution, in der die Überzeugung zum Ausdruck gebracht wird, daß der sichere und wirtschaftlich vertretbare Einsatz moderner Flugzeugtypen unter Berücksichtigung der ständig zunehmenden Verkehrsdichte und immer komplexeren Konstruktionsweise die Beschäftigung von als Spezialisten ausgebildeten technischen Besatzungsmitgliedern erforderlich macht, deren jedes eine seiner Aufgabe angepaßte Grundausbildung besitzt;

bestätigt, daß die jüngsten Erfahrungen zweifellos die Notwendigkeit der Beschäftigung spezialisierter Piloten, Navigatoren, Funker, Ingenieure und Kabinenpersonal unterstreichen, die ausschließlich die ihrer Befähigung entsprechenden Beschäftigungen ausüben, wobei diesen Besatzungsmitgliedern die den Erfordernissen ihres Berufes in jeder Hinsicht entsprechenden Arbeitsplätze verfügbar gemacht werden müssen;

bekräftigt die Entschlossenheit der ITF, sich weiterhin für die optimale Verwertung der Befähigung spezialisierter technischer Besatzungsmitglieder und somit für die größtmögliche Flugsicherheit einzusetzen, und

verpflichtet sich, den Mitgliedsverbänden bei ihren Bemühungen um Verteidigung und nötigenfalls Einführung dieser unerläßlichen Regelung jeden möglichen Beistand zuteil werden zu lassen.

Konferenz der Hafendarbeitersektion

Die Hafendarbeitersektion trat am Donnerstag, den 21. Juli, um 2.00 Uhr nachmittags, zusammen. 31 Hafendarbeiterdelegierte aus folgenden Ländern wohnten der Konferenz bei: Aden, Österreich, Belgien, Großbritannien, Dänemark, Deutschland, Griechenland, Italien, Malta, Niederlande, Norwegen, Pakistan, Philippinen, Schweden, Schweiz, USA. Die Internationale Gewerkschaft der Seeleute Amerikas war durch Beobachter vertreten.

Sektionsvorsitzender

R. Dekeyzer (Belgien) wurde als Vorsitzender-Berichterstatter der Sektion wiedergewählt. Nachdem er der Sektion für die Erneuerung des Vertrauensgedankt hatte, ging er auf die sozialen Zustände in den Häfen der Entwicklungsländer über sowie auf die Notwendigkeit, den Gewerkschaften in den genannten Teilen der Welt in ihrem Bestreben beizustehen, das Lebensniveau der Hafendarbeiter und der Arbeiter ganz allgemein zu heben. Im weiteren bedauerte er, daß die Hafendarbeitersektion die Dienste des Kollegen Becu verlieren würde, der zum Generalsekretär des IBFG gewählt worden war. Im Namen der Sektion spreche er ihm für den erheblichen Beitrag, den er im Laufe der Jahre der Arbeit dieser Sektion dargebracht hatte, Dank aus.

Mechanisierung der Hafenarbeit

Während der Durchsprechung des Tätigkeitsberichtes für die Jahre 1958 und 1959 wurde die Bedeutung des Problems der Mechanisierung der Hafenarbeit besonders hervorgehoben. N. Petersen (Schweden), H. Hildebrand (Deutschland), R. Laan (Niederlande) und T. O'Leary (Großbritannien) berichteten über diesen Gegenstand. Obwohl die Mechanisierung in den genannten Ländern ein sehr fortgeschrittenes Ausmaß erreicht hatte, würde es immer gewisse Kategorien von Hafenarbeit geben, bei welchen die Arbeit nicht durch mechanische Mittel geleistet werden könnte. Das Ziel der Gewerkschaften wäre nicht, die Mechanisierung zu verhindern, da diese zu einer Erhöhung der Produktivität im Interesse aller Beteiligten führe und die Arbeit erleichtere, sondern das Ziel wäre, das soziale Niveau der Hafenarbeiter in entsprechender Weise zu gewährleisten. An der Konferenz der Hafenarbeitersektion der ITF, die in Rotterdam im September 1959 stattfand, wurde eine Resolution angenommen, welche die internationale Stellungnahme der Hafenarbeiter-Gewerkschaften zur Mechanisierung definierte. Die einzelnen Redner hoben die Notwendigkeit hervor, daß die Hafenarbeiter-Gewerkschaften Informationen und Erfahrungen auf dem Gebiete der Mechanisierung gegenseitig austauschen sollten; dieser Austausch sollte auch die Maßnahmen umfassen, die zur Sicherung eines gerechten Anteiles an der erhöhten Produktivität führen.

C. Stathopoulos (Griechenland) erwähnte die Lage in Griechenland sowie die veraltete technische Ausrüstung und sozialen Bedingungen in den kleineren Häfen des Landes. Er dankte der ITF für deren Anteil an der Organisation von Lehrgängen für die griechischen Hafenarbeiter. Diese Lehrgänge hatten sich für die Gewerkschaften als von sehr großer Hilfe erwiesen, und er hoffte, daß künftighin weitere Lehrgänge dieser Art abgehalten werden würden.

T. Gleason (Hafenarbeiterverband von Amerika) erwähnte, daß die Mechanisierung der Hafenarbeit auch in den Vereinigten Staaten große Fortschritte verzeichnet hätte. In den letzten fünf Jahren war der Bedarf an Hafenarbeitern um etwa fünf Prozent zurückgegangen, größtenteils als Folge der Mechanisierung, der Palletisierung und des Behälterverkehrs. Es war dies eine Entwicklung, der man keinen Widerstand entgegensetzen könnte oder sollte. Die Einstellung seiner Gewerkschaft war ähnlich jener, welcher der britische Vertreter umschrieben hatte: Keinem Arbeitgeber sollte es gestattet sein, neue Vorrichtungen ohne vorherige Beratung mit der Gewerkschaft einzuführen. Das Ziel der Gewerkschaft bestand darin, dem Hafenarbeiter seinen Anteil an der erreichten Einsparung zuzusichern. Die Gewerkschaft forderte für die Hafenarbeiter den gleichen Lohnsatz pro Tonne, gleichgültig, ob die Arbeit mittels mechanischer Vorrichtung oder ohne diese durchgeführt werde. Anders gesagt, die Gewerkschaft hatte sich dasselbe Prinzip wie die britischen Kollegen zu eigen gemacht, das Prinzip der Bezahlung nach Resultat.

C. Stathopoulos beschrieb nochmals den Mangel an technischen Einrichtungen in den kleineren griechischen Häfen. Man hoffe, daß die durch die Mechanisierung hervorgebrachte größere Produktivität auch eine Besserung der sozialen Lebensbedingungen bei den Hafenarbeitern im Gefolge haben würde. Die Arbeitgeber versuchten häufig, Ladungen nach anderen Plätzen zu dispensieren, um den besseren Arbeitsbedingungen der Hafenarbeiter in den größeren Häfen auszuweichen. Die griechische Gewerkschaft beabsichtige, eine Aktion zu unternehmen, um dieser Praxis einen Riegel vorzuschie-

ben, und sie hofft, in dieser Zielsetzung mit dem Beistand der ITF rechnen zu können. Der Vorsitzende sicherte dem griechischen Delegierten die vollste Unterstützung der ITF in bezug auf jede organisatorische Initiative oder irgendeine andere Aktion zu, die unternommen werden würde, um die Sozialbedingungen der griechischen Hafentarbeiter zu verbessern.

R. Laan meinte, daß der Augenblick nunmehr für eine weitere Durchsprechung der Frage der Mechanisierung im Rahmen der Hafentarbeitersektion der ITF gekommen wäre. Er verwies auf den Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen Lage eines Landes und der Haltung der Hafentarbeiter in bezug auf die Mechanisierung hin. Er hätte z. B. vor nicht langer Zeit Gewerkschaftsmitgliedern in der irischen Hafenstadt Dublin Vorträge gehalten. In Irland gab es beträchtliche Arbeitslosigkeit, die Anzahl der Arbeitslosen belief sich auf annähernd 70 000. Die Arbeit ging in Gangs von 20 bis 25 Mann vor sich; die vorhandenen Einrichtungen waren veraltet. In einer derartigen Situation war die Haltung in bezug auf Mechanisierung naturgemäß weit weniger günstig als in Ländern wie etwa Deutschland und die Niederlande, in welchen in den letzten Jahren ein ernster Mangel an Arbeitskräften bestanden hatte.

T. Gleason wiederholte, daß die Hafentarbeit in den Vereinigten Staaten sehr stark mechanisiert sei, doch hatte man nicht zugelassen, daß sich daraus eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der Hafentarbeiterschaft entwickle. Durch Erhebung einer Abgabe auf Ladungen in Behältern oder in Palletform war ein Fonds gebildet worden, aus welchem Arbeitern, welche als Folge der Mechanisierung ihre Stelle verloren, Entschädigungen entrichtet wurden.

K. Kjoniksen (Norwegen) schlug vor, daß die Frage der Mechanisierung der Hafentarbeit im Verfolg einer vorbereitenden Untersuchung durch eine Konferenz oder durch einen Ausschuß der Hafentarbeitersektion durchbesprochen werden sollte.

Man einigte sich dahin, daß man das Sekretariat der ITF ersuchen würde, seine Untersuchungen der verschiedenen Fragen, die ihm durch die letzte Sektionskonferenz zugewiesen wurden (Rotterdam, September 1959), zu beschleunigen und daß der bestehende Unterausschuß der Vertreter von Großbritannien (T. O'Leary), Belgien (G. de Crom), Deutschland (H. Hildebrand), den Niederlanden (R. Laan) und Skandinavien (K. Kjoniksen) umfaßt, um ein weiteres Mitglied, einem Vertreter der Vereinigten Staaten (T. Gleason), vergrößert werden sollte. Das Sekretariat wurde des weiteren ersucht, diesen Unterausschuß frühestens einzuberufen, wenn möglich vor Ende 1960 oder zu Beginn 1961, mit der Aufgabe, die Grundlage für eine gründliche Behandlung der Frage der Mechanisierung der Hafentarbeit und deren Auswirkung auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Hafentarbeiter zu schaffen.

J. Soares (Beauftragter der ITF für Asien) bemerkte, daß die Mechanisierung für die Hafentarbeiter in asiatischen Ländern noch kein Problem darstelle, obgleich in den größeren Häfen, wie Singapur, Bombay, Kalkutta und Madras, bereits Tendenzen in dieser Hinsicht feststellbar seien. Gewerkschaften in den genannten Ländern erwarteten von der ITF Aufklärung und Führung, und es wäre höchst wünschenswert, so bald es irgendwie finanziell möglich ist, diese Gewerkschaften an den vorgesehenen Diskussionen zu beteiligen. Gleichzeitig verwies er auf das Problem des Überganges von der Gelegenheitsarbeit zu den Garantielohnordnungen in den Häfen der unterentwickelten Länder hin. Obwohl z. B. in Indien in bezug auf die Verwirklichung der einschlägigen Empfehlung der Internationalen Arbeitsorganisation ein großer Fortschritt verzeichnet werden könne, wäre er, allgemein gesprochen, nicht

von besonderem Ausmaße, und das lästige Kontraktsystem bestehe nach wie vor. Er schlage vor, daß der Unterausschuß auch dieses Problem in Betracht ziehen sollte.

M. A. Khatib (Pakistan) berichtete, daß trotz den immer noch sehr rückständigen Sozialbedingungen bei den Hafentarbeitern seines Landes es der Gewerkschaft vor kurzem gelungen war, ein Abkommen abzuschließen, das bedeutende Fortschritte mit sich bringt. Unter anderem war es nun den Arbeitgebern auferlegt worden, zu einem Wohlfahrtsfonds einen Beitrag in der Höhe von zwei Prozent der Löhne beizusteuern. Dieser Fonds vertritt die Stelle einer ansonsten absolut nicht vorhandenen Sozialversicherung. Er verlange, daß die Möglichkeit der Abhaltung einer Regionalkonferenz geprüft werde, die sich mit den Problemen der asiatischen Hafentarbeiter zu befassen haben würde, damit diese Probleme in der gleichen Weise in Betracht gezogen würden wie die der Seeleute asiatischer Länder.

Betriebssicherheit und Gesundheit in den Hafenbetrieben

Nachdem Kollege H. Hildebrand die Aufmerksamkeit auf Beschwerden der Hafentarbeiter in deutschen Häfen in bezug auf die außerordentlich unangenehme Natur der Ladungen von Ruß und ähnlichen Substanzen sowie deren Umschlag gelenkt hatte, wurde darüber eine Resolution (siehe Anhang) angenommen.

Akkord- und Zeitarbeit

Hierauf ergab sich eine Diskussion über die relativen Vorzüge der Entlohnung nach dem Akkord- und nach dem Zeitlohnsystem, an welcher T. O'Leary, R. Laan, A. Cilia (Malta), R. S. Oca (Philippinen) und C. Stathopoulos teilnahmen. Einerseits war in gewissen Ländern, wie Großbritannien, Norwegen und Schweden, eine besondere Vorliebe für Akkordarbeit vorhanden. In britischen Häfen, beispielsweise, waren die durchschnittlichen Löhne, auf der Basis des ganzen Landes berechnet, bei Akkordarbeit 70 bis 80 Prozent höher als bei Arbeit im Stundenlohn, wobei auch die Zuschläge sehr beträchtlich ausfielen. Diese Feststellung wurde auch durch die Vertreter Maltas, A. Cilia, bzw. der Vereinigten Staaten, T. Gleason, vollauf bestätigt.

R. Laan führte aus, daß in den Niederlanden nach dem Kriege das Akkordsystem zugunsten des Zeitlohnsystems gänzlich abgeschafft worden war. Immerhin wird gegenwärtig mit der Zielsetzung der Erhöhung sowohl der Produktivität der Häfen als auch des Einkommens der Hafentarbeiter durch eine paritätische Kommission ein System von Leistungszulagen studiert, gemäß welchem die Garantielöhne zwar weiter bestehen, sich jedoch zu diesem ein Bonus hinzugesellen würde, der für Leistungen zur Auszahlung gelangen würden, die einen von der Gewerkschaft genehmigten Grenzwert übertreffen. C. Stathopoulos und R. S. Oca hoben hervor, daß das Akkordsystem in technisch schlecht ausgerüsteten Häfen und in welchen die Hafentarbeiter in der Woche durchschnittlich kaum zwei bis drei Tage arbeiteten, in verschiedenartiger Weise funktionierte. In solchen Fällen wirkten sich Zeitlöhne und ein garantierter Wochenlohn mehr zum Vorteil der Hafentarbeiter aus.

Man vereinbarte, daß diese Angelegenheit durch den bereits bestehenden Unterausschuß weiter verfolgt werden sollte.

Dominikanische Republik

Die Sektion prüfte sodann eine Resolution, die durch die Amerikanische Föderation der Eisenbahnverbände (RLEA) vorgelegt worden war, in wel-

cher gegen die Diktatur Trujillos in der Dominikanischen Republik protestiert wurde. Nach einer Diskussion, in welcher die Ansicht vertreten wurde, daß die Frage eine vorhergehende Diskussion mit den in erster Linie betroffenen Gruppen, nämlich Hafentarbeiter und Seeleute, erfordere, einigte man sich, daß die Resolution an das Resolutionskomitee zurückgestellt werde.

Sondersektion der Seeleute

Im Anschluß eines Berichtes des Sonderbeauftragten L. White über die Tätigkeit der Sondersektion der Seeleute bei der ITF und über die Entwicklung des ITF-Standpunktes in bezug auf die Schattenflaggen wurde vereinbart, diesen Gegenstand an der gemeinsamen Konferenz der Hafentarbeiter- und Seeleutesektionen, die für später im Rahmen des Kongresses anberaumt ist, weiter zu besprechen.

Italienische Häfen

M. di Mario (italienische Hafentarbeiter-Gewerkschaft) legt zwecks Einschlusses in den Bericht eine schriftliche Erklärung vor, welche die Probleme der italienischen Hafentarbeiter zum Gegenstand hatte. Er verwies auf die Fortbildungslehrgänge, welche man für die italienischen Hafentarbeiter einzuführen versuchte, und ersuchte in diesem Zusammenhange um den Beistand der ITF. Er berichtete ferner, daß das Verwaltungssystem in den italienischen Häfen immer noch Elemente des Korporativsystems in sich berge. Er ersuchte um Beistand in den Bemühungen der Gewerkschaft, diese Elemente auszumerzen.

Sektionsausschuß

Es wurde vereinbart, für das Sektionskomitee dem Sekretariat Nominierungen einzusenden. Folgende Namen wurden an der Konferenz vorgeschlagen: A. Khalil (Aden), R. Gryc (Österreich), C. Stathopoulos (Griechenland), M. di Mario (Italien), R. S. Oca (Philippinen), Faiz Ahmed (Pakistan), K. Kjoniksen (Norwegen) und R. Laan (Niederlande).

R. Dekeyzer,
Berichterstatte

Resolution

Diese Konferenz der Hafentarbeitersektion vom 21. Juli 1960 in Bern, ist nach Prüfung des Problems, das bei der Beförderung von Ruß in den Häfen entsteht, insbesondere in Anbetracht der immer größeren Mengen, in denen er verladen wird, und der Tatsache, daß die Verpackung, z. B. in Papiersäcken, grundsätzlich unzulänglich ist und beim Umschlag beschädigt wird, wodurch Ruß verschüttet wird und zur Verschmutzung der Hafenanlagen beiträgt,

zu der Schlußfolgerung gelangt, daß ein Ausgleich der sich daraus für die Arbeiter ergebenden Härten nicht durch zusätzliche Entlohnung oder Bereitstellung von Schutzkleidung erfolgen kann, sondern nur durch Verbesserung der Methoden der Verpackung, durch die gewährleistet wird, daß Ruß bei der Beförderung nicht verschüttet werden kann;

die Konferenz erinnert an die Richtlinien der IAO im Hinblick auf die Betriebssicherheit und Hygiene in den Häfen, deren Paragraph 580 den Umschlag von Gütern behandelt, bei dem eine gesundheitsgefährdende Staubentwicklung möglich ist, und Maßnahmen empfiehlt, durch die die Hafentarbeiter möglichst weitgehend vor einer derartigen Staubentwicklung geschützt werden können;

unter Berücksichtigung des Umstandes, daß Abhilfe am wirksamsten bei Beladen geschaffen werden kann,

fordert die Konferenz die ITF auf, eine internationale Umfrage über die Bedeutung des durch den Umschlag von Ruß in den Häfen der verschiedenen Länder entstehenden Problems in die Wege zu leiten;

fordert die Mitgliedsverbände der Hafentarbeiter der Länder, nach und von denen Ruß verschifft wird, auf, Arbeitgeber und Regierungen zu entsprechenden vorbeugenden Maßnahmen zu veranlassen,

ersucht die ITF ferner, dieses Problem über den Binnenverkehrsausschuß bei der IAO zur Sprache zu bringen, um ihre Aufmerksamkeit auf das durch den Umschlag von Ruß hervorgerufene Problem zu lenken, damit wirksame Maßnahmen im Sinne des oben erwähnten Paragraphen 580 der Richtlinien der IAO ergriffen werden können, und die IAO ferner zu veranlassen, grundsätzlich zu untersuchen, ob und in welchem Umfange ihre Richtlinien in den verschiedenen Ländern verwirklicht werden.

Gemeinsame Konferenz der Sektionen der Seeleute und Hafentarbeiter

Beginn der Konferenz 16.15 Uhr.

Kollege White ersucht um Nominierungen für das Amt des Vorsitzenden. Als einziger Kandidat wird Kollege Tennant vorgeschlagen, der darauf den Vorsitz übernimmt.

Zum Berichterstatter wird ebenfalls Kollege Tennant gewählt.

Es wird mitgeteilt, daß der Bericht über die Tätigkeit der Sondersektion der Seeleute sowohl von der Konferenz der Seeleute- als auch der Hafentarbeitersektion angenommen worden ist.

Der Resolutionsausschuß hat den Konferenzen der Seeleute und Hafentarbeitersektionen eine Resolution der amerikanischen Föderation der Eisenbahnerverbände (RLEA) über die Dominikanische Republik vorgelegt. Die Konferenz der Hafentarbeitersektion habe beschlossen, die Resolution dem Resolutionsausschuß zur weiteren Behandlung wieder zugehen zu lassen. Dagegen sei sie der gemeinsamen Konferenz von der Seeleutesektion unterbreitet worden und müsse daher jetzt debattiert werden. Als Ergebnis der Diskussion werden die vom Exekutivkomitee der ITF am 5. und 6. April 1960 in London und vom Vorstand des IBFG auf seiner Sitzung vom 27. Juni bis 2. Juli 1960 angenommenen Resolutionen über den gleichen Gegenstand bekräftigt. Den Inhalt der beiden Resolutionen geben wir im Anhang zum vorliegenden Bericht in zusammengefaßter Form wieder.

Anschließend erfolgt die Wahl der Mitglieder des Fair-Practices-Ausschusses. Kollege White teilt mit, daß die Hafentarbeiter im Ausschuß derzeit durch die Kollegen T. O'Leary (Großbritannien), de Crom (Belgien), Laan (Niederlande), Nicolaisen (Deutschland) und E. Larsson (Schweden) vertreten

sind. Dem amerikanischen Hafentarbeiterverband (ILA) sei ein Sitz im Ausschuß vorbehalten, sobald er in die ITF aufgenommen würde.

In Vertretung der Seeleute gehören dem Fair-Practices-Ausschuß die Kollegen Sir Thomas Yates (Großbritannien), D. S. Tennant (Großbritannien), Cassiers (Belgien), van Driel (Niederlande), Hildebrand (Deutschland), Sönstebj (Skandinavien), Petroulis (Griechenland), Lagorio (Italien), Curran und Hall (USA) an. Seit dem Kongreß 1958 sei Kollege van Driel an die Stelle des Kollegen de Vries getreten, de Crom an die von Dekeyzer, und als neues Mitglied sei Kollege Lagorio dazugekommen.

Es wird beschlossen, den Fair-Practices-Ausschuß in unveränderter Zusammensetzung wiederzuwählen. Den den amerikanischen Hafentarbeitern vorbehaltenen Sitz nimmt Kollege E. Gleason ein.

Kollege Paul Hall bringt die Frage der Vertretung der ITF in Nordamerika zur Sprache. Er verweist auf den Umstand, daß in ganz Nordamerika keine Fühlungnahme mit einem an Ort und Stelle tätigen Vertreter der ITF möglich wäre. In Anbetracht der Mitarbeit der amerikanischen Gewerkschaften, insbesondere jener der Seeleute, bei der Kampagne gegen die Schattenflaggen, stelle die Ernennung eines Beauftragten der ITF eine dringende Notwendigkeit dar.

Es wird beschlossen, dem Exekutivkomitee nahezu legen, diesen Vorschlag dringend und in günstigem Sinne in Erwägung zu ziehen.

Ferner kommt Kollege Hall auf die Verschlechterung der Lage der freien Gewerkschaftsbewegung in Lateinamerika zu sprechen. Die Lage spitze sich bedenklich zu, und wenn die freien Gewerkschaften untätig blieben, müsse damit gerechnet werden, daß Lateinamerika den Kommunisten in die Hände fiele.

Er beantragt die möglichst baldige Einberufung einer Konferenz der dortigen Mitgliedsverbände der ITF. Daraufhin teilt ihm der Generalsekretär der ITF mit, daß sich das Exekutivkomitee bereits mit dieser Frage beschäftigt habe und eine Konferenz in Lateinamerika Anfang 1961 möglich wäre.

Kollege Hall erhebt Einspruch gegen diesen Termin, der sich in Anbetracht der Tätigkeit der Kommunisten als zu spät erweisen könne. Er schlägt die Einberufung einer Konferenz im November 1960 in Montevideo vor.

Das Exekutivkomitee wird gebeten, diesen Vorschlag möglichst bald und womöglich im günstigen Sinne in Erwägung zu ziehen.

Schluß der Sitzung.

D. S. Tennant,
Berichterstatter

Resolution der ITF über die Dominikanische Republik

Auf seiner Sitzung am 5. und 6. April 1960 in London stellte das Exekutivkomitee fest, daß in den letzten Jahren die Zahl der Diktaturen in Lateinamerika zwar zurückgegangen sei, daß in der Dominikanischen Republik jedoch nach wie vor das totalitäre Regime Trujillos an der Macht sei, das der Bevölkerung die Rede- und Handlungsfreiheit, vor allem aber die Koalitionsfreiheit vorenthält. Daraus ergeben sich eine Unterdrückung und Ausbeutung der wehrlosen Bevölkerung und die Bereicherung des Diktators und seiner Anhänger.

Das Exekutivkomitee erklärte sich bereit, der Bevölkerung der Dominikanischen Republik bei ihren Bemühungen um eine demokratische Regierungsform, die die Freiheit der Gewerkschaften gewährleistet und unter der sie die Interessen der Arbeitnehmer wirksam vertreten können, Beistand zu leisten.

Resolution des IBFG über die Dominikanische Republik

In dieser Resolution wird mit Genugtuung auf den Umstand verwiesen, daß die Friedenskommission der Organisation amerikanischer Staaten das Regime Trujillos als grausame Diktatur verurteilt hat. Der 6. Weltkongreß des IBFG hatte den Ausschluß der Delegierten Trujillos aus der Organisation amerikanischer Staaten gefordert, um den Diktator auf diese Weise vollständig zu isolieren.

Die Mitgliedstaaten der Organisation amerikanischer Staaten werden aufgefordert, durch den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur Dominikanischen Republik die logischen Konsequenzen aus dem Beschluß der Friedenskommission zu ziehen, wie es einige Mitgliedstaaten bereits getan haben. Der Organisation amerikanischer Staaten wird ferner nahegelegt, wirksame wirtschaftliche Sanktionen gegen die Dominikanische Republik in Erwägung zu ziehen, und die Mitgliedsorganisationen des IBFG in den der Organisation amerikanischer Staaten angeschlossenen Ländern werden dringend aufgefordert, bei ihren Regierungen vorstellig zu werden, um sie zu unverzüglichen Maßnahmen der oben erwähnten Art zu veranlassen.

Zweiter Bericht des Resolutionsausschusses

Im Einklang mit dem vom Kongreß als Ergebnis der Diskussion über Punkt 9 der Tagesordnung (Verkürzung der Arbeitszeit) gefaßten Beschluß trat der Resolutionsausschuß am 27. Juli zusammen, um eine Resolution über die Arbeitszeit zu entwerfen, die den im Verlaufe der Diskussion geäußerten Meinungen weitgehend Rechnung trägt. Der Ausschuß, dem auch ein japanischer Delegierter angehörte, beschloß einstimmig, dem Kongreß die Annahme des beigefügten Resolutionsentwurfs zu empfehlen.

R. Laan, jr.
Berichterstatte

Resolution über die Arbeitszeit

Dieser 26. Kongreß der Internationalen Transportarbeiter-Föderation in Bern vom 20. bis 30. Juli 1960

stellt fest, daß die in immer größerem Umfange vor sich gehende Rationalisierung und Modernisierung in der Verkehrswirtschaft häufig eine Intensivierung der mit den Aufgaben der Transportarbeiter verbundenen körperlichen und geistigen Anstrengung zur Folge hat;

ist überzeugt, daß vor allem in der Verkehrswirtschaft mehr als in allen anderen Wirtschaftszweigen eine übermäßige Ermüdung und ihre verheerenden Konsequenzen unter allen Umständen vermieden werden müssen;

erklärt, daß die Arbeiter, abgesehen von allen sonstigen Erwägungen, Anspruch auf ausreichende Freizeit haben;

vertritt die Auffassung, daß die Gewerkschaften der Transportarbeiter mit voller Berechtigung eine Verkürzung der Arbeitszeit verlangen, um auf diese Weise einen gewissen Ausgleich für die überaus rasche Erhöhung der Produktivität in der Verkehrswirtschaft in den letzten Jahren herbeizuführen;

befürwortet die Bemühungen aller Mitgliedsverbände um Verkürzung der Arbeitszeit und insbesondere die Forderungen nach Einführung einer fünftägigen 40stündigen Arbeitswoche überall dort, wo die gegenwärtige Arbeitszeit diese Grenzen überschreitet;

befürwortet ferner ein wirksames internationales Übereinkommen im Hinblick auf die allgemeine Einführung der 40-Stunden-Woche, und

fordert schließlich die Regierungen der Länder, wo die Regelung der Arbeitszeit auf dem Wege der Gesetzgebung notwendig oder üblich ist, auf Vorkehrungen für eine Verkürzung der Arbeitszeit und, falls nötig, die Einführung der 40-Stunden-Woche zu treffen.

Konferenz der Sektion der Hochseefischer

Die Sektion der Hochseefischer trat am Dienstagnachmittag, 26. Juli, zusammen. Anwesend waren 18 Delegierte aus Belgien, Dänemark, Finnland, Deutschland, Italien, Japan, den Niederlanden, Norwegen, Pakistan und Großbritannien.

Vorsitzende

Die Konferenz wählt Kollege Einar Haugen (Norwegen) zum Vorsitzenden der Sektion. Mit dem Amt des Vorsitzenden der gegenwärtigen Konferenz wird Kollege R. Dekeyzer (Belgien) betraut, der gleichzeitig als Berichterstatter fungieren soll.

Tätigkeitsbericht

Im Verlaufe der Diskussion über den Tätigkeitsbericht werden besonders die drei Übereinkommen der IAO über Mindestalter für den Eintritt in den Beruf des Fischers, ärztliche Untersuchungen und Heuerverträge erwähnt, die als wesentliche Erfolge betrachtet werden können. Der Vorsitzende unterstreicht die Notwendigkeit eines Drucks auf die Regierungen, um sie zur Ratifizierung dieser Übereinkommen zu veranlassen. Diesem Umstande komme auch im Hinblick auf die Annahme weiterer internationaler Übereinkommen zugunsten der Fischer Bedeutung zu.

Die Konferenz beschäftigt sich daraufhin mit den auf den Internationalen Arbeitskonferenzen 1958 und 1959 angenommenen Resolutionen, in denen weitere Maßnahmen der IAO zur wirksamen Behandlung der Probleme der Fischer gefordert werden. Insbesondere wird in diesen Resolutionen die Schaffung eines besondern Ausschusses der IAO verlangt. Die folgende, vom Japanischen Seeleuteverband beantragte Resolution wird von der Konferenz angenommen und soll der Plenarsitzung des Kongresses vorgelegt werden:

«In Anbetracht der Tatsache,

daß der Festsetzung internationaler Mindestnormen der Arbeitsbedingungen von Fischern bis zur Annahme von drei Übereinkommen durch die Internationale Arbeitskonferenz 1959 keinerlei Aufmerksamkeit zugewandt worden war,

daß diese Übereinkommen das Ergebnis langjähriger intensiver Bemühungen der ITF darstellen, die auf der gleichen Konferenz auch zur

Schaffung eines besonderen Ausschusses führten, der allen Fragen, die die Fischer berühren, seine dauernde Aufmerksamkeit zuwenden soll,

daß diese wenn auch begrüßenswerten Maßnahmen nur einen ersten Schritt auf dem Wege zu einem internationalen sozialen Standard der Fischer darstellen, ähnlich jenem, der hauptsächlich dank den Bemühungen der ITF für die in der Handelsschifffahrt tätigen Seeleute erreicht werden konnte,

beantragt der Kongreß dringend, die erste Sitzung des IAO-Ausschusses für Fischer so bald wie möglich einzuberufen, damit die vorbereitenden Arbeiten im Hinblick auf die Erreichung der im Internationalen Programm der Fischer der ITF festgesetzten Ziele in Angriff genommen werden können.

Er beantragt ferner, daß der ins Auge gefaßte Ausschuß dreigliedrig sein und aus je sechs Vertretern der Regierungen, Arbeitgeber und Arbeitnehmer bestehen sollte, im Einklang mit der Struktur des Sachverständigenausschusses für Arbeitsbedingungen in der Fischwirtschaft, der 1954 in Genf zusammentrat, und dem die erfolgreichen Vorarbeiten für die drei bisher angenommenen internationalen Übereinkommen für Fischer zu verdanken sind, und ersucht, den geplanten Ausschuß mit der Behandlung der folgenden Fragen zu beauftragen: 1. Sicherheit auf See, unter besonderer Berücksichtigung von Seetüchtigkeit, Rettungsgeräten, Nachrichtenübermittlung auf dem Funkwege und Befähigungsnachweisen; 2. Bemannungsnormen; 3. Unterkunfts-räume der Besatzung; 4. Arbeitslosen-, Unfall- und Krankenversicherung; 5. berufliche Aus- und Fortbildung.»

Fischereigrenzen

Die Konferenz stellt mit tiefem Bedauern fest, daß auf der zweiten Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen kein Übereinkommen in der Frage der Fischereigrenzen erzielt werden konnte und übt Kritik an der unzulänglichen Vertretung der Gewerkschaften der Fischer in den Delegationen der einzelnen Länder. Ferner legt die Konferenz den Regierungen dringend nahe, sich um eine Lösung des Problems der Fischereigrenzen zu bemühen, z. B. mittels Gegenseitigkeitsabkommen.

Entwicklungsländer

Der Delegierte Pakistans erwähnt die ständig zunehmende Bedeutung der dortigen Fischwirtschaft und die Bemühungen um bessere gewerkschaftliche Erfassung der Arbeitnehmer. Er rechne dabei mit der Unterstützung der ITF. Zur Debatte gelangt weiter die im Vorjahre unter den Auspizien der Ernährungs- und landwirtschaftlichen Organisationen der Vereinten Nationen (FAO) einberufene Konferenz für die Fischwirtschaft. In diesem Zusammenhang wird auf das sehr umfangreiche und wertvolle Material verwiesen, das in bezug auf Fragen wie Fischereigenossenschaften vorbereitet worden war. Das Sekretariat wird beauftragt, den Mitgliedsverbänden der Fischer Abschriften dieser Unterlagen verfügbar zu machen.

Der italienische Delegierte berichtet kurz über die bei der Organisation der Fischer seines Landes und bei den Verhandlungen über Tarifverträge erzielten Fortschritte.

Technische Neuerungen in der Hochseefischerei

Der niederländische Delegierte erwähnt technische Neuerungen, wie z. B. die Einführung von Fabrikschiffen, von denen man weitgehende Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen der Fischer erwarten könne. Das Sekretariat wird ersucht, Informationen über diesen Gegenstand einzuholen und an die Mitgliedsverbände weiterzuleiten.

Walfang

Die Sektionskonferenz bringt ernste Befürchtungen über die Konsequenzen des Abbruchs der Verhandlungen über ein internationales Walfang-Übereinkommen zum Ausdruck. Dadurch werde die Gefahr des Überfischens heraufbeschworen, wodurch der Lebensunterhalt der Fischer bedroht würde. Den betreffenden Regierungen sollte mit größtem Nachdruck nahegelegt werden, sich nach besten Kräften um eine Wiederherstellung des Übereinkommens zu bemühen.

Sektionsausschuß

In den Sektionsausschuß werden gewählt: R. Dekeyzer (Belgien), E. Borg (Dänemark), B. Johansson (Finnland), H. Hildebrand (Deutschland), M. Mangiapane (Italien), K. Takahashi (Japan), A. de Boon (Niederlande), Einar Haugen (Norwegen), J. H. Sherazi (Pakistan), P. Henderson, Stellvertreter H. O'Neill (Großbritannien).

R. Dekeyzer,
Berichterstatter

Gemeinsame Konferenz der Sektionen des Binnenverkehrs

Diese gemeinsame Konferenz der Sektionen Eisenbahn, Straße und Binnenschifffahrt war sehr stark besucht. Sie wählte zu ihrem Vorsitzenden und Berichterstatter den Präsidenten des Schweizerischen Eisenbahner-Verbandes, Kollege Hans Düby.

Errichtung eines verkehrspolitischen Koordinationsausschusses für Europa

Dieser Antrag der niederländischen Verbände wurde der gemeinsamen Konferenz durch den Resolutionsausschuß zur Behandlung überwiesen.

Generalsekretär Kollege O. Becu verwies einleitend auf den Beschluß der Exekutive der ITF vom April 1960, einen Unterausschuß für die Behandlung wirtschaftlicher und sozialer Fragen einzusetzen. Mit diesem Beschluß ist die Exekutive sogar weiter gegangen, als im Amsterdamer Beschluß vorgesehen war, indem sich der Unterausschuß nicht auf die Behandlung europäischer Probleme beschränken wird.

In Vertretung der antragstellenden Verbände erklärte Kollege R. Laan, daß diese bereit seien, den Antrag zurückzuziehen, wobei sie jedoch der Hoffnung Ausdruck geben möchten, daß der Unterausschuß wenn notwendig durch zuständige Vertreter aus den Sektionen oder dem Brüsseler Ausschuß als Beobachter ergänzt würde.

Gewerkschaftspolitische Richtlinien zur Frage der Rohrleitungen (Pipelines)

Nach der Einführung des Problems durch den Sektionssekretär entwickelte sich eine äußerst wertvolle Diskussion, an der je ein Vertreter der drei Sektionen seinen Standpunkt darlegte.

Für die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands erklärte Kollege Seibert, daß es erforderlich sei, zunächst eine Bestandesaufnahme über die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen des Strukturwandels im Energieverbrauch und der Inbetriebnahme von Pipelines auf die traditionellen Verkehrsträger zu machen. Die zuständigen Behörden erwarten von uns Gewerkschaften, daß wir bei der Beschaffung solcher Unterlagen mitwirken. Das Sekretariat der ITF sollte daher nicht länger zuwarten, sondern unverzüglich mit Untersuchungen beginnen.

Seitens der ITF müsse außerdem auf eine Konzessionierung der Pipelines hingearbeitet werden. Dabei müsse man vom verkehrswirtschaftlichen Bedürfnis ausgehen. Ferner sei es notwendig, einem Monopol der großen Öltrusts dadurch zu begegnen, daß die Pipelines zu öffentlichen Verkehrsträgern erklärt und der Beförderungspflicht unterworfen werden. Auch Maßnahmen auf dem Sektor der Besteuerung seien notwendig.

Die klassischen Verkehrsträger seien sich darüber im klaren, daß es sich bei den Pipelines um eine neue technische Entwicklung in Europa handelt, und man habe nicht die Absicht, sich dieser Entwicklung entgegenzustellen. Sie beharren aber darauf, daß der neue Verkehrsträger in die bestehende Verkehrsordnung eingebaut werden müsse. Andererseits müssen die klassischen Verkehrsträger jedoch auch ihre Beförderungsbedingungen und ihre Tarife dem Strukturwandel anpassen. Auf jeden Fall müsse ein ruinöser Wettbewerb verhindert werden, was nur durch die Veröffentlichung aller Tarife möglich sei. In diesem Bestreben sei auch eine Investitionskontrolle erforderlich. Hierbei müsse der gemeinwirtschaftliche Nutzen über die eigenwirtschaftlichen Bestrebungen der Verkehrsträger und über die Profitsucht der Ölgesellschaften gestellt werden.

Für den niederländischen Verband der Arbeitnehmer im Binnenverkehr erklärte Kollege Smeding: Die Erstellung von Rohrleitungen ist auf die Tatsache zurückzuführen, daß die bisher an der Meeresküste gelegenen Raffinerien ins Landesinnere und damit näher an die Verbrauchszentren herangeführt werden. Das ist durch den stets steigenden Verbrauch von flüssigen Brennstoffen notwendig geworden. Die traditionellen Verkehrsträger wären kaum in der Lage, die neuen Transportbedürfnisse zu befriedigen.

Welchen Einfluß die Inbetriebnahme von Rohrleitungen ausüben wird, zeigt sich am Beispiel der 1959 fertiggestellten Leitung von Bremerhafen ins Ruhrgebiet mit einer vorläufigen Leistung von 6 Millionen Tonnen jährlich, die bisher im internationalen Rheinverkehr mit Tankschiffen befördert worden sind.

Vor einigen Wochen ist die Leitung Rotterdam-Köln, mit Abzweigungen nach Wesel und ins Ruhrgebiet, in Betrieb genommen worden. Auch sie nimmt der Binnenschifffahrt einen wesentlichen Teil des bisherigen Transportvolumens weg. Die Situation wird wesentlich verschärft werden, wenn 1963 die Leitung vom Mittelmeer nach Strasbourg und Karlsruhe und 1965 deren Abzweigung nach München erstellt sein wird.

Die Verteilung der raffinierten Produkte wird den traditionellen Verkehrsträgern verbleiben, da sich Rohrleitungen nur in Ausnahmefällen für die Übernahme der Verteilungstransporte eignen. Die traditionellen Verkehrs-

träger haben sich für diese neue Aufgabe vorzubereiten, um solche Transporte in großem Ausmaße und schnell durchführen zu können.

Der an der Eisenbahnerkonferenz vom September 1959 gemachte Vorschlag, Bau und Betrieb von Rohrleitungen den Eisenbahnen zu überlassen, hat wenig praktische Bedeutung, da die großen Ölgesellschaften diese Anlagen besitzen und weitere bauen werden. Darüber hinaus ist bekannt, daß in vielen Ländern die Binnenschifffahrt am Transport von Öl wesentlich beteiligt ist. So erreicht die internationale Rheinflotte für solche Transporte eine Kapazität von rund 650 000 Tonnen.

Beim Bau und Betrieb von Rohrleitungen ist sorgfältige Planung notwendig, wenn unwirtschaftliche Entwicklungen und Kapitalverluste mit allen sozialen Folgen vermieden werden sollen.

Das Eingreifen der zuständigen Behörden auf nationaler und internationaler Ebene ist notwendig. Die Rohrleitungen müssen der Konzessionspflicht unterstellt werden. Entsprechende internationale und nationale Regelungen sind notwendig. Wir müssen die Entwicklungen aufmerksam verfolgen, um verhängnisvolle soziale Rückwirkungen auf die Transportarbeiter verhüten zu können.

Für den britischen Transport- und allgemeinen Arbeiterverband erklärte Kollege F. Eastwood, daß die Erstellung von Pipelines für die Ölindustrie ebenso natürlich sei wie die Verteilung von Wasser und Gas durch Rohrleitungen. Er stelle sich die Frage, ob es im Interesse der Arbeitnehmer und der Allgemeinheit liege, einen kleinen Teil dieser Industrie unter öffentliche Kontrolle zu stellen. Politisch stelle sich eher die Frage der Verstaatlichung der Ölindustrie als Ganzes. Rohrleitungen sind eine wertvolle technische Neuerung, um den Erfordernissen einer modernen Verteilung der Ölprodukte gerecht zu werden. Sie können zur Senkung der Lebenskosten und der Kosten für die Gemeinschaft überhaupt beitragen. Wenn Rohrleitungen darüber hinaus auf Grund und Boden der Eisenbahnen verlegt werden, dann können damit die Ölgesellschaften einen Beitrag zur Erhaltung wichtiger öffentlicher Dienste der Eisenbahnen leisten. Die traditionellen Verkehrsträger werden einen erheblichen Teil ihres bisherigen Transportvolumens verlieren, und hier stellt sich das Problem, das unsere dringende und unverzügliche Aufmerksamkeit erfordert. Nach unseren Erfahrungen in Großbritannien erfreuen sich die Arbeitnehmer in der Ölindustrie besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen als die Arbeiter der verschiedenen Verkehrsträger. Damit wird die Tatsache bestätigt, daß überall dort, wo Transporte mit der Produktion verbunden sind, für die Arbeitnehmer mehr herausgeholt werden kann als bei Verkehrsträgern, denen die Verpflichtungen eines öffentlichen Dienstes auferlegt sind.

Gestützt auf diese Darlegungen seien weitere Untersuchungen seitens der Verbände und der ITF notwendig, um seitens der organisierten Arbeiterschaft einen Beitrag zum Problem leisten zu können. Wir müssen solche technische Wandlungen begrüßen und gleichzeitig dafür sorgen, daß ihre Vorteile dem Ganzen und nicht einigen wenigen zugute kommen.

Gewerkschaftspolitische Richtlinien zur Frage der Maße und Gewichte von Fahrzeugen im Straßengütertransport

Der Sektionssekretär orientierte die Konferenz über das Zustandekommen der Eingabe vom Mai 1960 an den Präsidenten der Europäischen Verkehrskonferenz zu dieser Frage. Darin wird gefordert, daß bei der Festlegung von Abmessungen von Straßenfahrzeugen nicht in erster Linie die

wirtschaftlichen Vorteile der Unternehmungen, sondern die allgemeinen Interessen, die Verkehrssicherheit und die sozialen Bedingungen der Arbeitnehmer in Rechnung zu stellen seien. Nach einer Erklärung des Präsidenten der Sektion Straßentransport wurde der Sektionssekretär beauftragt, namens der Konferenz eine EntschlieÙung zuhanden des Kongresses auszuarbeiten und dabei den Argumenten der Eingabe gebührend Rechnung zu tragen. Die gemeinsame Konferenz der Binnenverkehrssektionen ersucht den KongreÙ, dieser EntschlieÙung zuzustimmen.

Binnenverkehrskonferenz der Internationalen Arbeitsorganisation vom Mai 1961

Der Sektionssekretär machte auf die große Bedeutung dieser bevorstehenden Konferenz aufmerksam, an der erstmals kommunistische Länder offiziell vertreten sein werden. Die vom Internationalen Arbeitsamt zu erstellenden Berichte werden sich überwiegend mit Fragen beschäftigen, die in das Gebiet der Eisenbahnerverbände fallen. Einer der Berichte berührt überdies gemeinsame Probleme von Bahn und Straße. Es sei notwendig, daß diese Berichte durch die Stellungnahme von Verbänden und vom Sekretariat der ITF gebührend beeinflußt werden. Er forderte die Verbände auf, entweder dem ITF-Sekretär direkt zu berichten oder gegebenenfalls eine Abschrift ihrer Stellungnahme zuhanden des Internationalen Arbeitsamtes der ITF zu überlassen.

Die Konferenz konnte nach einem flotten Verlauf nach rund drei Stunden zum Abschluß gebracht werden.

H. Düby,
Berichterstatter

EntschlieÙung zur Frage der Maße und Gewichte von Lastkraftwagen

Die gemeinsame Konferenz der Sektionen des Binnenverkehrs, die anläÙlich des 26. ordentlichen Kongresses der ITF am 23. Juli 1960 in Bern tagte,

stellt mit Bedauern fest, daß eine einheitliche Regelung der Maße und Gewichte von Lastkraftwagen im Straßenverkehr auf europäischer Ebene noch immer nicht verwirklicht worden ist,

drängt darauf, daß im Interesse aller Beteiligten beschleunigt ein regional allgemeinverbindliches Abkommen zustande kommt, um der bestehenden Anarchie auf diesem Gebiete entgegenzuarbeiten,

fordert, daß im Rahmen eines solchen Abkommens vor allem der Verkehrssicherheit und den berechtigten Ansprüchen der Transportarbeiter auf fortschrittliche Arbeitsbedingungen, wie sie im Anhang A des Allgemeinen Abkommens von 1954 vorgesehen sind, Rechnung getragen werden muß, und

unterstreicht, daß in der Verwirklichung eines solchen Abkommens der sozialen Seite unbedingt der Vorrang vor der technischen und kommerziellen Seite gewährt werden muß.

Sektionskonferenz der Eisenbahner

Die Delegierten der Eisenbahnerverbände traten am Freitag, den 22. Juli 1960, um 9.00 Uhr, zur Konferenz zusammen. Die Beratungen wurden am Montag, den 25. Juli 1960, um 14.30 Uhr, fortgesetzt. Anwesend waren 112 Delegierte aus allen am Kongreß vertretenen Eisenbahnerverbänden.

Als Gäste wohnten zeitweise die Herren Dunand vom Internationalen Arbeitsamt in Genf und Seton von der Verkehrsdirektion der EWG sowie die Kollegen Robert Bratschi, Präsident des Empfangskomitees des Kongresses, und Rasschaert, Sekretär des Gewerkschaftlichen Verkehrsausschusses, der Gemeinschaft (ITF) bei.

Kollege Richard Freund, Obmann der Gewerkschaft der Eisenbahner Österreichs, wurde als Vorsitzender einstimmig und unter großem Beifall bestätigt und auch zum Berichterstatter der Konferenz ernannt.

Tätigkeitsbericht

Der Sektionssekretär leitete die Diskussion zum Tätigkeitsbericht mit einem Überblick über die zur Behandlung stehenden Probleme und die letzten Entwicklungen ein. An der Aussprache nahmen zwölf Delegierte teil. Im Vordergrund der Darlegungen stand die in den meisten Ländern zum Ausdruck kommende Tendenz nach einer Kommerzialisierung der zu gemeinwirtschaftlichen Leistungen verpflichteten Eisenbahnen. Diese Bestrebungen, verbunden mit rigorosen Rationalisierungsmaßnahmen und einer forcierten technischen Modernisierung stellen die Verbände vor gewaltige Aufgaben. Es wurde die Erwartung ausgedrückt, daß eine Intensivierung der gemeinsamen Anstrengungen und eine engere Kontaktnahme zwischen Verbänden und ITF dazu führen werden, einen erfolgreichen Kampf für die Wahrung der Interessen der Eisenbahner zu führen.

Mit besonderer Aufmerksamkeit folgte die Konferenz den Ausführungen des Kollegen Eli L. Oliver, Mitglied der USA-Delegation, über den schweren Kampf der Verbände des Fahrpersonals in diesem Lande. Der Sprecher wurde ersucht, seine Darlegungen dem Sekretariat der ITF schriftlich zu überlassen, damit sie übersetzt und den Verbänden zugestellt werden können.

Je ein Vertreter des afrikanischen Eisenbahnerverbandes von Tanganjika, des allindischen Eisenbahnerverbandes und des indonesischen Eisenbahnerverbandes orientierte die Konferenz über die schwierige Lage der Verbände in diesen Ländern und forderte in bewegten Worten eine Intensivierung der Anstrengungen der ITF.

Das im Rahmen der ITF während vieler Jahre behandelte Problem der Einführung der automatischen Kupplung bei den europäischen Eisenbahnen wurde in der Diskussion erneut aufgeworfen. Der Delegierte des niederländischen Verbandes, Vizepräsident der ITF, Kollege Kanne, wünschte die Wiederaufnahme solcher Bemühungen durch die ITF durch Annahme einer entsprechenden EntschlieÙung zu unterstreichen. Die Konferenz entschied jedoch mehrheitlich, die Frage ohne EntschlieÙung an den Sektionsausschuß zu überweisen.

Die Kollegen Kanne (Niederlande) und Greene (NUR, Großbritannien) machten die Konferenz auf die Bedeutung des Projekts der Erstellung eines Eisenbahntunnels unter dem Ärmelkanal aufmerksam. Sie wünschten, daß sich vor allem auch die französischen und die übrigen europäischen Eisenbahner-

verbände mit den Auswirkungen befassen sollten. Der Sektionsausschuß wurde beauftragt, die Frage in das Arbeitsprogramm der Sektion aufzunehmen. Dabei sei mit den übrigen am Projekt interessierten Sektionen der ITF eng zusammenzuarbeiten.

Anträge

Zur Behandlung von drei Entschließungsentwürfen wurde ein Entschließungsausschuß gewählt, der sich aus folgenden Kollegen zusammensetzte: Hallworth (Großbritannien), Howieson (USA), Weidenfors (Schweden), Mikkelson (Deutschland), Haudenschild (Schweiz), Thevenet (Frankreich), Bourdouxhe (Belgien), Leurs (Luxemburg), Kieboom (Niederlande), Ulbrich (Österreich), Hoda (Indien), Kurumada (Japan), Katungutu (Tanganjika). Den Vorsitz führte Kollege Hallworth.

Die japanischen Verbände reichten eine Entschließung zur Frage des Einmannbetriebes im städtischen Tram- und Busverkehr ein. Diese Entschließung wurde bereits von der Konferenz der Sektion Straßentransport behandelt. Da sie von der Entschließung zur Frage des Einmannbetriebes, die anlässlich des Kongresses 1958 gutgeheißen worden war, ausging, wurde sie auch der Eisenbahnerkonferenz vorgelegt. Der Kongreß wird ersucht, dieser Entschließung zuzustimmen.

Der griechische Eisenbahnverband machte in einem Entschließungsentwurf auf die großen Schwierigkeiten aufmerksam, mit denen er gegenwärtig wegen der Politik der Regierung zu kämpfen hat. Der Kongreß ist ersucht, auch dieser Entschließung seine Zustimmung zu geben.

Schließlich befaßte sich die Konferenz mit dem Entschließungsentwurf, der vom Delegierten des allindischen Eisenbahnverbandes eingereicht worden ist. Sie hat den Streik der Eisenbahner und der Arbeitnehmer der Regierungsdienste vom 12. bis 16. Juli 1960 zum Gegenstand und verurteilt vor allen Dingen das antigewerkschaftliche Verhalten der indischen Regierung in diesem Konflikt. Auch hier ersucht die Eisenbahnerkonferenz den Kongreß, der Entschließung zuzustimmen.

Termin und Ort der nächsten Sektionskonferenz

Die griechische Delegation ersuchte um Abhaltung der nächsten Eisenbahnerkonferenz in Athen. Sie unterstrich dabei die große moralische Unterstützung, die sie durch einen solchen Anlaß im Abwehrkampf gegen die Eisenbahnpolitik der griechischen Regierung erhalten würde.

Der Sektionssekretär wies darauf hin, daß in Anbetracht der bevorstehenden Binnenverkehrskonferenz der IAO die nächste Eisenbahnerkonferenz schon im Frühjahr 1961 durchgeführt werden sollte. Außerdem sei es notwendig, noch im Laufe dieses Jahres eine Sitzung des Sektionsausschusses durchzuführen. Die Konferenz erklärte sich damit einverstanden, daß die Exekutive der ITF ersucht werden soll, entweder der Durchführung der Konferenz vom Frühjahr 1961 oder der Sitzung des Sektionsausschusses gegen Jahresende 1960 in Griechenland zuzustimmen. Die Einzelheiten wurden dem Sekretariat im Einvernehmen mit dem Präsidenten der Sektion überlassen.

Wahl des Sektionsausschusses

Die Konferenz bestätigte ihr Bestreben, den Sektionsausschuß um je drei Vertreter aus Lateinamerika, Afrika und Asien zu erweitern, wie das bereits

1958 vorgesehen wurde. Dabei wurde vom Sektionssekretär erneut klargestellt, daß eine solche Erweiterung vor allem der Gestaltung intensiverer schriftlicher Kontaktmöglichkeiten diene.

Nach Entgegennahme entsprechender Vorschläge setzt sich der Sektionsausschuß wie folgt zusammen:

Österreich	F. Freund, Präsident
Benelux	A. Tonneaux (Belgien)
Skandinavien	M. Trana (Norwegen)
Großbritannien	S. Greene (NUR)
Schweiz	E. Haudenschild
Deutschland	F. Berger
Frankreich	R. Degris
Italien	B. Carella
USA	W. P. Kennedy
Argentinien	Herminio M. E. Alonso
Costa Rica	M. Castillo Quesada
Peru	R. Barrigan Madalengiotia
Tunis	H'Hamed Ali Hellal
Tanganjika	S. J. Katungutu
Kenya	O. P. Pathak
Indien	M. S. Hoda
Japan	Mamoru Kurumada
Indonesien	R. A. Santoso

Verschiedenes

Kollege Antonio A. di Santo vom argentinischen Lokomotivpersonalverband La Fraternidad konnte abschließend auf Grund einer soeben aus Argentinien erhaltenen Mitteilung des allgemeinen Eisenbahnerverbandes Union Ferroviaria der Konferenz die erfreuliche Botschaft übermitteln, daß diese große argentinische Eisenbahnerorganisation so bald wie möglich um Wiederaufnahme in die ITF nachsuchen wird. Die Konferenz nahm diese Nachricht mit großem Beifall entgegen.

R. Freund,
Berichterstatter

Resolutionen

Die Konferenz der Eisenbahnersektion im Zusammenhang mit dem 26. Kongreß der Internationalen Transportarbeiter-Föderation vom 20. bis 30. Juli 1960 in Bern

ist von der Absicht der Regierung Griechenlands, die Eisenbahnen im Hinblick auf eine Sanierung zu zentralisieren, unterrichtet worden;

hat die folgenden Forderungen der griechischen Eisenbahnerföderation zur Kenntnis genommen:

Wahrung der auf Grund des Dienstalters erworbenen Rechte des Personals,
Bezahlung von Altersrenten aus Mitteln der öffentlichen Hand,
Wahrung des Mitspracherechtes der Delegierten der Eisenbahnerföderation im Verwaltungsrat der Eisenbahn,
Wahrung der gewerkschaftlichen Rechte und Nichteinmischung des Staates in die internen Geschäfte der Gewerkschaften, und

ersucht den Generalsekretär der ITF, diese Forderungen durch ein entsprechendes Schreiben an die Regierung und das Parlament Griechenlands zu unterstützen.

Die Konferenz der Eisenbahnersektion anlässlich des 26. Kongresses der Internationalen Transportarbeiter-Föderation vom 20. bis 30. Juli 1960 in Bern

verweist auf die vom Amsterdamer Kongreß der ITF 1958 einstimmig angenommene Resolution über die Bemannung von Lokomotiven,

vertritt die Auffassung, daß die dieser Resolution zugrunde liegenden Erwägungen auch im Hinblick auf den Betrieb von Autobussen und sonstigen öffentlichen Verkehrsmitteln anwendbar sind,

hält die Bemannung derartiger Fahrzeuge mit zwei Personen im Interesse der Betriebssicherheit weiterhin für notwendig,

bekräftigt die bereits früher vertretene Auffassung, daß die Betriebssicherheit unter keinen Umständen durch die Einführung des Einmannbetriebs gefährdet werden darf, und

betont, daß die durch Einführung des Einmannbetriebs zwangsläufig hervorgerufene Intensivierung der Arbeit durch Verkürzung der Arbeitszeit und entsprechende Sondervergütungen ausgeglichen werden muß.

Die Konferenz der Eisenbahnersektion im Zusammenhang mit dem 26. Kongreß der Internationalen Transportarbeiter-Föderation vom 20. bis 30. Juli 1960 in Bern

hat einen Bericht über den Streik öffentlicher Bediensteter in Indien vom 12. bis 16. Juli 1960 und die von der Regierung ergriffenen Maßnahmen entgegengenommen, die den Streik durch Verabschiedung des Erlasses über die «wirtschaftsnotwendigen Betriebe» als illegal erklärte, aus welchem Grunde er abgeblasen werden mußte,

stellt fest, daß die Forderung nach einem fairen Mindestlohn auf Grund der einmütigen Empfehlung der 15. indischen Arbeitskonferenz in Anbetracht der erhöhten Kosten der Lebenshaltung unbedingt berechtigt war,

vertritt die Auffassung, die Regierung hätte dieses Problem aus der richtigen Perspektive beurteilen sollen, anstatt zu Zwangsmaßnahmen Zuflucht zu nehmen, die einer Verweigerung der gewerkschaftlichen Rechte und Unterdrückung der berechtigten Ansprüche der Arbeitnehmer gleichkommen.

Die Konferenz versichert die Eisenbahner Indiens ihrer aufrichtigen Anteilnahme an ihrem Schicksal und ihrer unbedingten Solidarität und richtet an die Regierung Indiens die dringende Aufforderung, den Erlass über die «wirtschaftsnotwendigen Betriebe» rückgängig zu machen und auf diese Weise die grundlegenden gewerkschaftlichen und demokratischen Rechte der Eisenbahner wiederherzustellen.

Konferenz der Seeleutesektion

Sitzungen

Freitag vormittag, 22. Juli, und Montag nachmittag, 25. Juli. Anwesend sind 61 Delegierte in Vertretung von 33 Gewerkschaften der Offiziere und Mannschaften aus den folgenden Ländern: Aden, Belgien, Dänemark, Estland (Exil), Finnland, Deutschland, Griechenland, Hongkong, Indien, Israel, Italien, Japan, Niederlande, Norwegen, Pakistan, Schweden, Schweiz, USA, VAR, Großbritannien.

Vorsitzender und 2. Vorsitzender der Sektion

Nach einiger Diskussion über verfahrenstechnische Fragen werden die Kollegen D. S. Tennant (Schiffsoffiziere Großbritannien) zum Vorsitzenden und Berichterstatter und P. Hall (Seeleutengewerkschaft, USA) zum 2. Vorsitzenden der Sektion gewählt.

Tätigkeitsbericht

Der Tätigkeitsbericht 1958/1959 sowie ein Zusatzbericht für die Zeit vom Januar bis Juli 1960 werden angenommen. Im Verlaufe der Diskussion werden die folgenden Fragen behandelt:

Diplomatische Konferenz in Washington

P. Hall (USA) übt Kritik an der Ablehnung des Antrags des Fair-Practices-Ausschusses, gleichzeitig mit einer Konferenz von Vertretern der Regierungen, die sich mit den Schattenflaggen beschäftigte, eine Sitzung der im Fair-Practices-Ausschuß vertretenen Seeleute in Washington einzuberufen. Die an Stelle der geplanten Ausschußsitzung nach den Vereinigten Staaten entsandte Delegation der ITF, bestehend aus dem Generalsekretär, dem Sonderbeauftragten und dem amerikanischen Beauftragten, habe sich nicht so zweckmäßig erwiesen wie eine Ausschußsitzung und habe die amerikanischen Gewerkschaften der Seeleute außerdem in eine heikle Lage versetzt. Er hofft, daß das Exekutivkomitee der ITF sich in Zukunft bei Beschlußfassungen dieser Art vorerst mit den Seeleute-Gewerkschaften ins Einvernehmen setzen werde.

Freiheit der Schifffahrt

Im Zusammenhang mit einer Diskussion über die Frage der Freiheit der Schifffahrt wurde insbesondere auf das willkürliche Vorgehen der Vereinigten Arabischen Republik im Suezkanal verwiesen, über welche Frage auf der letzten Sektionskonferenz (Mai/Juni 1960) in London eine Protestresolution angenommen wurde.

A. Osman (VAR) betont, daß die Freiheit der Schifffahrt im Suezkanal von den tiefgründigeren politischen Fragen, die damit verbunden sind, nicht getrennt werden könnte. E. Berthelsen (Dänemark), Z. Barash (Israel) und weitere Redner stellen fest, daß nicht beabsichtigt wäre, politische Fragen zu besprechen, sondern daß es lediglich darum gehe, die Beschäftigungsmöglichkeiten der Seeleute zu gewährleisten, die durch die Beschränkung der Freiheit der Schifffahrt, Verhaftung von Schiffsbesatzungen und Boykotte

der Schiffe vieler Länder durch die VAR ernsthaft beeinträchtigt werden. An derartigen willkürlichen Maßnahmen müsse Kritik geübt werden, um sie in Zukunft zu verhindern.

Weitere Beiträge zur Diskussion leisteten die Kollegen R. Dekeyzer (Belgien), N. Wälläri (Finnland), A. Khalil, J. Curran (USA, NMU), H. Wada (Japan) und Th. Sönstebj (Norwegen).

Mit der Überarbeitung der strittigen Resolution wird ein aus den Kollegen E. Berthelsen (Dänemark), Z. Barrash (Israel), T. Nishimaki (Japan), C. W. van Driel (Niederlande), A. Osman (VAR), Lord Winster (Großbritannien) und P. Hall (USA) bestehender Unterausschuß beauftragt. Aus der Berichterstattung über die Tätigkeit des Ausschusses geht hervor, daß der Vertreter der VAR neuerdings den Zusammenhang mit politischen Problemen von größerer Tragweite betonte habe, wie z. B. das Flüchtlingsproblem, und der ITF nahegelegt habe, bei einem im wesentlichen politischen Problem neutral zu bleiben und die Einigkeit der internationalen Gewerkschaftsbewegung nicht zu beeinträchtigen. Diese Frage sollte vielmehr den Vereinten Nationen als zuständiges internationales Gremium zur Behandlung überwiesen werden. Im Gegensatz dazu hätten die übrigen Ausschußmitglieder die Auffassung vertreten, daß ein scharfer Protest und energische Maßnahmen am Platze wären, um die Einschränkung der Freiheit der Schifffahrt durch willkürliche Maßnahmen zu verhindern. Der Ausschuß habe sich bemüht, den Wortlaut der vor einigen Wochen in London angenommenen Resolution im Sinne der Kommentare des Delegierten der VAR abzuändern. Demgemäß unterbreitete der Ausschuß der Konferenz den folgenden Resolutionsentwurf, dem alle Ausschußmitglieder zugestimmt hätten mit Ausnahme des Delegierten der VAR, der sich das Recht vorbehalten habe, eine andere Auffassung zu vertreten:

«Der 26. Kongreß der Internationalen Transportarbeiter-Föderation, der vom 20. bis 30. Juli 1960 in Bern stattfindet,

bringt seine ersten Befürchtungen über die fortgesetzten Beschränkungen der Freiheit der Schifffahrt im Suezkanal durch die Vereinigte Arabische Republik zum Ausdruck;

besteht darauf, daß die Freiheit der Schifffahrt eine unerläßliche Voraussetzung für den Welthandel, Weltfrieden und die Beschäftigungsmöglichkeiten der Seeleute ist;

stellt in diesem Zusammenhang fest, daß die Beschlagnahme und der Boykott von Schiffen anderer Nationen durch die VAR eine Bedrohung der Verdienstmöglichkeiten der Seeleute und sonstiger Arbeiter mit sich bringt und zu gewerkschaftspolitischen Kampfmaßnahmen und Vergeltungsmaßnahmen sowie einer allgemeinen Verschlechterung internationaler Beziehungen führt;

betont, daß die grundlegenden Interessen der Seeleute aller Nationen die gleichen sind und sie sich demnach nicht von falschen Propheten irreführen und gegeneinander ausspielen lassen sollten;

lehnt die Versuche, die Übergriffe auf neutrale Schiffe mit dem zwischen der VAR und Israel bestehenden Kriegszustand zu entschuldigen, als jeder Begründung entbehrend ab;

vertritt die feste Überzeugung, daß Differenzen zwischen Staaten durch willkürliche Maßnahmen nur verschärft werden können und demnach den Vereinten Nationen zur Schlichtung überwiesen werden sollten;

legt daher der Regierung der VAR neuerdings dringend nahe, ihrer internationalen Verpflichtungen eingedenk von weiteren Übergriffen auf Schiffe im Suezkanal Abstand zu nehmen und der Schlichtung durch die Vereinten Nationen zu vertrauen;

fordert alle Mitgliedsverbände der ITF auf, bei der Regierung der VAR in diesem Sinne vorstellig zu werden und außerdem ihre eigenen Regierungen zu Interventionen dieser Art zu veranlassen;

ersucht die Mitgliedsverbände, dem Sekretariat der ITF in regelmäßigen Zeitabständen über die weitere Entwicklung und die von ihnen erzielten Fortschritte Bericht zu erstatten, wobei das Sekretariat seinerseits die Mitgliedsverbände auf dem laufenden zu halten hätte;

empfiehlt schließlich, die in dieser Resolution ins Auge gefaßten Maßnahmen wo immer möglich und nötig auf breiter Basis und unter gemeinsamer Beteiligung der Mitgliedsverbände zu ergreifen.»

Auf Antrag des Kollegen J. Curran (Seeleute-Gewerkschaft NMU, USA) werden zwei Änderungsvorschläge zur obigen Resolution angenommen. Der erste bezieht sich auf § 7 (englische Fassung) und sieht an Stelle von «Nationen» das Wort «Staaten» vor. (Trifft nicht auf deutsche Fassung zu. Anmerkung des Übersetzers.) Dem zweiten Abänderungsvorschlag zufolge wird der letzte Paragraph wie folgt abgeändert:

«ermächtigt das Exekutivkomitee der ITF, die erforderlichen Schritte zur Unterstützung von Mitgliedsverbänden zu unternehmen, deren Interventionen zu keinen konkreten Ergebnissen geführt haben, im Hinblick auf eine eventuell auf möglichst breiter Basis beruhende gemeinsame Aktion der Mitgliedsverbände.»

Ein vom Delegierten der VAR vorgeschlagener Alternativvorschlag wird abgelehnt.

Die von der Mehrheit der Mitglieder des Unterausschusses beantragte Resolution wird daraufhin einschließlich der vom Vertreter des Amerikanischen Seeleuteverbandes beantragten Abänderungen angenommen. Vier Delegierte stimmen dagegen.

Fernöstliche Fahrtgebiete

Die auf der Sitzung im Mai und Juni in London begonnene Diskussion über diese Frage wird fortgesetzt. Es handelt sich dabei um die in großem Maßstab vor sich gehende Verdrängung von europäischen Seeleuten durch Chinesen und sonstige Asiaten, denen in Anbetracht ihres niedrigeren Lebensstandards und der großen Arbeitslosigkeit in ihren Ländern äußerst schlechte Heuern und Arbeitsbedingungen aufgezwungen werden.

Die Konferenz vertritt die Auffassung, daß eine energische Vorgangsweise zur Behandlung dieses Problems erforderlich sei, wobei mit engster Zusammenarbeit aller Mitgliedsverbände eine Vereinheitlichung der Heuern und Arbeitsbedingungen von Seeleuten herbeigeführt werden soll, die unter der gleichen Flagge beschäftigt sind. Dieses Problem könne auf der von der ITF auf nächsten November anberaumten asiatischen Regionalkonferenz besprochen werden. Dieser Konferenz sollen auch Vertreter von möglichst vielen europäischen Gewerkschaften beiwohnen, die von diesen Problemen berührt werden. Ferner wird beschlossen, einen aus Vertretern der betreffenden Ge-

werkschaften bestehenden ad-hoc-Ausschuß einzusetzen, der mit der weiteren Behandlung des Problems im Lichte der Beschlüsse der asiatischen Regionalkonferenz beauftragt wird. Vorbereitungen mit den Delegierten könnten während ihres Aufenthaltes in Bern stattfinden.

Dominikanische Republik

Der Entwurf einer Resolution, in der die Diktatur Trujillos verurteilt wird und die der Plenarsitzung von der Amerikanischen Föderation der Eisenbahnerverbände (RLEA) vorgelegt worden ist, wird der unmittelbar anschließenden gemeinsamen Konferenz der Sektionen der Seeleute und Hafentarbeiter zur Behandlung überwiesen.

Internationale Charta der Seeleute

Wie aus den Mitteilungen des Sekretariats hervorgeht, hatte sich die Sektionskonferenz in London zum ersten Male mit dem Entwurf einer neuen Internationalen Seeleute-Charta beschäftigt, für die ein im April 1958 in Genf eingesetzter Ausschuß verantwortlich zeichnete. Die Londoner Konferenz hatte sich mit den Abschnitten II bis XIII des Entwurfs einverstanden erklärt, hatte dagegen einige Paragraphen des Abschnitts I einer weiteren Besprechung in Bern vorbehalten. Dieser neue Wortlaut wird nunmehr angenommen und auch der beantragte Wortlaut einer Präambel zur Charta.

Ferner wird beschlossen, die neue Internationale Charta der Seeleute weitesten Kreisen der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Zu diesem Zwecke wird das Sekretariat beauftragt, sich mit den Mitgliedsverbänden der Seeleute ins Einvernehmen zu setzen.

Sondersektion der Seeleute

Der Sonderbeauftragte der ITF berichtete kurz über die jüngste Entwicklung der Kämpfe der ITF gegen die Schattenflaggen und erläutert insbesondere die Richtlinien der ITF für die Abgrenzung der Zuständigkeitsbereiche der Gewerkschaften. Nachdem die japanischen Delegierten H. Wada und T. Nishimaki über die Lage der japanischen Besatzungen auf Schiffen unter Schattenflaggen berichtet haben, wird vereinbart, daß sie diese Frage mit dem Sonderbeauftragten besprechen und daß die Diskussion hierüber auf der gemeinsamen Konferenz der Sektionen der Seeleute und Hafentarbeiter fortgesetzt werden soll.

Die Konferenz spricht hierauf den Mitgliedsverbänden der Hafentarbeiter offiziell den aufrichtigen Dank der Seeleute für ihre Mitarbeit im Kampf gegen die Schattenflaggen aus.

Nord- und Lateinamerika

P. Hall (SIU) unterstreicht die Bedeutung einer möglichst bald einzuberufenden Konferenz der ITF in Lateinamerika. Sie könnte im Zusammenhang mit der auf November d. J. in Montevideo anberaumten Konferenz der IAO stattfinden. Er verweist auf die rege Tätigkeit, die gewisse IBS in der letzten Zeit in Lateinamerika entwickelt haben und legt der ITF dringend nahe, diesem Beispiel zu folgen. Von größter Bedeutung sei außerdem die Ernennung eines Beauftragten der ITF, der den Problemen der Seeleute in Nordamerika an Ort und Stelle dauernde Aufmerksamkeit zuwenden und gewährleisten könnte.

daß die dortigen Mitgliedsverbände auf Konferenzen unter den Auspizien der ITF zusammentreffen können, sofern eine Notwendigkeit dazu bestünde. Es wird beschlossen, dem Kongreß zu empfehlen, diesen Vorschlag in gleichem Sinne in Erwägung zu ziehen.

Anträge

Antrag Nr. 10 der Britischen Vereinigung der Offiziere der Handelsmarine betreffend Ruheperioden des wachhabenden Personals vor dem Auslaufen wird angenommen. Antrag 11 des japanischen Seeleuteverbandes, in dem die Einberufung einer zweiten asiatischen Regionalkonferenz der IAO verlangt wird, wird ebenfalls gutgeheißen.

Sektionsausschuß

Da jedes Land, in dem die ITF einen Mitgliedsverband aufweist, Anspruch auf Vertretung im Sektionsausschuß durch zwei Mitglieder hat, denen Berater auf Wunsch zur Seite stehen können, werden die folgenden Kollegen vorgeschlagen: Aden: A. Khalil; Belgien: W. Cassiers, R. Dekeyzer; Estland (Exil): G. Jerem, N. Metslov; Finnland: Y. Fyhrqvist; Deutschland: H. Hildebrand, H. Wiemers; Griechenland: D. Benetatos, M. Petroulis, Stellvertreter: E. Meletis, Berater: P. Kalapothakis; Hongkong: Chang Teu Ming; Indien: B. Majumder, J. D. Randeri; Israel: Z. Barash, W. Dallman; Italien: E. D'Agostino, G. Lagorio, Stellvertreter: L. Simoncelli; Japan: T. Nishimaki, H. Wada; Niederlande: C. W. van Driel, A. de Boon; Norwegen: N. Nielsen, Th. Sönstebj; Pakistan: A. A. Khan, M. A. Khatib; Schweden: K. Hadrup, J. S. Thore; Großbritannien: D. S. Tennant, Sir T. Yates; USA: Paul Hall (Berater Ray McKay), J. Curran (Berater W. R. Steinberg).
Ferner wird beschlossen, die Nominierungen für die noch unbesetzten Sitze auf schriftlichem Wege vorzunehmen.

Rücktritte

Die Konferenz spricht Sir Thomas Yates, dem früheren Vorsitzenden der Seeleutesektion, der demnächst auch von seinem Posten des Generalsekretärs des britischen Seeleuteverbandes zurücktritt, sowie Kollege Omer Becu, der das Amt des Generalsekretärs der ITF niederlegt, um den Posten des Generalsekretärs des IBFG zu übernehmen, für ihre vergangenen erfolgreichen Dienste ihren aufrichtigen Dank aus.

D. S. Tennant,
Berichterstatter

Konferenz der Sektion Binnenschifffahrt

Anwesend: 18 Delegierte aus Österreich, Belgien, Großbritannien, Deutschland, Niederlande, Pakistan, Schweiz, USA.

Vorsitzender der Sektion

Zum Vorsitzenden der Sektion wird Kollege H. Hildebrand (Deutschland) wiedergewählt.

Tätigkeitsbericht

Als Ergebnis der Diskussion wird der Tätigkeitsbericht 1958-59 und erste Hälfte 1960 angenommen. Im Verlaufe der Diskussion werden die folgenden Fragen behandelt:

Donauschifffahrt

Die auf der Konferenz in Regensburg im Dezember 1959 eingesetzte Arbeitsgruppe hat ihre Arbeit aufgenommen und eine Broschüre veröffentlicht, die bei einer Werbekampagne unter den deutschen und österreichischen Donauschifffahrern verwendet werden soll.

Schubbetrieb

Die Diskussion stützt sich auf einen Bericht des Sekretariats. In den USA ist der Schubbetrieb bereits seit einiger Zeit bekannt, in Europa dagegen wurde er erst vor kurzem in Frankreich, Deutschland und den Niederlanden eingeführt. Aus diesen Ländern sind Mitteilungen über den Umfang des Einsatzes der Schubschiffe eingelangt. Dieses System befindet sich einstweilen noch im Versuchsstadium; alle Anzeichen lassen jedoch auf eine sehr rasche Ausdehnung schließen. Für die Besetzungen müßten besondere Tarifverträge ausgehandelt werden, insbesondere in Anbetracht der Tatsache, daß der Schubbetrieb wahrscheinlich zu einer Intensivierung der Arbeit, z. B. Tag- und Nachtfahrt und Pendelverkehr, führen werde. Einer Regelung bedürfen nicht nur Löhne und Arbeitsbedingungen, sondern auch die Bemannungsnormen. Diese richten sich nach dem Umfange der Lade- und Löscharbeiten, die vom Deckpersonal verlangt werden. Sowohl vom Gesichtspunkt der Sicherheit als auch der sozialen Bedingungen komme der letztgenannten Frage Bedeutung zu.

Es wird beschlossen, einen Unterausschuß mit der Beantwortung einer Umfrage der Rheinzentalkommission zu betrauen, die sich auf die Grundsätze für die Bemannungsnormen und Befähigungsnachweise auf Schubschiffen bezieht.

Ins Auge gefaßt sind weitere Beratungen zwischen den Gewerkschaften der betreffenden Länder über eine einheitliche Basis für Tarifverträge für die Besetzungen von Schubschiffen.

Am Meinungsaustausch über die Entwicklung des Schubbetriebs beteiligen sich die Kollegen Th. Smeding (Niederlande), H. Diers (Deutschland), T. O'Leary (Großbritannien), L. Brosch (Österreich), W. Vossen (Deutschland) und P. Hall (USA). Der letztgenannte Delegierte teilt mit, daß eine große Zahl von Binnenschifffahrern seiner Gewerkschaft angehöre, die auch Tarifverträge für Besetzungen von Schubschiffen ausgehandelt habe. Abschriften dieser Verträge würde er den daran interessierten europäischen Gewerkschaften gerne zugehen lassen.

Europäische Verkehrspolitik

Die Konferenz nimmt den im Kongreßbericht XXVI C-6 enthaltenen Antrag Nr. 7 an das Exekutivkomitee, einen besonderen Ausschuß zum Studium verkehrspolitischer Probleme Europas einzusetzen, zur Kenntnis. Dieser würde aus Vertretern der verschiedenen Sektionen der ITF bestehen. Es wird beschlossen, für den Fall einer Annahme dieses Antrags Kollege H. Hildebrand (Deutschland) als Vertreter der Sektion Binnenschifffahrt zu nominieren.

Zukünftige Tätigkeit

Im Hinblick auf die Möglichkeit der Einschaltung des Binnenverkehrsausschusses der IAO wird im Interesse der möglichst besten Behandlung von Problemen, an denen nur bestimmte Länder interessiert sind, beschlossen, eine regionale Regelung zu treffen, die eine laufende Benachrichtigung des Sekretariats der ITF vorsehen sollte. Dagegen sollten Probleme internationaler Natur auf Sitzungen des Ausschusses oder der gesamten Sektion Binnenschifffahrt behandelt werden. Zu den Fragen, deren Studium sofort in Angriff zu nehmen wäre, gehören berufliche Aus- und Fortbildung, obligatorische Schulbildung der Kinder von Binnenschiffern, Umfang der Binnenschifffahrt und strukturelle Gliederung der Unternehmen, d. h. Reedereien, deren Besatzungen in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, und Partikuliere mit kleinem Personal.

M. A. Khatib (Pakistan) erwähnt die zahlreichen Wasserstraßen der Entwicklungsländer und die rückständigen sozialen Bedingungen der Arbeitnehmer. Die Gewerkschaften dieser Länder brauchen Unterstützung bei ihren Bemühungen um Erfassung der Arbeiter und Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Er hofft, daß es der ITF möglich sein werde, im Rahmen ihres regionalen Tätigkeitsprogramms auch die Binnenschifffahrt zu berücksichtigen, z. B. durch Entsendung eines erfahrenen Gewerkschafters, der den dortigen Organisationen in technischer und gewerkschaftspolitischer Hinsicht behilflich sein könnte.

Sektionsausschuß

In den Sektionsausschuß werden gewählt: A. Peham (Österreich, Stellvertreter: R. Gryc), L. Eggers (Belgien), T. O'Leary (Großbritannien), H. Hildebrand, Vorsitzender (Deutschland), Th. Smeding (Niederlande, Stellvertreter: P. Mol), M. A. Khatib (Pakistan), K. Rebsamen (Schweiz), Hal Banks (USA). Frankreich und die skandinavischen Länder werden eingeladen, ihre Vertreter auf schriftlichem Wege zu nominieren.

H. Hildebrand,
Berichterstatter

Delegiertenliste

Land und Organisation	Delegierte	Berater
Aden		
General and Port Workers' Union	A. Khalil	
Argentinien		
La Fraternidad	A. A. Di Santo	H. Alonso
Australien		
Flight Stewards' Association	T. Duffy	
Belgien		
Secteur cheminots de la Centrale Générale des Services Publics	A. Tonneaux J. Gilis P. Potums P. Bourdouxhe	J. Cloes
Belgische Transportarbeidersbond	R. Dekeyzer G. de Crom G. Hendrickx W. Cassiers	L. Eggers A. de Meyer G. Tijmsmans
Centrale Belge du Personnel des Tramways, Vicinaux et Autobus	J. Geldof J. Lauvereins J. Lauwers	
Centrale des Metallurgistes	R. Geldof	
Brasilien		
Confederacao Nacional dos Trabalhadores em Transportes Terrestres	M. L. de Oliveira A. G. de Castro	
Dänemark		
Dansk Jernbaneforbund	E. Rasmussen P. Madsen	N. A. Jensen V. E. Hansen
Dansk Lokomotivmands Forening	E. G. Petersen	K. B. Knudsen
Privatbane-Funktionærernes Forbund	M. Solund	
Dansk Lokomotivmands-Forbund	K. Hansen	
Dansk Arbejdsmandsforbund	E. Borg A. V. Andreassen	
Sømaendenes Forbund i Danmark	Ch. Oldager E. Petersen	
Søfyrbodernes Forbund i Danmark	E. Berthelsen	
Dansk Sø-Restaurations-Forening	E. Pedersen	
Deutschland		
Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands	Ph. Seibert F. Eichinger F. Schreiber Miss L. Raupp	H. Braun J. Rass A. Hasper E. Amft

Land und Organisation	Delegierte	Berater
	F. Berger R. Bühler H. Freiser H. Smuda H. Schrader R. Winter W. Kugler F. Fasshauer K. Mantel H. Steinacker J. Gottlob A. Krebs E. Haar	W. Mikkelsen G. Magnus
Gewerkschaft öffentliche Dienste Transport und Verkehr	A. Kummernuss H. Hildebrand H. Luckardt W. Birnbaum G. Bischoff A. Gmeiner S. Knoll W. Schröder W. Vossen	F. Bund H. Diers G. Kugoth M. Orb H. Wiemers K. Zinn K. Lautenschläger K. Raschke
Estland (Exil)		
Eesti Meremeeste Union	N. Metslov	G. Jerem
Finnland		
Finlands Sjömans-Union	N. Wälläri A. J. Ahti	
Finska Järnvägsmannaförbundet	R. Tuori U. Keijonen M. Koskinen	
Finlands Bilbranscharbetareförbund	S. Koutio	
Finska Lokmannaförbundet	G. W. Widing E. Rosti	
Finlands Hamnarbetsledareförbund	N. Wälläri (proxy)	
Lots- och Fyrmannaförbundet	N. Wälläri (proxy)	
Frankreich		
Fédération des Travaux Publics et des Transports	R. Lapeyre	
Fédération F. O. des Cheminots	F. Laurent R. Degris P. Souques	
Fédération Nationale F. O. des Trans- ports	P. Felce	
Syndicat national des Officiers de l'Aviation Marchande	J. Gambart de Lignieres	A. Sirac H. Almin C. Neutre
Fédération des syndicats d'ingénieurs cadres, cadres, etc. des chemins de fer de France	G. Thevenet A. Lissandre J. Bauche	

Land und Organisation

Delegierte

Berater

Griechenland

Pan-Hellenic Seamen's Federation

H. Petroulis
 D. Melitis
 D. Benetatos
 P. Kalapothakis
 C. Stathopoulos
 St. Dimitracopoulos
 G. Dimitracopoulos
 A. Papazaharias

Federation of Greek Dockers
 Fédération Pan-Hellénique des
 Cheminots

Großbritannien

National Union of Seamen

Sir Thomas Yates
 T. H. Goff

Merchant Navy and Air Line Officers'
Association

Lord Winster
 D. S. Tennant
 J. G. K. Gregory

J. H. Slater

Radio Officers' Union

H. O'Neill

Transport & General Workers' Union

F. Cousins

T. O'Leary

L. Forden

F. Eastwood

A. Holmes

F. J. Howell

F. G. Page

C. W. Prescott

G. C. Price

F. Wright

National Union of Railwaymen

S. F. Greene

C. W. Evans

A. Barr

T. J. Leonard

Associated Society of Locomotive
Engineers and Firemen

L. Thomas

P. Orven

A. Hallworth

Transport Salaried Staffs' Association

W. J. P. Webber

R. J. Gunter

G. W. Groves

C. H. Lucas

Scottish Horse and Motormen's
Association

A. H. Kitson

J. Cosgrove

Union of Shop, Distributive and
Allied Workers

W. Padley

H. M. Nunns

S. R. Watts

J. V. Bailey

E. Higginbottom

Hongkong

Chinese Seamen's Union

Chang Teu Ming

IndienNational Union of Seamen of India
Maritime Union of India

B. Majumder

D. S. Tennant

(proxy)

All-India Railwaymen's Federation

M. S. Hoda

<i>Land und Organisation</i>	<i>Delegierte</i>	<i>Berater</i>
Indonesien		
Persatuan Buruh Kereta Api	R. A. Santoso	
Irland		
Irish Transport & General Workers' Union	M. O'Neill	Ch. Kirman
Israel		
Israel Seamen's Union	Z. Barash	Capt. W. Dalman
National Union of Government Employees (Railwaymen's Section)	M. Lederberger	
Italien		
Federazione Italiana Lavoratori del Mare	G. Lagorio	M. Mangiapane L. Simoucelli
Sindacato Autonomo Unificato Ferrovieri Italiano	B. Carella E. Pellegrino	
Unione Italiana Marittimi	E. D'Agostino	
Unione Italiana Pescatori	E. D'Agostino (proxy)	
Unione Italiana Lavoratori Portuali	M. di Mario	
Sindacato Italiano Unitario Ferrovieri	V. Minuto	F. Tamagnini A. Stefani
Federazione Nazionale Autoferro-tramvieri	R. C. Caimmi	
Japan		
All-Japan Seamen's Union	T. Nishimaki H. Wada	
National Railway Workers' Union	T. Yamada	
All-Japan Federation of Municipal Traffic Workers' Unions	K. Takeda	
National Railway Motive Power Union	M. Kurumada	
Japan Travel Bureau Trade Union	M. Dobashi	
Kanada		
Canadian Brotherhood of Railway, Transport and General Workers	D. N. Secord C. H. Taylor	
Railway Labor Executives' Association	F. H. Hall Ch. Smith	
Kenia		
East African Railway Asian Union	P. O. Pathak	
Kolumbien		
Sindicato Nacional de Trabajadores «Avianca»	V. Conde	E. Jaquin

Land und Organisation	Delegierte	Berater
Korea		
Korea Federation of Railroad Workers' Unions	Lee Ki Choll	Yoon Byong Kang An Sung Am
Luxemburg		
Fédération Nationale des Cheminots et Travailleurs du Transport	R. Bousser J. Leurs	
Malta		
General Workers' Union	A. Cilia	
Niederlande		
Centrale van Zeevarenden ter Koopvaardij en Visserij Nederlandse Bond van Vervoers- personeel	C. W. van Driel J. A. van Nugteren H. J. Kanne Th. Smeding W. A. Kieboom R. Laan, Jr. A. W. Korbijn H. W. Koppens C. Z. de Vries	
Algemene Bond Mercurius Algemene Bond van Luchtvaart- personeel	J. K. Post	J. de Graaf
KLM Boordwerktuigkundigen	W. F. de Vries	W. J. Keehnen
Norwegen		
Norsk Sjomansforbund	G. Hauge Th. Sønsteby O. Helland A. O. R. Eriksen O. Karling N. Nilsen K. Kjøniksen M. A. Bakke O. Hølem M. Trana E. Edvardsen H. Brunborg E. Endresen L. Lerstad	
Norsk Styrmandsforening Norsk Transportarbeiderforbund		
Norsk Jernbaneforbund		
Det Norske Maskinistforbund		
Österreich		
Gewerkschaft der Eisenbahner	R. Freund J. Matejcek E. Ulbrich E. Suchanek F. Lehner H. Schmidberger J. Schweighofer B. Wagner	

Land und Organisation	Delegierte	Berater
Gewerkschaft der Bediensteten im Handel, Transport und Verkehr	W. Svetelsky A. Wladar R. Gryc L. Brosch	
Pakistan		
Pakistan Transport Workers' Federation	M. A. Khatib	
Maritime Union of Pakistan	Ali Khan	
Peru		
Federación de Motoristas etc. del Peru	F. Taboada Alegre	
Philippinen		
Philippine Transport & General Workers' Organization	R. S. Oca V. K. Olazo	
Spanien		
Sindicato Nacional Ferroviario	A. Hernandez Vizcaino	
Federación Nacional del Transporte	A. Hernandez Vizcaino (proxy)	
Schweden		
Svenska Sjöfolksförbundet	J. S. Thore G. Carlsson A. Stridsberg	
Svenska Maskinbefälsförening	K. E. H. Hadrup	
Sveriges Fartygsbefälsförening	N. H. Akesson	
Svenska Järnvägsmannaförbundet	I. Olsson G. Weidenfors E. Lindqvist G. Jarl A. Hogler H. Blomqvist N. Bivall	
Svenska Transportarbetareförbundet	R. Melander N. Petersen I. Ostling G. Gustaffsson G. Lindh S. Lundgren	
Handelstjänstemannaförbundet	H. Lindholm	J. Jeppsson
Scandinavian Association of Flight Engineers	T. Fidjeland	
Schweiz		
Schweizerischer Eisenbahnerverband	H. Düby E. Haudenschild W. Meier H. Zwahlen A. Schroyter E. Volkmer	

<i>Land und Organisation</i>	<i>Delegierte</i>	<i>Berater</i>
Verband der Handels-, Transport- und Lebensmittelarbeiter der Schweiz	H. Leuenberger E. Chapuis E. Hofer	K. Rebsamen
Schweizerischer Verband des Personals öffentlicher Dienste	M. Arnold	H. Pfeiffer
Tanganjika		
Railway African Union	S. J. Katungutu	
Tunesien		
Fédération Tunisienne des Cheminots	M. Hellal	
Vereinigte Arabische Republik		
Mercantile Navy Staff Syndicate, Alexandria	A. Osman	A. El-Ariam H. Afifi
Vereinigte Staaten		
Railway Labor Executives' Association	L. L. Zosel R. C. Coutts E. Oliver E. J. Hickey H. Ulrich T. L. Howieson E. La Flamme	
National Maritime Union	J. Curran S. Federoff W. Perry J. J. Martin S. Wall	J. Curran, Jr. B. Raskin
American Radio Association	W. R. Steinberg	L. Rouah
Transport Workers' Union of America	H. Quill J. O'Donnell T. Gleason	
International Longshoremen's Association		
Flight Engineers' International Association	E. Oliver (proxy)	
Air Line Stewards' and Stewardesses' Association	R. J. Quinn, Jr.	
Seafarers' International Union of North America	P. Hall H. Banks R. Gralovicz F. Stewart S. Olman M. Sheehan A. Pomerlane	R. S. Hall
National Marine Engineers' Beneficial Association	R. T. McKay	
International Association of Machinists	E. Hickey (proxy)	

Gäste

Offizielle Gäste

Dr. R. Kunz, Direktor des Eidgenössischen Transportamtes;
S. Bravand, Vizepräsident des Berner Regierungsrates;
F. Schmidlin, Gemeinderat von Bern und Direktor der Berner industriellen Betriebe;
Dr. H. Gschwind, Präsident der Schweizerischen Bundesbahnen;
D. H. Born, Direktor der Schweizer privaten Verkehrsbetriebe.

Geladene Gäste

R. Bratschi, Schweiz	J. Brautigam, Holland	J. Jarrigion, Frankreich
K. Weigl, Österreich	G. Joustra, Holland	Frl. T. Asser
A. Thaler, Österreich	L. Veenstra, Holland	

Gastdelegierte

J. H. Oldenbroek, IBFG
J. Poulsen, Internationale Union der Gewerkschaften der Lebens- und Genußmittelbranchen;
Ch. Woerler, Internationale graphische Föderation;
A. Graedel und C. Levinson, Internationaler Metallarbeiterbund;
F. Bialas, Centrum Freier Gewerkschafter im Exil;
M. Couli-Baly, Gewerkschaftsbund von Mali;
T. Rasschaert, ITF-Ausschuß der EWG.

Beobachter

T. Dunand, Internationales Arbeitsamt;
P. Seton, EWG;
D. Dirschfield, Rechnungsführer.

Mitglieder des Empfangskomitees

R. Bratschi, Vorsitzender;
H. Düby, H. Leuenberger, M. Arnold, Vizevorsitzende;
E. Fell, Sekretär.

Sekretariat

Miss M. Anderson	O. Becu, Generalsekretär	Miss U. Pettersson
F. Azana	K. Golding	Mrs. E. Pinnington
Miss J. Bailey	R. Houke	R. Santley
O. Baeriswyl	C. Iddon	A. Selander
Mrs. I. Barea	H. Imhof	Miss N. Spatz
G. Berger	Mrs. L. Kant	J. Soares
Mrs. U. Davis	V. Klatil	Mrs. R. West
Mrs. T. Dawn	B. Laughton	L. White
P. de Vries	H. Lewis	
	Miss B. Mahilian	

Dolmetscher, Hilfsübersetzer, Schweizer Typistinnen und anderes Hilfspersonal.